

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek

# Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

abgehalten in Görlitz vom  
18. bis 24. September  
1921



[Reichsfrankfurter förlitz  
angeb. nach S. 412.]

0 066

Berlin 1921

---

J. G. W. Dieß Nachfolger / Buchhandlung Vorwärts  
Stuttgart Berlin

## Inhaltsverzeichnis.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands . . .	III
Bureau des Parteitages . . . . .	VII
Tagesordnung . . . . .	VII
Sprechregister des Parteitages . . . . .	VIII
Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1920/21 . . . . .	1
Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1920—1921 . . . . .	55
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages . . . . .	107
Anträge . . . . .	330
Ergebnis der Abstimmungen . . . . .	401
Anwesenheitsliste . . . . .	403
Sachregister . . . . .	410

# Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengesetzt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angleicherungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rückwärtsiges Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korruption des öffentlichen Lebens, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer blutiger Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeizuführen drohen.

Zugleich hat der Weltkrieg morsche Herrschaftssysteme hinweggefegt. Politische Umwälzungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarrte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Diesem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Massen zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinns. Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen:

#### Wirtschaftspolitik.

Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Ergreifung oder das gänzliche Unbenutzlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

#### Sozialpolitik.

Einheitliches Arbeitsrecht. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirksamer Arbeiterschutz: Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Neueste Einschränkung der Nachtarbeit für Männer. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Ueberwachung aller Betriebe und Unter-

nehmungen. Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 2 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Uebelstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeiter möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volkssicherung. Auf diesen Grundlagen Förderung des internationalen Arbeiterkampfes.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb.

Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepasste Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

#### Finanzen.

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals. Erbrecht des Reichs bei enfterneren Verwandtschaftsgraden, Pflichtteil des Reichs, abgeleitet nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwendischen Ueberschusses. Beteiligung der öffentlichen Gewalt an Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

#### Verfassung und Verwaltung.

Sicherung der demokratischen Republik. Festigung der Reichseinheit. Ausbau des Reichs zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Selbverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindevorstände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Ueberordnung der demokratischen Volksvertretung über die berufsständischen Organisationen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

#### Gemeindepolitik.

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einheitlichen Gemeindevorstandskörpers. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde, Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung

#### Rechtspflege.

Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollstümliche Gesetzesprache. Zusammenlegung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

**Kultur- und Schulpolitik.**

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsfrage: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Kernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe (als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen), beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

**Völkerbeziehungen und Internationale.**

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsabmachungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaftigen Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

**Bureau des Parteitagés****Vorsitzende:**

Otto Wels-Berlin — Paul Lababel-Görlitz

**Schriftföhrer:**

Belhge-Berlin	Fischer-Mürnberg	Vinert-Dresden
Frau Bollmann-Galberstadt	Luz-Borns	Bogel-Hamburg
Droßwitz-Frankfurt a. M.	Maße-Dreslau	Zimmermann-Altenburg

**Mandats-Prüfungskommission:**

Frau Berthold-Röln-Ralf	Hänlich-Müntrigen	Trinks-Starkruhe
Hartwig-Stettin	Kirchner-Altona	Voigt-Brandenburg a. S.
Hirbes-Hagen	Schäffner-Hannover	Wimmer-München

**Tagesordnung**

**Sonntag, den 18. September 1921, abends 6 Uhr:**

**Vorversammlung**

Konstituierung des Parteitagés. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.  
Wahl der Mandats-Prüfungskommission.

**Montag, den 19. September 1921 und folgende Tage:**

1. Bericht des Parteivorstandes:
  - a) Allgemeines. Berichterstatter: Franz Krüger.
  - b) Organisation und Kasse. Berichterstatter: Partels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Gustav Hoch.
4. Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands. Referent: Hermann Müller.
5. Das Parteiprogramm. Berichterstatter: Hermann Wollenhut.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.



## Sprechregister des Parteitages

- |                                      |  |   |
|--------------------------------------|--|---|
| <b>Alibekoff</b> 323.                | <b>Jugacz</b> 184.                         | <b>Radbruch</b> 227.  |
| <b>Baber</b> 321.                    | <b>Kann</b> 245.                           | <b>Ruben</b> 177.   |
| <b>Bartels</b> 150.                  | <b>Kaifen</b> 290.                         | <b>Scheidemann</b> 174.   |
| <b>Bauers</b> 181.                   | <b>Keil</b> 219, 206, 321.                 | <b>Schiller</b> 189.  |
| <b>Bernsd</b> 259.                   | <b>Kirchner</b> 156, 281.                  | <b>Schmidt, Georg</b> 214.  |
| <b>Bernstein</b> 181, 261, 313, 323. | <b>Keller</b> 109.                         | <b>Schmitt-München</b> 324.   |
| <b>Biefter</b> 169, 235.             | <b>Kieß</b> 172.                           | <b>Schnabrich</b> 299.  |
| <b>Bohn</b> 126.                     | <b>Knad</b> 165, 246.                      | <b>Schölich</b> 173, 197.   |
| <b>Brauer</b> 292.                   | <b>Körner</b> 252.                         | <b>Schröder, Luise</b> 243.   |
| <b>Braun, Adolf</b> 240, 311.        | <b>Krüger</b> 190.                         | <b>Schuhmacher</b> 249.   |
| <b>Braun, Otto</b> 192, 307.         | <b>Krüger, Franz</b> 133, 197.             | <b>Schulz, Heinrich</b> 156.  |
| <b>Broschwig</b> 164, 324.           | <b>Kauffötter</b> 315.                     | <b>Schwartz</b> 237.  |
| <b>Broudère</b> 240.                 | <b>Leber</b> 244.                          | <b>Sebering</b> 194.  |
| <b>Brühne</b> 155.                   | <b>Lewerenz</b> 237, 325.                  | <b>Stampfer</b> 303.  |
| <b>Buchinger</b> 124.                | <b>Löbe</b> 170, 296, 299, 321.            | <b>Stanning</b> 120.  |
| <b>David, Eduard</b> 318, 322.       | <b>Loeh-Frankfurt</b> 232, 289.            | <b>Ströbel</b> 299.   |
| <b>Edstein</b> 162, 196, 299.        | <b>Loopuit</b> 123.                        | <b>Taubadel</b> 150, 219, 237, 240.   |
| <b>Eggerstedt</b> 187.               | <b>Lojereit</b> 187, 205.                  | <b>Tregner</b> 239.   |
| <b>Eisenbarth</b> 163.               | <b>Mache</b> 171.                          | <b>Treu</b> 250.  |
| <b>Franz-Kattowitz</b> 193.          | <b>Marxwald</b> 160, 308, 320, 321.        | <b>Tschebje</b> 125.  |
| <b>Franz-Chemnitz</b> 256.           | <b>Mollenbühr</b> 128, 324.                | <b>Vogel-Mürnberg</b> 116.  |
| <b>Görlinger</b> 185, 206, 257.      | <b>Möller, Gustaf</b> 121.                 | <b>Wels</b> 116, 119, 120, 127, 128, 132, 155, 177, 196, 205, 206, 207, 230, 240, 242, 253, 256, 268, 281, 287, 298, 298, 311, 321, 322, 323, 325, 329. |
| <b>Grünberg</b> 186.                 | <b>Moltmann</b> 188.                       | <b>Weidemann</b> 255.   |
| <b>Heilmann</b> 233.                 | <b>Müller, Hermann</b> 111, 173, 270, 293. | <b>Wierbicht</b> 237.   |
| <b>Heugel</b> 285.                   | <b>Nemec</b> 122.                          | <b>Wimmer</b> 242.  |
| <b>Hirbes</b> 258.                   | <b>Ofonski</b> 232.                        | <b>Zabe</b> 231.  |
| <b>Hoch</b> 209, 219, 262, 263.      | <b>Pietich</b> 182, 268.                   |   |
| <b>Högg</b> 324.                     | <b>Pitard</b> 257.                         |   |

# Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1920/21



1921

J. G. W. Dieck Nachf. G.m.b.H. Buchhandlung Vorwärts G.m.b.H.  
Stuttgart Berlin

# Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Görlitz 1921.

## Allgemeines.

Die Sozialdemokratische Partei kann mit stolzer Befriedigung auf das abgeschlossene Geschäftsjahr hinweisen, das an Kämpfen innen- und außenpolitischer Art überreich war. Wahlen zum Reichstag und den Landtagen, zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen stellten hohe Anforderungen an die Organisationen. In zäher Kraftanstrengung wurden sie ihnen gerecht. Außenpolitisch erinnern die Lage von Spa, London, die Verhängung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen über das Rheinland, die Besetzung der Rheinpfalzstädte und das Pariser Ultimatum an die verantwortungsvolle, für die Existenz des Deutschen Reiches geradezu entscheidende Politik der deutschen Sozialdemokratie. Der Abstimmungskampf in Oberschlesien sah die Arbeiterschaft als Vortrupp im Kampfe um die Erhaltung des lebenswichtigen Industriegebiets beim Reiche und die qualvolle Marter monatelangen Wartens auf eine gerechte Entscheidung, unter täglicher Gefahr für Gut und Leben erträgt das ober-schlesische Volk in heroischer Duldung nur durch die politische Schulung und Disziplin, die sozialdemokratischer organisatorischer Erziehungsarbeit zu danken ist.

Stärker als je, trotz der Zerspaltung der Arbeiterbewegung, ist die Sozialdemokratische Partei heute sowohl an Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Organisationen und Zeitungen sowie an politischem Einfluß; daran ändert ein zeitweiliges Ausscheiden aus der einen oder anderen Regierung so wenig wie die verbissene Kritik, die die Partei von rechts und besonders von links erfährt.

Die Zersetzung in der Unabhängigen Sozialdemokratie führte im Berichtsjahre zu der Explosion in Halle, die als Sprengstücke der „unabhängigen Massenpartei“ die „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“ und auch die „Kommunistische Arbeiterpartei“ bildete. Die „Vereinigten Kommunisten“ als die ursprünglich stärkste Gruppe nach dieser Dreiteilung hat sich durch den Ausschluß Leys und seiner Anhänger, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich bereits wieder gespalten. Sie zählt heute nach ihren eigenen Angaben nur 161 146 zahlende Mitglieder. Diese Schwäche, gemessen an unserer Organisation, ist allein schon der schlagende Beweis, daß die deutsche Arbeiterschaft den russischen Importradikalismus ablehnt und in unserer Partei die Vertreterin ihrer Interessen und Anschauungen erblickt. In verbrecherischem Wagemut und sklavischem Gehorsam gegen die aus Moskau empfangenen Befehle war diese Gruppe aber doch noch einmal einflußreich genug, um Deutschland im März 1921, ebenso wie im Vorjahre Kapp und Genossen, in schwere innerpolitische Wirren

zu stürzen. Nachdem der im Januar unternommene Versuch mißlang, die Arbeiterklasse durch den sogenannten „Offenen Brief“ in Widerspruch zu den Gewerkschaften und unsere Partei zu bringen, die beide den demagogischen Schwindel einer Einheitsfront, von der KPD. bis zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund, auf der Grundlage eines einseitig von der KPD. festgesetzten Aktionsplanes abgelehnt hatten, inszenierte man den bewaffneten Aufstand, der dank der wiedererregten Ueberlegung der Arbeiterklasse in der Hauptsache auf die Hochburg des Kommunismus — Mitteldeutschland — beschränkt blieb.

In echt russischer Methode und völliger Verkennung der Empfindungen der deutschen Arbeiterklasse wurde die Bewegung eingeleitet durch eine Reihe von Dynamitanschlägen in Dresden, Leipzig, Freiburg, Rodewitzsch, Auerbach i. V. und an anderen Orten gegen Gerichtsgebäude, Rathhäuser und Eisenbahnbrücken, denen seßiglich unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Offen forderte die „rote Fahne“ den bewaffneten Aufstand und die Zentrale der KPD. rief zum Generalkrieg auf.

Niemals ist früher mit Menschenleben und Menschenglück gespielt worden als in jenen Tagen und von der Leitung einer angeblichen Arbeiterpartei. Bezeichnend ist auch, daß die Mehrzahl der Dynamitattentate gerade in Sachen erfolgte, dem Lande, wo eine rein sozialistische Regierung am Ruder war. Wilde Streiks, Raub und Plünderungen, Terror und Sachbeschädigungen begleiteten die ganze Bewegung. Am Ostermontag wird die Druckerei unseres Halleischen Parteiblattes durch Handgranaten demoliert. In Welbert wird die Räterepublik ausgerufen und ebenso wie in anderen Städten die Reichsbankstelle geplündert. Im Ruhrgebiet erlassen Partei und Gewerkschaften eingehende Mahnungen, sich nicht wieder von unerantwortlichen Personen zu Putzsch hinreißen zu lassen. Trotzdem stammt im Gelsenkirchener Revier der Zustand auf, um nach einigen Tagen zusammenzubrechen. Auch in Hamburg forderte diese Aktion Menschenopfer zur höheren Ehre der kommunistischen Zentrale. Diese verlangte unausgesetzt die Steigerung der Aktion und bezichtigte die Sozialdemokratische Partei des Verrats an der Arbeiterklasse, weil sie im Namen des Proletariats erklärte, daß es sich hier nicht um revolutionäre Taten der Arbeiterklasse oder um eine wirtschaftliche Bewegung, sondern um eine Aktion verbrecherischer Wirrköpfe handele, die nichts mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu tun habe, sondern in Wahrheit nur der Reaktion Wasser auf die Mühlen liefere. Erschreckend ist die Zahl der Opfer, die dieses Verbrechen gefordert hat. Die Partei war und ist bis jetzt unausgesetzt bemüht, die Härten zu mildern, die Ausnahmezustand und Sondergerichte mit sich brachten, die viele Mittläufer und Unschuldige für die Taten derer büßen ließen, die ihre eigene Haut in Sicherheit bargen oder ihre revolutionäre Dynamitardenpolitik vor Gericht feige verleugneten.

All diese Wirren, aus denen die Aktion immer neue Hoffnung schöpft, die ein Unglück sind nicht nur für die persönlich Betroffenen, sondern für die Arbeiterklasse und das ganze Volk, sind nur möglich durch die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Sehnsucht nach der Einigung des klassenbewußten Proletariats hat die deutsche Arbeiterklasse auch im verflossenen Jahre erfüllt. In steigendem Maße erkennen die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Richtungen, daß ein großer Teil der Enttäuschungen, die sich nach der siegreichen Revolution eingestellt haben, zurückzuführen ist auf die Uneinigkeit der Arbeiter. Frecher als je erheben ihr Haupt, die nach dem kaiserlichen Deutschland hehnlich zurückblicken, träftiger als seit langem tritt der Kapitalismus auf, ungeheure Kapitalkonzentrationen, die nur in den Vereinigten Staaten von Amerika Vergleichsobjekte finden, entwickelten sich in Deutschland. Alle diese Erscheinungen wären kaum denkbar gewesen, wenn nach dem Zusammenbruch des alten Systems eine geschlossene, das ganze klassenbewußte Proletariat zusammenfassende Sozialdemokratische Partei die

Macht in Reich und Ländern, in Provinzen und Gemeinden an sich gerissen und auch bewahrt hätte. Statt dessen hat sich die Arbeiterklasse von dem Tage der Flucht Wilhelms II. bis nun bekämpft und verleumdet. Unsere Partei ist stets für die Einigung der Arbeiterklasse eingetreten. Sie mußte einen großen Teil ihrer Kraft verschwenden in der Abwehr der Angriffe der anderen sozialistischen Parteien. Diese wendeten den größten Teil ihrer agitatorischen Wucht, ihrer Kritik und ihrer Feindseligkeit nicht gegen die Klassengegner des Proletariats, sondern gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Unserer Partei wollten sie Abbruch tun, in unseren Reihen wollten sie Anhänger finden. Diese dem Klassenkampf widerstrebende Politik der Bekämpfung der eigenen Klassengenossen hat nicht die Früchte getragen, die sich die unabhängigen und kommunistischen Bekämpfer unserer Partei erhofften. Der ihnen so überaus peinliche Name der Mehrheitspartei konnte durch keine Wahl unser Streitig gemacht werden. Der Aufstand in Mitteldeutschland hat die KPD. auf das tiefste erschüttert, zahlreiche Mitglieder sind aus der KPD. geschieden, viele wandten sich, verärgert über den giftigen Streit gegen andere Arbeiterparteien, von der kommunistischen Partei ab. Die Wahlen zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiterverbandes trugen fast ausschließlich politischen Charakter und endeten mit einer vernichtenden Niederlage der kommunistischen Partei. Der endlich unumgängliche Hilferuf des verhungernenden Rußlands hat auch dem letzten Kommunisten die Augen geöffnet; so traurig und verbesserungsbedürftig die Zustände in Deutschland sind, um ein Welsches trauriger, ja erschrecklicher sind sie in dem Traumlande des Ostens, wo die Gegnerschaft zur Demokratie und die sogenannte Diktatur des Proletariats der Feils ist, auf dem die staatliche Ordnung und das Wirtschaftsleben aufgebaut sind.

Je größer die Verprechen der U.S.P. und KPD. gewesen sind, desto größer ist die Enttäuschung über diese Parteien. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten und Beamten erkennen, daß es gerade unser Streben ist, dem Proletariat mit allen Kräften zu dienen, daß wir in ihm keine Illusionen erwecken, sondern den Arbeitern sagen, was ist und was sein kann, nicht nur das, was sein sollte.

Waren die Massen, von ganz aufgeregten Zeiten abgesehen, immer für die Einheit des deutschen Proletariats, so findet man jetzt unter den Führern der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mancherlei Abtönung ihrer früheren Schöpfheit, manches Streben, unsere Haltung zu verstehen und wenigstens im engsten Kreise auch zu erklären. Auf kommunalpolitischem Gebiete wie auf gewerkschaftlichem Boden hat ein taktisches Zusammengehen der Unabhängigen und Sozialdemokraten stattgefunden und, wenn auch nicht immer, so doch des öfteren, gute Früchte für die Arbeiter getragen. Im Freistaate Sachsen haben Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam die Regierung gebildet, und im Reichstage hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von ihrer unbedingten Opposition Abstand genommen. Aber man soll über diese günstigen Zeichen nicht übersehen, daß starke Kräfte in der unabhängigen Reichstagsfraktion wie im Zentralomitee der U.S.P., in der Berliner Städtverordnetenversammlung wie in der unabhängigen Presse mit dem größten Eifer der Einheit aller Sozialdemokraten in Deutschland noch widerstreben. Die Richtung, welche die Einigung noch zu hinterreiben sucht, dürfte in der U.S.P. stärker sein als diejenige, die aus Pflichtgefühl und aus Liebe zum Proletariat die Streitigkeit begraben möchte. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft wirkt nicht einigend auf die deutsche Arbeiterbewegung, sie sucht im Gegensatz zur Zweiten Internationale die Gegensätze eher zu vertiefen als abzumildern.

Darf man sich aber über das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien, so ernst es zu erstreben ist, keinen Illusionen hingeben, so muß man alle

Hoffnung aufgeben, daß mit den Kommunisten, solange sie der Dritten Internationale angehören, solange sie den Befehlen von Kossau gefügig gehorchen, solange ihr Streben ist, die Amsterdamer Internationale, unsere eigenen Gewerkschaften, unsere eigenen Genossenschaften zu sprengen, eine Einigung Gegenstand der Erörterung werden kann. Doch auch hier wollen wir nicht übersehen, daß ein starker Gärungsprozeß in der kommunistischen Partei offenkundig ist, daß diese Partei sicherlich nicht so bleiben wird, wie sie ist, und daß wir deshalb in der Hoffnung auf die Einigung abwarten wollen, was aus der Vereinigten kommunistischen Partei werden kann und werden wird. Das eine steht fest, daß auch unter den Massen, die der kommunistischen Partei angehören, das Wort von der Einigung des Proletariats auf guten Boden fällt, so daß sich auch hier Voraussetzungen ergeben für eine, wenn auch nicht in naher Zukunft sich bildende geschlossene proletarische Kampffront gegen den Kapitalismus.

Die Zerklüftung der Arbeiterbewegung am Ende des Krieges und in den Tagen der revolutionären Entscheidung hat das deutsche Proletariat außerstand gesetzt, die politische Macht zu ergreifen und sie dauernd zu sichern. Unter den zahlreichen schweren Schädigungen der Arbeiterklasse, die Rechtshaberei, Eigenbrütelei und mangelnde politische Fähigkeiten der links von uns stehenden Parteien dem Proletariat gebracht haben, ist am sichtbarsten die Verurteilung des deutschen Volkes zu einer Koalitionspolitik im Reiche wie in den meisten Ländern. Acht Parteien in den meisten deutschen Parlamenten, vor allem im Reichstag und im preussischen Landtage, suchen nach einem Gleichgewicht der Kräfte, sie finden aber leider nicht einen festen Schwerpunkt, um den sich eine tragfähige Mehrheit gruppieren könnte. Solange es möglich war — als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, als das Ministerium Müller seine Demission gab —, suchten wir nach den Möglichkeiten, in Gemeinschaft mit den unabhängigen eine Regierung für das Reich zu bilden. Immer wieder widerstrebten die Unabhängigen, immer deutlicher tritt ihre Schuld in Erscheinung, wenn das Schwergewicht der Regierung nicht bei den Vertretern des arbeitenden Volkes liegen kann. Die Koalition mit den bürgerlichen Parteien muß immer als das kleinere der möglichen Übel anerkannt werden, eine Erkenntnis, der sich neuerdings auch die Unabhängigen nicht verschließen können.

Daß die Sozialdemokratische Partei an ihrer Mitwirkung an Koalitionsregierungen keine Freude hat, daß wir unsere Partei wie auch die von ihr in die Regierung entsandten Genossen ein schweres Opfer in der Teilnahme an der Regierung erblicken, sollte den Parteigenossen klar sein. Eine Koalitionsregierung hat vieles zu vertreten, was von unserer Partei schwer zu tragen ist, und weite Kreise, vor allem der nicht gefestigten Parteigenossen und noch mehr der unorganisierten Arbeiter erhoffen Wunder von den Möglichkeiten sozialdemokratischer Minister in unseren schweren Zeiten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist sich der gewaltigen Schwierigkeiten bewußt, mit denen die deutsche Politik heute zu rechnen hat, sie kennt ganz genau die ungeheure Einengung politischer Leistungsfähigkeit des deutschen Reichstags und der Reichsregierung durch den Friedensvertrag.

So erklärt es sich, daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion nach dem Sturz des Ministeriums Fehrenbach den Eintritt unserer Parteigenossen in die Regierung nicht wünschte. Herr Stresemann zeigte dazu vielen Eifer, Reichstagsler zu werden. In aller Geschäftigkeit bemühte er sich, nicht nur bei seiner eigenen Partei, sondern auch auf der englischen Botschaft die Voraussetzung für seine Reichstagslerschaft zu gewinnen. Die völksparteiliche Geheimgelüste der letzten Regierungsbildung ist noch lange nicht ganz aufgeheilt. Klar ist nur, daß die Volkspartei außerordentlich stark schwankte, als es galt, sich dem Ultimatum gegenüber festzulegen, daß ein großer Teil der Volkspartei sich mit Herrn Strese-

mann zuletzt für die Ablehnung entschied, daß nur eine kleine Gruppe die Annahme des Ultimatus auch durch ihre Abstimmung bekräftigte. Bis in die letzten Stunden vor dem Augenblick, wo die Entscheidung fallen mußte, wehrte sich die sozialdemokratische Fraktion gegen den Eintritt in die neue Koalition. Wäre aber die Sozialdemokratie zuletzt auf ihrem ablehnenden Standpunkt stehen geblieben, so wäre keine Regierung zustande gekommen; die Annahme des Ultimatus wäre unmöglich gewesen und all die schweren Folgen, nicht nur die, die die Entente angebroht hatte, wären zum Schaden Deutschlands eingetreten. Vor allem die Unsicherheit, über das Schicksal Oberschlesiens, das durch den eben angezeigten Auffstand des Korfantsy in Frage gestellt war, entschied für den Eintritt in die Regierung.

Die Uebernahme der Verantwortlichkeit im Reiche war für die sozialdemokratische Fraktion um so schwieriger, als die Regierungsbildung in Preußen zum Ausschluß aus der Regierung geführt hat. Die langwierigen Verhandlungen wurden von unseren preussischen Genossen mit dem defizienten Ministerpräsidenten Stegerwald über die weitere Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung geführt. Herr Stegerwald wollte unbedingt eine sehr breite, wenn auch eine sehr brüchige Basis für das von ihm geleitete Kabinett erreichen, indem er darauf bestand, daß die Deutsche Volkspartei in dem neuen Kabinett Platz finde. Er suchte alle möglichen Auswege, er war bereit, die Teilnahme der Deutschen Volkspartei nicht allzu offen in Erscheinung treten zu lassen, er wollte die deutschen Volksparteiler während ihrer Ministerzeit als unpolitische Beamte maskieren. Mancherlei Unklarheit und Unsicherheit in seinen Ausführungen ließen den Glauben an Treulosigkeit wach werden, das verbitterte und erschwert die Verhandlungen, die zuletzt von unseren Parteigenossen abgebrochen wurden.

Als alles davon abhing, daß die Sozialdemokraten bei der Bildung der neuen Reichsregierung, die das Ultimatum annehmen und durchführen sollte, teilnehme, da hielt die Zentrumspartei des Reichstags auch dafür, daß in Preußen eine ähnlich wie im Reich zusammengefechtete Regierung das rein bürgerliche Kabinett Stegerwald ersetze. Diese Wünsche wurden aber bisher nicht erfüllt. Immer deutlicher und energischer empfand die Regierung Stegerwald die Opposition unserer Partei, immer schwerer wird es ihr, sich diesem Widerstande gegenüber in der Macht zu halten. Es erscheint unwahrscheinlich, daß das Ministerium Stegerwald in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung am Ruder bleiben kann.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildungen zeigen sich überall im Reich. Denn in den meisten Ländern stehen sich wie im Reich zwei ziemlich gleichstarke Gruppen von Parteien gegenüber, die zu schwach sind, eine feste Regierung zu bilden, aber stark genug, eine sehr kräftige Opposition zu führen. Im Freistaat Sachsen, in Thüringen, in Westfalen-Schwerin, in Braunschweig und in Lippe sehen wir überall aus den Wahlen Parteigruppierungen hervorgehen, die die Bildung von Regierungen überaus schwierig machten, verschiedenartige Kombinationen zur Diskussion stellten und ein einheitliches Prinzip für die Regierungsbildung nicht wirksam werden ließen. Wie auch diese Regierungen gebildet wurden, ihr Schicksal war stets unsicher, der trübselige Zustand bildete die Regel, mit immer neuen Zusammenbrüchen mußte man rechnen, immer wieder trat die Frage an die Partei heran, wie man sich zu der Bildung der Regierung verhalten wolle. Dabei zeigt sich eine solche Mannigfaltigkeit der Notwendigkeiten und der sachlichen Beurteilung, daß eine einheitliche Stellung unserer Partei nicht möglich war. Die Bindung durch den Kasseler Parteitagsschluß konnte nur für die Bildung der Reichsregierung gelten, sie zeigte auch ihre Wirkung bei der Bildung der preussischen Regierung, beim Zusammengehen der sozialistischen Parteien im Freistaat Sachsen, es ergab sich aber nicht die

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Möglichkeit, in Mecklenburg-Schwerin ohne Volkspartei eine Regierung zu bilden. Es gab aber nur zwei Möglichkeiten, entweder völlig aus der Regierung auszuschneiden, obgleich wir als die weitaus stärkste Partei aus den Landtagswahlen hervorgingen, oder einen Angehörigen der Volkspartei in die Kabinettsbildung einzumischen. Diese letztere Lösung, die von der Mehrheit des mecklenburgischen Parteitages gebilligt wurde, war um so leichter zu tragen, als die Persönlichkeit des zum Minister präsentierten Volksparteilers keinerlei Widerspruch hervorrief, die Partei sich auf den Boden der Reichs- und Landesverfassung stellte und dadurch bewies, daß er keine Hemmung einer von Sozialdemokraten geleiteten und getragenen Regierung bilde.

Auch in Lippe erforderten die Wahlen entweder den Verzicht der Sozialdemokraten auf jeden Einfluß an der Regierung oder einen volksparteilichen Einschlag des Kabinetts. Ueber die Stellung des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses zu der Bildung neuer Regierungen während des Berichtsjahres wird an anderer Stelle Aufklärung gegeben.

### Die Programmkommission.

Der Parteitag zu Kassel hat in die Programmkommission gewählt: die Genossin Pfüll und die Genossen Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Cunow, Georg Gradnauer, Wilhelm Keil, Hermann Mollenbuhr und Hermann Müller-Berlin. Sie hat sich sofort nach dem Parteitage konstituiert und Hermann Mollenbuhr zum Vorsitzenden und Adolf Braun zum Geschäftsführer erwählt. Die Kommission beschloß, eine Reihe von Unterkommissionen zu bilden, von denen eine den theoretischen Teil, eine weitere die wirtschaftspolitischen Forderungen, eine dritte das Finanzproblem, eine vierte die Verfassungs- und Verwaltungsfragen, eine fünfte die Kommunalpolitik, eine sechste die Sozialpolitik, eine siebente das öffentliche Gesundheitswesen, eine achte das Wohnungswesen, eine neunste die Rechtspflege, eine zehnte die Kulturpolitik, eine elfte die Wehrfragen, die Völkerverziehung und die Internationale für das Parteiprogramm bearbeiten sollten. In fast alle Kommissionen wurden Frauen und Kommunalpolitiker gewählt, damit überall diese speziellen Interessen berücksichtigt werden. Die Mitglieder, die für die Frauenfragen besonders in Betracht kamen, haben den veröffentlichten Programmtext überprüft und damit die letzte Redaktion dieses Entwurfes, die dem Parteitage vorgelegt wurde, erleichtert. Ueber 60 Genossen und Genossinnen haben an den zahlreichen Beratungen und Beschlüssen teilgenommen.

Die Programmkommission, selbst eine Vielheit von Anschauungen in der Partei zum Ausdruck bringend, hat sich bemüht, im Geiste der Demokratie möglichst viele Genossen und Genossinnen an der Schaffung des Programms teilnehmen zu lassen. Das ergab natürlich eine Vielfältigkeit der schon in der Programmkommission zu beobachtenden Erscheinung, daß nicht eine einheitliche Meinung über das Programm in der Partei bestehe und daß bei jedem Programmabschnitt innerhalb einer Vielfältigkeit von Auffassungen nach einem gemeinsamen Ausdruck der Parteiansicht gerungen werden mußte.

Diese Methode der Arbeit hatte zur Folge, daß das Programm nicht den Eindruck des einheitlichen Gusses einer geschlossenen Uebereinstimmung haben konnte, daß der Entwurf nicht frei von Unstimmigkeiten sein konnte. Der Entwurf konnte wegen der vielfachen Inanspruchnahme aller an seiner Vorberatung beteiligten Genossinnen und Genossen durch mannigfache Parteiverpflichtungen erst weit später fertiggestellt werden, als es im Plane der Programmkommission lag. Als endlich die beiden letzten Unterkommissionen ihren Programmtext fertiggestellt hatten, war noch gerade die Zeit vorhanden, die man den Partei-

genossen zur Erörterung des Entwurfes gewähren mußte. Es fehlte aber die Zeit, die einzelnen Teile und den Gehalt von der Programmkommission durcharbeiten zu lassen, weil das die Veröffentlichung und die Kritik der Genossinnen und Genossen ungebührlich aufgehalten hätte. So entschloß man sich, den Entwurf in einer formal unbefriedigenden Weise unter dem Vorbehalt zu veröffentlichen, daß die Programmkommission, nachdem sie der Erörterung genügend Zeit gelassen hat, zu einer Schlussredaktion zusammentreten werde. Dieser Schlussredaktion ging noch eine Beratung der Frauenkommission über den gesamten Inhalt des Programmtextes voraus.

Der Kommentar zum Programmtext konnte naturgemäß erst in Angriff genommen werden, als der Programmtext fertiggestellt war. Er wurde so rasch der Partei vorgelegt, als das nur irgendwie dank dem Eifer seines Verfassers, des Druckers und des Verlages möglich war.

Der Programmtext ist wie seine Vorgänger von 1875 und von 1891 einer überaus scharfen Kritik unterzogen worden, wenn sie auch nicht den Grad von Schroffheit der Kritik der Entwürfe von 1875 und 1891 erreichte. Es ist nicht die Aufgabe dieser Berichterstattung, zu Inhalt und Tonart der Kritik Stellung zu nehmen, nur das sei festgestellt, daß einige Kritiker gründlich irren, wenn sie den Parteivorstand für den Programmtext für Zeit und Art seiner Veröffentlichung wie für die Verfälschung des Kommentars verantwortlich machen. Der Parteivorstand hat der Programmkommission nur die weitest mögliche Förderung zuteil werden lassen, er hat sich sachlich mit der Arbeit der Programmkommission in gar keiner Weise befaßt, die Kommission arbeitete ohne seine Kontrolle, so daß die Mitglieder des Parteivorstandes nicht früher von dem Ergebnis der Arbeiten der Programmkommission und ihrer Unterkommissionen erfuhren, als die Gesamtheit der Parteigenossen und Parteigenossinnen.

## Organisation.

Auch das verfllossene Geschäftsjahr zeigte, wie festgefügt unsere Parteiorganisation ist und wie wenig berechtigt die Hoffnungen unserer Gegner von rechts und links auf ein Zurückfluten der Zahl unserer organisierten Anhänger sind. Der Zuwachs ist allerdings geringer wie im Vorjahre und kann nicht als befriedigend bezeichnet werden. Die Zahl der Neuaufnahmen war zwar, wie sich aus den Kassenberichten der Bezirksorganisationen ergibt, eine große. Die Steigerung der Mitgliederzahl gegen das Vorjahr betrug jedoch nur 40 851 oder 3,4 Prozent. An männlichen Mitgliedern hatten 22 Bezirke eine Zunahme von 90 479, 14 Bezirke dagegen eine Abnahme von 35 106. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich somit um 55 373 vermehrt. Bei den weiblichen Mitgliedern haben wir dagegen leider das gleiche Ergebnis wie im Vorjahre zu verzeichnen; ihre Zahl ist wiederum zurückgegangen. 18 Bezirke verzeichneten als Zunahme an organisierten Genossinnen 9245, wogegen 14 Bezirke eine Abnahme von nicht weniger als 23 767 aufwiesen. Der Verlust an weiblichen Mitgliedern beziffert sich danach auf 14 522. Da dieser auch im Vorjahre 16 000 betrug, sind der Parteiorganisation somit in den beiden letzten Jahren rund 30 000 Genossinnen verlorengegangen. Bei der Bedeutung der Frauen für das heutige politische Leben ist diese Feststellung sehr unerfreulich, und ernstes nach wie im vorigen Jahre muß untersucht werden, ob überall hinsichtlich der Gewinnung und Erhaltung der weiblichen Parteimitglieder alles getan wird, was erforderlich ist. Wo diese Frage nicht rückhaltlos bejaht werden kann, muß der Hebel angefaßt und das Versäumte nachgeholt werden. Nie darf außer acht gelassen werden,



diesen wurden aus der Parteikasse besoldet 61 Bezirkssekretäre. In mehreren Fällen wurden außerdem aus der Parteikasse laufende Zuschüsse bewilligt, um die Anstellung einer Sekretärin zu ermöglichen.

Um den vielfach geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, werden ab 1. Januar monatlich die „SPD-Nachrichten für Funktionäre“ herausgegeben, die alle organisatorischen Nachrichten und daneben auch für die Agitation besonders wichtige Notizen bringen. Das Blatt hat großen Anklang gefunden und wird stark verlangt. Die in größeren Bezirken bereits vorher herausgegebenen Mitteilungsblätter werden jetzt vielfach in verkleinerter Form den „SPD-Nachrichten“ beigelegt, womit den Bedürfnissen des Bezirkes mehr Rechnung getragen wird.

Am großen und ganzen bietet unsere Parteiorganisation ein Bild anerkannter Rührigkeit und Pflichttreue. Nur dadurch war sie imstande, den großen Anforderungen auf den verschiedensten Gebieten, wie sie die heutige Zeit und die Bedeutung der Partei erfordern, gerecht zu werden.

In fünf Fällen hatte der zuständige Bezirksvorstand über Ausschluß = anträge zu entscheiden. Gegen sämtliche fünf Entscheidungen wurde von den Angeeschuldigten beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt. In einem Falle wurde das auf Ausschluß lautende Urteil des Bezirksvorstandes aufgehoben und auf Ausschließung des Beschuldigten von Vertrauensämtern in der Partei auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Der Betreffende ruft dagegen die Entscheidung des Parteitages an. Im zweiten Falle kam das Schiedsgericht zu dem gleichen Beschluß wie der Bezirksvorstand: Erteilung einer Rüge. Im dritten Falle konnte der Parteivorstand dem Antrage auf Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht nachkommen. Die Sache ist von den Antragstellern nicht weiter verfolgt worden. Im vierten Fall hob das Schiedsgericht das auf Ausschluß erkannte Urteil auf und erteilte dem Angeeschuldigten eine scharfe Rüge. Im fünften Fall war dasselbe Ergebnis wie im vorgenannten zu verzeichnen; außerdem wurde dem Beschuldigten aufgegeben, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen.

Genosse J. Stelling, der neben Franz Krüger auf dem Kasseler Parteitag neu in den Parteivorstand als angestellter Sekretär gewählt worden war, trat im November 1920 seine Stellung im Bureau des Parteivorstandes an. Bei der Neubildung des Ministeriums in Mecklenburg wurde Stelling wieder nach dort als Minister berufen; der Parteivorstand beurlaubte ihn zu diesem Zweck als Vorstandsmitglied.

## Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Die Anträge 14, 86 und 173 beauftragten den Parteivorstand, sein Augenmerk besonders auf die Sicherung der Errungenschaften der Revolution zu richten und dem Treiben der reaktionären Elemente Beachtung zu schenken. In enger Fühlung mit den Parteiorganisationen des Landes kam der Parteivorstand dem nach. Insbesondere mußte er sich in vielen Fällen wegen reaktionärer Machenschaften abhilfend an die Regierung wenden. — Die Anträge 15 und 29 wünschten die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Parteifunktionäre. Der Parteivorstand gibt seit 1. Januar d. J. ein solches heraus. Die „Partei-Korrespondenz“ erscheint weiter, da das Mitteilungsblatt kein voller Ersatz für sie ist. — Für die tatkräftige Förderung des Genossenschaftswesens, wie das Antrag 18 verlangt, ist der Parteivorstand auf Grund der Parteitagsbeschlüsse stets eingetreten. — Auch der Provinzpresse hat der Parteivorstand, soweit es seine Kräfte erlaubten,

vielerorts aus finanziellen Schwierigkeiten geholfen, wie das die Anträge 16 und 17 verlangen. Antrag 13 fordert, daß die Anwesenheitslisten des Reichstags und der Landesparlamente alljährlich in den Wahlkreisen betanzt gegeben werden. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß die Wahlkreise in der Lage sind, von ihren Abgeordneten über ihre Anwesenheit in den Parlamenten selbst Rechenschaft zu fordern. In den Anwesenheitslisten wird kein Unterschied zwischen unentschuldigbar und unentschuldigbar Abwesenheit gemacht; sie geben also allein nicht die richtige Unterlage zur Kritik. — Dem Wunsch, mehr Redner nach den östlichen Provinzen zu senden, wie das Antrag 21 verlangt, ist der Parteivorstand, soweit das möglich war, nachgekommen; desgleichen dem Wunsche auf frühzeitigere Versendung von Agitationsmaterial (Antrag 28). Dem Wunsche der Frauenkonferenz (Antrag 343), daß möglichst in allen Agitationsbezirken neben den beamteten Bezirkssekretären eine Genossin als Sekretärin angestellt werden soll, kann der Parteivorstand schon aus finanziellen Gründen nicht allgemein nachkommen. — Mit den Anträgen 25, 26 und 344, die die „Gleichheit“ betrafen, haben sich sowohl Parteivorstand als auch Parteiauschuß beschäftigt. Die Bezugsbedingungen der „Gleichheit“ mußten, um das Defizit zu beheben, neu geregelt werden. Die „Gleichheit“ hat einen erfreulichen Aufschwung genommen: die Abonnentenzahl hat sich mehr als verdoppelt. Ueber die im Antrag 344 angeregte obligatorische Einführung der „Gleichheit“ sind die Auffassungen der Genossinnen geteilt. Während der preussischen Wahlrechtsbewegung wurde von der Redaktion des „Vorwärts“ eine wöchentliche Frauenbeilage für die Tageszeitungen herausgegeben, die gute Dienste leistete. — Auf die Notwendigkeit der Durchführung des Systems der Betriebsvertrauensmänner (Anträge 62 und 71) weist der Parteivorstand immer wieder hin. — Die Taubstummenfektionen (Antrag 67) hat der Parteivorstand nach Möglichkeit unterstützt. — Den Wünschen des Antrages 73, nach dem den Parteimitgliedern der Beitritt zum Republikanischen Führerbund empfohlen werden sollte, glaubte der Parteivorstand allgemein nicht nachkommen zu können. Die Initiative zum Eintritt in solche Organisationen muß vielmehr den einzelnen Parteigenossen überlassen bleiben. — Der Antrag 298 verlangte für Mandatsinhaber, die in Arbeit stehen, eine erhöhte Entschädigung. Der Parteivorstand ist nicht in der Lage, aus allgemeinen Parteimitteln solche Entschädigungen zu zahlen.

Der Sicherung der Volksernährung (Antrag 328) haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion stets die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Einen besonderen Aufruf an die Landwirtschaft zu erlassen hielt der Parteivorstand nicht für zweckmäßig.

Die Anträge 301, 332, 383 und 387 sind dadurch erledigt, daß der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiaususses beschloß, den diesjährigen Parteitag in Görlich abzuhalten. — Der Antrag 369 ist dadurch erledigt, daß auf der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags ein Referat über die Wirkung des Verfallers Vertrages auf die innere und äußere Politik steht.

Die Anträge 19, 31, 32, 34, 138/II und 335 verlangen die Förderung der Demokratisierung in Preußen, insbesondere die beschleunigte Verabschiedung einer neuen Städte- und Landgemeindeordnung und Provinzialverfassung. Die Fraktion des Preussischen Landtags hat diesen Anträgen entsprechend ständig gedrängt; trotzdem war es ihr bis jetzt nicht möglich, die Verabschiedung der betreffenden Entwürfe zu erzwingen. Der Angelegenheit wird weiter die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. — Die Gemeinbewahlen in Helgoland (Antrag 33) haben inzwischen stattgefunden. Trotz der Be-

mühungen unserer Landtagsfraktion wurde den Alteingewesenen zuliebe eine Karenzzeit aufrechterhalten. — Der Antrag 339 verlangt eine zeitgemäße Revision der Grundsteuer. Der sozialdemokratische Finanzminister Preußens hatte eine Grundsteuervorlage eingebracht; infolge der Obstruktion der Rechten und des Zentrums konnte sie leider in der Preussischen Landesversammlung nicht mehr verabschiedet werden.

Die Anträge 199, 200, 202, 203, 204 und 353 wünschten den Ausbau der internationalen Beziehungen, insbesondere die Besserung des internationalen Nachrichtenwesens der sozialistischen Presse. Ueber den Ausbau der internationalen Beziehungen ist im Kapitel „Internationales“ berichtet. Ueber die Notwendigkeit einer besseren Presseberichterstattung ist im internationalen Exekutivkomitee gesprochen worden. Bei dem beabsichtigten Ausbau des Nachrichtenwesens der Parteipresse wird auch dieser Frage in Zukunft Beobachtung geschenkt und das geleistet werden, was nach den finanziellen Kräften geleistet werden kann. Die ausländische Parteipresse wird in einer besonderen Stelle des Parteivorstandes jetzt schon regelmäßig durchgesehen. — Eine Broschüre über den Versailler Friedensvertrag ist im Vorwärtsverlage bereits erschienen und ins Französische und Englische übersetzt worden. Da zu dem Versailler Vertrag billige Kommentare erschienen sind, erübrigt sich eine besondere Parteiausgabe.

Die Anträge 214, 218, 219 und 226 sprechen sich für die Einführung einer internationalen Hilfssprache aus. Das ist eine Angelegenheit, die nur durch internationale Vereinbarung geregelt werden kann. Eine Aussprache auf dem internationalen Sozialistenkongress erscheint notwendig, bevor in Deutschland praktisch hierzu etwas geschehen kann.

Die Anträge 22 und 27 verlangen Schritte zwecks Einigung der Arbeiterklasse. Der Parteivorstand hält eine Einigung mit den Kommunisten aus grundsätzlichen Gründen zurzeit nicht für möglich. Was die Unabhängige Sozialdemokratische Partei anlangt, so haben sich die Gegenläge abgeschlossen, und der Parteivorstand ist sehr damit einverstanden, daß die Bekämpfung der U.S.P. dort, wo sie notwendig ist, ohne jede Gehässigkeit stattfindet. Natürlich muß das auf Gegenseitigkeit beruhen. Eine organisatorische Einigung kann nur auf dem Wege des demokratischen Sozialismus erfolgen und ist bisher von den Führern der U.S.P. scharf abgelehnt worden.

### Rehabilitierung.

Der Genosse Robert Conradt stellte an den Weimarer Parteitag den Antrag, auf Grund der gegenwärtigen veränderten politischen Verhältnisse durch den Parteivorstand eine Prüfung eintreten zu lassen, die nachweisen könnte, daß der im Jahre 1884 gegen ihn erhobene Vorwurf des Parteiverrates zu Unrecht ausgesprochen worden sei. Der Parteitag gab auf Antrag der Mandatsprüfungskommission diesem Antrage statt und überwies ihn dem Parteivorstand. Der Vorstand war nicht in der Lage, dem Kasseler Parteitag über die Erledigung der Angelegenheit Bericht zu erstatten. In der Zwischenzeit sind jedoch Nachforschungen eingehendster Art unternommen worden, die sich auch auf Quellen erstreckten, die der Partei früher verschlossen waren. Diese eingehenden und sorgfältigen Untersuchungen ergaben nichts, was die gegen Conradt im Jahre 1884 erhobene und bis heute aufrechterhaltene Beschuldigung rechtfertigen könnte. — Conradt ist bereits seit langen Jahren wieder Mitglied der Partei, so daß eine Rehabilitierung im Sinne eines Beschusses, der seine Wiedereingliederung ausdrückt, als Konsequenz der Untersuchung nicht notwendig ist.

## Frauenbewegung.

Im vergangenen Berichtsjahre mußten wir feststellen, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Bezirken, in denen wir nach der Revolution und unter dem Eindruck des Frauenwahlrechts einen sprunghaften Aufstieg genommen hatten, zurückgegangen war, daß dagegen in den Bezirken mit ruhiger Entwicklung eine Zunahme gebucht werden konnte. In diesem Jahre steht in einigen Bezirken: Pommern, Breslau, Magdeburg, Mecklenburg, Großhüringen, Franken und Oberbayern ein Plus der männlichen ein Minus der weiblichen Mitglieder gegenüber, während das Verhältnis in den Bezirken Oberschlesien, Krefeld und Oberrhein umgekehrt liegt. In den übrigen Bezirken ist gleichlautend Zunahme oder Abnahme zu verzeichnen. Während jedoch beim Endresultat die männlichen Mitgliedsziffern eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen, ist bei den weiblichen Zahlen ein Verlust zu buchen.

Diese Feststellung beweist uns auch in diesem Berichtsjahre wieder, daß die Frauen noch immer schwerer organisierbar sind als die Männer. Es bedarf in Zukunft noch der angestrengtesten Tätigkeit der Gesamtpartei, besonders aber der tätigen Genossinnen, um hier durch systematische politische Schulung der Frauen den notwendigen Ausgleich zu schaffen.

Erfreulicher ist, was von der Mitarbeit der Genossinnen gesagt werden kann. Nach den uns zugegangenen Berichten und den Beobachtungen, die auf Frauensymposien der Bezirke und Unterbezirke gemacht wurden, ist die Arbeit der Genossinnen ruhig, stetig und zielbewußt. Frauenabende wurden systematisch ausgestaltet und regelmäßig abgehalten; eine ganze Reihe der verschiedensten Kurse fanden statt; bei den Wahlen stellten sich unsere Genossinnen für die Propaganda und Kleinarbeit zur Verfügung. Die Zahl der Rednerinnen wächst. Die Genossinnen, die mit der Leitung der Frauenbewegung in ihrem Wohnbezirk betraut sind, arbeiten systematisch und haben merklich an geistiger Initiative gewonnen.

Die Gleichmäßigkeit der Interessen für Mann und Frau auf allen Gebieten des politischen Lebens bedingt ein kameradschaftliches Nebeneinanderarbeiten. Das kommt sowohl bei der parlamentarischen Tätigkeit im Reich und in den Ländern wie auch in der Gemeinbearbeitung zum Ausdruck. Die vorhandene psychologische Verschiedenheit tritt im Parlament äußerlich höchstens dadurch in Erscheinung, daß bei Gesetzen mit außenpolitischem oder stark wirtschaftlichem Charakter die Aktivität der Frau zurücktritt hinter den Gesetzen mit vorwiegend sozialpolitischem Einschlag. Doch gibt es auch hier Ausnahmen.

Bezüglich so ist es bei der Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern: Gemeinde, Landkreis, wo unsere Genossinnen sich stark den verschiedensten Gebieten der sürgerlichen Tätigkeit zuwenden.

Man stößt jedoch in der Agitationsarbeit auf eine starke Bitterkeit in Frauenkreisen, die darauf beruht, daß es trotz politischer Gleichberechtigung der Frauen noch nicht gelungen ist, ihre Minderberechtigung im bürgerlichen Recht und in der Rechtspflege zu beseitigen. Es wird nicht recht begriffen, daß Selbstverständlichkeiten, wie z. B. die Zulassung der Frauen zu Schöffen- und Geschworenengerichten und die Oeffnung der juristischen Laufbahn für Frauen noch nicht erfüllt sind. Es erregt Unwillen und Enttäuschung unter unseren Genossinnen, daß im Beamtentum noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird (siehe Entlassung unverheirateter Mütter u. a.) und damit der Artikel 128 der Reichsverfassung, ebenso die selbstverständlichen Grundsätze der Demokratie noch nicht erfüllt sind. Im Gegensatz zu den Frauenkreisen, die da meinen, daß das reine Frauenfragen sind, zeigt uns die parlamentarische Tätigkeit immer wieder,



daß es sich um Partei und Weltanschauungsfragen handelt, bei denen die Frauen mit ihren Parteien gehen, auch wenn es sich um sogenannte „Frauenfragen“ handelt.

Ja, wie z. B. bei der Entlassung unverheirateter Mütter aus dem Postdienst muß die Partei als Gesamtheit gegen eine Schicht von Frauen arbeiten, die aus verbohrtem Ständesdünkel gegen ihre eigenen Kolleginnen wüten.

Mit Genugtuung begrüßen die Genossinnen es, daß es, wiederum durch die Initiative und Tatkraft parlamentarisch tätiger Genossinnen, gelungen ist, die Reichswochenhilfe zu verbessern, und daß endlich ein Reichs-Jugendwohlfahrts-gesetz im Werden ist. Jedoch erregt es größtes Befremden, daß bevölkerungs-politische Materien von größter Bedeutung, wie z. B. der dem Reichsrat vorliegende „Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, so schleppend behandelt werden.

Anlässlich der Reichstagswahl wurde für die Frauen ein Frauentag als Auftakt zur Wahl angefangt. Die in dieser Woche veranstalteten Versammlungen waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht allzu stark besucht, während die allgemeinen Wählerversammlungen im Durchschnitt von Frauen recht gut besucht waren. Die gleiche Wahrnehmung wurde bei den Wahlen in Mecklenburg, Sachsen und Preußen gemacht. Diese Erfahrungen berechtigen zu dem Schluss, daß besondere Versammlungen für weibliche Wähler nicht zweckmäßig sind, daß dagegen öffentliche Wählerversammlungen mit weiblichen Rednern sehr gut wirken. Nach den statistischen Berichten haben sich die Frauen zahlenmäßig recht stark an den Wahlen beteiligt, doch lassen die Teilsfeststellungen vermuten, daß das Frauenwahlrecht der Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht allzu günstig gewesen ist.

Ist in Frauengruppen der Wunsch nach eigenen Wählerinnerversammlungen nicht so stark, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß ein Bedürfnis nach besonderen Veranstaltungen für Frauen nicht vorhanden sei. Das Bestreben nach eigenen Redner- und Bildungskursen, nach Frauerversammlungen mit Spezialthemen, nach regelmäßigen Frauenabenden zur Weiterbildung und zur Aussprache, zuweilen auch zur Pflege der Geselligkeit ist unverkennbar. Das geschieht nicht aus dem Willen heraus, sich von der allgemeinen Parteibewegung abzusondern, vielmehr um sie zu stärken, indem versucht wird, auf diese Weise auch die Frauen zu erfassen, die noch immer den allgemeinen Veranstaltungen der Partei fernbleiben. Es geschieht aber auch, um die Fragen zu erörtern und die Gebiete zu pflegen, die bei der Ueberlastung der Partei sonst weniger gründlich bearbeitet würden.

Zur Unterstützung der tätigen Genossinnen wurden die „Vortragsdispositionen für den Frauentag“ herausgegeben, ebenso die Broschüre: „Praktische Winke für die Frauenbewegung“ ungearbeitet und den Bezirken zur Verfügung gestellt. Außer den Flugblättern zur Landtagswahl wurde den Bezirken die Broschüre: „Ein Frauenschicksal“ angeboten. Ferner hat sich für die Frauen die vom Verband der Arbeiterjugend-Bereine herausgegebene Broschüre von Klara Bohm-Schuch: „Gehörst du zu uns?“ bemöhrt; ebenso hat die vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus“ gute Dienste geleistet.

Sekretärinnen sind bisher in den Bezirken Groß-Berlin, Brandenburg, Niederrhein, westliches Westfalen, Schleswig-Holstein und Breslau, außerdem in München-Stadt angestellt. Im Bezirk Magdeburg hat man einen Sekretär für Jugendbewegung, Bildungsweesen und Frauenbewegung freigestellt, im Bezirk Hamburg ist es ähnlich, ein Beweis, daß es die Partei mit der besonderen Pflege der Frauenbewegung ernst nimmt.

Bezirksfrauenkonferenzen fanden seit dem vorjährigen Bericht wieder statt in Groß-Berlin, Thüringen, Niederrhein, Oberrhein, Schleswig-Holstein, Breslau und Böhren; es nahmen überall die Sekretäre der Unterbezirke teil, auch waren alle vom Parteivorstand befehligt. Eine größere Sorgfalt wurde in diesem Jahre auf die Abhaltung von Frauenkonferenzen in den Unterbezirken gelegt. Ganz besonders dort, wo wir bereits Sekretärinnen haben oder wo es möglich war, einen dazu geeigneten Sekretär teilweise freizustellen. Sämtliche Frauenkonferenzen beschäftigten sich nach dem Vorbild der Reichsfrauenkonferenz in Kassel mit der Möglichkeit der Ausnützung der weiblichen Kräfte für die Gesamtpartei und ihre großen und vielseitigen Aufgaben.

So wurden z. B. im Bezirk Schleswig-Holstein in wenigen Monaten ohne besonderen Kostenaufwand (anlässlich der Vortragsreise der Leiterin der Frauenbewegung) 10 kleine Frauenkonferenzen abgehalten, durch die 154 Ortsvereine erfasst wurden, während Bezirksfrauenkonferenzen dort immer nur von zirka 40 Orten befehligt werden können. Das hatte sichtbare Belegung der Arbeit zur Folge. Auch im Bezirk Magdeburg sind ähnliche Unterkonferenzen veranstaltet worden. Ebenso wird vom Niederrhein berichtet, daß sich dadurch die Zahl der Funktionärinnen stark vermehrt hat.

Die „Gleichheit“ erscheint seit dem 1. Januar wieder vierzehntägig. Die Notwendigkeit hierfür ergab sich aus der Erhöhung der Herstellungs- und Verbandskosten. Die Zahl der Leserinnen hat im Berichtsjahre erfreulich zugenommen. Jedoch muß noch viel mehr erkannt werden, daß die Zeitung als Aufklärungs- und Informationsorgan für die Frauenbewegung unentbehrlich ist.

Dem Drang der Genossinnen zur positiven Mitarbeit kommt die Einrichtung des

#### Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt

entgegen. Er bezweckt die Mitarbeit der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrts-pflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Im besonderen will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Ausführung fördern.

Diesem Zweck will er erreichen durch: Zusammenfassung aller an der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer, Gewinnung neuer Kräfte, Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte, Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung. Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Besetzung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege, Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenhängen der Wohlfahrtsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen.

Nachdem die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich mit allen möglichen Kulturproblemen: Schule, Bildung, Jugendbewegung, organisatorisch befaßt, will sie auch das große Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege zu durchdringen suchen. Die stete Berührung mit dem sozialen Leben, die Beschäftigung mit der Sozialpolitik und die Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern sind ihr Anschauungsunterricht und weisen den Weg.

Das Bestreben der organisierten Arbeiterschaft, bei sozialen Schäden zur Selbsthilfe zu greifen, ist durchaus nicht neu. Um der großen sozialen Kindernot abzuhelfen, haben z. B. die sozialdemokratischen Frauen in den Großstädten schon vor dem Kriege Kinderferienwanderungen veranstaltet, mit denen ganze oder teilweise Verpflegung verbunden war. Die Kinderschutzkommissionen befaßten sich hauptsächlich mit dem Schutze der Kinder vor sitt-

licher und körperlicher Verwahrlosung, vor gesetzwidriger Ausbeutung bei gewerblicher Arbeit. Diese eigenen Veranlassungen wurden durch die Not des Krieges unmöglich gemacht. Die Arbeiterfrauen mußten bei überlanger Arbeitszeit in der Munitionsindustrie und anderswo schaffen. Andererseits sind aber gerade in dieser Zeit, durch die große soziale Not der Jugend und weiter Volksschichten getrieben, große Kreise der sozialistischen Männer und Frauen in die allgemeine Wohlfahrtsarbeit hineingekommen. Die Demokratie hat der Arbeiterschaft rechtmäßig Arbeitsgebiete erschlossen, zu denen sie früher nur vereinzelt zugelassen wurde.

Der die Arbeiterschaft auch in dieser Frage beherrschende Leitgedanke ist demnach: Nicht nur Objekt, sondern Subjekt der Wohlfahrtspflege wollen wir sein.

Die Gründung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt geschah am 13. Dezember 1919. Bis heute sind zirka 300 Orts- und 28 Bezirksausschüsse gemeldet. Der Hauptausschuss beschäftigte sich bisher vornehmlich mit der Förderung der Organisation, mit der Sammlung von Material zu den dazugehörigen Fragen. Er hat sich den Reichs- und preussischen Behörden angemeldet und ist durch Delegationen in amtlichen und halbamtlichen, in privaten Veranstaltungen und Organisationen vertreten; er fördert auf jede mögliche Weise die Ausbildung von Kräften für die Wohlfahrtspflege (für Beruf und ehrenamtliche Mitarbeit) und beschäftigt sich mit den schwebenden Problemen unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten und vom prinzipiellen Standpunkt. Es ist ganz besonders gelungen, die Ausbildung von weiblichen sozialen Arbeitskräften zu fördern. Unter Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Innern, den verschiedenen Gewerkschaften und sozialen Frauenschulen sind zirka 120 Arbeiterinnen (nach paritätischer Auswahl) in einem Sonderlehrgang für die soziale Berufsausbildung geschult worden. Daß man neuerdings von Reichs- und Staats wegen Stipendien an ehemalige Volksschülerinnen für die ordentlichen Lehrgänge an sozialen Frauenschulen geben will, ist unter anderem auch auf die Aktivität des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt zurückzuführen. An den Berliner Lehrgängen für Wohlfahrtspflege ist er ebenfalls stark beteiligt. Ein eigener Kursus für Teilnehmer aus dem ganzen Reich wurde vom 25. bis 31. Oktober 1920 abgehalten. In den Bezirken (Provinzen, Ländern) sowie in den größeren Orten finden neben den von amtlichen Stellen geförderten auch eine Reihe von eigenen Kursen statt.

Einen weiten Raum in den Sitzungen des Hauptausschusses nahm der Gedanke der sozialen Selbsthilfe ein, wie ihn Dr. Caspari im „Vorwärts“, Nr. 562 vom 14. November 1920, unter dem Titel: „Fremde Wohlfahrt, eigene Würde“ behandelt hat. Die Aufbringung der Mittel für die Wohlfahrtspflege, ganz besonders für Jugendwohlfahrt, durch periodische oder regelmäßige Abführung von Stunden- oder Schichtlöhnen mit und ohne entsprechende Beiträge der Arbeitgeber begegnet in den Kreisen der Arbeiter einer starken Sympathie. Jedoch kann der Hauptausschuss der Sache nur propagandistisch und durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften dienen, die hierbei ausschlaggebend sind. In den Ortsausschüssen ist die Arbeit je nach den örtlichen Verhältnissen ganz verschieden. Ein umfassendes Bild läßt sich auf beschränktem Raum nicht geben. Man arbeitet in den Gemeinden mit Ferienwanderungen, stellt Helferinnen für Kindertransporte ins Ausland und bei der Befendung im Inland, ebenso für die Quäterspeisungen u. a. m. Die Ortsausschüsse befolgen den Grundsatz, daß die soziale Gemeinschaft, verkörpert in der Gemeinde, die Pflicht hat, für ihre Glieder zu sorgen und daß der einzelne als Glied der Gemeinschaft verpflichtet ist, nach besten Kräften an der Verfolgung dieses Zieles mitzuwirken.

## Die Arbeiterjugendbewegung.

Erst im Jahre 1920 gelang es, in allen Teilen des Reiches wieder festen Fuß zu fassen, die Vorbedingungen für die Schaffung eines großen Organisationsnetzes über das ganze Reich zu erfüllen. Erschwert wurde diese Arbeit auch jetzt noch durch die Nachwirkungen der Revolution und der Kriegszeit. Die links von uns stehenden Bewegungen nahmen im Anfang noch zu, zwar ohne daß wir dadurch darunter litten, jedoch mußten wir bei der Agitation und auch bei der praktischen Arbeit in stärkerem Maße als bisher mit diesen Bewegungen rechnen. Eine Verstärkung erfuhr zu der gleichen Zeit auch der rechtsstehende Teil der deutschen Jugend, die Deutschnationalen. Ihnen gegenüber war unsere Kampfstellung vom ersten Augenblick an gegeben, und überall, wo sie sich mit ihrer Agitation hervorwagten, wurde ihnen von unserer Seite mit Entschiedenheit entgegengetreten.

Große Schwierigkeiten bereitete bei unserer Arbeit die ununterbrochene Verteuerung aller Verwaltungsmaterialien für die Jugendarbeit. Die Wohnungsnot nahm uns manches schöne Heim, und die wenigen, die uns blieben, verschlangen Unsummen für Mieten und Heizung. Dann stiegen die Preise für die Zeitschriften und die Jugendliteratur, kurzum, überall stellten sich einer geordneten Jugendarbeit unüberwindlich erscheinende Hindernisse in den Weg. Wenn es trotzdem gelang, sie zu überwinden und die Bewegung auszudehnen, dann danken wir das der aufopferungsvollen Mitarbeit all der Genossinnen und Genossen.

Zum ersten Male seit Kriegsausbruch ist es möglich, die Entwicklung unserer Organisation auch statistisch festzustellen. Im letzten Jahresbericht war das nur möglich für das Quartal Oktober bis Dezember 1919. Diesmal liegen die Berichte für das Jahr 1920 vollständig vor. Von den 38 Bezirksverbänden, in die der Verband aufgeteilt ist, haben in den ersten drei Vierteljahre je 33 berichtet. Die Bezirke Pommern, Baden, Erfeld, Oberpfalz und Nordwest fehlen. Pommern, Oberpfalz und Baden sind erst im Laufe des Jahres zu geordneter Arbeit gekommen, sie berichten erstmalig für das vierte Quartal 1920. Die bisher im Bezirksverband Danzig zusammengefaßten Organisationen wurden im Laufe des Jahres durch die Schaffung des Freistaates Danzig vom Reiche losgelöst. Sie gehören dem Verband trotzdem weiter als Bezirksverband an. Die Vereine des besetzten Gebietes im Westen hatten in der ersten Zeit der Besetzung unter Schwierigkeiten bei der Zeitungsbestellung und bei der Durchführung der Veranstaltungen zu leiden. Im Laufe der Zeit sind diese Hemmnisse zum größten Teil beseitigt worden; es ist möglich gewesen, neue Vereine zu gründen. Die Verbindung mit den Vereinen des Bezirksverbandes Ostpreußen ist durch die Schaffung des polnischen Korridors erheblich erschwert worden. Es ist dort im Berichtsjahre ein Stillstand zu verzeichnen. Wehnlich liegen die Verhältnisse in Oberschlesien, wo alles Interesse sich auf den Abstimmungskampf konzentrierte.

In den schwächsten Bezirken wurden im Laufe des Jahres Jugendkurse veranstaltet, die der Hauptvorstand durch Entsendung von Referenten unterstützte. Solche Kurse fanden statt in den Bezirken Baden, Thüringen, Mecklenburg-Vibed, Oldenburg-Offriesland, Leipzig und Götting. In diesen Bezirken haben sich die Kurse außerordentlich ausgewirkt. Die Bewegung hat sich gefestigt, es wurden neue Mitarbeiter herangebildet. Das gilt sowohl für die Bezirke Leipzig und Thüringen, wo unsere Arbeit besonders unter der starken Agitation der Linksradikalen zu leiden hatte. Leipzig und Thüringen waren ihre Hochburgen, und erst nach den Kursen ist es gelungen, hier vorwärtszu-

kommen. Das gilt vor allem vom Bezirk Groß-Thüringen, in dem unsere Bewegung in der letzten Zeit große Fortschritte zu verzeichnen hat.

Außerordentlich schwierig ist die Arbeit in den süddeutschen Bezirken. Dort muß sich unsere Bewegung jeden kleinen Fortschritt schwer erkämpfen. Trotzdem geht es vorwärts. Die Vereine mehren sich, die Mitgliederzahlen steigen langsam aber stetig. Sehr gut entwickelten sich die Bezirke Böhrlig, Mittellelbe, Westliches Westfalen, Oberrhein, Ostfachsen, Chemnitz und Hessen-Darmstadt. An der Spitze standen am Schluß des Jahres die Bezirke Westliches Westfalen mit 88 Vereinen und 6450 Mitgliedern und Mittellelbe mit 95 Vereinen und 6000 Mitgliedern. Von dem regen Leben in allen Bezirken zeugt die Tatsache, daß im Berichtsjahr insgesamt 35 Bezirkskonferenzen, 25 Bezirksjugendtage und 8 Jugendleiterkurse stattfanden.

Die gesteigerte Tätigkeit kommt auch zum Ausdruck in dem Bestreben der Bezirksleitungen, ihre Vereine mit Jugendvereinsliteratur und Verwaltungsmaterial zu versorgen. Eine ganze Reihe von Bezirksleitungen hatten am Schluß des Jahres gut funktionierende Vertriebsstellen mit ständig steigendem Umsatz. Am rührigsten zeigten sich dabei die Bezirke Hamburg, Mittellelbe und Brandenburg-Groß-Berlin.

Von überragender Bedeutung wurde die erste Reichskonferenz des Verbandes in Weimar. Neben all den anderen Wünschen kam hier vor allem der Wille der Mitglieder zum Ausdruck, eine straffere Zentralisation durchzuführen. Der Reichsausschuß hat dann in seinen späteren Beratungen über die Statuten neben den anderen Anträgen auch diesen berücksichtigt, und die jetzt in Kraft getretenen neuen Verbandsfassungen sehen die Abführung eines Jahresbeitrages von einer Mark an den Hauptvorstand vor. Damit ist ein Weg gewiesen, unsere Organisation auch in finanzieller Beziehung leistungsfähiger und unabhängiger zu gestalten. Die Ausdehnung des Verbandes, die vor allem nach dem Reichsjugendtag zutage trat, machte eine Vergrößerung des Hauptvorstandsbureaus notwendig. Am 1. Dezember 1920 wurde zur Unterfützung des Genossen Albrecht Erich Ollenhauer als zweiter Sekretär angestellt. Der auf der Reichskonferenz neugewählte Hauptvorstand, dem als jugendliche Vertreter die Genossen Westphal (Hamburg), Spiegel (Stuttgart), Ollenhauer (Magdeburg), Rüdiger (Berlin) und Schaper (Berlin) und als Parteirepäsentanten die Genossen Heinrich Schulz, Bartels, Sassenbach, Weimann und die Genossin Juchacz angehörten, hatte in verschiedenen Sitzungen eine Fülle von Arbeit zu bewältigen.

Sehr wertvoll sind die Mitteilungen über die Zahl der Funktionäre, der Mitarbeiter in unseren Organisationen. Wir schlossen das Jahr 1919 mit insgesamt 2168 Funktionären. Im ersten Quartal 1920 berichteten 318 Vereine aus 26 Bezirksverbänden über 4266 Funktionäre. Im vierten Quartal meldeten 544 Vereine aus 30 Bezirksverbänden 5666 Funktionäre. Während sich die Zahl der Mitarbeiter über 18 Jahre gegen das Vorjahr nur unerheblich erhöht hat, ist die Zahl der Funktionäre von 16 bis 18 Jahren ganz erheblich gestiegen. Das ist der beste Beweis dafür, daß unsere Bewegung überwiegend von der Jugend selbst getragen wird. Erfreulich ist weiter die zunehmende Mitarbeit der Mädchen. Die Fülle der Organisationsarbeit, die in den einzelnen Vereinen zu leisten ist, kommt am besten in den Zahlen über die Mitgliederversammlungen zum Ausdruck. Im letzten Quartal berichteten 578 Vereine aus 32 Bezirksverbänden über 1972 Mitgliederversammlungen mit 35 597 männlichen und 16 007 weiblichen Besuchern.

Zur Agitation fanden zahlreiche öffentliche Jugendversammlungen statt, die sich im Laufe des Jahres ständig mehrten, trotzdem man allenthalben dazu über-

geht, an die Stelle der Agitationsversammlungen Jugendfeste als werbende Veranstaltungen zu setzen. So wurden im letzten Vierteljahr des Berichtsjahres in 578 Vereinen aus 32 Bezirksverbänden 586 Jugendfeste veranstaltet, die 35 498 männliche und 21 764 weibliche Besucher aufwiesen. Bemerkenswert ist die außerordentlich starke Beteiligung der weiblichen Jugend an diesen Veranstaltungen.

Welche Summen die Arbeit unserer Organisation verschlingt, das zeigen die Kassenberichte, die allerdings nur ein sehr unvollständiges Bild geben, weil ein großer Teil unserer Vereine diesen Teil des Berichtsbogens anscheinend „grundständig“ nicht ausfüllt. Im vierten Quartal berichteten 513 Vereine aus 30 Bezirksverbänden über eine Gesamteinnahme von 331 455,02 Mk. Erfreulich ist das erhebliche Steigen der Einnahmen durch die Erhöhung der Beiträge der Jugendlichen selbst. Ueber die Ausgaben berichtete dieselbe Anzahl Vereine. Sie erreichten die Summe von 333 266,20 Mk. Die Mieten und Heizungskosten für die Jugendheime, das Verwaltungsmaterial und die Zeitschriften verschlingen ungeheure Summen. Da die Mittel beschränkt sind, leidet darunter die eigentliche Jugendarbeit. Wir müssen darum mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß uns die Jugendheime und Schulräume durch die Behörden kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle noch unsere Mitarbeit in den staatlichen Ausschüssen für Jugendpflege. Unserem Wirken ist es in erster Linie zu danken, daß vielerorts diese Ausschüsse im neuzeitlichen Sinne umgestaltet und zu wirklichen Jugendauschüssen wurden. Bedenkt man, daß in Preußen die für diesen Fonds bereitgestellte Summe jetzt 6 Millionen Mark beträgt, so zeigt es sich, daß wir bis jetzt nur im geringen Umfange an diesen Zuschüssen des Staates zur Förderung der Jugendpflege beteiligt sind.

Die „Arbeiter-Jugend“ ist seit der Verbandsgründung Verbandsorgan. Allen Mitgliedern soll sie obligatorisch geliefert werden. Es ist ein gutes Zeichen für die Opferwilligkeit der Mitglieder, daß die Auflage trotz erheblicher Preissteigerung nicht zurückging, sondern sich fest auf 60 000 hielt.

Neben der „Arbeiter-Jugend“ wurde ab 1. April das „Rundschreiben“ als Monatschrift für die Führer und Helfer unserer Bewegung herausgegeben. Es erwies sich bald als ein wichtiges Hilfsmittel für die gesamte Jugendarbeit und gab den Praktikern der Bewegung Gelegenheit zum Austausch der Meinungen. Mit dem 1. Januar dieses Jahres ist an seine Stelle der „Führer“ getreten, der in erhöhter Auflage und in verbesserter Form die Arbeit des Rundschreibens mit gutem Erfolg fortsetzt. Dazu treten die zahlreichen Mitteilungsblätter der Bezirksleitungen und die bis jetzt leider nur noch wenigen Jugendbeilagen der Parteipresse.

Zu diesen Zeitschriften kommt noch die im Laufe des Berichtsjahres erschienene Jugendliteratur der Bewegung. Im eigenen Verlag wurde vor allem das Weimarbuch herausgegeben, das zu allen Zeiten eines der wertvollsten Bücher unserer Bewegung bleiben wird. Dann kommt hinzu der im Vorwärts-Verlag erschienene „Jungvolk-Kalender 1921“. Vom Jugendlieberbuch brachte die Buchhandlung Vorwärts eine neue Auflage heraus. Dann ließen wir den Jahresbericht 1919/20 und den Konferenzbericht von Weimar drucken. Außerdem wurden einige unserer Flugblätter und ein Teil des Verwaltungsmaterials neu bearbeitet und herausgegeben.

Das Jugendbuchgesetz ist noch nicht da. Im Berichtsjahr ist der Hauptvorstand wiederholt mit Eingaben und Resolutionen an die Reichsregierung und den Reichstag herangetreten, die Reichskonferenz forderte das Jugendbuchgesetz, trotz alledem konnte ein positiver Erfolg bis heute nicht er-

zielt werden. Unsere Vereine im Reich mußten sich darauf beschränken, bei ihrer Jugendschutzarbeit die Durchführung der bereits bestehenden Jugendschutzbestimmungen zu überwachen, die Anerkennung des Achtfundentages für die Jugend zu erzwingen und vor allem die Einrechnung der Zeit für den Schulbesuch in die Arbeitszeit zu erkämpfen.

Im Laufe des Jahres wurde der Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes bekannt. Das Gesetz soll vor allem der körperlich oder sittlich gefährdeten Jugend, und zwar vom Mutterleibe an, Hilfe angeheben lassen und ist darum nur in einigen Abschnitten für uns von Wichtigkeit. Es wird nach Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag im nächsten Bericht an der Zeit sein, das Gesetz eingehender zu behandeln. Einige wichtige Bestimmungen für die werktätige Jugend brachte das Betriebsrätegesetz. Da das Gesetz ausschließlich in das wirtschaftliche Gebiet fällt, setzen sich die Gewerkschaften für die durch das Gesetz der Jugend zugestandenen Rechte ein, so daß wir hier wenig zu tun haben.

Unsere Arbeiterjugendbewegung ist eine Erziehungsgemeinschaft und keine politische Kampforganisation. Die Bildungsarbeit ist das Fundament unserer Bewegung, und die Zahlen, die aus dem Vorjahre vorliegen, zeigen uns, daß dieser Teil der Arbeit ständig an Ausdehnung gewinnt. Das ist der beste Beweis dafür, daß mit dem Uebergang zur Jugendbewegung durchaus kein Abflauen des Interesses an der Bildungsarbeit verbunden ist. Die Arbeiterjugend hat ganz richtig erkannt, daß heute die Bildungsarbeit wichtiger als je zuvor ist, sie pflegt sie in erhöhtem Maße, seitdem sie auch Zeit findet, in frohen Stunden Kräfte für ernste Arbeit zu sammeln.

Aus den Zahlen ist zu entnehmen, daß in den Sommermonaten naturgemäß die ernste Arbeit etwas in den Hintergrund tritt, daß aber im letzten Quartal des Berichtsjahres die Höchstzahl der Einzeloorträge mit 1955 erreicht wird. Dasselbe gilt von der Beteiligung. Besonders erfreulich ist die starke Vermehrung der Vortragskurse. Wir sehen hier, wie man mit der zunehmenden politischen Beruhigung mehr und mehr zu ernster, stiller und tiefergehender Bildungsarbeit kommt und sich durchaus nicht begnügt mit einstündigen Einzeloorträgen. Es ist zu hoffen, daß dieser Fortschritt auch im laufenden Jahre anhält. Verteilen wir die Vorträge auf die einzelnen Wissensgebiete, dann zeigt sich, daß die Vorträge über die Jugendbewegung an der Spitze stehen. Dann folgen Volkswirtschaft und Politik, Kunst und Literatur, Naturwissenschaft und Geschichte.

Die Zunahme der Bildungsarbeit sehen wir nicht nur hier, sondern auch bei den Les- und Diskutierabenden. Auch da stehen die Zahlen des letzten Vierteljahres an der Spitze. Zu diesen Bildungsveranstaltungen kommen noch die Führungen und Besichtigungen, die Theater- und Konzertbesuche. Auch dort zeigt sich uns das gleiche Bild, das nicht nur gezeichnet wird durch die steigende Vereinszahl, sondern auch durch die vermehrte Arbeit in den Vereinen. Zur Bildungsarbeit sind auch die Jugendbibliotheken zu rechnen. Leider fehlen uns Angaben über Zahl und Stärke der Jugendbibliotheken in den einzelnen Vereinen. Es ist jedoch aus den Kassenberichten zu ersehen, daß die Ausgaben für diesen Zweck im Laufe des Jahres erheblich gestiegen sind, daß also Mittel zur weiteren Ausgestaltung der Bibliotheken in reichem Maße aufgewandt wurden.

Dabei soll nicht vergessen werden, daß in vielen Orten die Jungsozialisten und der Arbeiterjugendverein auf dem Gebiet der Bildungsarbeit eng zusammenarbeiten. Weiter kommt hinzu, daß die in den letzten Jahren so zahlreich eingerichteten Volkshochschulen in starkem Maße von unseren Anhängern besucht werden, so daß die Bildungsarbeit, die mittelbar und unmittelbar durch

uns geleistet wird, noch bedeutend umfangreicher ist, als in den vorliegenden Zahlen zum Ausdruck kommt.

Wandern, Spiel und Körperpflege hat im Vorjahre die ernsteste Beachtung gefunden. Des Wanderns wurde zwar erheblich erkämpft durch die hohen Fahrpreise. Die wiederholten Bemühungen des Hauptvorstandes, allein und gemeinsam mit anderen Organisationen, die Ermäßigung dahin zu erweitern, daß die Jugend zum halben Fahrpreis der vierten Wagenklasse befördert wird, waren leider erfolglos. Die Höchstzahl der Wanderungen wurde im dritten Quartal mit 2061 erzielt, ebenso bei den Außenspielen und Volkstänzen mit 2134 Veranstaltungen. Während bei den Wanderungen die Mädchen verhältnismäßig schwach beteiligt sind, ist ihre Teilnahme an den Volkstänzen und Außenspielen außerordentlich groß.

Nicht zu vergessen ist an dieser Stelle das Wirken des Verbandes für den Verband für deutsche Jugendherbergen, dem unser Verband als Gesamtverband und auch viele Bezirksverbände und Ortsvereine angeschlossen sind. Die Jugendherbergen wurden im Laufe des Jahres erheblich vermehrt. Die Segnungen, die daraus für die gesamte wandernde Jugend erwachsen, machen sich mehr und mehr auch in unseren Kreisen geltend. Notwendig ist die nachdrücklichste Förderung dieses Wertes durch den Erwerb der Mitgliedschaft durch unsere Vereine und auch durch Einzelmitglieder und die eifrigste Mitarbeit.

Neben Wandern und Spiel wurde auch der Sport in den Vereinen mehr als bisher gepflegt. Teils wurden dazu mit den Arbeiterturnern Vereinbarungen getroffen, teils gründeten unsere Vereine eigene Turnabteilungen.

Erwähnt seien bei diesem Teil des Berichts noch die geselligen und unterhaltenden Veranstaltungen, die einen beträchtlichen Prozentsatz aller Veranstaltungen ausmachen. Es weiß jeder aus der Praxis, daß die Unterhaltungs- und Geselligkeitsabende bei weitem nicht immer Spiel- und Tanzabende sind, sondern sehr oft mit einem bunten Programm ausgestattet werden, das einen hohen erzieherischen Wert haben kann. Man verachte auch nicht den Wert einer echten, natürlichen Geselligkeit und einer frohen Jugendgemeinschaft. Es ist in der Gegenwart schon eine Kulturtat, daß es uns in einem Vierteljahr gelungen ist, auf 3039 Veranstaltungen 68 289 Jungen und 41 653 Mädchen echte Jugendfreude und wahres Gemeinschaftsleben geboten zu haben.

So zeigt die Entwicklung unserer Arbeiterjugendbewegung im Jahre 1920 ein erfreuliches inneres und äußeres Wachstum; möge dieses auch im neuen Jahre anhalten.

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Die innere Festigung unserer Partei während des letzten Jahres spiegelt sich auch in der Lehrerbewegung wider. Die Beschlüsse des Kasseler Parteitages gaben den festen Boden ab, auf dem die organisatorische Arbeit von der Berliner Zentrale über die Bezirksgruppen bis hinab zu den einzelnen Ortsgruppen überall in stetem und engstem Einvernehmen mit der Partei selbst geleistet werden konnte. Die Organisation ist jetzt in fast allen Bezirken vollendet, und so läßt sich der zahlenmäßige Ueberblick über die Mitarbeit unserer parteigenösslichen Lehrerschaft auf wesentlich sichereren Grundlagen geben als im Vorjahre. In Ostpreußen, in einigen süddeutschen Bezirken und am Oberrhein bestehen noch organisatorische Schwierigkeiten, die aber aller Voraussicht nach bald überwunden sein werden. Die Mißbilligkeiten, die durch den „Verband sozialistischer Lehrer“ (jetzt „Freie Lehrgewerkschaft“) im ersten Jahre unserer Arbeit entstanden waren, traten erfreulicherweise je länger je mehr zurück, die

parteigenössische Lehrerschaft sieht jetzt nahezu geschlossen auf dem Boden unserer Arbeitsgemeinschaft.

Der wichtigste Teil der Arbeit unserer Ortsgruppen galt der Unterstützung der Partei bei ihren kulturellen Aufgaben. In den weitaus meisten Bezirken ist hier das Hand-in-Hand-arbeiten der Partei mit ihrer Lehrerverganzung schon jetzt zur Selbstverständlichkeit geworden. Von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft waren, soweit zahlenmäßige Unterlagen vorhanden sind, im Berichtsjahre tätig:

in der Jugendbewegung . . . . .	240
in der Bildungsarbeit . . . . .	520
als Referenten . . . . .	mehr als 700

Insgesamt haben die Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen über 2500 öffentliche Versammlungen abgehalten.

Auf schulpolitischen Gebieten galt die Hauptarbeit der Erarbeitung eines sozialdemokratischen Schulprogramms. Fast alle Ortsgruppen beteiligten sich an den vorbereitenden Arbeiten, und eine Hauptausschussung im Dezember 1920 konnte bereits eine Sichtung des vorliegenden Materials vornehmen. Der Kulturtag zu Dresden übertrug dann die endgültige Ausarbeitung der Hamburger Bezirksgruppe, die ihren Entwurf am Schlusse des Berichtsjahres der Partei überreichen konnte.

Der erste sozialdemokratische Lehrertag, der im Rahmen des Dresdener Kulturtages am 24. und 25. März stattfand, zeigte am besten, welchen Umfang und welche innere Kraft die sozialdemokratische Lehrerbewegung bereits besitzt. Ueber 400 parteigenössische Lehrer waren zu dieser ersten Kundgebung zusammengelassen. Die Beratungen galten am ersten Tage der Frage der weltlichen Gemeinschaftsschule und des neuen Geschichtsunterrichtes. Der zweite Tag besaßte sich mit der Mitarbeit des Lehrers in der Bildungsbewegung und mit dem Schulprogramm unserer Partei. Die gesamte Tagung war ein voller Erfolg, ihre organisatorischen Auswirkungen werden sich noch im Laufe des kommenden Jahres bemerkbar machen.

Die bisherige Wochenschrift der Arbeitsgemeinschaft, „Der freie Lehrer“, wurde seit dem Juli dieses Jahres zu einer Monatschrift umgestaltet, weil sich auf diesem Wege eine reichere inhaltliche Ausgestaltung ermöglichen läßt und zugleich die bisherigen ganz erheblichen Zuschüsse des Parteivorstandes herabgemindert werden konnten. Die Zeitschrift wird in der neuen Ausstattung vielleicht noch besser als früher ihren eigentlichen Zweck erfüllen und das innere Band der neuen Organisation bilden. Gerade die weitverstreuten Vorposten unserer Bewegung, die Lehrer auf dem flachen Lande, werden durch das eigene Organ der Arbeitsgemeinschaft in enger Fühlung mit den besonderen Aufgaben der parteigenössischen Lehrer gehalten werden.

Die organisatorischen Aufgaben brachten im Berichtsjahre eine erhebliche Vergrößerung des Arbeitskreises der Berliner Geschäftsstelle mit sich. Die laufenden Geschäfte wurden wie bisher im engsten Einvernehmen mit dem Hauptvorstand erledigt.

Als Agitationsmaterial konnte die Geschäftsstelle den Bezirken eine Reihe von Flugblättern und Werbeschriften zur Verfügung stellen. Zur preussischen Landtagswahl wurde ein besonderes Flugblatt herausgegeben. Einen großen Teil der Arbeit der Geschäftsstelle nahm wieder die Erledigung von Beschwerden parteigenössischer Lehrer wegen Drangsalierung oder Zurücksetzung aus politischen Beweggründen in Anspruch. Hier wird erst die zunehmende Demokratisierung der Schulverwaltung wirklich durchgreifend Wandel schaffen können.

Die kommenden Schulkämpfe werden die parteigenössische Lehrerschaft vor neue Aufgaben stellen. Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft faßte bereits am 3. Juni eine Kundgebung zu dem Ausführungsgefeß zu Artikel 146 der Reichsverfassung. Bei dieser Sitzung war auch die Reichstagsfraktion und die preussische Landtagsfraktion vertreten. So werden auch in Zukunft die besonderen schulpolitischen und kulturellen Aufgaben unserer Partei am besten gelöst werden durch ein enges Zusammengehen aller zur Mitarbeit bereiten und berufenen Faktoren.

## Die Beamtenbewegung.

Das Streben der „Zentralstelle für Beamtenagitation“ war nicht auf Schaffung sozialistischer Sonderorganisationen für Beamte gerichtet, ihre Bemühungen bestanden vielmehr darin, die Beamten der Partei organisatorisch zuzuführen. Dank der politischen Befreiung der bisher vom alten Obrigkeitsstaat geistig geknechteten Beamtenschaft strömten den sozialistischen Parteien zahlreiche Anhänger zu. Bei vielen Beamten fehlte das Verständnis für die Psyche des Industriearbeiters — eine Folge des vom früheren Obrigkeitsstaat in der Beamtenschaft künstlich großgezogenen Standesdümmels. Für die Zentralstelle für Beamtenagitation ergab sich hieraus die Aufgabe, beide Gruppen einander näherzubringen, Verständnis und Vertrauen zu wecken, das Mißtrauen vieler Parteigenossen gegen den Zuwachs aus der Beamtenschaft zu zerstreuen, die unserer Organisation beigetretenen Beamten mit den Nöten, Leiden und Idealen der Handarbeiterschaft vertraut zu machen und sie zu tätigen Mitgliedern der Partei zu erziehen.

Um das gesteckte Ziel zu erreichen, war es notwendig, Richtlinien für die Organisations- und Agitationsarbeit unter den Beamten herauszugeben sowie ein Organ zu schaffen, das die schwebenden Beamtenfragen unter dem Gesichtswinkel sozialistischer Auffassung behandelte und das dabei die Aufgabe erfüllte, die Funktionäre in der Beamtenbewegung über den Stand und den Fortschritt der Organisationsarbeit in ihren Reihen zu unterrichten. „Der freie Beamte“, das Mitteilungsblatt der Zentralstelle für Beamtenagitation, wurde am 1. Mai 1920 vom Parteivorstand herausgegeben. Es erscheint noch heute als Wochenschrift im Umfange von acht Seiten. Zahlreiche Wünsche für den Ausbau dieses Mitteilungsblattes, insbesondere nach der sozialistisch-theoretischen Seite, mußten zurückgestellt werden, vor allem wegen der damit verbundenen hohen Kosten. Das Bestreben der Zentralstelle geht dahin, dem „Freien Beamten“ Eingang in alle Beamtentreise zu verschaffen und dem — ursprünglich den Funktionären in der Beamtenbewegung kostenlos gelieferten — Mitteilungsblatt einen größeren zahlenden Abonnentenstand zu sichern. Von diesem Ziel sind wir heute noch weit entfernt, denn „Der freie Beamte“ erfordert noch große Zuschüsse.

Die gesamte Agitation unter der Beamtenschaft wurde von der Zentralstelle durch die Lieferung von Aufklärungs-material unterstützt. Hunderttausende Broschüren und Flugblätter gingen an die Bezirks- und Ortssekretariate, teilweise auch direkt an die im Vordertreffen der Agitation stehenden Beamten-genossen. Zu den Reichstagswahlen wurden besondere Flugblätter für Beamte herausgegeben und von der Zentralstelle direkt an die Organisationen versandt. Die inzwißchen immer mehr steigenden Druck- und Transportkosten machten es notwendig, bei den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung auf zentrale Herstellung und Versand von Wahlflugblättern für die Beamten zu verzichten.

An dessen Stelle wurden den Bezirken Entwürfe zur Selbstanfertigung von Flugblättern für die Beamtenagitation vom Parteivorstand zur Verfügung gestellt. Leider muß festgestellt werden, daß zahlreiche Bezirke die Anfertigung von Beamtenflugblättern unterlassen haben. Ganze Provinzen gingen ohne besondere Agitation unter den Beamten in den Wahlkampf. Neben der Herausgabe von Werbematerial hat die Zentralstelle die Agitationsarbeit unter den Beamten durch Referentenvermittlungen, Zeitungsagitationen, schriftliche Anregungen usw. unterstützt. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand weiter in der Erlebigung zahlreicher Beschwerdefälle aus Beamtenkreisen über Maßregelungen parteigenösslicher Beamter durch reaktionäre Vorgesetzte. Sobald es sich um einwandfrei festgestellte politische Maßregelungsfälle handelte, wurde versucht, durch direkte Intervention bei den Zentralbehörden oder durch Vermittlung parteigenösslicher Abgeordneter Abhilfe zu schaffen. In manchen Fällen konnte ein Erfolg erzielt werden. Ueberzeugungstreue und Mut ist in manchem Amte nötig, wenn man sich offen als Sozialdemokrat bekennet. Fälle, in denen parteigenössliche Beamte im Konflikt mit ihren reaktionären Vorgesetzten den kürzeren gezogen haben, finden unter der Beamtenchaft, nicht nur in der in Frage kommenden Behörde, sofort die weiteste Verbreitung. Dadurch sollen die übrigen abgeschreckt werden, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Die politische Betätigungsfreiheit der Beamten ist deshalb vor allem zu sichern.

### Die Beamtenforderungen

sind: ausreichende Besoldung, Schaffung eines Beamtenrätegesetzes unter Zugrundelegung des gemeinsamen Entwurfs des ADGB, und des Deutschen Beamtenbundes, sofortige Beseitigung des alten Disziplinargesetzes und Schaffung eines modernen Beamtenrechts, Demokratisierung der Verwaltung, Sicherung und Ausbau der den Beamten durch die Verfassung gewährleisteten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die das Einkommen aus Arbeit schon und durch Umstellung unserer Wirtschaft die Bedürfnisse des Reiches deckt. Sie konnten von uns reiflos vertreten und propagiert werden, da es Forderungen sind, die unsere Partei als Vertreterin des schaffenden Volkes von jeher erhoben hat und zu deren Durchführung sie alle Kräfte anspannen muß, wenn sie die Partei der Arbeit bleiben will. Die Partei konnte daher bei ihrer Agitation unter den Beamten im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien aller demagogischen Kniffe und unehrlicher Wahlversprechungen entraten. Die staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Interessen der Beamten decken sich in jeder Beziehung mit denen der Arbeiter und Angestellten. Unsere ganze Aufklärungsarbeit kann sich daher darauf beschränken, den Beamten diese Interessensolidarität zum Bewußtsein zu bringen, die große gemeinsame Linie der allgemeinen Volksinteressen immer wieder herauszuarbeiten und zu betonen. Hierin sieht die Zentralstelle für Beamtenagitation eine ihrer wichtigsten Aufgaben bei der Zusammenstellung des Agitationsmaterials. Die Erkenntnis ihrer Klassenlage bricht sich innerhalb der gesamten Beamtenchaft mehr und mehr Bahn. Sie ist selbst bei denen vorhanden, die aus Vorurteilen heute noch politisch den bürgerlichen Parteien nachlaufen und sich von ihrer Phrasenologie einfangen lassen. Die kommenden Kämpfe um die Steuer- und Wirtschaftsfragen werden auch diesen Klassengenossen mit der Zeit den Weg zu unserer Partei weisen. Damit sind zugleich die Aussichten für den Erfolg unserer Werbetätigkeit unter dem Beamtenproletariat aufgezeigt und der Weg angegeben, den wir in unserer Aufklärungs- und Organisationsstätigkeit zu gehen gebeten. Notwendig wird es noch sein, die gesamte Parteipresse und unsere Organisationsleitungen in der Provinz darüber aufzuklären, welches ungeheuer große und wichtige Agitationsfeld hier der Bearbeitung harret.

### Der Reichsbeamtenbeirat

hat eine Aenderung in der Zusammenfassung erfahren. Einige der bisherigen Mitglieder wurden von den Bezirken nicht wieder vorgeschlagen, die Bezirke für die einzelnen Reichsbeamtenbeiratsmitglieder mußten neu abgegrenzt und verkleinert werden, wodurch die Zahl der Reichsbeamtenbeiratsmitglieder auf 15 gestiegen ist. Der Arbeitsausschuß des Reichsbeamtenbeirats wird in Zukunft aus den fünf Groß-Berlinern und dem Brandenburger Vertreter gebildet. In den Sitzungen dieses Arbeitsausschusses wurde zu allen schwebenden Beamtenfragen Stellung genommen. Auch eine Reichskonferenz hat stattgefunden, die sich vornehmlich mit der Demokratisierung der Verwaltung und mit dem Beamtenrätegesetz beschäftigte. Nach dem Parteitag soll abermals durch einen Reichsbeamtenrat die Agitations- und Organisationsstätigkeit für den Winter eingeleitet werden. Neben den Beamtenrechtsfragen wird sich diese Konferenz vornehmlich mit der Durchführung unserer Werbetätigkeit im Reich beschäftigen. In dieser Beziehung bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Zentralstelle für Beamtenagitation hat für die Bezirke und Ortsvereine Berichtsbogen herausgegeben, mit deren Hilfe statistische Erhebungen über den Stand der Werbetätigkeit unter den Beamten vorgenommen werden sollten. Die eingegangenen Berichtsbogen lassen erkennen, daß in manchen Bezirken sehr rühlig gearbeitet wurde. In einzelnen Bezirken ist die Werbetätigkeit über den Sitz des Bezirksvorstandes nicht hinausgegangen. Ueberhaupt nicht berichtet haben: Görtitz, Königshütte, Halle, Dortmund, Kassel, Köln, Ludwigshafen und Mannheim, Koblenz, Darmstadt, Rostock, Küstringen. Durch die Herausgabe der Berichtsbogen glaubt die Zentralstelle für Beamtenagitation die statistische Grundlage für ihre Werbetätigkeit gewonnen zu haben. Sie wird ihre Tätigkeit in Zukunft besonders auf diejenigen Bezirke ausdehnen, in denen die Organisation der Beamten besonders viel zu wünschen übrig läßt.

## Zentralbildungsausschuß.

### 14. Jahresbericht 1920/21.

Die allgemeine Unruhe unserer Zeit zeigt sich auch in der Entwicklung des Bildungswezens. Zwar ist rein zahlenmäßig der Stand unserer Bildungsarbeit vor dem Kriege wieder erreicht — zählen wir doch gegenwärtig etwa 450 Ortsbildungsausschüsse, und mehr zählten wir auch in der besten Zeit vor dem Kriege nicht — aber eine planmäßige, intensive Tätigkeit konnten die meisten Bildungsausschüsse nicht leisten. Wirtschaftliche und politische Bewegungen, Wahlen, Putzche sorgten dafür, daß aufbauende Bildungsarbeit nur sehr schwer möglich war und immer wieder unterbrochen wurde.

Ein gutes Stück Arbeit wird unseren Bildungsausschüssen im Gegensatz zu früher vielfach auch abgenommen durch die Bildungseinrichtungen des Staates und der Gemeinden. So ist z. B. in Frankfurt a. Main ein Verband für Volksbildung gegründet worden, dem die Gewerkschaften und Bildungsausschüsse des Ortes angeschlossen sind; oder es bestehen, wie z. B. in Mittelschlesien, in Chemnitz und anderen Orten, Volksbildungssämter, deren Tätigkeit vorwiegend auf die Arbeiterschaft eingestellt ist und die mit öffentlichen Mitteln ein gutes Stück wertvoller Bildungsarbeit leisten. In solchen Fällen werden unsere Bildungsausschüsse stark entlastet, besonders dann, wenn es die Arbeiterschaft versteht, sich in diesen Volksbildungsämtern gebührenden Einfluß zu sichern.

Daneben erlangen auch die Gemeindebüchereien für die Arbeiterschaft größere Bedeutung als früher. Mehr und mehr wird darauf hingewirkt, daß



auch die sozialistische Literatur darin vertreten ist. In der Vorkriegszeit fehlte die letztere meist völlig. Es muß Sorge der Bildungsausschüsse und unserer Gemeindevertreter sein, daß die Gemeindebüchereien ausgestaltet und der Arbeiterschaft nutzbar gemacht werden. Daneben trat die Frage der Verschmelzung der Arbeiterbibliotheken mit den Gemeindebibliotheken wiederholt an den Zentralbildungsausschuß heran. Zweifellos ist die Gemeindebücherei, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird, ein wertvolles Bildungsmittel für die Arbeiterschaft. Die Arbeiterbibliotheken können mit ihr meist nicht konkurrieren, um so weniger dann, wenn, wie dies oft der Fall ist, mehrere in einem Ort bestehen. Einer Verschmelzung könnten wir aber nicht ohne weiteres das Wort reden, da unsere Büchereien sich dann in der Gemeindebücherei verlieren und ihren besonderen Zweck, der Arbeiterschaft die für sie wichtige Literatur zu bieten, nicht mehr erfüllen würden. Der Zentralbildungsausschuß hat sich deshalb für eine Verschmelzung nur unter der Bedingung ausgesprochen, daß die Arbeiterbibliotheken als besonderes in sich geschlossenes Ganze erhalten bleiben und ihre laufende Ergänzung unter unserem Einfluß gesichert ist. Der beste und schon wiederholt gefundene Ausweg ist ohne Zweifel, daß unsere Bibliotheken, wenn sie gut ausgebaut sind, von der Gemeinde als öffentliche Büchereien übernommen und unterstützt werden, zugleich aber als selbständige Büchereien unter unserer Leitung erhalten bleiben. Für solche Fälle kommen allerdings nur gut ausgebaute Bibliotheken in Betracht. Die unvollkommenen Zwergbibliotheken, die an vielen Orten noch bestehen, sind dafür nicht geeignet, vielmehr ist dringend nötig — das ist auch in einer Konferenz der Arbeiterbibliothekare, die Anfang Juli in Gera stattfand, in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht worden —, daß zunächst einmal die in einzelnen Orten bestehenden Arbeiterbibliotheken zu einer zentralen Bibliothek zusammengefaßt werden.

Die größte Beachtung fand auch die nach der Revolution stark aufstrebende Volkshochschulbewegung. Bei den von den Gemeinden eingerichteten Volkshochschulen nehmen neuerdings die Klagen zu, daß hier reaktionär-nationalistische Tendenzen die Oberhand gewinnen. Dieser Umstand kann uns aber nicht veranlassen, die Volkshochschulen in ihrer heutigen Form überhaupt abzulehnen, sondern nur anspornen, unseren ganzen Einfluß aufzubieten, damit diese Bildungseinrichtung so ausgebaut wird, daß sie auch für die sozialistisch gerichtete Arbeiterschaft zum Aufbau und zur Vertiefung ihrer Weltanschauung wertvoll wird. Daß die Volkshochschule in dieser Beziehung versagt, liegt häufig daran, daß unsere Genossen diese Bildungseinrichtung nicht in ihrer vollen Bedeutung würdigen oder aber ihren Einfluß nicht genügend zur Geltung zu bringen wissen. Die gemeindliche Volkshochschule kann kein rein sozialistisches Bildungsinstitut sein, aber wir müssen erreichen, daß sie in weitem Umfange der sozialistischen Arbeiterschaft gerecht wird.

Die bestehenden Volkshochschulen sind fast ausschließlich Abendschulen. Dagegen fehlt es in Deutschland noch fast völlig an Volkshochschulen nach dänischem Muster, die eine Anzahl junger Leute für einen längeren Zeitraum von vielleicht 4 bis 6 Monaten aus ihrem Berufsleben herausnehmen und sie in dieser Zeit zu einer Lern- und Arbeitsgemeinschaft in einem dazu geeigneten Heim, das ihnen zugleich Wohnung und Verpflegung bietet, zusammenführen. In letzter Zeit sind mehrere solcher Schulen geschaffen worden, die ihrem nordischen Vorbild gemäß meist im Geiste einer bestimmten Weltanschauung wirken.

Auch der Zentralbildungsausschuß hat sich wiederholt mit dem Gedanken beschäftigt, eine solche Volkshochschule einzurichten. Leider scheiterten dahingehende Absichten an den gegenwärtig unverhältnismäßig hohen Kosten für eine

solche Schule. Dagegen ist es gelungen, gemeinsam mit dem Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands einen Volkshochschulkursus in dem hier angedeuteten Sinne vorzubereiten, der auf die Dauer von drei Monaten im Herbst dieses Jahres 25 junge Genossen im Alter von 18 bis 26 Jahren in einem schon gelegenen Waldheim des Bundes deutscher Volkserzieher in Katlar (Waldeck) vereinigen soll. Die Kosten dafür sind durch Zuschüsse verschiedener Organisationen aufgebracht worden. Als Hauptlehrer für diesen Kursus wird Genosse Schult-Hamburg tätig sein, der die Gebiete Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und Jugendbewegung übernommen hat, während weitere Lehrkräfte über Naturwissenschaft, Literatur, Stilistik und Rhetorik vortragen werden.

Mit großer Aufmerksamkeit hat der Zentralbildungsausschuß die Jungsozialistenbewegung verfolgt und sie nach Kräften gefördert. In einem besonderen Zirkular wurde die Gründung jungsozialistischer Gruppen angeregt, für ihre Tätigkeit und Organisation wurden sachgemäße Richtlinien aufgestellt. Die Tribüne der Jugend in der „Arbeiter-Bildung“ gab den jungen Genossen Gelegenheit, sich über alle interessierenden Probleme auszusprechen; in einer besonderen Abteilung der Zeitschrift wurde laufend über den Stand der Bewegung berichtet. Um den Wünschen nach einer klärenden Aussprache über Ziel und Inhalt der Bewegung nachzukommen, berief der Zentralbildungsausschuß anlässlich des Reichsjugendtages der Arbeiterjugend einen Vertretertag der Jungsozialisten nach Bielefeld, der zur Klärung der Bewegung wesentlich beigetragen hat; er endete mit der Annahme einer Entschließung, in der sich die Jungsozialisten auf den Boden der Partei stellen. Auf der Konferenz waren 85 jungsozialistische Gruppen aus allen Teilen des Reiches vertreten.

Das bedeutendste Ereignis des vergangenen Geschäftsjahres auf kulturellem Gebiet war der Ende März veranstaltete erste sozialdemokratische Kulturtag in Dresden, der von etwa 400 parteigenösslichen Lehrern und 60 Vertretern der Bezirksbildungsausschüsse besucht war. Außerdem war der Parteivorstand durch die Genossen Wels und Hermann Müller vertreten. Von besonderem Wert war eine gemeinsame Aussprache der Lehrer mit den Vertretern der Bildungsausschüsse über das Thema: „Der Lehrer und die sozialistische Bildungsarbeit“, wozu die Genossen Schult-Hamburg und Weimann-Berlin referierten. Im Rahmen des Kulturtages fand dann eine Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse statt, in der ein Bericht über den Stand der Bewegung gegeben wurde. Ferner sprachen Genosse Heinrich Schulz über: Ziel und Grenzen unserer Bildungsarbeit“ und Genosse Schreck über: „Sozialistische Bildungsschulen“. Der Kulturtag hat die gesamte Bildungsarbeit sehr stark angeregt und eine Reihe neuer Probleme aufgeworfen; er wird noch auf lange hinaus weiter wirken.

Die Lichtbilderzentrale wurde in mehr als 200 Fällen in Anspruch genommen, daneben wurden noch 28 Wochen- und 5 Monatsabonnements vergeben. Anlässlich des Todes Max Klingers erschien eine neue Serie: Max Klinger, ein sozialer Materialdichter, bearbeitet von Dr. Ralkowsky.

Die Schriftenabteilung des Zentralbildungsausschusses gab eine Reihe neuer Kursusdispositionen heraus, und zwar: Nr. 3, Grundbegriffe der Volkswirtschaft, Nr. 4, Die Reichsverfassung, Nr. 5, Gemeindefeudalismus, Nr. 6/7, Die politischen Parteien in Deutschland, Nr. 8, Geschichte und Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, außerdem ein Programmheft für die Revolutionsfeier und eine Disposition für eine Manifestansprache.

Ueber ihre Tätigkeit haben etwa 200 Ortsbildungsausschüsse berichtet, von denen aber nur 80 eine Uebersicht über das gesamte Geschäftsjahr

geben. In 34 Orten fanden 365 wissenschaftliche Unterrichtsstunden statt mit 17 441 Teilnehmern, 42 Orte geben 133 wissenschaftliche Einzeldorträge an mit 31 927 Besuchern, Theaterveranstaltungen wurden in 34 Orten veranstaltet mit 267 596 Besuchern, künstlerische Veranstaltungen 154 in 47 Orten mit 85 861 Besuchern. Arbeiterbibliotheken werden 76 angegeben mit einem Bücherbestand von 121 486 Bänden. Die Einnahmen der Bildungsausschüsse betragen in 50 Orten 961 443,95 Mk., die Ausgaben 917 474,34 Mk.

Ueber die Tätigkeit der Bezirksbildungsausschüsse liegen verhältnismäßig wenig Berichte vor. Während in einigen Bezirken eine sehr gute Arbeit geleistet wird (Groß-Berlin, Hamburg, Magdeburg/Anhalt, Ober- und Mittelschlesien, Schleswig-Holstein, Zwickau), beschränkte man sich in den meisten anderen Bezirken im allgemeinen auf gelegentliche Anregungen und Weitergabe des vom Zentralbildungsausschuß herausgegebenen Materials an die Ortsausschüsse. Doch ist in letzter Zeit, angeregt durch den Kulturtag zu Dresden, eine Anzahl weiterer Bezirke dazu übergegangen, die Bildungsarbeit in ihrem Bezirk zu organisieren und Bezirksbildungsausschüsse einzurichten, so daß zu erwarten ist, daß im kommenden Winter unser Bildungswesen eine starke Belebung erfährt.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Zentralbildungsausschuß im vergangenen Jahr durch den Tod eines seiner Mitglieder, des Genossen Franz Diederich, einen herben Verlust erlitt. Genosse Diederich hat an kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse jahrzehntelang unermüdet mitgearbeitet und sich dadurch Verdienste erworben, die sein Andenken in der Arbeiterschaft für immer lebendig halten werden.

## Reichstagswahlen.

In Ostpreußen und Schleswig-Holstein fanden gleichzeitig mit den Landtagswahlen am 20. Februar Reichstagswahlen statt. Diese waren erforderlich, weil in beiden Provinzen bei den allgemeinen Wahlen im Juni 1920 nicht mitgewählt werden konnte, da im Juni 1920 nicht feststand, welche Teile nach dem Ausfall der Volksabstimmung von Deutschland abgetrennt werden würden. Von Schleswig-Holstein wurde die sogenannte erste Zone abgetrennt. Aus diesem Grunde sind die Ziffern nicht vergleichbar mit den Wahlziffern der Wahlen zur Nationalversammlung. Vergleichbar sind höchstens die relativen Ziffern.

In beiden Provinzen führten Unabhängige und Kommunisten einen scharfen Kampf gegen unsere Partei, und es gelang ihnen auch, namentlich in Ostpreußen, einen erheblichen Teil der 1919 gewonnenen Stimmen wieder aus unseren Reihen fortzutreiben. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 hatten wir dort von 348 323 abgegebenen Stimmen 51 480, also 14,8 vom Hundert, gehabt. Nach Ausbruch der Revolution hatten wir ein rapides Anwachsen der Bewegung, und es wurden bei der Wahl zur Nationalversammlung von 912 995 abgegebenen Stimmen 419 201 für unsere Partei und 45 872 Stimmen für die Unabhängigen abgegeben. Die Provinz hatte also eine sozialistische Mehrheit. Es lag auf der Hand, daß diese so schnell gewonnenen Massen nur durch intensive Aufklärungsarbeit zu halten gewesen wären. Statt dessen setzte die wilde Agitation der Unabhängigen und Kommunisten ein, die sich weniger gegen die reaktionären Parteien als gegen die Sozialdemokratie richtete. Es gelang dann auch, unsere Stimmen von 419 201 = 45,9 v. H. auf 224 285 = 24 v. H. herabzudrücken, aber unser Verlust trat nicht als Gewinn der Unabhängigen und Kommunisten in Erscheinung. Wohl gewannen die Unabhängigen 6130 und die Kommunisten 67 862 Stimmen, aber die Gesamtzahl der proletarischen Stimmen war doch von

465 076 Stimmen = 51 v. H. auf 344 149 = 36,8 v. H. herabgedrückt. Den Hauptgewinn hatten die Deutschnationalen, deren Stimmengahl von 108 032 = 11,8 v. H. auf 290 643 = 31,1 v. H. stieg.

Weniger ungünstig gestaltete sich das Bild in Schleswig-Holstein. Hier haben wir einen alten Stamm in der Bewegung. Bei den Reichstagswahlen 1912 hatten wir hier von 316 548 abgegebenen Stimmen 127 375 = 40,4 v. H. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung hatten wir von 811 138 abgegebenen Stimmen 370 384 = 45,7 v. H. und die Unabhängigen 27 301 = 3,3 v. H. Durch die Verfeinerung des Wahlbezirks und den Bruderkampf verloren wir 114 157 und die Unabhängigen 6697 Stimmen, während die Kommunisten 41 052 Stimmen gewannen. Der Anteil der proletarischen Stimmen sank von 49 auf 46,3 Proz. Stellt man die Wahlergebnisse der beiden Provinzen tabellarisch zusammen, dann gibt es folgendes Bild:

	Wahlen zur Nationalversammlung Januar 1919			Wahlen zum Reichstag 20. Februar 1921		
	Stimmen	Proz.	Abg.	Stimmen	Proz.	Abg.
<b>Ostpreußen.</b>						
Sozialdemokraten . . . . .	419 204	45,92	7	224 285	24,02	3
Unabhängige . . . . .	45 872	5,02	—	52 002	5,5	—
Kommunisten . . . . .	—	—	—	67 862	7,3	1
<b>Sozialdemokraten zusammen . . . . .</b>	<b>465 076</b>	<b>50,94</b>	<b>7</b>	<b>344 149</b>	<b>36,82</b>	<b>4</b>
Deutschnationale . . . . .	108 032	11,80	2	290 643	31,10	4
Deutsche Volkspartei . . . . .	72 194	7,90	1	138 794	14,84	2
Demokraten . . . . .	171 108	18,74	3	51 518	5,51	—
Zentrum . . . . .	93 523	10,24	1	88 423	9,45	1
Kleine Parteien . . . . .	8 652	0,98	—	21 372	2,28	—
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>913 585</b>	<b>100</b>	<b>14</b>	<b>934 899</b>	<b>100</b>	<b>11</b>
<b>Schleswig-Holstein.</b>						
Sozialdemokraten . . . . .	370 384	45,66	5	256 227	37,25	4
Unabhängige . . . . .	27 301	3,36	—	20 604	3,07	—
Kommunisten . . . . .	—	—	—	41 052	6	—
<b>Sozialdemokraten zusammen . . . . .</b>	<b>397 685</b>	<b>49,02</b>	<b>5</b>	<b>317 883</b>	<b>46,32</b>	<b>4</b>
Deutschnationale . . . . .	61 819	7,62	1	140 354	20,48	2
Deutsche Volkspartei . . . . .	62 950	7,76	1	127 407	18,64	2
Demokraten . . . . .	219 579	27,07	3	64 230	9,37	1
Zentrum . . . . .	8 107	1	—	5 415	0,70	—
Kleine Parteien . . . . .	70 998	7,53	1	29 865	4,49	—
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>821 138</b>	<b>100</b>	<b>11</b>	<b>685 154</b>	<b>100</b>	<b>9</b>

## Landtagswahlen.

Im Berichtsjahre wurde in folgenden Ländern der Landtag neugewählt: am 14. November 1920 in Sachsen, am 23. Januar 1921 in Lippe, am 20. Februar in Preußen, Hamburg und Bremen, am 6. März in Gotha und am 13. März in Mecklenburg-Schwerin. Sämtliche Wahlen zeigen ein Anwachsen unserer Stimmen, wenn man sie mit der Stimmengahl vergleicht, die bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 für die Kandidaten unserer Partei abgegeben wurden. Daneben ist ein starker Rückgang der Stimmen der Unabhängigen zu beobachten. Wenn auch ein erheblicher Teil der Unabhängigen



zu den Kommunisten übergegangen ist, so bleibt dennoch ein großer Verlust, wenn man die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten zusammenzählt.

Das Resultat für Sachsen war folgendes:

	Reichstagswahl 6. Juni		Landtagswahl 4. November	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten . . . . .	581 778	24,2	586 811	23,3
Unabhängige rechts . . . . .	609 484	25,4	286 662	13,8
Unabhängige links . . . . .	—	—	60 188	2,9
Kommunisten . . . . .	105 222	4,4	117 276	5,7
USPD. und Kommunisten zusf. . . . .	714 706	29,8	464 126	22,4
Deutschnationale . . . . .	412 610	17,2	433 891	20,9
Volkspartei . . . . .	448 272	18,7	385 443	18,6
Demokraten . . . . .	218 385	9,8	159 699	7,7
Zentrum . . . . .	19 552	0,8	22 731	1,1
Sonstige bürgerliche Parteien . . . . .	9 297	0,3	17 716	1
Zusammen . . . . .	2 404 792		2 070 327	

Es ist gewiß sehr erfreulich, daß wir bei der erheblich geringeren Wahlbeteiligung unsere Stimmenzahl steigern konnten, aber leider gewannen wir nicht so viel, wie die Unabhängigen und Kommunisten verloren. Es bleibt ein Verlust an proletarischen Stimmen. Bei der Wahl zur Nationalversammlung erhielten die sozialistischen Parteien von 1000 abgegebenen Stimmen 601, und am 11. November 1920 war diese Zahl auf 507 gesunken. Das ist die Folge des Bruderkampfes.

Bei den Landtagswahlen in Lippe-Deimold erhielten wir 26 059 Stimmen, das waren 2856 mehr als bei den Reichstagswahlen. Die Stimmenzahl der Unabhängigen ging von 6795 auf 2277 herab, während die Kommunisten 3585 erhielten. Es blieb in diesem Kleinstaat für Unabhängige und Kommunisten ein Verlust von 953 Stimmen. Die Demokraten erhielten 9450, die Deutsche Volkspartei 15 892, die Deutschnationalen 18 396 und die Liste der christlichen Gewerkschaften 4961 Stimmen.

Unter den Wahlen am 20. Februar sind die Wahlen zum Preussischen Landtag von größter Bedeutung. Um die Stimmenzahl mit der Stimmenzahl vom 6. Juni vergleichen zu können, haben wir zu den Reichstagswahlenstimmen in Preußen vom 6. Juni 1920 die Reichstagswahlstimmen aus Ostpreußen und Schleswig-Holstein vom 20. Februar hinzugezählt. Das ergibt folgendes Bild:

	Reichstagswahlen		Landtagswahlen	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten . . . . .	3 740 003	22,3	4 294 065	25,3
USPD. . . . .	3 004 074	18	1 075 343	6,6
Kommunisten . . . . .	296 040	1,8	1 211 741	7,4
USPD. und Kommunisten zusf. . . . .	3 300 114	19,8	2 287 084	14,0
Deutschnationale . . . . .	2 579 216	15,3	2 957 308	18,1
Volkspartei . . . . .	2 515 387	15,0	2 318 184	14,2
Demokraten . . . . .	1 198 583	7,1	1 012 757	6,2
Zentrum . . . . .	2 856 523	17,0	2 810 279	17,2
Kleine bürgerliche Parteien . . . . .	590 624	3,5	556 392	4,0
Zusammen . . . . .	16 780 440	100	16 345 059	100

In der Zahl der Abgeordneten sind 7 Sozialdemokraten, 11 Zentrum und je einer der Demokraten, der Volkspartei, der Unabhängigen und der Kommunisten aus Ostpreußen mitenthalten, wo noch nicht gewählt wurde und deshalb die Gültigkeit der Mandate der verfassunggebenden Landesversammlung fort-dauert.

Dieselbe Entwicklung in der Bewegung der Ziffern zeigte sich in Hamburg. Hier wurden an Stimmen abgegeben:

	Reichstagswahlen 1920		Bürgerchaftswahlen 1921	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten . . . . .	215 293	38,4	217 774	40,6
USPD. . . . .	84 518	15,1	7 686	1,4
Kommunisten . . . . .	2 929	0,1	59 179	11,0
USPD. und Kommunisten zusammen . . . . .	87 447	15,1	66 865	12,4
Bürgerliche Parteien . . . . .	268 714	46,1	261 494	46,9
	561 454		596 193	

In Bremen, wo die Unabhängigen und Kommunisten in den ersten Tagen der Revolution am rücksichtslosesten ihre Politik durchzuführen versuchten, war der Rückschlag sehr stark. Bereits am 9. Januar hatte man einen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, herbeigeführt. Für den Rücktritt stimmten die drei proletarischen Parteien, während die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen den Rücktritt stimmten. Das Resultat war folgendes: Von 209 735 Stimmberechtigten wurden 175 597 gültige Stimmen abgegeben, wovon 75 814 für und 99 783 gegen den Rücktritt stimmten. Die Bürgerlichen brachten es in dem Staat, wo wir bei den Reichstagswahlen 1912 schon 53,4 Proz. der Stimmen hatten, auf annähernd 57 Proz. Die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien wurden bei der Bürgerchaftswahl nicht ganz erfüllt, aber es gelang doch, die proletarischen Parteien in die Minderheit zu drängen. Stellt man die Resultate der Reichstagswahl und der Bürgerchaftswahl nebeneinander, dann gibt es folgendes Bild:

	Reichstagswahl 6. Juni 1920		Bürgerchaftswahl 1921	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
SPD. . . . .	80 766	17,8	42 223	22,7
USPD. . . . .	54 350	31,5	38 242	20,5
Kommunisten . . . . .	7 502	4,4	12 254	6,0
Demokraten . . . . .	23 178	13,4	31 733	17,1
Volkspartei . . . . .	42 245	24,5	44 852	24,3
Deutschnationale . . . . .	10 816	6,3	9 711	5,3
Berufsständische Liste . . . . .	3 627	2,1	6 989	4,1
	172 484	100	186 014	100

Ähnlich wie in Bremen liegen die Verhältnisse in Gotha. Auch dieser Kreis war vor dem Kriege eine Hochburg der Sozialdemokratie. Wir erhielten bei den Reichstagswahlen 1912 von 100 gültigen Stimmen 54. Nach Ausbruch der Revolution wurde Gotha ein Versuchsobjekt für unabhängigen und kommunistischen Radikalismus, wodurch die bürgerliche Minderheit in eine Mehrheit verwandelt wurde. Das wurde bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erreicht. Bei den Landtagswahlen vom 6. März hatten die bürgerlichen

Parteien eine gemeinsame Liste aufgestellt. Das Wahlergebnis war im Vergleich mit dem Resultat der Reichstagswahlen folgendes:

	Reichstagswahlen 1920		Landtagswahlen 6. März 1921		Abg.
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	
SPD . . . . .	3 632	3,7	4 286	5,4	1
USPD . . . . .	41 865	42,2	8 807	10,5	1
Kommunisten . . . . .	2 864	2,9	24 797	31,3	5
Bürgerliche Parteien . . . . .	50 658	51,2	41 915	52,8	8
	99 214	100	79 305	100	15

Ein Land ruhiger Entwicklung ist Mecklenburg-Schwerin. Wir konnten bereits im vorjährigen Bericht darauf hinweisen, wie dort die Verhältnisse liegen. Schon wenige Wochen nach der Reichstagswahl fanden dort Landtagswahlen statt, wobei wir trotz schwächerer Wahlbeteiligung einen Stimmenzuwachs von 8650 Stimmen hatten. Der Landtag wurde aufgelöst und am 13. März 1921 fanden Neuwahlen mit starker Wahlbeteiligung statt. Stellt man das Ergebnis der drei Wahlen nebeneinander, dann gibt es folgendes Bild:

	Reichstagswahl 1920		Landtagswahl 1920		Landtagswahl 1921	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
SPD . . . . .	119 823	35,2	128 473	40,1	137 971	41,7
USPD . . . . .	36 062	10,5	24 567	7,7	2 635	0,8
Kommunisten . . . . .	2 668	0,8	1 178	0,3	15 328	4,7
Deutschnationale . . . . .	74 051	21,7	71 840	22,4	73 442	22,2
Volkspartei . . . . .	51 593	15,1	48 717	15,3	57 813	17,5
Demokraten . . . . .	28 265	8,3	22 202	6,5	14 127	4,3
Dorfbund u. Wirtschaftspart. . . . .	27 845	8,2	24 118	7,6	29 239	8,8
	341 165		321 155		330 555	

Die Gebiete, in denen Landtagswahlen stattfanden, sind von 42 457 512 Einwohnern bewohnt. Sie umfassen also rund  $\frac{1}{10}$  der Bevölkerung der Deutschen Republik. Die Wahlen zeigen deutlich, wohin der Bruderkampf in den Reihen des Proletariats führt. Der Kampf, der 1919 und 1920 von Unabhängigen und Kommunisten zum Teil mit Mitteln des alten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geführt wurde, entriß der Partei viel mehr Stimmen, als Unabhängige und Kommunisten gewannen. Auf die Reichstagswahl folgte aber bald der katastrophale Zusammenbruch der Unabhängigen. Sie und die Kommunisten hatten bei den Reichstagswahlen einen großen Erfolg errungen. Nun kam die neue Spaltung infolge des Machtgebots Moskows. Jetzt führten die Kommunisten den Kampf gegen die Unabhängigen mit denselben Mitteln, zum Teil mit denselben Schlagworten, mit denen die Unabhängigen 1919 und 1920 den Kampf gegen uns geführt hatten.

Der Erfolg war derselbe. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 hatten die Unabhängigen in den Bezirken, wo Landtagswahlen stattfanden, 3 836 676 Stimmen und die Kommunisten 417 295 Stimmen erhalten. Bei den Landtagswahlen erhielten die Unabhängigen nur noch 1 481 350 Stimmen. Sie verloren 2 355 326 Stimmen, also 644 von je 1000 Stimmen. Das war gewiß ein großer Erfolg der kommunistischen Agitation, aber die Kommunisten konnten den Verlust der Unabhängigen nicht als Gewinn buchen, denn ihre Stimmzahl stieg nur von 417 225 auf 1 444 140, also um 1 026 915 Stimmen. Wenn wir selbst annehmen, daß unser Gewinn von 594 287 Stimmen aus den Reihen der Unabhängigen stammt, dann bleibt immer noch ein Verlust

von 734 134 Stimmen, die in der Hauptsache zur Partei der Nichtwähler übergingen.

Die Krise scheint, soweit unsere Partei durch den Bruderkampf geschädigt wurde, überwunden zu sein, denn alle Bezirke zeigen einen Stimmenzuwachs. Es ist nicht zu unterschätzender Erfolg, wenn in wenigen Monaten bei allgemein schwächerer Wahlbeteiligung ein Stimmenzuwachs von 12,6 auf je hundert Stimmen zu verzeichnen ist. Von den bei den Landtagswahlen abgegebenen 19 508 013 Stimmen erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei 5 309 189 = 27 Prozent, die der Unabhängigen 1 481 350 = 7,5 Proz., die der Kommunisten 1 444 140 Stimmen = 7,4 Proz. Die drei proletarischen Parteien hatten also trotz der großen Zerstörung durch den Bruderkampf von 41,9 Proz. der Stimmen. Wenn die Kraft, die im gegenseitigen Kampf angewendet wurde, zur Bekämpfung der Gegner und zur Aufklärung der Massen eingesetzt würde, dann würde das Proletariat bald über die Macht verfügen, die zur Verwirklichung seiner Forderungen erforderlich ist.

## Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen.

Gegenüber der letzten Feststellung der Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter vor dem Kriege im Jahre 1913 konnte der Bericht an den vorjährigen Parteitag in Kassel eine gewaltige Steigerung des sozialdemokratischen Einflusses in der Kommunalverwaltung aufweisen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter hatte sich mehr als verdreifacht, während in die Magistrate und Gemeindevorstände überhaupt erst nach der Revolution Vertreter unserer Partei in nennenswertem Maße hineinkommen konnten und diese Zahl daher auf das 10-20fache anwuchs. In noch stärkerem Maße zeigte sich die Wirkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei der Zusammensetzung der Kreistage und Provinziallandtage. Ein großes Heer von Parteigenossen, von denen viele bis dahin noch keine Gelegenheit zur kommunalpolitischen oder öffentlichen Tätigkeit gehabt hatten, gelangte in schwierige und unter den heutigen Verhältnissen ganz besonders verantwortungsvolle Positionen. Es ist ganz erklärlich, daß da einzelne Verfasser dabei waren und daß auch nicht alle Hoffnungen erfüllt werden konnten, die die Bevölkerung gehegt hatte. Dazu kam, daß die demagogische Ausnutzung aller so fruchtlos erfolgte, wie im Reich und in den Ländern. Es ist daher nicht zu verwundern, daß im verflohenen Jahre das Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sich wieder verlangsamte, ja sich auf einzelnen Gebieten sogar ein Rückgang bemerkbar machte.

Mit Ausnahme von Württemberg, Franken und Niederbayern ist die Berichterstattung im verflohenen Jahre eine vollständige gewesen, wobei wir den dringenden Wunsch aussprechen, daß auch die genannten Bezirke sich in Zukunft endlich zu einer ordentlichen Berichterstattung entschließen möchten. Allerdings fehlen zweifellos auch aus den berichtenden Bezirken eine ganze Anzahl Ortsvereine.

Am Schlusse des Berichtsjahres war unsere Partei in 947 Städten (im Vorjahr 1041) mit 7261 (7582) männlichen und 466 (386) weiblichen Stadtverordneten vertreten. - In 6525 Landgemeinden (5682) zählten wir 31 716

(28 570) männliche und 410 (413) weibliche Gemeindevertreter. In 550 städtischen Magistraten (525) saßen 1309 Stadträte und Bürgermeister, darunter ein weibliches Mitglied. In 2506 Gemeindevorständen in Landgemeinden (wie im Vorjahre) saßen 3451 (4045) männliche und 5 (24) weibliche Sozialdemokraten. 2855 männliche (2361) und 8 (1) weibliche Vertreter zählte unsere Partei auf 433 (304) Kreistagen. In den Provinziallandtagen hatten wir 475 männliche und 6 weibliche Abgeordnete, wobei die letzten Neuwahlen noch nicht berücksichtigt sind.

Das Bedürfnis, die sozialdemokratischen Gemeindevertreter für ihre Aufgaben zu schulen, machte sich auch im Berichtsjahre überall in starkem Maße bemerkbar. Fast alle Bezirke haben sich daher veranlaßt gesehen, regelmäßig Gemeindevertreterkonferenzen, die dem Austausch der gemachten Erfahrungen dienen, abzuhalten und verschiedentlich ist man dazu übergegangen, auf Grund des bestehenden kommunalpolitischen Programms der Partei besondere Richtlinien für die kommunalpolitischen Vertreter herauszugeben, die den Bedürfnissen und Aufgaben der einzelnen Bezirke in höherem Maße Rechnung tragen. Leider wird die „Kommunale Praxis“ der Ausbildung unserer Gemeindevertreter noch nicht in dem notwendigen Maße nutzbar gemacht, da ihr Kreis sonst ein wesentlich größerer sein müßte.

Besondere Auseinandersetzungen hatte nicht nur in Berlin, sondern auch in der Gesamtpartei die Frage der Schaffung eines sozialistischen Magistrats in Berlin hervorgerufen. In Wirklichkeit handelte es sich hierbei um einen von den beiden sozialdemokratischen Parteien und den Kommunisten, die zusammen über die Mehrheit in der Stabtrordnetenversammlung verfügten, getragenen Magistrat, dem auch eine Minderheit von bürgerlichen Vertretern angehörte. Es kann dahingestellt bleiben, ob bei der Bildung des Magistrats immer sehr geschickt vorgegangen wurde. Grundsätzlich muß aber die Haltung der Berliner Genossen als durchaus richtig angesehen werden. Die sich in Berlin nach dem Zahlenverhältnis der Parteien bietende Gelegenheit, eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit zu bilden und gestützt auf diese Kommunalpolitik zu treiben, konnte die Partei nicht ungenützt vorbeigehen lassen. Daß dieser Versuch mindestens teilweise scheiterte, ist Schuld der Kommunisten, die ihre Versprechungen, praktische Kommunalpolitik zu treiben, nicht gehalten, sondern alles getan haben, um die sozialistische Kommunalverwaltung zu diskreditieren. Daß sich die Unabhängigen den kindischen Scherz einer Ablehnung des städtischen Etats geleistet haben, den ihre eigenen Magistratsmitglieder mitvorgelegt hatten, muß politisch aufklärend in den weitesten Arbeiterkreisen wirken.

### Dresse.

Einen genaueren Ueberblick über den Stand und die Leistungsfähigkeit unserer Presse zu geben, sind wir leider auch diesmal nicht in der Lage. Von 144 Tageszeitungen, darunter 12 Kopfblättern, haben trotz wiederholter Aufforderung nur 133 Zeitungen die ausgegebenen Fragebogen beantwortet. 6 Blätter sind noch im Privatbesitz; 14 werden in Privatbetrieben hergestellt. Die „Volksstimme“ in Hof, das „Volksblatt“ in Rastatt, der „Volksbote“ in Hohenneudorf und der „Volksbote“ in Sylte haben in Rastatt eingestellt. Die der Partei in Straßburg i. Elß. und in Rastatt i. Elß. gehörigen Zeitungsunternehmen sind noch nicht liquidiert. In Rastatt i. Elß. haben unsere verlorengegangenen Brüder vorläufig mit Erfolg das Guthaben der Partei ausgegahlet und das Zeitungsunternehmen widerrechtlich in Besitz

## Uebersicht über die Vertretungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen 1920/1921.

Bezirk	Gemeindevertreter		Magistrate		Kreis- und Provinziallandtage		Städtische Landtage	
	Stabtr. (männl.)	weibl.	Stabtr. (männl.)	weibl.	Stabtr. (männl.)	weibl.	Stabtr. (männl.)	weibl.
1. Eberswalde	36	816	20	143	18	15	39	240
2. Prenzlauerberg	48	816	27	88	15	16	186	186
3. Köpenick	75	681	206	854	127	170	282	282
4. Groß-Berlin	10	681	174	891	16	88	223	223
5. Charlottenburg	40	820	256	886	40	91	183	183
6. Kreuzberg	47	876	417	1023	47	88	189	189
7. Prenzlauerberg	22	43	212	674	8	8	88	88
8. Prenzlauerberg	28	43	29	334	12	15	118	118
9. Prenzlauerberg	46	43	247	354	12	12	97	97
10. Prenzlauerberg	48	43	247	313	12	12	97	97
11. Prenzlauerberg	41	807	192	1090	19	19	143	143
12. Prenzlauerberg	12	161	67	417	10	10	78	78
13. Prenzlauerberg	47	415	378	2810	19	15	131	131
14. Prenzlauerberg	29	175	81	1858	19	18	88	88
15. Prenzlauerberg	12	105	2	95	25	6	48	48
16. Prenzlauerberg	84	873	160	1869	61	8	167	167
17. Prenzlauerberg	54	223	21	291	24	4	8	8
18. Prenzlauerberg	64	175	340	1793	41	139	171	171
19. Prenzlauerberg	27	175	208	955	21	4	46	46
20. Prenzlauerberg	29	190	208	700	6	14	27	27
21. Prenzlauerberg	7	142	12	185	4	115	161	161
22. Prenzlauerberg	83	423	15	256	29	22	17	17
23. Prenzlauerberg	95	239	15	28	22	95	172	172
24. Prenzlauerberg	17	87	4	69	4	12	7	7
25. Prenzlauerberg	17	110	6	162	8	18	22	22
26. Prenzlauerberg	17	110	6	162	8	18	22	22
27. Prenzlauerberg	17	110	6	162	8	18	22	22
28. Prenzlauerberg	17	110	6	162	8	18	22	22
29. Prenzlauerberg	24	226	226	1147	15	69	182	182
30. Prenzlauerberg	27	189	442	8153	24	101	87	87
31. Prenzlauerberg	8	224	380	1711	7	698	15	15
32. Prenzlauerberg	88	224	380	982	7	89	24	24
33. Prenzlauerberg	20	96	141	1053	6	82	12	12
34. Prenzlauerberg	240	1053	240	1053	8	16	15	15
35. Prenzlauerberg	410	418	410	418	1	1	1	1
36. Prenzlauerberg	859	1908	859	1908	1	1	1	1
37. Prenzlauerberg	525	1908	525	1908	1	1	1	1
38. Prenzlauerberg	84	84	84	84	1	1	1	1
39. Prenzlauerberg	2906	2906	2906	2906	5	6	433	2835
40. Prenzlauerberg	3451	4045	3451	4045	24	24	804	2881
41. Prenzlauerberg	584	584	584	584	120	120	433	434
42. Prenzlauerberg	19	19	19	19	2	2	2	2
43. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
44. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
45. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
46. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
47. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
48. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
49. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
50. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
51. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
52. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
53. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
54. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
55. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
56. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
57. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
58. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
59. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
60. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
61. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
62. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
63. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
64. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
65. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
66. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
67. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
68. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
69. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
70. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
71. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
72. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
73. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
74. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
75. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
76. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
77. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
78. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
79. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
80. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
81. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
82. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
83. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
84. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
85. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
86. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
87. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
88. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
89. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
90. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
91. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
92. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
93. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
94. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
95. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
96. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
97. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
98. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
99. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2
100. Prenzlauerberg	2	2	2	2	2	2	2	2

\*) Städtchen wie im Berichtsjahre vollständig eingetragenen.

genommen. Die dazu notwendigen Schritte der Partei, ihr Eigentum zu sichern, sind gemäß Artikel 296 und 72 des Friedensvertrages angemeldet.

Die Drangsalierung der Presse in den besetzten Gebieten ist groß. Die französischen Besatzungen haben außerdem im Einvernehmen mit der Interalliierten Kommission „angeordnet“, diejenigen im rechtsrheinischen Gebiet erscheinenden Zeitungen von der Ausfuhr in das besetzte Gebiet auszuschließen, die künftig in „provokierender oder systematischer Weise“ sich in Angriffen gegen die farbigen Besatzungstruppen ergehen.

Am 1. Januar 1921 konnten die Chemnitzer „Volksstimme“, die Magdeburger „Volksstimme“ und die „Brandenburger Zeitung“ auf ein 30jähriges, am 14. Mai 1921 der Braunschweiger „Volksfreund“ auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

11 905,45 Mk. Geldstrafen mußten 24 Zeitungen im Berichtsjahre zahlen.

Durch die noch immer anhaltende sprunghafte Steigerung aller Herstellungskosten, Löhne und Gehälter mußten die Preise für Abonnenten, Anzeigen und Straßenverkauf mehrere Male erhöht werden. Die ungesetzmäßigen Maßnahmen der Finanzbehörden bei Einziehung der Anzeigensteuer, Erhöhung der Postzeitungsgebühren erschwerten die Geschäftslage der Zeitungen. Trotz enormer Abonnementserhöhungen und Wirtschaftskrisen haben 37 Zeitungen 30 000 neue Abonnenten gewonnen. 1 238 608 zahlende Abonnenten wurden am 31. März 1921 von 133 Zeitungen gezählt. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit mehrere Leser gemeinsam nur ein Abonnement haben.

Post- und Eisenbahnverwaltung haben, um das ungeheure Defizit zu einem kleinen Teil auszugleichen, ihre Dienstgebäude usw. zu Reklamezwecken freigegeben. Eine Gefahr für die Zeitungsreflexe ist kaum zu befürchten. Jeder tüchtige Geschäftsmann weiß, daß auch die beste Reflektive nicht imstande ist, die Zeitungsanzeigen zu ersetzen.

Im Berichtsjahre fanden 3 Geschäftsführerkonferenzen statt: am 6. und 7. Juli in Berlin, am 10. Oktober in Kassel und am 20. Dezember 1920 wieder in Berlin. Referate über die wirtschaftliche Lage der Parteigeschäfte und Einrichtung der Einkaufszentrale standen zur Debatte. Die am 1. Oktober 1920 für die Parteigeschäfte ins Leben gerufene Einkaufszentrale hat nach Überwindung großer Schwierigkeiten sich bewährt. Langen zuerst noch einige Geschäftsleitungen aus der Reihe, so haben sie sich inzwischen überzeugt, daß nur durch gemeinsames Arbeiten und Handeln Ersprießliches für die Parteidgeschäfte werden kann.

Seit dem 1. Mai 1920 ist das Revisionsbureau um einen weiteren Kollegen verstärkt worden. Trotzdem konnte dem Wunsche, jedes Parteigeschäft mindestens einmal im Jahre durch die Revisoren des Parteivorstandes revidieren zu lassen, nicht entsprochen werden. 90 Revisionen fanden im Berichtsjahre statt; 61 Parteigeschäfte wurden einmal, 10 zweimal und 3 dreimal revidiert. Nach den eingegangenen Fragebogen sind für die Parteipresse tätig: 297 festangestellte Redakteure, 119 Geschäftsführer, 437 kaufmännisch Angestellte, 234 Personen in der Verwaltung, 89 Inseratenakquisiteure, 7208 Zeitungsausträgerinnen. In technischen Betrieben werden 2757 männliche und 398 weibliche Personen beschäftigt. In 71 Betrieben stehen 102 Rotationsmaschinen, darunter sechs 64seitige, in 86 Betrieben 186 einfache, 3 Doppelschnellpressen und 145 Liefgedruckpressen. In 21 Betrieben 245 Spezialmaschinen und in 79 Betrieben 219 Siebmaschinen.

Nicht immer war es bei Balancen möglich, den rechten Mann gleich für Redaktion und Geschäftsleitung zu finden. Nicht nur die Redaktion muß mit „Köpfen“ besetzt sein, sondern in noch weit höherem Maße die Geschäftsleitung.

Neben großer Tüchtigkeit als Buchdrucker und Kaufmann muß der Geschäftsführer auch noch praktischer Geschäftsmann und Organisator sein.

Um dem Beschluß der letzten Geschäftsführerkonferenz, ein Statut für eine Pensionsaufschuß- und Unterstützungskasse für die in der SPD. oder deren Betrieben tätigen Angestellten aufzustellen, nachzukommen, hat der Parteivorstand die dazu notwendigen Vorarbeiten in Angriff genommen.

## Vorwärts.

Zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges hat der „Vorwärts“ ein Jahr ruhiger Arbeit ohne alle Abenteuer hinter sich. Es gab weder Kämpfe mit Zensur und Gerichten, noch Ueberfälle von Rechts- oder Linksputschisten auf die Redaktionsräume. Eine Beleidigungsaffäre Hermes endete mit einem Vergleich, andere Beleidigungsprozesse von minder erheblicher Bedeutung schweben.

Einen überaus schweren Verlust erlitt die Redaktion durch den am 28. Februar 1921 erfolgten Tod ihres langjährigen Kollegen, Genossen Dr. Franz Diederich, der eine Zeitlang nach dem Redaktionswechsel im Oktober 1916 als politischer Redakteur tätig gewesen war, mittlerweile seine Tätigkeit am Feuilleton wieder aufgenommen und diesem die Note seiner eigenartigen und sympathischen Persönlichkeit aufgedrückt hatte. Mit ihm ist einer der ältesten und verdientesten Mitarbeiter der sozialdemokratischen Parteipresse hingegangen!

Das letzte Werk, dem sich Diederich mit großer Liebe widmete, war der Ausbau der wöchentlich einmal erscheinenden Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“, der von ihm so genannten „Heimwelt“.

Die im Vorjahre sprunghaft gestiegenen Papierpreise, die die Entwicklung der Parteipresse stark hemmten, erfuhren im letzten Viertel 1920 und in dem ersten Viertel 1921 eine kleine Senkung, die aber ohne Einfluß auf die Herstellungskosten war, da die geringe Ermäßigung der Papierpreise durch Erhöhung der Postgebührenföhe für Drucksachen, Brief- und Paketgebühren sowie der Fernsprech- und Telegraphengebühren mehr als wettgemacht wurde. Die von den Papierfabriken durch Gewinnerträge eines größeren Auslandsabfahes in Aussicht gestellte Verbilligung des Papiers im Anfang dieses Jahres trat nicht ein, da der große Auslandsabfah ausblieb. Dagegen überraschten sie trotz Ausschüttung außergewöhnlich hoher Dividenden die Zeitungsverleger durch Preisforderungen, die den höchsten Preisstand des Papiers überholten. Der „Vorwärts“-Verlag war bemüht, bei diesen für die Herstellung der Zeitung sehr ungünstigen Verhältnissen die Einnahmeposten durch Erweiterung des Inseratenumfangs zu erhöhen, was ihm auch bei der weiten Verbreitung des „Vorwärts“ gelang, um den Abonnementspreis, der in der jetzigen Höhe unseren Genossen und Lesern bei der anhaltenden Wirtschaftskrise neben den notwendigen Ausgaben für die Lebensmittelbedürfnisse nicht leicht ist, zu zahlen, nicht verteuern zu müssen. Es war hierbei dem Verlag noch möglich, einen wenn auch bescheidenen Ausbau des „Vorwärts“ vorzunehmen, und zwar durch Herausgabe der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der im Tiefdruckverfahren hergestellten Beilage „Siedlung und Kleingarten“. Letztere wird vom Genossen E. Lessen redigiert. Auch gelang es, dank der tatkräftigen Unterstützung der Berliner Parteigenossen, den Abonnementsbestand wieder zu erhöhen.

## Buchhandlung Vorwärts

Es ist eine dreifache Umsatzsteigerung gegenüber dem vergangenen Jahre zu verzeichnen. 35 Neuerscheinungen in einer Gesamtauflage von 659 000 Exemplaren und 26 Nachdrucke mit 270 000 Exemplaren gelangten laut nachstehender Aufstellung zur Ausgabe:

Neuerscheinungen.	
Braun, Der Internationale Kongress zu Genf	5 000
Braun-Müller, Die Gewerkschaften, Band I	6 000
Corvin, Der Pfaffenpiegel	20 000
Cunow, Die Marxsche Gesellschafts- und Staatstheorie	5 000
Diederich, Vassalle-Brevier	10 000
Deutschnationale Drachentöter der Korruption	60 000
Engler, Wohnungsgenossenschaften	5 000
Führer, Betriebsabbrüche und Stilllegungen	20 000
Grabauer-Schmidt, Die deutsche Volkswirtschaft	5 000
Hirsch, Kommentar zum Gesetz über die neue Stadtgemeinde Berlin	3 000
Hofer, Sozialismus und Landwirtschaft	5 000
Hue, Sozialisierung	20 000
Die 2. Internationale über den Wiederaufbau	10 000
Krühs, Der Aufstieg	5 000
Köster, Wilhelm II. als Diplomat	20 000
Nachdrucke.	
Böse, Volkslieder	10 000
Brandt, Ulenbroot	10 000
Cunow, Ursprung der Religion	5 000
David, Referentenfürher	5 000
Diederich, Von unten auf	20 000
Engels, Bauernkrieg	5 000
Flotow, Betriebsrätegesetz	30 000
Führer durch das Einkommen-Neuergesetz	10 000
Gesundheitsbibliothek, Zähne und Zahnpflege	5 000
Gesundheitsbibliothek, Geschlechtstrieb	20 000
Gesundheitsbibliothek, Tuberkulose	10 000
Grotewitz, Sonntage eines großstädtischen Arbeiters	10 000
Kautsky, Weg zur Macht	10 000
Kampfmeyer, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland	10 000
Kuttner, Verdienste der Hohenrollern	70 000
Labour Party gegen die Ententeforderungen	30 000
Petersmann, Staatsbankrott und Steuerpolitik	10 000
Hirsch, Preuß. Verfassung	5 000
Programm der SPD	20 000
Werdgang der Sozialdemokratischen Partei	10 000
Kabdruch, Weltliche Gemeinschaftsschule	3 000
Schitowski, Sitten- und Charakterbilder	20 000
Scheidemann-Müller, Ueber Deutschlands bürgerliche Regierung	10 000
Schred, Frohes Wandern	10 000
Schulz, Der kleine Jan	10 000
Vorwärts-Almanach	137 000
Thurow, Butu Simbas Mission	20 000
Thomas, In Waters Hofen	10 000
Thomas, Die verjüngte Frau	10 000
Storm, Hans und Heinz Kirch	10 000
Wels, Ultimatum	25 000
Zell, Unsere Haustiere	20 000
Zell, Der Hund	10 000
Kampfmeyer, Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung	10 000
Vassalle, Herr Bastian Schulze von Delitzsch	5 000
Viebtnecht, Wissen ist Macht	5 000
Marg, Lohnarbeit und Kapital	10 000
Marg, Bürgerkrieg in Frankreich	5 000
Marg-Engels, Kommunistsches Manifest	10 000
Pleschanow, Anarchismus	5 000
Preßgang, Der Ausweg	10 000
Rolisch, Land der Zukunft	10 000
Anderßen-Negö, Der Morgen graut	10 000
Erdmann-Chatrian, Die Martetenderin	10 000
Was ist und will der Sozialismus	20 000

Ueber die im Verlage der Buchhandlungen „Vorwärts“ und Diez erscheinenden Zeitschriften der Partei ist zu berichten:

„Gleichheit“. Der Abonnentenstand war im November 1920 auf 11 300 gesunken. An Zuschüssen waren im Jahre 1921 125 377,55 Mk. erforderlich. Mit Zustimmung des Parteivorstandes und unter Billigung des Parteiaussschusses wurde die wöchentliche in eine zweimal monatlich erscheinende Ausgabe umgewandelt und der Umfang etwas gekürzt. Dadurch und dank einer regeren Agitation gelang es, den Abonnentenstand auf 20 500 bis 31. März zu erhöhen. Die Abonnentenzahl steigt dauernd; zur Zeit der Berichterstattung können wir erfreulicherweise 25 000 Abonnenten zählen. Es ist zu erwarten, daß sich die „Gleichheit“ nunmehr ohne jeden Zuschuß erhalten wird.

Die „Arbeiter-Jugend“ erforderte trotz der hohen Abonnentenzahl immer noch 80 532,22 Mk. Zuschuß. Durch die Umwandlung der 14tägigen Ausgabe in eine einmal monatlich erscheinende Arbeiter-Jugend ist bereits im letzten Quartal dieses Jahres ein Uebererschuß von 10 400,28 Mk. erzielt worden, der sich von Quartal zu Quartal noch steigert.

Der „Freie Lehrer“ mit seiner kaum 1800 Abonnenten zählenden Auflage erforderte ebenfalls einen Zuschuß von 65 790,60 Mk. Der „Freie Lehrer“ erschien bisher wöchentlich einmal, und erst vom 1. Juni d. J. ist ein monatliches Erscheinen dieser Zeitschrift vorgesehen, wodurch das Defizit wohl vermieden werden wird.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich, der Zuschuß beträgt 50 491,45 Mk. Eine Aenderung der Erscheinungsweise der „Kommunalen Praxis“ ist bisher nicht vorgesehen. Dagegen ist der Abonnementspreis auf 10 Mk. pro Quartal erhöht worden in der Erwartung, daß durch diese Umgestaltung ein Teil des Zuschusses in Fortfall kommen wird.

Die „Arbeiter-Bildung“ erscheint seit dem 1. Oktober 1920 einmal monatlich. Der Zuschuß betrug 7202,62 Mk. Bei der Kürze des Erscheinens der „Arbeiter-Bildung“ und bei Berücksichtigung der Kosten der Einführung läßt sich vorläufig über die Entwicklungsmöglichkeit nichts Genaueres sagen.

Die „Neue Zeit“ erforderte bei einer Auflage von 3600 Exemplaren einen Zuschuß von 61 310 Mk. Die Zahl der Abonnenten, die in den Jahren 1918 und 1919 ihren Tiefstand erreicht hatte, ist gegenüber dem Jahre 1917 um 300 gestiegen, ein zwar geringer Zuwachs, der aber hoffentlich den Anjaß zu weiterer Aufwärtsbewegung bilden wird.

„Der Wahre Jakob“ verlor infolge der Sperre im besetzten Gebiet und in Oberschlesien 15 000 Abonnenten, sonst ist der Abonnentenstand stabil geblieben. Die Einnahmen übersteigen mit 17 299,02 Mk. die Ausgaben.

Der Absatz der vorwiegend marxistischen Literatur im J. h. W. Diezischen Geschäft in Stuttgart war im Jahre 1920 ein zufriedenstellender.

Am 31. März 1921 schied der Genosse Brunns, der mehr als 30 Jahre in aufopferndster und selbstloser Weise die Buchhandlung Vorwärts leitete, infolge seiner Wahl zum Bürgermeister aus. Mitarbeiter der Buchhandlung Vorwärts und der Parteivorstand dankten dem Genossen Brunns in einer schlichten Abschiedsfeier für seine wirkungsvolle Tätigkeit.

## Agitation.

Die Kleinagitation in Betrieb und Werkstatt hatte in den letzten Jahren infolge des kommunistischen Terrors etwas nachgelassen. Unverkennbar war sie im Berichtsjahre neu belebt, nachdem in Arbeiterkreisen sich doch immer mehr die Erkenntnis von der Hohlheit der kommunistischen Verheißungen durchdringt. Wenn diese agitatorischen Erfolge unserer Partei weniger zahlenmäßig hervortreten, so ist das sicher auf den Umstand zurückzuführen, daß viele von den

radikalen Irrlehren Belehre noch nicht organisatorisch den Weg zu uns zurückfinden, sondern vielfach schamvoll zunächst die große Masse der politisch Indifferenten vermehrten, um erst nach und nach wieder in die Reihen der alten Partei einzutreten.

Neben den außerordentlichen Anforderungen, die die Wahlagitation an unsere Redner stellte, mußten besonders auch unsere ober-schlesischen Genossen in der mündlichen Agitation Außergewöhnliches leisten. Bei der Abstimmung über Oberschlesien galt es auch vom Standpunkt unserer Partei aus für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland einzutreten; auswärtige Agitatoren ließ die Entente-Kommission nach Oberschlesien nicht herein, so daß unsere ober-schlesischen Genossen fast völlig allein auf sich angewiesen waren.

An die Genossen im Parteivorstand wurde mehr, als bei bestem Willen erfüllbar war, das Verlangen gestellt, als Referenten zu größeren politischen Versammlungen zu kommen. Diesen Wünschen ist im Berichtsjahre wohl häufiger nachgekommen worden, denn je in einem Jahre vorher. Auf fast allen Bezirksparteitagen wurden außerdem von ihnen auf Wunsch der Bezirksleitungen politische Referate gehalten. — Auch die Berichte unserer Bezirkssekretäre zeigen, daß sie und auch die zahlreich sonst in der Agitation tätigen Genossen in erhöhtem Eifer unsere sozialistischen Ideen in den Massen der arbeitenden Bevölkerung verbreiten.

Die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften, wie Reichstag, Landtagen, Provinzial- und Kreistagen, Kommunal- und Elternbeiratswahlen bedingten eine äußerst rege Versammlungstätigkeit. Soweit Einzelberichte vorliegen, haben im Laufe des Geschäftsjahres mehr als 40 000 öffentliche, von unserer Partei einberufene Versammlungen stattgefunden. Dazu kommen noch rund 50 000 Mitglieder-versammlungen und Zusammenkünfte der Abteilungen.

Starke Anforderungen an die Mitarbeit aller Genossen stellte die Flugblattverbreitung. In 28 Bezirken wurden rund 87½ Millionen Flugblätter verbreitet. 4 Bezirke haben darüber Angaben nicht gemacht.

Wirksam unterstützt wurde diese mündliche Agitation durch die Herausgabe zahlreicher Flugblätter und Broschüren. Einer Anregung des Kasseler Parteitages folgend gab der Parteivorstand die Beschlüsse dieses Parteitages zusammengefaßt heraus. „Auf dem Wege zum Programm“ wurde diese Broschüre betitelt, die Anregung zur Diskussion über das in Arbeit befindliche neue Programm gab. Die sehr populäre Schrift: „Was ist, was will der Sozialismus“ wurde sehr stark nachverlangt und deshalb neu aufgelegt; sie leistet namentlich für neu zur Partei Bekommene gute Aufklärungsdienste. Die geistige Ernüchterung nach dem niedergebroschenen Kommunistenputsch in Mitteldeutschland machte dieses Gebiet für vernünftige sozialistische Ideen uns wieder neu zugänglich, und in einer Massenaufgabe wurde daher ein Flugblatt: „Die Blutschuld der Kommunisten“ verbreitet. Um über unseren Eintritt in die Reichsregierung Aufklärung und nähere Kenntnis in die Bevölkerungstreu zu schaffen, wurde in größerer Auflage ein Flugblatt verbreitet, das sich mit diesem Thema beschäftigte.

Die beabsichtigte Erhöhung der Brotpreise rief in den weitesten Kreisen der Bevölkerung große Erregung hervor. Der Parteivorstand stellte deshalb das zur Agitation notwendige Material in einer kleinen Broschüre zusammen, die an unsere Bezirksorganisationen und Referenten zur Verteilung gelangte.

Für die Wahlagitation, die Frauenbewegung, die Jugendbewegung, die Lehrer- und Beamtenbewegung wurden noch zahlreiche Flugchriften zur Verbreitung vom Parteivorstande herausgegeben.

## Parteiausschuß.

Der Parteiausschuß trat im Berichtsjahre zunächst am 4. Mai vor der Reichskonferenz zusammen, die einberufen war, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Ueber die Vorbereitung der Reichstagswahlen und die dazu einberufene Reichskonferenz ist bereits dem vorjährigen Parteitage berichtet worden. Nach den Wahlen fand am 13. Juli eine weitere Sitzung des Parteiausschusses mit der neugewählten Reichstagsfraktion statt, in der über den Ausfall der Wahlen und die Kabinettsbildung verhandelt wurde. Ueber den Austritt der Partei aus der Regierung und das Ergebnis der Wahlen ist gleichfalls dem letzten Parteitag bereits berichtet worden. Vor dem Kasseler Parteitage fand eine weitere Sitzung des Parteiausschusses am 25. August statt, in der zur politischen Lage, zum Genfer Internationalen Sozialistkongress und zum Kasseler Parteitag eingehend Stellung genommen wurde. In dieser Sitzung wurde unter anderem über die internationalen Beziehungen, über das Verhältnis der Partei zu den Kommunisten und Unabhängigen, über die reaktionären Treibereien im Reiche, über die Wiederaufrichtung der Internationalen sowie über Steuern und Beitragsfragen verhandelt. Zur Vorbereitung des Parteitages trat der Parteiausschuß in Kassel vor dem Parteitag zu einer Sitzung zusammen.

Am 8. Dezember 1920 wurde im Parteiausschuß über die innerpolitische Situation debattiert. Besonders behandelt wurde die Regierungsbildung in Sachsen und Thüringen im Zusammenhang mit dem Kasseler Parteitagsbeschuß über die Teilnahme an der Regierung. Der Parteiausschuß stimmte einer vom Parteivorstand gegebenen Deklaration des Kasseler Beschlusses zu, nach dem sich dieser seinem klaren Wortlaut nach auf die Reichsregierung bezieht. Wollte man ihn allgemein auf die Länder ausdehnen, so könne er mit derselben Konsequenz auch auf die Provinziallandtage, Kreistage und Gemeindeverwaltungen bezogen werden. Ferner wurde die ober-schlesische Frage besprochen. Die Abmachungen, die mit den polnischen Sozialisten im November getroffen worden waren und die eine unbeeinflusste Abstimmung in Oberschlesien sichern helfen sollten, wurden gebilligt. Im Einverständnis mit dem Parteivorstand sah der Parteiausschuß davon ab, vor den preußischen Landtagswahlen zur Frage der Neugliederung Preußens durch Beschluß Stellung zu nehmen. Ueber die Behandlung dieser Angelegenheit in dem zu erlassenden Wahlauftrag wurde in einer besonderen Konferenz der preußischen Parteiausschußmitglieder verhandelt. Der Parteiausschuß stimmte entsprechend einem Antrag des Kasseler Parteitages der Schaffung eines Mitteilungsblattes für die Funktionäre zu. Es fand sodann eine eingehende Aussprache über die Finanzlage des Reiches statt, in der besonders verlangt wurde, daß mit der Einziehung der beschlossenen Besitzsteuern schneller vorgegangen und von der Regierung gefordert werden müsse, daß ein Drittel des Notopfers sofort zu erheben sei. Der Parteiausschuß beschäftigte sich weiter mit dem Defizit der „Gleichheit“. Es wurde beschlossen, die „Gleichheit“ in Zukunft 14tägig erscheinen zu lassen und den Bezugspreis auf 60 Pf. monatlich für die Organisationen festzusetzen. Im Anschluß daran wurde über eine bessere Agitation unter den Frauen und unsere Stellung zum Republikanischen Führerbund gesprochen und über die geplante Errichtung einer Einkaufszentrale Bericht gegeben. Am folgenden Tage wurde in einer Sitzung der Mitglieder des Parteiausschusses, die preußische Bezirke vertreten, des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion und der Genossen in der preußischen Regierung die Agitation für die Preußenwahlen besprochen. Es wurde beschlossen, eine Anzahl Broschüren und ein Wahlhandbuch für die Preußenwahl herauszugeben. Zur

Aufstellung der Landesliste wurde eine Kommission eingesetzt, die aus zwei Vertretern des Parteivorstandes (Bartels und Wels), zwei Mitgliedern der preussischen Landtagsfraktion (Siering und Graef) und drei Mitgliedern des Parteiausschusses (Schölich, Lau und Schmidt) bestand.

Nach den Wahlen beschäftigte sich der Parteausschuß in seiner Sitzung vom 13. März 1921 mit der politischen Lage, insbesondere der Regierungsbildung in Preußen. In der Debatte wurde vor allem gegen den Abbau der direkten Steuern, wie er von bürgerlicher Seite im Interesse der Volkswirtschaft verlangt wurde, protestiert und im Gegenteil Ausbau der direkten Steuern verlangt. Ferner wurde eingehend die Regierungsbildung in Mecklenburg, Lippe und Sachsen besprochen. Zur Regierungsbildung in Preußen, wo die Lage noch nicht geklärt war, wurde von einer Festlegung durch Beschlussfassung Abstand genommen. Von der Reichsregierung wurde weiter die sofortige Einbringung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung, betr. die weltliche Schule, als die für den Staatsgedanken geeignete Gemeinschaftsschule verlangt. Der Parteausschuß beauftragte ferner den Parteivorstand, die Parteigenossen, die in taktloser Weise in der bürgerlichen Presse schreiben, davon zu informieren, daß ein solches Verhalten scharf verurteilt wird.

Endlich tagte der Parteausschuß am 9. Mai 1921 gemeinsam mit dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, um über die Annahme des Ultimatums zu beraten. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Annahme des Ultimatums hat nur dann einen Zweck und die Befehung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltslose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehren rechtzeitig, das heißt bis zum 30. Juni, zu entwaffnen und aufzulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weitaus die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schwersten Protest heraus. Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohungen, angefeindet der unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernstesten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Vetter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entwaffnung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommende fällt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu.“

• Nachdem die Deutsche Volkspartei sich für Ablehnung des Ultimatums entschlossen hatte, war die Sozialdemokratische Partei gezwungen, sich an der Regierung zu beteiligen. In der Reichstagsfraktion wurde dieser schwere Entschluß mit 56 gegen 20 Stimmen, im Parteausschuß mit 28 gegen 13 Stimmen gefaßt.

Der Parteausschuß beschloß am 10. Mai weiter, in einer besonderen Sitzung dem Vorschlag des Parteivorstandes zuzustimmen und den Parteitag in Görtz abzuhalten.

## Die Internationale.

Nachdem in den Vorjahren nach Beendigung des Krieges auf den Konferenzen von Bern, Luzern und Genf der interne Neubau der Internationale mit der Beseitigung der durch den Krieg aufgehäuften Hindernisse begonnen hatte, trat die Internationale im verflossenen Jahre weit mehr aktiv in die Öffentlichkeit. Die sozialistische Internationale hat durch ihre Tätigkeit im letzten Jahre bewiesen, daß es ihr Ernst ist mit der Solidarität der Arbeiterklassen der besiegten und der siegreichen Länder. Neben einem allgemeinen Manifest an die Arbeiter der ganzen Welt sind es gerade die Interessen der deutschen Arbeiter gewesen, für die sich die Internationale eingesetzt hat.

Am 4. und 5. November 1920 tagte zum erstenmal das Exekutivkomitee der in Genf (siehe Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919, Seite 53 ff.) neuorganisierten Internationale in London. In Ergänzung des Genfer Beschlusses, die Labour Party zur Vorkämpferin der Internationale zu machen, wurde dort beschlossen, das Sekretariat der Internationale provisorisch nach London zu verlegen. Als wichtigster Beschluß dieser ersten Exekutiv-sitzung ist das am 5. November 1920 beschlossene Manifest an die Arbeiter zu nennen. Die II. Internationale erklärt hier noch einmal, daß sie den Kampf führe „für die Weltanschauung des demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, die tyrannische Diktatur des Bolschewismus auf der andern Seite“. Das Manifest ruft alle auf diesem Boden stehenden Arbeiter zur Einigkeit in dem bevorstehenden Kampf gegen den Weltkapitalismus auf. „Dem Weltkapitalismus setzt die Internationale die Weltorganisation der Arbeiter entgegen“. Der Kampf wie der Sieg der Arbeiterklasse kann nur international geführt werden. „Das internationale Weltkapital würde die Existenz jedes Volkes und Landes vernichten, das für sich allein den Sozialismus errichten zu können glaubt“. Aber mit dem Hinweis darauf, daß „die Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist auf dem Boden der Demokratie“, zieht dies Manifest entschlossen den Trennungstreich gegen alle Versuche von rechts und links, die proletarische Einigkeit noch weiter zu zerschüttern. Sie setzt es sich als Ziel, „alle Bemühungen zur Wiederherstellung der internationalen Einigkeit des Proletariats zu unterstützen“. Wenn sich die Arbeiter der Welt „allen Tendenzen der Spaltung zum Trotz zusammenschließen“, so wird das Proletariat, einig und zusammengeschlossen, siegen, dann wird als Siegesruf die Welt durchhallen jener Wunsch, mit dem das Manifest schließt: „Es lebe die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!“

Die zweite Sitzung des Exekutivkomitees fand am 17. März 1921 statt. Der Sekretär gab in dieser Sitzung eine Zusammenstellung der Parteien, die sich als angeschlossene Fraktionen: Armenien, England (Labour Party und Gewerkschaften), Deutschland (SPD), Belgien, Schweden, Holland, Dänemark, Ungarn, Georgien, Frankreich (PSF.), Schweiz (Grüti-Berein), Türkei (Sozialistische Partei), Tschechoslowakei (Tschechische sozialdemokratische Partei), Italien (Reformisten), Polen. Die Tagung stand bereits unter dem Eindruck der schweren europäischen Verwicklungen, die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland über die Reparationsleistungen drohten. In der Erkenntnis, daß mit dem deutschen Proletariat auch die Arbeiterklassen der übrigen Länder schwer durch allzu hohe und unvernünftige Reparationsforderungen getroffen werden müßten, wurde beschlossen, schnellstens „eine Konferenz nach Amsterdam einzuuberufen, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage beschäftigt. An der Konferenz sollen die Mitglieder



des Exekutivkomitees sowie die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je ein Vertreter der Parlamentsfraktionen der beteiligten Länder teilnehmen. Sollte die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Teilnahme an den Verhandlungen ablehnen, so sollen die Gewerkschaftszentralen der beteiligten Länder direkt zur Entsendung eines Vertreters zu der Konferenz aufgefordert werden“.

Am 30. März 1921 hat dann diese Zusammenkunft in Amsterdam stattgefunden. Es waren von deutscher Seite anwesend: Wels als Vertreter des Exekutivkomitees, Hermann Müller als parlamentarischer Vertreter und die Abgeordneten Hue und Silber Schmidt als Sachverständige. Vertreten waren ferner Belgien, England, Frankreich und Holland.

In enger Zusammenarbeit mit dem Exekutivkomitee tagte gleichzeitig das Bureau der Gewerkschaftsinternationale. Auch die Zentrale der Wiener sozialistischen Arbeitsgemeinschaft hatte zur selben Zeit eine Konferenz über dasselbe Thema nach Amsterdam eingeladen. Bis zuletzt hofften die Vertreter der II. Internationale wie der Gewerkschaftsinternationale, daß in Anbetracht des alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen Gesinnung gleichmäßig angehenden ernststen Konfliktsalles die Wiener bereit sein würden, hier einmal allen kleinsten Streit um 2 oder  $2\frac{1}{2}$  zu vergessen und in gemeinsamer Sitzung zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Aber vergeblich warteten die Gewerkschafter wie die Vertreter der II. Internationale auf die Ankunft der Wiener. Erst in letzter Stunde erfolgte deren Absage.

Die Beschlüsse der II. sozialistischen Internationale zur Reparationsfrage wurden einstimmig angenommen. Noch einmal erklärten die deutschen Vertreter, daß sie in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten Reparationsforderungen zu übernehmen. Dagegen erkannten die Sozialisten der alliierten Länder an, daß die Reparationspflicht des deutschen Volkes begrenzt wird durch seine Leistungsfähigkeit. Zwangsmaßnahmen des alliierten Militarismus gegen das wehrlose Deutschland würden nur die Periode der Unsicherheit verlängern und der Reaktion und dem Kapitalismus erlauben, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln. Die Konferenz bemühte sich, eine praktische Grundlage zur Lösung des Konflikts zu suchen, die geeignet ist, wieder normale Zustände herbeizuführen und die materiellen und moralischen Folgen des Krieges zu beseitigen. Für die Annahme ihrer Beschlüsse durch die Regierungen beschloß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken.

Sie hat deshalb vorgeschlagen, im Laufe der nächsten fünf Jahre eine oder mehrere große internationale Anleihen abzuschließen, die durch 30 Annuitäten durch Deutschland verbürgt werden. Für den Wiederaufbau Nordfrankreichs schlug sie ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen vor. Die deutschen Leistungen für die Reparationen sollten nach Maßgabe der steigenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands sich erhöhen. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie gewöhnliche Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und Einkommens berücksichtigen.

Zum Schluß wurde noch einmal das Interesse der neutralen Länder an einer schnellen, friedlichen und dauerhaften Lösung der Reparationsfrage festgestellt. Es wird vor allen Dingen die Aufgabe des internationalen Proletariats sein, durch seine eigene Klassenorganisation auf die allen Teilen günstigste Lösung dieser Aufgaben hinzuwirken.

Diese Resolution wurde dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitgeteilt, das sich in einer ergänzenden Resolution vollkommen auf den Boden der Resolution der II. Internationale stellt. (Der vollständige Wortlaut der Amsterdamer Beschlüsse ist als Broschüre der Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1921, unter dem Titel: „Die II. Internationale über den Wiederaufbau“, ferner in den Sprachen der der Internationale angeschlossenen, führenden Länder veröffentlicht worden. Auf Antrag der sozialistischen Fraktionen sind sie ferner zusammen mit dem Wiedergutmachungsentwurf der Wiener Internationale als Reichstagsdrucksache Nr. 1829 erschienen.)

Durch die Annahme des Ultimatum durch Deutschland sind die Beschlüsse von Amsterdam überholt worden. Dafür aber hatte die II. Internationale auch auf ihrer nächsten Exekutivsitung Gelegenheit, sich mit den durch die Politik der Entente gegenüber Deutschland geschaffenen Zuständen zu befassen. Die dritte Exekutivsitung in London am 27. und 28. Juni 1921 hat beschlossen, auf die alliierten Regierungen allen möglichen Druck ausüben zu lassen, um diese zur Aufhebung der Sanktionen im deutschen Rheingebiet zu nötigen. Das Exekutivkomitee ließ sich dabei nicht nur von der Erkenntnis der schweren Gefahren der Sanktionen für die deutsche Wirtschaft leiten, sondern auch von der Erkenntnis, daß ein internationaler Wiederaufbau unter diesen Umständen unmöglich ist. Die Parlamentsfraktionen der angeschlossenen Länder sollen durch das Bureau der Internationale auf die Notwendigkeit schnellen und energischen Handelns im Interesse der Aufhebung der Sanktionen hingewiesen werden.

Wie schon die Märztagung des Exekutivkomitees, hatte auch diese Zusammenkunft Gelegenheit, ihr Interesse und ihre Sympathie für die von den Bolschewisten aus Georgien vertriebenen Genossen von der sozialdemokratischen Partei zu bekunden.

Ferner befaßte sich die dritte Exekutivsitung mit der Frage des Verhaltens zur Wiener Internationale. Auf Grund eines Annäherungsversuches der französischen zentralistischen Partei, deren Führer Longuet auch auf dem Parteitag der Labour Party in Brighton erschienen war, ging das Exekutivkomitee näher auf einen Beschluß dieses Parteitages ein. Danach war nämlich der Parteivorstand der Labour Party aufgefordert worden, einen Zusammenschluß aller sozialistischen Organisationen, die in der Ablehnung der Diktatur des Proletariats einig sind, zu versuchen. Der Parteivorstand wurde aufgefordert, auch mit den Wienern in Fühlung zu treten. Auf Antrag der Labour Party erklärte sich die Exekutivsitung der II. Internationale damit einverstanden, daß, vorausgesetzt das Einverständnis der Wiener Zentrale, im Oktober in London eine gemeinsame Zusammenkunft der beiden Internationalen stattfinden solle.

Sollte Wien sich unter annehmbaren Bedingungen dazu bereitfinden, so wolle man diese Zusammenkunft als die Gründungssitzung der langgestrebten einheitlichen sozialistischen Internationale betrachten.

Im Interesse einer solchen Annäherung der gespaltenen internationalen proletarischen Bewegung hatte die deutsche Delegation bereits auf der Tagung im März der Internationale eine Denkschrift zur Schaffung einer interparlamentarischen Kommission vorgelegt. Nachdem sie inzwischen überseht und an die einzelnen im Exekutivkomitee vertretenen Länder weitergeleitet worden war, erläuterte Wels jetzt in London Sinn und Bedeutung dieses deutschen Antrages. Wenn wir vielleicht jetzt noch nicht auf ein Zusammengehen mit den Wienern rechnen können, so wird ein Zusammenarbeiten der sozialistischen parlamentarischen Glieder als Vorstufe zu dieser endlichen Vereinigung, die kommen muß und kommen wird, von größtem Werte sein. Sit der Völkerbund



der Staaten und Regierungen heute nicht das, was wir als Demokraten und Sozialisten erstreben müssen, so werden wir dem wahren Bund der Völker vorarbeiten, wenn wir wenigstens jetzt keine sozialistische Fraktion schaffen.

Die Bedeutung des deutschen Vorschlages wurde von allen Seiten voll gewürdigt. Als Vorstufe soll jetzt zunächst durch das Bureau der Internationale versucht werden, eine Interparlamentarische Korrespondenz herzustellen. Auf der nächsten Exekutivtagung wird dann endgültig über die Schaffung dieser Anstanz, die im internationalen Leben von höchster Bedeutung sein wird, verhandelt werden.

## Rassenbericht.

Obgleich die beschlossene Beitragserhöhung in unserem Jahresabschluß noch wenig in Erscheinung tritt, vermehrte sich die Beitragseinnahme um mehr als eine Million Mark. Gewiß das beste und sicherste Zeichen von dem Wachstum und der Stabilität der Parteiorganisation! — Um fast 100 000 Mk. stiegen auch die „Sonstigen Beiträge“, von denen der wesentlichste Teil auf die Beiträge der Parteigeschäfte entfällt. Im Vorjahre betrugen diese 458 522,90 Mk.; im Berichtsjahre konnten aus diesen Einnahmen 531 165,90 Mk. verbucht werden. Diese Steigerung wäre eine größere, wenn alle Geschäfte, die einen Reingewinn erzielen, ihre statutarische Pflicht erfüllt hätten. Leider ist das nicht der Fall. Nicht weniger als 15 Geschäfte haben der Parteikasse diese Zuwendung vorenthalten. Wenn auch die meisten nur kleine Geschäfte mit unbedeutenden Gewinnabschlüssen sind, was an der Verfehlung natürlich nichts ändert, so befinden sich darunter doch auch solche von größerem Umfange. Wir nennen nur: Bayreuth, Greifeld, Kiel, Leipzig, Ludenwalde, Stuttgart u. a. — Von 16 weiteren Geschäften, darunter Hannover, sind Bilanzen nicht eingesandt, so daß nicht nachzuprüfen ist, ob die eingegangenen Beträge der Abführungspflicht entsprechen. — Bei den großen Aufwendungen, die die Partei seit Jahrzehnten für das Wachstum und Gedeihen der Presse gemacht hat und, wie die Darlehensausgaben und Pressezuschüsse zeigen, auch weiter laufend leistet, sollten die örtlichen Anstalten es sich angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß mit der Druckereigerei auf diesem Gebiete überall Schluß gemacht wird. Durch Zentralisierung des Einkaufs wird mit Erfolg versucht, günstigere Bezugsbedingungen für unsere Parteigeschäfte zu erzielen. Zu diesem Zwecke wurde Ende 1920 die Einkaufszentrale geschaffen.

Nicht verwunderlich ist, daß bei der im letzten Jahre anhaltenden weiteren Steigerung auf fast allen Gebieten auch unsere Ausgabeziffern erheblich gestiegen sind. Die Kosten für allgemeine Agitation, welche die Agitationszuschüsse, Gehälter für Bezirkssekretäre und dergleichen umfassen, haben sich fast verdreifacht. Ähnliches zeigen eine Reihe weiterer Ausgabeposten. Die Wahl-ausgaben belasten diesen Abschluß in ihrer ganzen Schwere. 1,3 Millionen Mark wurden im Berichtsjahre verausgabt, 212 247,79 Mk. im vorigen Jahre. Zu diesen 1 1/2 Millionen Mark, welche die Parteikasse in der Hauptsache für die letzte Reichstags- und preußische Landtagswahl aufwandte, kommen noch 8,3 Millionen Mark, welche die Bezirksorganisationen verausgabten. Etwa 10 Millionen Mark mußten also im letzten Jahre für Wahlzwecke aufgebracht werden.

Wenn bei solchen außergewöhnlichen Ausgaben die Parteikasse trotz anerkennenswerter Einnahmesteigerung mit einem Defizit abschließt, so kann dies nicht überraschen. Sollten wir im laufenden Jahre von größeren Wahlfaktionen

verspart haben, ist mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, daß beim nächsten Abschluß ein entsprechender Ueberschuß das diesjährige Konto wieder ausgleichen wird.

Außer den Darlehen wurden nachstehende Beträge der Parteipresse als Zuschüsse gegeben:

Ort und Name der Zeitung	1919/20		1920/21	
	Mk.	ℳ.	Mk.	ℳ.
Danzig, „Volkswacht“	2 000	—	—	—
Delmenhorst, „Volkswacht“	1 500	—	—	—
Eibing, „Volkzeitung“	10 000	—	—	—
Emden, „Döfr. Volkszeitung“	—	—	3 200	—
Erfurt, „Freie Presse“	—	—	15 000	—
Gießen, „Volkzeitung“	2 400	—	600	—
Gotha, „Volkstimme“	—	—	6 000	—
Halle, „Volkstimme“	—	—	35 000	—
Hirschberg, „Volkzeitung“	—	—	1 153	50
Hof, „Volkstimme“	—	—	250	—
Lübenscheid, „Volkstimme“	2 000	—	—	—
Regensburg, „Donau-Post“	—	—	15 000	—
Stade, „Volkblatt“	2 000	—	—	—
Wittenberge, „Volkzeitung“	—	—	12 000	—
„Lautstimmens-Zeitung“	—	—	1 000	—
* „Kommunale Praxis“	—	—	39 889	88
* „Arbeiter-Wilbung“	—	—	5 887	02
* „Gleichheit“	—	—	148 117	54
Summa	19 900	—	282 547	89
Die Revisionskosten betragen	82 471	80	90 316	55

\*) Die Pressezuschüsse für die „Kommunale Praxis“ sowie für die „Gleichheit“ sind im Berichtsjahr 1919/20 unter „Diverse“ verbucht worden.

**Einnahmen und Ausgaben der Bezirksorganisationen auf Grund der Abrechnung der Ortsvereine.**

	A	B
<b>A. Einnahmen.</b>		
1. Für Renaufnahmen	189 418	40
2. Beträge von männlichen Mitgliedern	11 611 780	01
3. " weiblichen	1 484 920	88
4. Extrabeträge u. a. Listen gesammelt	5 452 698	72
5. sonstige Einnahmen	6 408 228	81
6. Zuschüsse vom Parteivorstand	1 891 298	92
7. Darlehn vom Parteivorstand	217 981	95
8. Kassenbestände vom 1. April 1920	1 687 568	85
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>28 938 884</b>	<b>54</b>
<b>B. Ausgaben.</b>		
1. Für Reichstagswahlen	5 686 525	05
2. Landtagswahlen	2 648 535	81
3. Gemeindevahlen	119 024	20
4. Kreistagswahlen	38 251	81
5. Agitation	4 760 809	77
6. Verwaltung	6 768 754	48
7. Strafen und Projektkosten	112 122	20
8. An den Parteivorstand abgeliefert:		
a) 25 % von den Beiträgen der männl. Mitglieder	2 907 812	47
b) 25 % " " weibl. " "	366 588	26
c) Freiwillige Beiträge	4 766	18
d) Darlehn zurück	282 481	69
9. Sonstige Ausgaben	2 788 728	59
10. Kassenbestände am 31. März 1921	2 454 480	88
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>28 938 884</b>	<b>54</b>

**Schluf der Hauptkaffe für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 mit den Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.**

	Einnahme.		Ausgabe.	
	1919/20	1920/21	1919/20	1920/21
<b>Beiträge:</b>				
a) von den Organisationen	1 488 956	68	2 888 410	02
b) sonstige	640 000	26	781 462	65
Kontokurs-Vortrag	10 571	91	78 000	—
Einkaufsausgleich	—	—	6 000	—
Darlehenskonto	168 890	48	647 298	76
Quoten	67 884	90	121 901	65
Scherte	29 858	40	801 280	99
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>2 395 802</b>	<b>58</b>	<b>4 971 849</b>	<b>07</b>
Dem Vermögen entnommen	—	—	1 078 566	88
Bestand am Jahresbeginn	171 735	97	215 548	92
<b>Summa</b>	<b>2 567 538</b>	<b>55</b>	<b>6 265 464</b>	<b>97</b>
<b>Beiträge:</b>				
Widerrufene Agitation	771 789	08	1 919 887	22
Schreibwaren (früheres)	84	95	787	80
Benzine für Beamten-	10 160	50	164 788	45
agitation	68 484	56	129 889	84
Partei-Kontokorrent	4 705	—	—	—
früheres Sozial-Darlehens-	16 827	50	88 688	62
für Mängel-Darlehens-	40 556	54	54 758	77
Widerrufene Agitation	18 982	80	100 157	01
Agitation	63 971	80	978 984	44
Agitation	68 700	18	107 986	67
Agitation	212 247	79	1 894 271	74
Agitation	5 698	24	10 705	15
Agitation	4 700	—	13 500	—
Agitation	644 075	75	988 968	52
Agitation	146 759	85	490 134	87
Agitation	69 988	12	89 767	55
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>2 112 952</b>	<b>16</b>	<b>5 816 195</b>	<b>66</b>
Dem Vermögen zugeführt	179 087	47	—	—
Bestand am Jahresbeginn	215 548	92	449 296	82
<b>Summa</b>	<b>2 507 588</b>	<b>55</b>	<b>6 265 464</b>	<b>97</b>

Berlin, den 20. Juli 1921.

Revidiert und für richtig befunden

Die Kassiererin, Frau ...

Revisor, Herr ...



Reihe	Von der Haupttafel abgeführt:			Von der Haupttafel erhalten:			Summe
	Wahlkreis	Stimmen	Summe	Wahlkreis	Stimmen	Summe	
1	9 987 501	2 283 11	31 725 19	100 434	400	100 874	
2	91 788 556	1 357 00	94 999 66	70 080	38 408 40	128 988 40	
3	98 576 79	1 440 00	113 193 10	165 203 44	12 000	198 996 40	
4	157 982 24	1 200	23 621 58	50 000	—	214 803 82	
5	69 316 72	—	15 216 72	40 120	—	50 000	
6	104 801 96	3 972 44	118 774 40	100 000	205 000	49 120	
7	18 000 00	—	16 000 00	120 000	1 158 50	812 604 36	
8	18 859 04	941 76	43 859 04	200	35 000	218 990	
9	85 238 47	—	63 859 23	—	—	200	
10	129 612 43	64 955	102 471 43	15 000	—	15 000	
11	198 971 44	7 827 36	239 834 91	50 000	—	50 000	
12	19 744 05	—	239 834 91	25 000	—	25 000	
13	54 716 91	10 000	103 181 74	40 680 90	143 708 90	21 000	
14	56 242 45	—	12 784 06	40 000	45 000	500	
15	19 744 05	2 000	114 112 86	25 000	—	1 000	
16	84 716 91	—	24 159 71	—	—	71 000	
17	54 446 91	608 20	104 159 24	10 000	—	46 000	
18	109 683 48	10 880	116 169 68	20 374 80	—	47 134 80	
19	28 698 10	90 70	50 529 44	184	8 200	88 880	
20	22 240 90	—	92 738 08	140 000	—	88 880	
21	21 738 68	118 861 78	393 737 28	—	—	189 500	
22	48 464	7 909 54	50 373 98	—	—	189 500	
23	16 548	1 852 75	67 059 50	75 000	—	148 100	
24	48 000	—	64 800 81	—	600	9 975	
25	3 240 34	—	64 872 81	40 000	—	88 000	
26	63 654 22	10 678 94	108 34 74	30 000	—	88 000	
27	40 000	5 909 90	109 566 11	25 000	—	70 566 11	
28	—	—	14 870 15	80 000	—	148 300	
29	2 698 660	—	77 468 88	—	—	108 000	
30	2 698 410 02	64 710 66	4 198 127 91	352 889 94	282 313 14	887 468 04	
31	—	31 500	—	—	—	11 860 768 887 870 81	
32	—	—	—	—	—	—	
33	—	—	—	—	—	—	
34	—	—	—	—	—	—	
35	—	—	—	—	—	—	
36	—	—	—	—	—	—	
37	—	—	—	—	—	—	
38	—	—	—	—	—	—	
39	—	—	—	—	—	—	
40	—	—	—	—	—	—	
41	—	—	—	—	—	—	
42	—	—	—	—	—	—	

# Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1920-1921



## Vorwort.

Der Reichstag hat im verflossenen Tagungsabschnitt viel geleistet: Er hat in den 114 Sitzungen wichtige Gesetze beraten und zu bedeutenden außen- und innerpolitischen Fragen Stellung genommen. Dem rein bürgerlichen Kabinett Fehrenbach fehlte es an innerer Kraft und Fähigkeit, obwohl ihm die **Deutsche Volkspartei** „Fachminister“ zur Verfügung stellte.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Interesse der politischen Gesamtdung den Wunsch, daß die **Deutsche Volkspartei** einmal dem deutschen Volke praktisch beweise, daß ihre „Fachminister“ weder die inneren noch die äußeren Schwierigkeiten zu lösen vermögen.

Ein Jahr Regierungstätigkeit der Deutschen Volkspartei hat großen Teilen des Volkes genügt, die „Volkspartei“ kritischer zu betrachten. Das „starke nationale Selbstbewußtsein“, mit dem die Deutsche Volkspartei bis zu den Reichstagswahlen alle äußeren Schwierigkeiten beseitigen wollte, hat in den entscheidenden Augenblicken häufig versagt, deshalb mußte die **Sozialdemokratie** zum vierten Male seit dem großen Zusammenbruch von 1918 im Interesse der großen Volksmassen in die Regierung eintreten und die schwere Verantwortung mit übernehmen, obwohl in manchen Fragen, so in der **Ernährungswirtschaft**, Wege eingeschlagen waren, die die sozialdemokratische Fraktion nicht zu gehen vermochte.

## Von Paris bis zum Londoner Ultimatum.

In zwölf Sitzungen zwischen dem 31. Januar und dem 10. Mai 1921 hat sich der Reichstag mit der materiellen Auswirkung des Vertrages von Versailles beschäftigt, für die die ganze Verantwortung auf die Kreise fällt, die für Deutschland erobern wollten, in völliger Verkennung der Machtverhältnisse den Verständigungsfrieden verhinderten und damit den Zusammenbruch Deutschlands und aller seiner Verbündeten verschuldet haben.

### Pariser Beschlüsse.

In den ersten vier Sitzungen standen zur Erörterung die Pariser Beschlüsse, die vom Außenminister Dr. Simons eingehend dargelegt wurden und deren Unerfüllbarkeit er betonte. In jenen Beschlüssen war die Gesamtsumme, die von Deutschland zu zahlen ist, auf 226 Milliarden festgesetzt, die in 42 Jahren geleistet werden sollten. Es waren auch schon die Sanktionen (Strafmaßnahmen) für den Fall angedroht, daß sich Deutschland den Beschlüssen der Entente nicht fügen sollte. Der Weg zu Verhandlungen stand jedoch noch offen. Die Regierung war zu weiteren Verhandlungen nach London geladen. Dr. Simons betonte namens der Regierung, daß die Pariser Beschlüsse keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen seien, daß es aber die Pflicht der Regierung sei, geeignete Gegenvorschläge zu machen.

Für die Parteien des Zentrums, der **Deutschen Volkspartei** und der **Demokraten** erklärte der Abgeordnete Schiffer, daß sie die Haltung des Ministers Dr. Simons billigen. Es sei Pflicht der Regierung, neue Vorschläge zu machen. Wenn es nicht gelänge, ein erträgliches Ergebnis zu erzielen, dann müssen Regierung und Parlament die Unterschrift verweigern.

**Genosse Müller** gab im Namen unserer Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die **sozialdemokratische Fraktion** des Reichstages stimmt der Erklärung des Herrn Reichsaussenministers über die Unausführbarkeit der Pariser Wiedergutmachungsvorschläge zu.

Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für unausführbar zu erklären, wird sich nicht finden; sie würde das Vertrauen weder des Inlands noch des Auslands verdienen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen.

Durch keinerlei Abmachungen kann die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die 42 Jahreszahlungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen.

Die geforderte 12prozentige Abgabe von der gesamten Ausfuhr steht ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan im Widerspruch zu dem Vertrage von Versailles, der eine in 30 Jahren zahlbare feste Summe, nicht aber Einnahmen aus der deutschen Wirtschaft von unbestimmter Höhe vorsieht.

Die Ausfuhrabgabe bedeutet einen Zwang für die ganze Welt, die deutschen Waren teurer einzukaufen, zugleich aber auch eine dauernde Herabdrückung der Lebenshaltung und eine Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, die die stärkste Stütze der deutschen Republik ist.

Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zollsystems würde gleichfalls der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangsjacke anlegen.

Die Pariser Vorschläge schaffen nicht jene Wiedergutmachung, die das arbeitende deutsche Volk zu leisten fähig und bereit ist. Sie verschärfen vielmehr die wirtschaftliche Krise zu einer europäischen Katastrophe.

Die Sozialdemokraten des Deutschen Reichstages lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf diese drohende Gefahr und richten an sie die Aufforderung, an dem Zustandekommen von Verhandlungen mitzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.

Militaristische und geheimbündlerische Widerstände, die den Gang der vertragmäßigen Entwaffnung verzögerten, haben den Alliierten die Handhabe zu einem Entwaffnungsediktal geboten, das über die Verpflichtungen des Friedensvertrages hinausgeht und einzelne Industrien schädigt. Seine Durchführung kann jetzt aber nicht mehr vermieden werden, wenn nicht neue schwere Gefahren für das deutsche Volk heraufbeschworen werden sollen.

Die Entwaffnung Deutschlands ist jedoch heute schon so weit gediehen, daß für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch bedrücken. Nur die allgemeine Entwaffnung wird den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzungen des wahren Völkerbundes schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterchaft der ganzen Welt ist.

Für die Deutschnationalen erklärte der Abg. Dr. Hergt, daß die Beschlüsse mit einem „glatten Unannehmbar“ beantwortet werden müssen und daß eher „ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“ in Kauf genommen werden solle.

Die Unabhängigen und Kommunisten bezeichneten die Beschlüsse ebenfalls für unerfüllbar. Der Präsident konnte mit Recht feststellen, daß im Reichstage soweit eine Einheitsfront bestehe.

#### Londoner Verhandlungen.

Die Londoner Verhandlungen führte mit den Vertretern der Entente in den ersten Märztagen für Deutschland der Außenminister Dr. Simons. Die erste Erklärung über die Verhandlungen wurde vom Reichstanzler Fehrenbach in der Sitzung vom 5. März gegeben; sie beschränkte sich auf die Mitteilung, daß Dr. Simons weitgehende Vollmachten habe, daß er aber keinen Verpflichtungen zustimmen sollte, die das Volk nicht zu tragen vermag, daß aber alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgenutzt werden sollten.

Genosse Müller sprach für unsere Fraktion. Er hielt unser Urteil über die Pariser Beschlüsse aufrecht und sagte, daß es unmöglich sei, die Reparationsfrage als eine reine Geldfrage zu betrachten. Dabei bezog er sich auf eine am 17. Februar gemeinsam gefaßte Entschliebung in Genf, in der die Vertreter der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands erklärten, daß sie gewillt sind, den Wiederaufbau Nordfrankreichs gemeinsam vorzunehmen. Er bezeichnete es als einen Fehler, daß die Entwaffnung nicht in der geforderten Weise durchgeführt sei und daß mit der Auflösung der Selbstschutzorganisationen nicht ernst gemacht wird. Schließlich nahm er noch Anlaß darzulegen, daß die steuerliche Belastung des Verbrauchs, entgegen den Behauptungen von Lloyd George, in Deutschland so erheblich sei, daß der Konsum äußerst stark beeinträchtigt ist.

#### Nach London.

Die von Dr. Simons in London gemachten Gegevoranschläge wurden von Lloyd George als völlig indiskutabel bezeichnet. Das Angebot belief sich auf einen Schuldbetrag von 50 bis 53 Goldmillarden, von dem allerdings die erfolgten Sachleistungen im Werte von 20 Goldmillarden in Abzug gebracht werden sollten.

Die erste Folge der Ergebnislosigkeit des Verständigungsversuchs war die Anwendung von Sanktionen, die Besetzung der wichtigsten Ruhrkohlenhäfen. Hierzu nahm der Reichstag am 12. März Stellung. Für unsere Fraktion sprach Genosse Wels. Er forderte, daß die Verhandlungen bei jeder Gelegenheit wieder aufgenommen werden müßten und verlangte, daß das Wiederaufbauprogramm, das nach den Vorschlägen der Gewerkschaften noch unter der Regierung Bauer-Müller 1919 aufgestellt worden ist, mit in den Verhandlungsbereich gezogen werde. Er lehnte die Revancheabsichten in der entschiedensten Weise ab und erklärte, daß die Regierung durch die Haltung in der Frage der Entwaffnung und der Auflösung der Selbstschutzorganisationen die deutsche Position geschädigt hat. Der Forderung der Nationalisten, die deutschen Diplomaten aus den Ententeländern zurückzurufen, widersprach er entschieden, er stellte dem Ruße nach Revanche den Ruf nach Revision des Vertrages von Versailles gegenüber.

Für die Deutschnationalen verlangte Graf v. Westarp, daß die deutsche Regierung, solange die Sanktionen bestehen, zu weiteren Verhandlungen nicht bereit sein sollte und daß Vorschüsse auf die Besatzungskosten nicht mehr bezahlt werden sollten. Die Deutschnationalen waren also bei der Kraftmeierei wieder angekommen, die uns in das Verderben des Krieges gestürzt hatte.

Bei der Abstimmung über die Anträge zur Regierungserklärung wurden sowohl der Antrag der Kommunisten, der der Regierung das Mißtrauen des Reichstages aussprach, als auch der der Unabhängigen, der der Regierung wegen der Haltung in der Entwaffnungsfrage ein bedingtes Mißtrauen aussprach, abgelehnt. Angenommen wurde in namentlicher Abstimmung mit 267 gegen 49 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten der folgende Antrag: Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London der Unterwerfung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen hat.

#### Harding als Vermittler.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen in London versuchte die Reichsregierung eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Sie trug zunächst dem eben ins Amt getretenen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika das Schiedsrichteramt über die Ausführung des Vertrages von Versailles an. Der Präsident Harding lehnte das Anerbieten ab, erklärte sich jedoch bereit, deutsche Gegenvorschläge entgegenzunehmen. Das geschah. Sie wurden in der Sitzung vom 26. April 1921 bekanntgegeben.

Die Haltung der deutschen Regierung wurde von den Deutschnationalen als würdelos bezeichnet, Stinnes gebrauchte Worte schwersten Labels gegen die Regierung, in der seine eigenen Parteigenossen vertreten waren.

Genosse Müller wies den Deutschnationalen nach, daß sie das Muster des Friedensvertrages von Versailles während des Krieges vorgezeichnet hätten. Die Deutschnationalen haben anlässlich der Brester Friedensverhandlungen mit Rußland am 21. März 1918 verlangt: „dahin zu wirken, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundsatz des Verzichtes auf Kriegsentschädigungen aufgegeben und je nach der militärischen Lage die Zahlung von Entschädigungen ausbedungen wird“. Die Entente habe die deutschnationalen Bedingungen nur abgeschrieben. Er wandte sich gegen die Regierung wegen der Haltung in der Entwaffnungsfrage und warnte die Entente vor der Anwendung von Sanktionen, die in erster Linie die deutschen Arbeiter schädigen, die als die Stützen des Weltfriedens und der Republik in Betracht kommen.

Präsident Harding erklärte, nicht in der Lage zu sein, die deutschen Gegenvorschläge zu vermitteln, da sie ihm von der Entente als ungenügend bezeichnet waren.



### Das Ultimatum.

Am 5. Mai übermittelte die Entente der deutschen Regierung das Ultimatum, über das innerhalb sechs Tagen mit Ja oder Nein zu entscheiden war. Für den Fall der Nichtunterzeichnung wurde zunächst die Besetzung des Ruhrgebiets in Aussicht genommen; weitere Besetzungen sollten folgen. Daneben waren alle Möglichkeiten wahrgenommen, um die im Pariser Diktat vorgeschriebenen Beiträge von Deutschland im Zwangsverfahren einzutreiben.

Die nächste Folge des Ultimatus war, daß die Regierung Fehrenbach demissionierte. An ihrer Stelle kam eine Regierung der bürgerlichen Parteien nicht zustande. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, wäre an sich gerne bereit gewesen, eine solche zu bilden, aber nach mehrfachem Meinungswechsel und Fühlungnahme mit der englischen Botschaft erklärte er endlich am 9. Mai, daß sich seine Fraktion für die Ablehnung des Ultimatus entschieden habe. Die volksparteiliche Fraktion war aber nicht geschlossen, fünf ihrer Abgeordneten stimmten mit Ja, darunter die bisherigen Minister v. Raumer und Dr. Heinze.

Am 9. Mai fand fest, daß Sozialdemokraten, Zentrum und Unabhängige geschlossen und die Demokraten zur Hälfte das Ultimatum annehmen würden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, eine Regierung auf der Grundlage einer Koalition von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zu bilden. Unsere Fraktion hatte die der Unabhängigen befragt, ob sie bereit wäre, in die Regierung einzutreten. Sie lehnte ab, in eine Koalition mit Bürgerlichen einzutreten dagegen schloß sie vor, eine sozialistische Regierung zu bilden, die sich mit stützen sollte auf die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten. Darauf konnte die Fraktion nicht eingehen, denn es fehlte die Zeit zu den notwendigen Verhandlungen, um eine solche Regierung zu bilden; eine solche Regierung hätte auch keine ausreichende Unterstützung im Reichstage gefunden.

Daher entschieden Reichstagsfraktion und Parteiausschuß in gemeinsamer Sitzung, aber in getrennter Abstimmung, mit großer Mehrheit, daß Sozialdemokraten in das Kabinett einzutreten hätten.

Das Kabinett Wirth wurde gebildet; unsere Fraktion entsandte die Genossen Bauer, Dr. Gradnauer und Robert Schmidt in dasselbe. In einer Nachsitzung des 10. Mai stellte sich das Kabinett vor und sprach die Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung des Ultimatus aus.

In dieser Sitzung legte Genosse Wels unsern Standpunkt wie folgt dar:

„Die politische Verantwortung der Annahme und Ausführung des Ultimatus fällt nach Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jenen Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten. Da aber jene Parteien in schwerster Stunde versagen und auf einer Politik beharren, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Landesteile in feindliche Hand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht am Volke, die von den eigentlichen Verantwortlichen im Stich gelassene Aufgabe mit zu übernehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher ihre Teilnahme an einer Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatus Deutschland vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den ehrlichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Zur Lösung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe bedarf die Regierung der Einsicht und hingebungsvollen Unterstützung der weitesten Volkstreife. Aus diesen Gründen sind wir zur Unterstützung der neuen Regierung bereit.“

Die Regierungserklärung wurde mit 221 Stimmen gebilligt. 175 Stimmen waren dagegen. Die Unabhängigen billigten seit der Unterzeichnung des Friedens-

vertrags zum erstenmal eine Regierungserklärung, sie traten damit in die Stellung, die wir seit den Reichstagswahlen dem Kabinett Fehrenbach gegenüber eingenommen hatten und wegen der uns die Unabhängigen oft genug angegriffen hatten.

Ueber das Programm des Kabinetts Wirth wurde in den Sitzungen vom 2., 3. und 4. Juni verhandelt. Für unsere Fraktion sprach Genosse Wels, der in großen Zügen unsere Forderungen darlegte. Die Deutschnationalen beantragten ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, das mit 213 gegen 125 Stimmen abgelehnt wurde. 48 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei hatten sich der Stimme enthalten. Die Unabhängigen stützten die Regierung, indem sie das Mißtrauensvotum ablehnten. Die Kommunisten standen mit den Deutschnationalen in der gleichen Front.

### Sanktionen.

Am 30. Juni und 1. Juli 1921 wurde die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Sanktionen verhandelt. Der Begründer der Interpellation, Dr. Zapf, wandte sich dagegen, daß, obwohl das Ultimatum angenommen sei, die Sanktionen noch nicht aufgehoben seien; er polemisierte dabei gegen die, die für die Annahme des Ultimatus gestimmt hatten, obwohl ihm doch klar sein mußte, daß sich einflußreiche Mitglieder seiner Fraktion, vor allem die, die in der Regierung saßen, für die Annahme des Ultimatus erklärt hatten.

Der Reichsaußenminister Dr. Rosen hielt die Aufrechterhaltung der Sanktionen unvereinbar mit den Bestimmungen des Vertrages von Versailles und erklärte, daß die deutsche Regierung wiederholt Einspruch gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen erhoben habe. Mit der Bezeugung des guten Willens, das Ultimatum zu erfüllen, hätten die Sanktionen im Rheinlande jeden Grund verloren.

Für unsere Fraktion sprach Genosse Sollmann. Er wies dem Abg. Dr. Zapf nach, daß er sich in Geistesverwandtschaft mit denen befinde, die in Frankreich für Aufrechterhaltung der Sanktionen sind. Die Haltung Frankreichs widerspreche dem Grundsatz von Treu und Glauben, denn die Sanktionen seien verhängt, um Deutschland zu zwingen, das Ultimatum zu unterschreiben. Mit der Unterschrift seien die Sanktionen hinfällig. Die Folgen der Sanktionen wären starke Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft und steigende Arbeitslosigkeit. Durch die Dehnung der Grenzen sei ein Paradies für das Schiebertum und eine Hölle für die ehrliche Arbeit entstanden. Die Wohnungsnot sei unerträglich geworden. Unerträglich sei auch, daß für die französischen Truppen zahlreiche Schulräume bereitgestellt werden müßten und daß in Düsseldorf eine neue Kavalleriekaserne für 26 Millionen Mark gebaut werden müßte.

Die Sanktionen hätten zur Folge, daß im Rheinlande die Abneigung gegen den französischen Imperialismus und Militarismus steige. Erfreulich sei, daß das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes und die zweite sozialistische Internationale Einspruch gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen erhoben hätten und daß im Mataufwurf der Pariser Gewerkschaftskommission die französischen Maßnahmen geißelt würden. Er stellte aber auch fest, daß viele von denen, die am lauteften gegen die Annahme des Ultimatus geschrien haben, sich jetzt veranlaßt sähen, in wirtschaftlichen Fragen mit der französischen Rheinlandkommission zu verhandeln. Er legte sodann dar, daß mit der Witteraufrechterhaltung der Sanktionen Sabotage an der Durchführung der Reparation geübt würde.

## Amnestiegesetz.

Am 24. Januar 1921 nahm der Reichstag bei der Beratung des Justizgesetzes Stellung zu den Anträgen auf Vorlegung eines Amnestiegesetzes, das von uns und den beiden anderen Vintsparteien eingebracht war.

Für unsere Fraktion übte Genosse Dr. Kaddbruch schärfste Kritik an der Strafsjustiz, er stellte fest, daß unsere Justiz tiefes und berechtigtes Mißtrauen hervorruft. Unter anderem stellte unser Redner fest, daß Beleidigungen des Reichspräsidenten und seiner Frau mit 100 und 500 Mk. gefühnt wurden, während Beleidigungen hochverräterischer Offiziere mit 1000 Mk. bestraft wurden. Die Ehre eines Abgeordneten der Deutschen Volkspartei wurde sogar mit drei Monaten und die eines Prinzen von Reuß mit sechs Monaten Gefängnisstrafe vom Gericht bewertet. Die Strafsjustiz gehe gegen Wucher und Schleichhandel sehr milde vor, die Amnestie werde gegen Rappverbrecher im weitesten Maße angewandt, während sie nur ganz spärlich den Arbeitern zugute käme, die an kommunistischen Puttschen teilgenommen haben. Die deutsche Justiz sollte ihre Urteile nicht nur im Namen des Volkes, sondern auch im Geiste des Volkes fällen.

## Arbeiterversicherung.

### Rentenbeihilfe.

Der Reichstag verabschiedete am 18. Dezember 1920 einen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrente, der von allen Parteien außer von den Unabhängigen und Kommunisten eingebracht war. Danach erhalten Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrentenempfänger vom 1. Januar 1921 ab eine monatliche Beihilfe von 40 Mk., während zur Waisenrente eine Beihilfe von 20 Mk. gewährt wird. Der dringendsten Not der Rentenempfänger wurde abgeholfen. Der Mehraufwand begiffert sich auf über 800 Millionen Mark. Die Mehrkosten werden aufgebracht durch eine Verdoppelung der Beiträge.

Die Unabhängigen beantragten, die Beihilfe für Alters- und Invalidenrentner um weitere 10 Mk. zu erhöhen und den Rentenempfängern außerdem eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren, wofür aus Reichsmitteln eine Milliarde Mark zur Verfügung gestellt werden sollte.

In Rücksicht darauf, daß das Gesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden sollte, konnten sich die antragstellenden Parteien nicht darauf einlassen, weitergehende Anträge anzunehmen.

Zugleich wurde die Reichsregierung ersucht, eine Vorlage einzubringen, auf Grund der die Not der Kleinrentner gelindert werden soll und auch die Knappheitsrente und die Rente aus der Angestelltenversicherung erhöht werden sollen.

### Unfallversicherung.

Der im Unfallversicherungsgesetz zugrunde gelegte Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mk. ist bei der eingetretenen Geldentwertung völlig unzureichend. Das Reichsarbeitsministerium unterbreitete dem Reichstage eine Vorlage, wonach die Drittelung des Jahreseinkommens bei Berechnung der Rente erst nach einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 5400 Mk. einsetzt. Der Reichswirtschaftsrat, der sich mit dieser Frage beschäftigt hatte, war dazu gekommen, 7500 Mk. vorzuschlagen. In den Ausschußverhandlungen ist es gelungen, eine Mehrheit für den von uns gestellten Antrag zu erreichen, wonach die Grenze auf 12 000 Mk. festgesetzt wird.

In den Reichstagsverhandlungen erhob dagegen der Reichsarbeitsminister entschiedenen Widerspruch. So kam es denn, daß die bürgerliche Mehrheit in der dritten Lesung erreichte, daß die Grenze auf 10 200 Mk. festgesetzt wurde. Für die Verbesserung der Vorlage traten für unsere Fraktion die Genossen Meier, Bender und Hoch ein. Abgelehnt wurde auch unser Antrag, allen Unfallrentnern, unbeschädigt um den Grad der Beeinträchtigung ihrer Erwerbsfähigkeit, die Beihilfe zu verdoppeln.

Der Reichstag fand sich nur bereit, das jenen Unfallrentnern zuzubilligen, die fünfzig und mehr Prozent der Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Die noch weitergehenden Anträge der Unabhängigen wurden sowohl im Ausschuß als im Reichstage abgelehnt.

In das in der Sitzung vom 19. März verabschiedete Gesetz sind mit einbezogen die früher in der See-Unfallversicherung Versicherten.

### Invaliden- und Altersversicherung.

Am 7. Juli 1921 wurde vom Reichstage ein Notgesetz über die Leistungen der Invalidenversicherung verabschiedet, um einigermaßen Beiträge wie Leistungen der Entwertung des Geldes anzupassen.

Unserem Bemühen ist es unter Mitwirkung der Unabhängigen gelungen, die Regierungsvorlage wesentlich zu verbessern. Statt der vorgeschlagenen neun Klassen wurden acht gesetzlich festgelegt. Während die Vorlage vorsah, daß die letzte Lohnklasse die Jahreslöhne von 8000 Mk. aufwärts enthalte, umfaßt sie nunmehr die mit 15 000 Mk. beginnenden Jahreslöhne. Die Zuschläge zur Rente für einen geleisteten Wochenbeitrag, die bis eine Mark betragen sollten, wurden erhöht auf 1,80 Mk. Der von den Versicherungsanstalten zu leistende Anteil zur Altersrente sollte je nach der Lohnklasse 300 bis 1200 Mk. betragen, er wurde auf 2000 Mk. festgesetzt. Das hatte natürlich zur Folge, daß die Wochenbeiträge wesentlich erhöht werden mußten, nunmehr 3,50 Mk. bis 12 Mk. betragen.

Nicht unwesentlich wurden auch die Bezüge der jetzigen Rentenempfänger erhöht, außerdem wurde erreicht, daß allen, die zum Kriegsdienst eingezogen waren und die unverschuldet berufsmäßig nicht tätig sein können, dafür Wochenbeträge der zweiten Lohnklasse angerechnet werden.

Die Unabhängigen, die gemeinsam mit uns in der Ausschußverhandlung die Anträge formuliert hatten, stellten im Reichstage im Widerspruch zu ihrem Verhalten bei den Ausschußverhandlungen die weitestgehenden Verbesserungsanträge, ein Vorgehen, das Genosse Hoch auf das schärfste verurteilte; er erklärte, daß es unmöglich sei, die gewaltigen Summen zur Verfügung zu stellen, die sich aus den Forderungen der Unabhängigen ergeben, so daß bei Annahme der Anträge die dringende notwendige Gesetzesreform scheitern würde.

### Angestelltenversicherung.

Wie bei der Invalidenversicherung, mußte auch für die Angestelltenversicherung ein Notgesetz verabschiedet werden, wobei es uns gelang, die Regierungsvorlage wesentlich zu verbessern. Während nach der Vorlage den Empfängern von Ruhegeld monatlich bloß 50 Mk., den Witwen- und Witwerrentnern 40 Mk. und an Waisenrente 20 Mk. gewährt werden sollten, wurden diese Sätze auf 70, 55 und 30 Mk. erhöht. Zugleich wurde erreicht, daß die Gehaltsgrenze von 15 000 Mk. auf 30 000 Mk. gesetzt wurde. Dafür sind drei neue Beitragsklassen eingeführt, deren höchste 48 Mk. für den Monat beträgt.

In der Besprechung darüber trieben die Vertreter der beiden Rechtsparteien wie der Kommunisten reine Agitationspolitik, obwohl sie sich bei den Beratungen im Ausschuß mit der vorläufigen Regelung einverstanden erklärt hatten.



**Genosse Hoch** nahm daher Veranlassung, den beiden Abgeordneten **Ehrl** und **Lambach**, wie auch dem kommunistischen Redner zu erklären, daß uns zwar die Regelung nicht genüge, daß aber in der Kürze der Zeit ein vollständiger Umbau der Angestelltenversicherung nicht durchzuführen war. Der Ausschuß hat beschlossen, im Herbst sofort mit einer gründlichen Beratung des dem Reichstage noch vorliegenden Entwurfs zur Aenderung der Angestelltenversicherung zu beginnen.

## Ausnahmezustand in Bayern.

In der Sitzung vom 19. Januar 1921 wurde der Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verhandelt.

Für unsere Fraktion sprach **Genosse Simon** (Schwaben), der der von den bürgerlichen Parteien immer wieder betonten Notwendigkeit des Weiterbestehens des Ausnahmezustandes in Bayern widersprach; er wies an Hand zahlreicher Beispiele nach, daß der Ausnahmezustand in Bayern nur eine Maßnahme gegen die Arbeiter darstellt und eine Waffe in der Hand der Rechtsparteien ist.

Der Reichsminister des Innern **Koch** stellte sich auf den Standpunkt, daß das Reich über die Landesregierungen hinweg nicht den Ausnahmezustand aufheben könne, welcher Argumentation von unserem Redner entschieden widersprochen wurde.

## Ausnahmezustand und Sondergerichte.

Der Ausnahmezustand, der für einige Gebiete Deutschlands verhängt wurde, ist wiederholt im Reichstage besprochen worden.

Am 20. April verhandelte der Reichstag den von den Unabhängigen gestellten Antrag auf Aufhebung der außerordentlichen Gerichte, gleichzeitig wurde unser Antrag verhandelt, den militärischen Ausnahmezustand für den Bezirk des Wehrkreises I aufzuheben.

Für unsere Fraktion sprach **Genosse Fischer-Berlin**. Er wies gegenüber den Unabhängigen, die die Aufhebung der Sondergerichte überhaupt verlangten, darauf hin, daß sie selbst die Berechtigung zur Verhängung des Belagerungszustandes nicht bestritten haben. Da die Ruhe in Mitteldeutschland zurzeit noch gar nicht gesichert ist, ergab sich die Notwendigkeit, den Belagerungszustand in Mitteldeutschland jetzt noch aufrechtzuerhalten. Die große Zahl der Fälle und auch die auch im Interesse der Angeschuldigten liegende schnelle Aburteilung mache noch Sondergerichte notwendig. Verlangt müsse jedoch werden, daß den Angeschuldigten weitgehende Rechtsgarantien eingeräumt werden und daß jugendliche Personen ausnahmslos vor die ordentlichen Gerichte kommen.

Der Justizminister erkannte die Berechtigung unseres Antrages an. Er wandte sich gegen die Behauptung der Unabhängigen, daß der Reichspräsident **Ebert** die Verantwortung für die Sondergerichte trage und er hielt dem Abgeordneten **Dr. Rosenfeld** vor, daß er wissen müsse, daß die parlamentarische Verantwortung für die Einsetzung der Sondergerichte der zuständige Minister oder der Reichskanzler trage.

Alle Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Sondergerichte wurden von den Bürgerlichen abgelehnt.

Dagegen wurde unser Antrag, die Verordnung über die Sondergerichte wesentlich abzuändern, dem Rechtsausschuß überwiesen, der dann später dem Reichstage eine weitgehende Abänderung mit erhöhten Rechtssicherungen der Angeklagten empfahl, die zum Gesetz erhoben wurde.

## Bekleidungsämter.

Um die Reichsbekleidungsämter wurde ein hartnäckiger Kampf geführt. Die Reichsregierung, vor allem das zuständige Reichschachministerium unter Minister von **Raumer** und Staatssekretär **Waltherr**, wie auch alle bürgerlichen Parteien hatten kein Interesse für die reichseigenen Betriebe. Das brachte der Abgeordnete **Dr. Wienbed** (Dnail.) am deutlichsten zum Ausdruck, indem er erklärte, daß die Bekleidungsämter bis auf zwei abgebaut werden müßten und daß wir nur um deswillen für die Bekleidungsämter eintreten würden, weil wir darin ein Stück Sozialisierung erblickten.

Von den Rednern unserer Fraktion **Rahmann**, **Giebel** und **Hoch** wurde im Ausschuß und im Reichstage mit Nachdruck der Standpunkt vertreten, daß es nötig sei, die leistungsfähigen Werke voll zu beschäftigen, um die höchste Rentabilität zu erzielen. Schon jetzt siehe fest, daß sowohl die Schuhmacher als auch die Schneiderwerkstätten weit billiger lieferten als die Privatbetriebe. Es müsse unter allen Umständen versucht werden, Aufträge für die Post- und Eisenbahnverwaltung zu erhalten, außerdem müsse es freistehen, Privataufträge zu gewinnen. Falsch sei die Annahme, daß die Bekleidungsämter den Handwerklern Konkurrenz machten, denn der selbständige Schuhmacher stelle heute nur noch in Ausnahmefällen eigenhändig Schuhe her, und die Konfektion werde nicht vom Schneidermeister selbst, sondern in Großbetrieben hergestellt.

Die Regierung hatte in Aussicht genommen, von den zurzeit bestehenden zwölf Bekleidungsämtern, deren ursprünglich sechsundzwanzig vorhanden gewesen sind, weitere vier bis fünf zur Auflösung zu bringen; sie hatte bereits Massentübingen der Beschäftigten vorgenommen.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages ging über die von sozialdemokratischer Seite gemachten Einwendungen hinweg, indem sie folgende Entschliebung vorlegte:

„1. Die Reichsbekleidungsämter dürfen nur soweit fortbestehen, als sie durch Bekleidungsaufträge für die Reichswehr und Schutzpolizei oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen ausreichend beschäftigt bleiben. Bei Abbau bzw. Aufhebung von Ämtern ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die verbleibenden Ämter möglichst gleichmäßig auf das Reich verteilt werden.“

Die Reichsregierung wird ersucht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, die zu entlassenden Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Privatindustrie unterzubringen und sich hierbei der Unterstützung der gewerblichen Korporationen zu bedienen.

2. Von einer Auflösung des Reichsbekleidungsamtes **Wilhelmshaven-Rüstringen** ist Abstand zu nehmen.“

Auf Antrag der Deutschnationalen wurde die Entschliebung noch dadurch verschlechtert, daß im ersten Absatz die Worte: „oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen“ gestrichen wurden.

## Garnisonbäckereien.

Die Deutschnationalen schieden bei Beratung des Etats des Reichschachministeriums den Bäckermeister **Biener** vor, damit er gegen die Garnisonbäckereien Stellung nehme. Sie sind grundsätzlich gegen reichseigene Betriebe, und sie würden gerne die modern eingerichteten und leistungsfähigen Großbäckereien der früheren Heeresverwaltung auflösen zugunsten der kleingewerblichen Bäckereien.

Von unserer Seite wurde durch **Genossen Kahmann** betont, daß wir für die volle Ausnutzung der bestehenden Großbetriebe sind, schon der erheblichen Kohlenersparnisse und der billigeren Produktion wegen. Den Mittelstandsvertretern wurde auch entgegengehalten, daß sie einmal darüber schreien, daß die Reichsbetriebe unwirtschaftlich arbeiten und deshalb aufgelöst werden müssen und daß sie ein anderes Maß über angebliche **Schmutzkonzurrenz** der Reichsbetriebe klagen und darum deren Beseitigung verlangen, so daß es ihnen nie recht gemacht werden kann.

## Betriebsbilanzgesetz.

Das Betriebsbilanzgesetz, das in der Sitzung vom 3. Februar 1921 verabschiedet worden ist und bei dessen Beratung die **Genossen Siebel** und **Hoch** die Auffassung unserer Fraktion vertraten, ist das erste Ergänzungs-gesetz zum Betriebsrätegesetz.

Unsere **Genossen** erstrebten eine Erweiterung der Vorlage, die sich streng an das Betriebsrätegesetz hielt und verlangten, daß den Betriebsräten an der Hand der Betriebsbilanz ein **wirklicher Einblick** in die Verhältnisse ermöglicht wird. Sie nahmen daher die Anträge auf, die von den Vertretern aller Arbeitnehmer im Reichswirtschaftsrat gestellt worden sind.

Die weitergehenden Anträge wurden jedoch von der **bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt**. Bei den Verhandlungen im Reichstage wurde den Rechtsparteien erklärt, daß, wenn die Beschlüsse des Ausschusses aufrechterhalten würden, unsere Fraktion gezwungen sei, gegen das Gesetz zu stimmen. Diese Erklärung führte zum Entgegenkommen der bürgerlichen Vertreter, so daß **Genosse Hoch** erklären konnte, daß in Rücksicht darauf, daß das Gesetz in der jetzigen Fassung ein **wesentlicher Fortschritt** gegenüber den bisherigen Bestimmungen bedeute, wir für das Gesetz stimmen könnten.

## Einwohnerwehren-Selbstschutzorganisationen.

Auf Grund der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages verlangte die Entente die Entwaffnung und Auflösung der **Einwohnerwehren** wie der **Selbstschutzorganisationen**. Der zu diesem Zwecke eingebrachte Gesetzentwurf, wurde in den Sitzungen vom 14. und 19. März besprochen und verabschiedet.

**Genosse Hoffmann** (Kaiserslautern) hatte bei der ersten Lesung ausgeführt, daß im Entwurf ausdrücklich die Bezeichnung **Einwohnerwehr** und **Selbstschutz** vermieden wird. Er wies auf die starken Widerstände hin, die in Bayern gegen die Auflösung der **Selbstschutzorganisationen** und **Einwohnerwehren** bestehen, er kennzeichnete die Haltung der **bayerischen Regierung** in dieser Frage als eine große inner- und außenpolitische Gefahr. Er führte weiter aus, daß, wenn Bayern nicht nachgibt, die **Sanktionen** gegen Deutschland angewendet und weitere Teile Deutschlands besetzt würden und damit die **Loslösung Süddeutschlands** vom Reichsganzen versucht werden könnte.

Die **Deutschnationalen** und die **beiden Linksparteien** erklärten sich gegen die Annahme des Gesetzes. Der Unabhängige **Dr. Rosenfeld** bemühte sich krampfhaft, nachzuweisen, daß das Gesetz nicht zur Auflösung, sondern zum Schutze der **Selbstschutzorganisationen** und **Einwohnerwehren** bestimmt sei.

**Genosse Müller** wies ihm nach, daß wir entschieden die Auflösung dieser Organisationen verlangen und daß die **Selbstschutzorganisationen** und **Einwohnerwehren** unter den Paragraph 1 dieses Gesetzes fallen, daß somit die Regierung ein ausreichendes Mittel in der Hand habe, den in den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages verlangten Zweck zu erreichen.

## Elektrizitätsarbeiterstreik.

Entgegen allen gewerkschaftlichen Gepflogenheiten, traten die **Berliner Elektrizitätsarbeiter** in der Nacht zum 6. November 1920 in den Streik. Ungeheure Massen **Berliner Arbeiter** wurden dadurch zur Untätigkeit gezwungen, der **Straßen- und Untergrundbahnverkehr** wurden eingestellt und die Versorgung der Kranken und Krankenhäuser wurde gefährdet.

Der Reichspräsident hatte unter der politischen Verantwortung des Ministers des Innern am 10. November eine Verordnung erlassen, wonach in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen erst dann zulässig sind, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedspruchs mindestens drei Tage vergangen sind.

Die **Deutschnationalen** brachten wegen dieser Angelegenheit eine Interpellation ein, die am 26. und 27. November 1920 besprochen wurde. Sie forderte von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zur Verhütung wilder Streiks in lebenswichtigen Betrieben; sie wollten vor allem erreichen, daß das Gesetz auf den öffentlichen Verkehr und die Landwirtschaft ausgedehnt werde.

Die **Kommunisten**, die politischen Drahtzieher dieses wilden Streiks, hatten mit ihm eine Verstärkung der reaktionären Stimmung in der Bevölkerung erzielt.

Namens unserer Fraktion verurteilte **Genosse Hartleb** in der entschiedensten Weise den wilden Streik. Er kennzeichnete das Beginnen der Kommunisten als ebenso gefährlich als daß der **Kapppisten** im März 1920. Mit Recht führte er aus, daß die Kommunisten den Reaktionären in die Hände arbeiten. Den **Deutschnationalen** erklärte er, daß sie keinen Grund zur Aufregung haben, da die Landwirte und ihre Anhänger durch Jahre in einem dauernden Lieferstreik standen. Er billigte den Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten, trat aber, da die öffentliche Ruhe und Sicherheit wieder hergestellt war, namens der Fraktion für die Aufhebung der Verordnung ein. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die Absicht, in ein Gesetz zur Sicherung der lebenswichtigen Betriebe gegen derartige wilde Bewegungen, auch die Landwirtschaft einzubeziehen.

In der Abstimmung wurde unsere Anfrage abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag **Malzahn**, der zurückgezogen und von **Schiffer** und **Genossen** wieder aufgenommen wurde, worin gefordert wird, die erlassene Verordnung wieder aufzuheben, und zwar mit einem Zusatzantrag **Schiffer** und **Genossen**, daß es erst dann zu geschehen habe, wenn ein obligatorisches Schlichtungsverfahren gesetzlich festgelegt sei.

Für diesen Antrag stimmten alle bürgerlichen Parteien mit 174 Stimmen, während gegen den Antrag **Schiffer** 143 Stimmen abgegeben wurden.

## Entwaffnung der Bevölkerung.

Der Reichstag hat in einer Sitzung vom 28. Februar 1921 das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung bis zum 31. Juli 1921 verlängert.

Bei der Beratung haben unsere **Genossen Vogel** und **Gruber** vor allem Gelegenheit genommen, auf die reaktionären Bestrebungen der Regierung **Kahr** und des **Forstrats Egerich** in Bayern hinzuweisen. Sie erklärten namens der Fraktion, daß wir für die Verlängerung des Gesetzes stimmen und daß wir erwarten, daß die **Entwaffnung** in energischer Weise durchgeführt wird. **Genosse Vogel** beleuchtete die militärischen Geheimorganisationen, die eine Gefahr für Ruhe und Ordnung im Lande, wie für unsere Stellung dem Auslande gegenüber seien.

Gegen die drei Linksparteien wurden zwei Entschliefungen der Unabhängigen abgelehnt, wonach die Pflicht zur Ablieferung der Waffen auch für einzelne Gehöfte gilt und worin die Reichsregierung aufgefordert wurde, scheinbar die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren durchzuführen.

## Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Bereits im Februar 1921 hatte der Reichstag einer Anregung unserer Fraktion folgend einmütig beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf, „der die Leistungen der Reichswochenhilfe in einer der gegenwärtigen Geldentwertung entsprechenden Weise erhöht“, vorzulegen.

Leider ist das Reichsarbeitsministerium diesem Verlangen erst nahe vor dem Auseinandergehen des Reichstages nachgekommen, so daß der Entwurf in großen Eile beraten werden mußte, weshalb das ganze Problem grundsätzlich aufzurollen nicht möglich war.

Immerhin verbesserte unsere Fraktion den Gesetzentwurf, so daß die bisherigen Leistungen wesentlich erhöht wurden. So wurde in erster Linie die freie ärztliche Behandlung gesichert, falls sie bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Diese Bestimmung, welche in Kraft treten wird, sobald die nötigen Vereinbarungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Krankenkassen und Ärzten getroffen sind, bedeutet einen großen Schritt vorwärts. Nichts ist für die Geburt eines gesunden Kindes und für die Gesunderhaltung der Mutter so wichtig, wie die Möglichkeit, ohne Sorge vor den Kosten, rechtzeitig den Arzt aufsuchen zu können.

Es war bedauerlich, daß, wie bei der früheren Beratung, auch hier wieder die unabhängige Fraktion aus rein parteipolitischen Gründen einen Mißton in die Beratung trug. Während ihre Vertreter — so der Frachmann Dr. Moses — im Ausschuß ausdrücklich erklärten, daß sie sich auf den Boden unseres Antrages stellten und weitergehende Anträge nicht unterbreiten wollten, um die rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes nicht zu gefährden, stellten sie im letzten Augenblick im Plenum weitgehende Anträge, von denen sie ganz genau wissen mußten, daß sie ohne nähere Prüfung und ohne besondere Beratung mit den Krankenkassen ganz unmöglich angenommen werden konnten. Alles, was von der Vertreterin der Unabhängigen zur Begründung dieser Forderungen gesagt wurde, war nicht neu, nur wurde von ihnen kein Wort darüber gesprochen, wie die Mittel von den Krankenkassen aufgebracht werden sollen. Es ist deshalb von uns beantragt und von der Mehrheit beschlossen worden, den Antrag dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages zu überweisen, damit dieser nach dem Wiederzusammentritt im Herbst Gelegenheit hat, einmal das ganze Problem der Mutterchaftsfürsorge durchzuberaten, um den Weg zu einer endgültigen Regelung zu finden. Jetzt aber mußten wir dem Gesetz unsere Zustimmung geben, damit ein bedeutsamer Fortschritt auf dem Wege zu einer wahrhaften Fürsorge für Mutter und Kind nicht unterbleibe oder doch um Monate verzögert werde.

## Mutterschutz.

Obwohl in der Reichsverfassung steht, daß jede Mutterschaft Anspruch auf Schutz und Fürsorge des Staates hat, hat die Regierung Fehrenbach-Dr. Heinze nichts getan, um die Beamten, die uneheliche Mutter ist, in ihren Rechten zu schützen.

Das geht recht deutlich daraus hervor, daß der Staatssekretär Bewald auf die Anfrage der Genossin Schroeder: Ob die Reichsregierung bereit ist, folgende Verfügung zu erlassen: „Uneheliche Mutterschaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen“ antwortete, daß eine solche Verfügung nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Die Verantwortung dafür tragen mit die Verbände der Beamtinnen, die von ganz falschen Grundrissen ausgehen und es mit ihrer Würde als nicht vereinbar erklären, eine uneheliche Mutter als Kollegin zu haben.

Genossin Schroeder legte bei der Beratung des Postetats dar, daß Beamtinnen, die viele Jahre in bester Weise ihren Dienst versehen, Angehörige unterstützten und für ihr Kind sorgten, entlassen wurden. Der Grundsatz des gleichen Rechts bestehe hier nicht, denn dem Beamten, der unehelicher Vater wird, würde kein Haar gekrümmt. Das Verhalten schlage aber auch dem christlichen Grundriss ins Gesicht, nach dem das Leben von Gott gewollt ist. Mit Recht hielt sie dem Reichspostminister Giesberts und der Vertreterin des Zentrums Frau Neuhäus, die mit der Entlassung der unehelichen Mutter einverstanden war, den unehelichen Müttern aber durch Stellenermittlung und anderen Wohltaten helfen will, entgegen, daß dadurch die unehelichen Mütter entweder in den freiwilligen Tod oder zur Anwendung von Abtreibungsmitteln getrieben würden.

Der Abgeordnete Mumm (Dnsl.) sprach mit frömmelndem Augenaufschlag von den Befallenen, denen christliche Wohltaten erwiesen werden sollen, die aber aus Gründen der Standesehre und der Moral nicht Beamtinnen bleiben können. Er verschwieg schamhaft, daß der männliche Teil der bestehenden Klasse kräftig am Werk ist, die Heiligkeit der Ehe und die alte bürgerliche Moral zu vernichten.

Die Entschliekung Müller-Franten: „Die Reichsregierung zu ersuchen, die ausnahmerechtliche Behandlung der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten und -Angestellten, die in der Entlassung der unehelichen Mütter ihren Ausdruck findet, aufzuheben, wurde gegen die Stimmen der Linken und weniger Demokraten abgelehnt. Ein Antrag der Demokraten, die Frage grundsätzlich zu prüfen und Richtlinien aufzustellen, gelangte nicht, weil verspätet gestellt, zur Abstimmung.

## Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenfürsorge, die nicht bloß für die große Zahl Erwerbsloser und für deren Angehörige, sondern auch für die ganze Volksgemeinschaft ungemein wichtig ist, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion bei allen sich ergebenden Gelegenheiten in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt.

Bei der Beratung des Haushaltsplans haben sich unsere Genossen Hoch und Kaiser sehr eindringlich mit dem Problem der Erwerbslosigkeit und mit der Unterstützung der Erwerbslosen beschäftigt und den Reichsarbeitsminister mit Nachdruck auf seine Aufgabe verwiesen, die ungeheure Not der Erwerbslosen zu lindern. Der Erfolg war, daß das Reichsarbeitsministerium in weitem Umfange genehmigte, die Unterstützung auf länger als 26 Wochen, wie gesetzlich vorgesehen, zu gewähren. Ferner wurde erreicht, daß die erhöhten Sätze, die nur bis zum 1. Mai d. J. Geltung hatten, auch weiterhin gezahlt wurden.

Im April d. J. hat unsere Fraktion gemeinsam mit der Unabhängigen einen Antrag zugunsten der Erwerbslosen eingereicht, der sich im wesentlichen den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angeschlossen.

In der Reichstagsverhandlung vom 3. Mai 1921 hat Genosse Kaufmann den von uns gestellten Antrag begründet und beantragt, daß alle Anträge dem Ausschuß für Volkswirtschaft zur Weiterberatung überwiesen werden. Er hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge aus-

gebaut, daß die unzureichenden Unterstützungssätze erhöht werden, daß Betriebskollagen nur unter erschwerenden Umständen vorgenommen werden können und daß die Unternehmerschaft zur Bestreitung der Kosten der Unterstützung für die Erwerbslosen herangezogen werden.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft hat sich in vielen Sitzungen mit den Anträgen beschäftigt, es gelang einen wesentlichen Fortschritt in der Fürsorge für die Erwerbslosen zu erzielen. Das Ergebnis besteht im wesentlichen darin, daß eine großzügige Siedlungsarbeit betrieben wird, daß die Bauaktivität gefördert, Kanäle, Talsperren, Verkehrsanlagen und andere öffentliche Arbeiten im weiten Umfange in Angriff genommen werden, daß die Gemeinden und Länder der produktiven Erwerbslosenfürsorge das größte Interesse entgegenbringen sollen, daß für die Unterbringung weiblicher Erwerbsloser mehr als bisher geschieht, daß die Preispolitik der Kartelle und Verbände in Industrie und Handel schärfer überwacht werden, daß in Rücksicht auf die eingetretene und noch zu erwartende Teuerung sowohl die Unterstützungssätze ab 1. August erhöht als auch Erleichterungen und Verbesserungen für die Kurzarbeiter eintreten sollen.

Bei den Verhandlungen im Reichstage erklärten die Kommunisten, daß das im Ausschuß Erreichte vollkommen unzulänglich sei; sie stellten viel weitgehendere Anträge. Sie griffen die Fraktion der Unabhängigen in der entschiedensten Weise an, weil sie sich auf den Boden des Ausschußvorschlages stellte.

Die Kommunisten trieben hier gegenüber den Unabhängigen, die sich wie wir mit einem weitreichenden Teilerfolg zufrieden gaben, die gleiche reine Agitationspolitik, wie es die Unabhängigen gegen uns in der Frage der Wochenfürsorge getan hatten.

Der Unabhängige Dismann wies die Angriffe der Kommunisten in der entschiedensten Weise zurück. Er behauptete, daß, wenn die Unabhängigen sich ebenso wie die Kommunisten verhalten hätten, für die Erwerbslosen absolut nichts herausgekommen wäre. Er hat bei dieser Erörterung vollkommen vergessen, daß seine Partei einige Stunden vorher nach der gleichen Weise wie die Kommunisten das Gesetz für die Wochenfürsorge behandelt hatte.

Der von uns gestellte Antrag, daß den Arbeitern, die durch Verhängung von Materialsperrern durch Industriekartelle und Konventionen arbeitslos geworden sind, der entgangene Arbeitsverdienst von den Unternehmern ersetzt wird, wurde gegen die Stimme der Bürgerlichen abgelehnt.

Abgelehnt wurden auch die Anträge der Kommunisten, denen Dismann mit Recht entgegenhielt, daß sie sich an den Ausschußverhandlungen so gut wie gar nicht beteiligt haben, weshalb er ihnen den Vorwurf machte, daß sie ein Interesse an der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Erwerbslosen nicht hätten.

Besonders hervorzuheben ist noch, daß bei den Beratungen im Ausschuß der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Reichert, der als Vertreter der Großindustrie gewählt wurde, und der für die Durchführung des Wahlkampfes erhebliche Geldmittel erhalten hatte, just bei der Besprechung der Arbeitslosenfrage forderte, daß der Achtstundentag beseitigt werde.

## Eupen und Malmédy.

Am 6. November 1920 wurde die von den Bürgerlichen und von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingebrachte Interpellation betreffend die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmédy und die von den Demokraten eingebrachte, betreffend die besetzten Gebiete des Rheinlandes beraten. Sie wurden bei der Besprechung verbunden. Für unsere Fraktion brachte Genosse Sölkemann, zum Ausdruck, daß die Abstimmung in den beiden Kreisen unberechtigt von der belgischen Regierung beeinträchtigt wurde und daher als

freie Willensentscheidung der Bevölkerung nicht gewertet werden kann. Unser Redner lehnte auch die Entscheidung ab, die der Rat des Völkerbundes getroffen hat, nach der Belgien die volle Souveränität über die Kreise zugesprochen wird; dem deutschen Volke bleibt nur die Hoffnung auf die Revision des Friedensvertrages und die Beseitigung dieses Unrechts. Trotzdem aber dürfe Eupen und Malmédy kein Zankapfel werden. Wir müßten endlich zu besseren Beziehungen mit Belgien kommen.

Unser Redner wandte sich auch gegen die erheblichen Ausgaben für das überstarke Besatzungsheer und für die Rheinlandkommission, die sich jährlich auf 15 1/2 Milliarden Mark belaufen.

## Fieberthermometer.

Zur Regierungsvorlage, die die Prüfung von Fieberthermometern gesetzlich vorschreiben wollte, führte für unsere Fraktion am 21. April 1921 Genosse Siebig aus, daß die ungeprüften Fieberthermometer eine Gefahr für das Volk sind und daß die Notwendigkeit zur Prüfung sich schon daraus ergebe, daß Länder, die hauptsächlich für den deutschen Export in Betracht kämen, nämlich Frankreich und Amerika, nur geprüfte Fieberthermometer zulassen.

Die Widerstände in Unternehmerkreisen seien unberechtigt, denn im Kriege sei schon zur Regel geworden, was der Gesehntwurf fordere. Hingewirkt müsse natürlich werden, daß auch die vorgeschriebene Prüfung eine Beeinträchtigung des Verdienstes der Heimarbeiter und sonstigen Arbeiter nicht eintritt.

Der Gesehntwurf wurde angenommen.

## Frauen, Besitzer an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Durch die Verordnung vom 12. Mai 1920 ist den Frauen das aktive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gegeben worden. Unsere Fraktion beantragte, den Frauen auch das Recht der Wählbarkeit zu geben. Die bürgerliche Mehrheit im Ausschusse für soziale Angelegenheiten lehnte aber den Antrag ab. Der Ausschuß ersuchte bloß die Regierung, in kürzester Frist eine Novelle zum Kaufmanns- und Gewerbegerichts-gesetz vorzulegen, in der den Frauen das Recht der Wählbarkeit eingeräumt werde.

In der am 3. März 1921 im Reichstage stattgehabten Aussprache verfochten Genossen Schuch und Genosse Siebel die Ansicht, daß den Frauen das wohlbegründete Recht sofort durch eine Rotverordnung gegeben werden kann. Dem widersprachen jedoch alle bürgerlichen Parteien. Der Reichsarbeitsminister ließ erklären, daß er, falls sich die Einbringung einer Vorlage über das Arbeitsgerichts-gesetz noch verzögern sollte, baldigst eine Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichts-gesetz einbringen werde.

## Gareis-Ermordung.

Am 17., 18. und 19. Juni verhandelte der Reichstag die von den Unabhängigen eingebrachte Interpellation wegen der Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis.

Nach dem unabhängigen Redner wandte sich der Reichsanwalt Dr. Wirth in einer bemerkenswerten Rede scharf gegen die von reaktionärer Seite geschaffene Atmosphäre, aus der heraus der hinterlistige Mord an Gareis entstanden ist. Er bezeichnete die in München begangenen Untaten als die denkbar

größte Gefährdung unserer kommenden politischen Entwicklung, er lehnte den Tag der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern herbei.

Genosse Gruber forderte für unsere Fraktion den schnellsten Abbau des Ausnahmezustandes in Bayern, er kennzeichnete die deutsch-nationale und anti-semitische Agitation in Bayern, die die ganze politische Atmosphäre vergiftete. Dann trittierte er die „Entwaffnung“ der Einwohnerwehren; er forderte die strengste Sühne für den Mord an Gareis und kennzeichnete die reaktionäre bayerische Regierung mit dem Münchener Polizeipräsidenten Böhrner als das große Hindernis für die ruhige Entwicklung in Bayern.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Rede des deutsch-nationalen Abgeordneten Bazille, der mit seiner lächerlichen Schulmeisteri andauernd die stürmischste Heiterkeit des Reichstags auslöste. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei v. Schöck stimmte wie Bazille ein Loblied auf das politische Kleeblatt Rahr-Escherich-Böhrner an.

Der Führer des bayerischen Bauernbundes, Eisenberger, nahm entschieden Stellung gegen die reaktionären Bestrebungen in Bayern, von denen er sagte, daß sie norddeutschem Einfluß entspringen. Er wandte sich ebenso scharf gegen die reaktionären Zeitungen, die in unverschämtester Weise gegen Regierung, Demokratie und Republik ankämpften.

## Gerichtskostengesetz.

Der Reichstag verabschiedete am 23. Juni das abgeänderte Gerichtskostengesetz. Danach sind die Gerichtsgebühren den veränderten Wertverhältnissen angepaßt, also wesentlich erhöht.

In den Ausschußverhandlungen forderten unsere Vertreter, daß die Reichsregierung baldigt ein Sondergesetz über ein obligatorisches unentgeltliches Güteverfahren vorlege. In der Aussprache begründete Genosse Dr. Radbruch den Antrag auf Einführung des Güteverfahrens, das die Unentgeltlichkeit für die Rechtsstreitigkeiten bringen soll, die in der Hauptsache von der minderbemittelten Bevölkerung geführt werden.

Unabhängige und Kommunisten verwiesen dabei darauf, daß nach dem Erfurter Programm die Unentgeltlichkeit der gesamten Rechtspflege zu fordern ist. Sie übersahen dabei vollkommen, daß die finanzielle Lage des Reiches augenblicklich dazu nicht die Möglichkeit bietet und daß es auch völlig unangebracht ist, den Angehörigen der bestehenden Schichten, die in der Hauptsache Rechtsstreite um hohe Beträge führen, die Unentgeltlichkeit des Rechtsstreites zu gewährleisten.

## Getreidewirtschaft (Umlageverfahren)

Mit dem Gesetzentwurf über die Getreidewirtschaft, dem der Reichstag am 16. Juni 1920 zustimmte, wurde die von der Landwirtschaft schon nach Kräften sabotierte Zwangswirtschaft zu Grabe getragen. Minister Dr. Hermes hofft, im nächsten Erntejahre die Getreidewirtschaft völlig freigegeben zu können.

An Stelle der Zwangsablieferung des Getreides tritt das Umlageverfahren. Die Reichsgetreidestelle hatte vorgeschlagen, 4,5 Millionen Tonnen Getreide durch die Umlage aufzubringen. Das ist eine Menge, die ausreichend wäre, um der versorgungsberechtigten Bevölkerung die alle Protration für das ganze Jahr gewähren zu können. Die Regierung Feyrenbach strich davon eine Million Tonnen, der Reichsrat strich eine weitere halbe Million.

Sämtliche bürgerliche Parteien waren für diese Regelung nicht zu haben. Sie strichen gemeinsam von der Umlage eine weitere halbe Million ab, so daß nunmehr die Umlagemenge nur 2½ Millionen Tonnen beträgt.

Dieselbe Mehrheit lehnte auch die folgenden von unserer Fraktion gestellten Anträge ab:

1. Die Zwangswirtschaft beizubehalten, Anbauflächen und Ernteerträge besser als bisher festzustellen und die vermögensrechtliche Haftung der Erzeuger, Gemeinden und Länder gesetzlich festzulegen.
2. Für den Fall der Ablehnung unter 1 die Ablieferungsmenge auf 4,5 Millionen Tonnen zu bemessen.
3. Die überschießenden Getreidemengen der Reichsstelle zu gesetzlich festgelegten Höchstpreisen zur Verfügung zu stellen.
4. Die Mehlmenge für den Brotbedarf pro Kopf und Tag von 200 auf 260 Gramm zu erhöhen.
5. Hafer und Gerste bei der Umlage nicht in Anrechnung zu bringen.
6. Die Entschliebung, in der gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Reallohnes, ein gesetzlicher Anspruch auf Erhöhung der Einkommen für alle Beamten, Angestellten, Arbeiter und Rentempfänger zum Ausgleich der durch die Erhöhung der Getreidepreise eintretenden Mehrkosten der Lebenshaltung und die Einziehung der Mehrgewinne, die nunmehr das Unternehmertum erzielen dürfte, gefordert wird.

Dafür nahm die bürgerliche Mehrheit des Reichstages eine Entschliebung an, in der ver sucht wird, die kommende Teuerung als Folge des angenommenen Ultimatums hinzustellen, und in der die Reichsregierung ersucht wird, dafür zu sorgen, daß Lohn- und Gehaltsempfänger und Kleinrentner nicht unter dem Druck neuer Teuerungen zusammenbrechen. In der Entschliebung steht nichts davon, daß die Kreise, die neue Riesengewinne erzielen werden, gezwungen werden sollen, die Mehrgewinne an das Reich abzuliefern.

Unsere Fraktion lehnte, nachdem Genosse Georg Schmidt unsern Standpunkt vertreten hatte, den so verkümmerten Entwurf ab, der dann von allen bürgerlichen Fraktionen angenommen wurde.

Die Folge dieser gesetzlichen Regelung wird sein, daß das Getreide, das in den freien Handel gelangt, sehr bald den Weltmarktpreis erreicht und daß die Landwirte das schlechte Getreide abliefern und das gute in den freien Handel bringen.

Die minderbemittelte Bevölkerung wird daher damit rechnen müssen, auf die zur Ausgabe gelangenden Brotmarken sehr schlechtes Brot zu erhalten, während die bestehenden Schichten gutes marktfreies Brot kaufen können. Das hat der Führer der Bayerischen Bauernvereine, Dr. Heim, im Reichstage auch uneingeschränkt zugegeben. Er war ehrlich genug, weiter zuzugehen, daß durch die Neuregelung die Lage der arbeitslosen Rentner, Rentempfänger usw. noch viel trauriger gestalten muß. Aber auch er hat keinen Weg gezeigt, wie den Massen der Armen geholfen werden kann.

Die Sozialdemokratie lehnt die Verantwortung für die eintretenden Folgen ab; die bürgerlichen Parteien haben sie allein zu tragen.

## Getreidepreise.

Mit dem Gesetz über die Getreidewirtschaft hat der Reichstag dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft das Recht auf Neufestsetzung der Getreidepreise eingeräumt.

Die Preise betragen pro Tonne: Roggen 1415—1500 Mk. Der Preis für Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emmer, Einkorn war 140 Mk. höher, der für Gerste und Hafer 50 Mk. niedriger. Sie sollen in Zukunft betragen pro Tonne:

Roggen 2100 Mt., Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Einkorn, Emmer 2300 Mt., Gerste 2000 Mt., Hafer 1800 Mt. Reichsernährungsminister Dr. Hermes vertrat die wesentliche Erhöhung der Preise mit der Begründung, daß die Preise auch für die 2½ Millionen Tonnen Umlagegetreide den Gesteigungskosten angepasst sein müssen, damit aus Valutagründen möglichst wenig Getreide vom Auslande bezogen werden braucht. Der Minister hat dabei völlig unberücksichtigt gelassen, daß von der gesamten Ernte, die sicher höher als 17 Millionen Tonnen ist, nur 2½ Millionen Tonnen als Umlagegetreide abgeliefert werden sollen und daß das übrige Getreide, soweit es in den Handel gelangt, sehr bald den Weltmarktpreis erreichen wird, der zurzeit noch um mehr als 1000 Mt. für die Tonne höher steht als der neufestgesetzte Preis für das Umlagegetreide.

Man konnte annehmen, daß sich die Landwirtschaft mit weit niedrigeren Preisen begnügen würde, zumal auch weite Kreise der Landwirtschaft große Bedenken gegen eine weitere Steigerung der Getreide- und damit der Brotpreise hegen. Gegen die starke Erhöhung der Getreidepreise haben auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften vergeblich beim Reichsernährungsminister Bedenken erhoben. Hermes und alle bürgerlichen Vertreter hielten die vorgeschlagene Preiserhöhung für notwendig, deshalb wird das arbeitende Volk damit zu rechnen haben, daß in der ersten Hälfte des neuen Erntejahres der Brotpreis um 50 Proz. höher ist und daß in der zweiten Hälfte, wenn die Zuschußwirtschaft fortfällt, mit der aus inner- und außenpolitischen Gründen gebrochen werden muß, das Vierpfundbrot voraussichtlich 6 bis 8 Mt. mehr kosten wird als bisher.

Die Massen des Volkes, und vor allem die Rentenempfänger und Rentner, mögen dann daran denken, daß die Sozialdemokraten und auch der bayerische Bauernbündelführer Dr. Helm vorausgesagt haben, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine neue Teuerung und damit gesteigertes Elend für Millionen Deutsche bringt, für die die Rechtsparteien nur leere Verstrüfungen haben.

Die sozialdemokratischen, unabhängigen und kommunistischen Vertreter lehnten die Vorlage des Ernährungsministers ab; sämtliche bürgerlichen Vertreter stimmten dafür.

Für unsere Fraktion gab Genosse Georg Schmidt, der auch bei der Etatsberatung unsere ablehnende Haltung in dieser Frage vertrat, die folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wären bereit gewesen, zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Preise für das Getreide der neuen Ernte sachlich berechtigt sind. Nachdem aber der Reichstag unsere Anträge auf Beibehaltung der gegenwärtig geltenden öffentlichen Bewirtschaftung sowie auch den Eventualantrag durch Umlageverfahren 4½ Millionen Tonnen zu erfassen, abgelehnt hat, halten wir die beschlossene Erfassung von nur 2½ Millionen Tonnen für eine verschleierte Form der nun tatsächlich eintretenden freien Wirtschaft. Die Höhe des Getreidepreises wird nun bestimmt durch das Getreide, das in den freien Verkehr gelangt.

Da ferner unsere Anträge zur Sicherung des Reallohnes abgelehnt wurden, können wir es nicht verantworten, durch Zustimmung zu der Vorlage uns an dieser Steigerung der Getreidepreise auch noch zu beteiligen.“

## Haferbewirtschaftung.

Unter der Führung des Reichsernährungsministers Dr. Hermes wurde im vorigen Erntejahre den Landwirten zunächst das volle Verfügungsrecht über den geernteten Hafer eingeräumt. Daraus ergab sich, daß Hafer nicht zur Ablieferung kam und daß die städtischen Viehhalter in große Schwierigkeiten gerieten.

Die Reichsregierung sah sich daher gezwungen, einen Ablieferungszwang einzuführen und festzulegen, daß für den nichtabgelieferten Hafer Beträge in dreifacher Höhe des Höchstpreises zu entrichten sind.

Deswegen interpellierten Deutschnationale, Welfen und Bayerischer Bauernbund. Sie waren mit der Neuordnung nicht einverstanden und wollten die Gelegenheit benutzen, zu erwirken, daß ihnen ein weites Entgegenkommen in der Lieferung von billigem Ersatzfutter eingeräumt wird.

Für unsere Fraktion sprachen die Genossen Käppler und Fischer-Hannover. Sie legten dar, daß der Reichsernährungsminister in seinem Vertrauen zur Landwirtschaft stark enttäuscht worden ist. Die Landwirtschaft habe verstanden, die Freigabe der Haserente auszunutzen, um Wucherpreise zu erzielen. Die Folge sei, daß die Nahrungsmittelfabriken und städtischen Viehhalter Hafer nur zu ungeheuren Preisen bekommen könnten. Es sei eine Unmöglichkeit, aus der Zwangswirtschaft für Getreide eine Getreideart herauszunehmen. Die Durchführung der Verordnung stoße auf die größten Schwierigkeiten, die ungünstigen Folgen müsse der Reichsernährungsminister tragen.

## Kartoffelwirtschaft.

Am 6. und 8. November 1920 wurde die von den Deutschnationalen eingetragene Interpellation über die Kartoffellieferungsverträge beraten.

Genosse Feldmann legte den Interpellanten die berechtigten Gründe der Empörung über die hohen Kartoffelpreise dar. Er wies nach, daß die Landwirte sehr wohl imstande sind, die Kartoffeln zu erheblich niedrigeren Preisen zu liefern, als sie in den Lieferungsverträgen festgelegt sind und forderte, daß die Verordnung gegen Preistreiberi zum Schutze gegen Wucher wirksam angewandt werde, wobei er mit Recht darauf hinweisen konnte, daß die Gerichte bei Wucherern große Milde walten lassen.

## Maisverbilligung.

In den Etat für 1920 war zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke 1,325 Milliarden Mark eingestellt.

Der Reichstag hatte beschlossen, den Landwirten das Getreide, das über 70 Prozent der Gesamtmenge abgeliefert ist, für den abgelieferten Zentner 1½ Zentner Mais zum Preise von 60 Mt. pro Zentner zu überweisen.

Dadurch sollte erreicht werden, daß eine möglichst große Getreidemenge zur Ablieferung gelangt, außerdem wollte man erreichen, daß nicht Korn, sondern Mais zur Mästung der Schweine Verwendung finde. Um die Aktion wirksam für die Volksernährung zu gestalten, sollten Gemeinden und Gemeindeverbände gehalten sein, Mastverträge abzuschließen.

Im Nachtragsetat für 1921 wurden weitere 1044 Millionen Mark angefordert, damit weitere 600 000 Zentner Mais billiger abgegeben werden können.

Unsere Fraktion hat sich sowohl gegen die Bewilligung der Summe im Etat für 1920 als auch gegen die im Nachtragsetat für 1921 ausgesprochen. Sie erblickt, und das hat unser Genosse Georg Schmidt zum Ausdruck gebracht, in dieser Aktion nichts weiter als eine indirekte Erhöhung der Getreidepreise, die zu gewahren schon um deswillen kein Anlaß vorliegt, weil die Landwirtschaft fast ausnahmslos glänzende Gewinne erzielt hat und durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch größere erzielen dürfte.

Die Bürgerlichen haben geschlossen sowohl die erste als die letzte Summe bewilligt.



## Handelsflagge.

Die Flaggenfarbe ist durch Artikel 3 der Reichsverfassung geregelt. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist der Termin zur Führung der neuen Flaggen auf den 1. Juli 1921 festgesetzt.

Den Rechtsparteien ist das Schwarzweißrot das Sturmbanner der Reaktion, deshalb haßten sie Schwarzrotgold. Aber nicht auf einmal und nicht vollständig wollten sie jetzt schon den ganzen Artikel 3 der Verfassung beseitigen und damit die Farben des monarchistischen Systems, das Deutschland in Not und Verderben brachte, wieder einführen.

Der Antrag der **Deutschnationalen**, das Führen der alten Flaggen noch länger als vorgesehen zu gestatten, war ein erster Vorstoß. Desto bedauerlicher war, daß mit den Deutschnationalen alle **bürgerlichen Parteien** forderten, daß die Handelsflagge bis auf weiteres schwarzweißrot bleibe und kein schwarzrotgoldenes Obereck erhalten sollte.

Alle Redner der bürgerlichen Parteien führten zur Begründung ihres Verlangens nur Zweckmäßigkeitsgründe an. Sie beriefen sich auch auf Äußerungen unseres früheren Genossen **Paul Müller**. Müller ist deswegen von seiner Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, aufgefordert worden, seine Posten niederzulegen. Darauf gab er seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratischen Partei auf. Trotzdem wurde er aus dem Transportarbeiterverbande ausgeschlossen.

Genosse **David** hat deutlich gesagt, daß es sich bei dieser Frage um ein Für oder Gegen Republik und Demokratie handelt.

Der Angriff wurde abgelehnt. Zwei Demokraten, Erlenz und Schult, ferner Dr. Birch, Giesberts, Fehrenbach, Dr. Brauns, Dr. Spahn und einige andere Abgeordnete des Zentrums stellten sich mit der geschlossenen stimmenden Linken schützend vor die Verfassung; so fiel der Antrag mit 120 gegen 121 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, in der Sitzung vom 27. Juni.

## Handwerker-Mittelstand.

Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei brachten gemeinsam eine Interpellation über **Handwerk, Kleinhandel** und sonstige **Kleingewerbe** ein, sie fragten die Regierung, was sie zur Sicherung der Existenz dieser Berufsschichten zu tun beabsichtige. Die Interpellation war die parteipolitische Ausnutzung der Beschlüsse des Handwerkertages in Jena im Jahre 1920. Die Regierung sollte Erhebungen über die Lage dieser Berufsschichten veranstalten und dahin wirken, daß die Organisationen der Handwerker zu Selbstverwaltungskörpern ausgebildet werden. Eine Aenderung des Handwerktages wurde für notwendig erachtet und die Einsetzung einer Kommission zur Vorberatung einer Pflichtorganisation verlangt.

Für unsere Fraktion bezeichnete Genosse **Hünlich** als sehr eigenförmlich, daß die **Deutsche Volkspartei**, die auf die Vertretung der Interessen der **Großindustrie** und des **Großhandels** eingestellt ist, sich als Vertreterin des Mittelstandes aufspielt. Hünlich bemerkte weiter: „Es ist schon immer falsch gewesen, zu behaupten, daß die Sozialdemokratie das Handwerk vernichtet hat. An dieser Entwicklung sind doch in allererster Linie die Kreise schuld, denen Sie (nach rechts) viel näher stehen als wir. Uebrigens möchte ich ganz ausdrücklich betonen, daß auch wir durchaus nicht der Auffassung sind, daß etwa der Mittelstand keine Existenzberechtigung mehr hat. Der Mittelstand wird sich, soweit er wirtschaftlich notwendig ist, auf lange Zeit hinaus noch behaupten. Er wird aber unfähig sein, sich zu behaupten, sobald sich bessere Produktionsformen und

bessere Produktionsbedingungen durch irgendwelche Umwälzungen in der Wirtschaft zeigen. Das ist absolut nichts Neues und auch gar nichts, was etwa heute besonders hervorgehoben werden müßte. . . . Ich möchte auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß ganz naturgemäß der Mittelstand, das Kleingewerbe, das Kleinhandwerk ganz außerordentlich schwer belastet werden durch die **Steuergesetzgebung**. Es ist vorhin von der **Cugussteuer** gesprochen worden. Ich verweise aber auch weiterhin auf die **Umsatzsteuer**, die zweifellos dem Mittelstand allerlei Schwierigkeiten bereitet und eine erhebliche Belastung mit sich bringt. Auch da stelle ich wieder fest, daß es durchaus nicht Ihr (nach rechts) Verdienst ist, daß die **Umsatzsteuer** heute nicht höher ist, als wir sie bereits haben, sondern daß **meine Partei** es gewesen ist, die damals eine einigermaßen erträgliche Grenze in den Umsatzsteuersätzen durchgesetzt hat. . . . Die Möglichkeit für eine wirkliche Besserung der Verhältnisse des notleidenden Mittelstandes wird erst dann gegeben sein, wenn es uns gelingt, unser Wirtschaftsleben erneuert aufzubauen, so daß es nicht nur einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung, nicht nur dem Mittelstand, sondern der **Volks Gesamtheit** besser geht. Dann wird auch die Not des Mittelstandes ihr Ende haben.“

## Kapitalverschiebung.

Die **sozialdemokratische Fraktion** befragte die Reichsregierung, ob es richtig ist, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben, ob die Aushebung des Bankhauses **Grüßer** stattgefunden und ob eine große Anzahl Mitglieder adliger und fürklicher Häuser, darunter auch Mitglieder des **Hohenzollernhauses**, an Kapitalverschiebungen in das Ausland beteiligt sind.

Die Interpellation stand am 22. November 1920 zur Erörterung. Sie wurde vom Genossen **Müller** begründet. Er wies auf die schweren Steuerlasten hin, die sich aus der militärischen Niederlage ergeben haben, und starke Beunruhigung und Abwehrkämpfe in der Bevölkerung hervorriefen. Die Beunruhigung in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei vor allem deshalb vorhanden, weil ihnen die Steuern direkt abgezogen werden, während die Besitzsteuern langsam eingehoben werden und weil sich gewisse Kapitalisten stark bemühen, wesentliche Teile ihres Besitzes ins Ausland zu verschieben. Die Tendenz der Kapitalflucht sei im Kriege schon stark in die Erscheinung getreten, sie sei durch die Korruption, die ein Kind des Krieges ist, was Dr. **Strefemann** schon vor der Revolution ausgesprochen hat, noch bedeutend verstärkt. Kapitalverschiebungen allergrößten Umfanges sollen durch das Bankhaus **Grüßer** vorgenommen sein. In dem Hause dieses Bankiers geben sich **Kavaliere, Monarchisten** und **Reaktionäre** regelmäßig Stelldichein. Müller fragte, ob es wahr sei, daß über hundert Personen an diesen Schiebungen beteiligt sind und ob es sich um Beträge von rund 250 Millionen Mark handelt. Als Beteiligte sollen in Frage kommen: Staatsanwalt Dr. **Hans Schoen**, Dr. **Spiro** aus Hamburg, ein Herr **Levy**, Geheimer Hofrat Dr. **Hans Wangenmann**, Freifrau von **Camp-Massaffen** mit Sohn und Tochter, Major von **Widner**, Graf **Peter Radolin**, Fürstin **Wanda** von **Blücher-Wahlfeld**, Prinzessin **Wanda** **Radziwill**, Fürst von **Schönburg**. Er stellte weiter die Frage, ob es richtig sei, daß die **Kronprinzessin** von Preußen und die **Prinzen Eitel Friedrich, Joachim u. a.** Kunden von **Grüßer** gewesen seien. Unser Redner wandte sich gegen den Versuch, die Verantwortung zum Teil auf die Regierung abzuwälzen, in der noch Sozialdemokraten tätig waren, er stellte fest, daß zu jener Zeit von solchen Beschuldigungen nichts bekannt war. Er verlangte, daß ein schnelles Gericht erfolgt und er verwies darauf, daß solche Vorkommnisse die **Steuermoral** ret-



tungslos untergraben wird und daß daraus die Regierung die Schlussfolgerung ziehen muß, geeignete Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Der Redner der **Deutschnationen**, Dr. Düringer, versuchte die Wirkung der Interpellation dadurch abzuschwächen, daß er sie als parteipolitisch abgestempelt bezeichnete. Er bezeichnete die Behauptungen der Presse, daß auch die Kronprinzessin mit großer Zusammentünfte gehabt habe, als reinen Schwindel.

Der Redner des **Zentrums**, Burlage, wandte sich gegen die Steuerfabotage der Bekleidenden; er wollte Abstand genommen wissen, daß in das schwebende Verfahren eingegriffen werde.

Dr. Kahl, als Redner der **Deutschen Volkspartei**, stellte sich auf den Standpunkt, daß selbst wenn ein Mitglied des Hohenzollernhauses an den Kapitalverschiebungen beteiligt sei, damit das Hohenzollernhaus und die Monarchie nicht berührt würde. Er sang ein Loblied auf die Hohenzollern.

Der Redner der **Unabhängigen** bemühte sich, einen Teil der Verantwortung auch unseren früheren Ministern und unserer Partei mit aufzulegen, er begründete diese Auffassung damit, daß wir das bestehende System nicht beseitigt haben. Er unterließ aber anzugeben, welches System man zur Einführung bringen sollte, und er war auch nicht imstande, nachzuweisen, daß alle **Unabhängigen**, die in führenden Regierungsstellen gewesen sind, andere Maßnahmen vorgeschlagen haben, als sie von uns gefordert und durchgeführt wurden.

Unser zweiter Redner, Genosse Scheidemann, stellte gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Düringer fest, daß der Reichsfinanzminister zugegeben hat, daß die Kronprinzessin ein Konto gerade bei einer Schieberbank gehabt hat. Er forderte, daß mit größter Rücksichtslosigkeit gegen Wucherer und Schieber vorgegangen wird, er warf dem Abgeordneten Kahl vor, daß er uns in dem Augenblicke, als wir den Schiebern ans Leder wollen, vorwirft, daß wir Mangel an nationaler Ethik und kein Gefühl für geschichtliche Pietät besäßen.

Im Schlußwort rednete Genosse Müller mit den **Monarchisten** gründlich ab und erinnerte, daß Wilhelm II. 1888 gesagt hat: „Man werde eher 19 Armeekorps und 42 Millionen Deutsche auf der Straße liegen lassen, als einen Stein von dem Ertrungenen preisgeben.“ Daran schloß sich die Bemerkung, daß, wenn man diesen gemeingefährlichen Narren damals in ein Irrenhaus gesperrt hätte, es um das deutsche Volk besser bestellt wäre, als es jetzt nach dem fünfjährigen Weltkrieg um das Volk bestellt ist.

Die **Kommunisten** beabsichtigten, diesen Vorgang besonders parteipolitisch auszunutzen. Sie stellten daher einen Antrag zur Entscheidung, dessen erster Teil sagt, daß die Behandlung dieser Angelegenheit durch die Regierung nicht der Anschauung des Reichstags entspricht. Im zweiten Teil aber verlangten sie die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit der Aufgabe, nachzuprüfen, in welchem Umfange Vermögensverschiebungen durch die Nachlässigkeit der früheren Regierungen, in denen Sozialdemokraten waren, vorgekommen sind.

Für den ersten Teil des Antrages brachten die Kommunisten die nötigen 30 Unterschriften nicht auf, und für den zweiten Teil konnte nicht erst die Untersuchungsfrage gestellt werden.

## Rohlenwirtschaft.

Im der Sitzung vom 20. November 1920 forderte die **sozialdemokratische Fraktion** von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Genosse Köffler erwähnte bei Begründung der Interpellation, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bereits am 5. August dar-

gelegt habe, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehe und daß sich der Reichswirtschaftsrat am 24. Juli fast einstimmig auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Arbeiter und Angestellten zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Das Reichskabinett hat in einer Sitzung vom 22. September 1920 zu der Frage der Sozialisierung Stellung genommen und den Reichswirtschaftsminister beauftragt, auf der Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen. Schließlich hat der Reichsfinanzminister v. Raumer in der Sitzung des Reichswirtschaftsrates vom 8. Oktober noch erklärt: „Das Kabinett steht auch heute noch wie vor geschlossen auf dem Boden der Erklärung vom 5. August und seines Beschlusses vom 22. September 1920.“ Unser Redner stellte fest, daß damit die Tätigkeit der Regierung Fehrenbach in der Sozialisierungsfrage aufgehört habe. In seiner weiteren Begründung legte er eingehend dar, daß der Bergbau lange Zeit hindurch staatlich gebunden war und daß die Ausbeutungsfreiheit erst im Jahre 1865 eingeführt wurde. Mit dem damals beschlossenen Berggesetz sei aber keineswegs den Bergbau treibenden ein **Eigentumsrecht** an den Erdschätzen zugestanden, deshalb müsse im Vordergrund eines Kohlensozialisierungsgesetzes der Grundgedanke stehen: „Ein privates Eigentumsrecht an unerforschlenen oder auch erschlossenen Ufern der Erdschätze besteht nicht. Sie gehören zum Besitz des Staates als der politischen und wirtschaftlichen Zusammenfassung des gesamten Volkes.“ Die Entwicklung im Kohlenbergbau, die zu einer Monopolstellung der Berggewaltigen führte, ist wiederholt als unhaltbar bezeichnet worden. Das geht aus einem im Jahre 1905 im Preussischen Landtage behandelten Antrag Camp hervor, der auf eine Beschränkung der privatkapitalistischen Bergbaufreiheit abzielte.

Genosse Köffler wandte sich entschieden gegen den Vorschlag, **Kleinaktien** an Arbeiter und Beamte auszugeben, damit sie an der Kapitalaufbringung und am Gewinn beteiligt sind. Er legte mit Recht dar, daß ein solches Vorgehen die Herausbildung von Massen kapitalistisch interessierter Leute im Gefolge hat, die sich rücksichtslos über das gesamte Volkswohl hinwegsetzen könnten. Mit dieser Gewinnbeteiligung würde den Arbeitern und Angestellten nur Sand in die Augen gestreut, darum seien mehr als 95 Proz. der Bergarbeiter gewillt, auf diese Art Sozialisierung zu verzichten. Köffler rief der Regierung zu, sich dieser Gewinnbeteiligung würde den Arbeitern und Angestellten nur Sand in die Augen gestreut, darum seien mehr als 95 Proz. der Bergarbeiter gewillt, auf diese Art Sozialisierung zu verzichten. Köffler rief der Regierung zu, sich dieser Gewinnbeteiligung würde den Arbeitern und Angestellten nur Sand in die Augen gestreut, darum seien mehr als 95 Proz. der Bergarbeiter gewillt, auf diese Art Sozialisierung zu verzichten. Köffler rief der Regierung zu, sich dieser Gewinnbeteiligung würde den Arbeitern und Angestellten nur Sand in die Augen gestreut, darum seien mehr als 95 Proz. der Bergarbeiter gewillt, auf diese Art Sozialisierung zu verzichten.

Unser Redner verlangte von der Regierung, daß sie nicht länger zögere und schnellstens klar zu erkennen gibt, was sie zu tun beabsichtigt. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz erklärt, daß die Reichsregierung gemäß den Erklärungen des Reichstanzlers vom 27. Oktober 1920 einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung vorlegen wird. Aus seinen Darlegungen ging aber hervor, daß die Regierung noch in weitgehendem Maße Sachverständige zu den Beratungen hinzuziehen will und daß die Vorlegung des Gesetzentwurfs deshalb noch längere Zeit auf sich warten lassen wird.

Die Vertreter des **Zentrums**, der **Demokraten** und der **Bayerischen Volkspartei** gaben die Erklärung ab, daß sie die Beratungen der Sachverständigen-

kommission abwarten wollen und deshalb nicht bereit seien, in eine sachliche Erörterung des Problems einzutreten.

Der Redner der **Deutschnationalen, Leopold**, hatte natürlich die weitestgehenden Bedenken gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

In der gleichen Richtung bewegten sich die Ausführungen des Redners der **Deutschen Volkspartei, Dr. Curtius**.

Die **Unabhängigen** traten für die Vollsozialisierung ein, und der kommunistische Redner erklärte, daß er sich die Sozialisierung nur auf dem Boden der Rätebidatatur vorstellen kann.

Im Schlußwort erklärte unser **Genosse Jansched**, daß nicht anzunehmen ist, daß die Bergarbeiter, ohne daß ihnen in der Sozialisierungsfrage größeres Entgegenkommen gezeigt wird, weiter Ueberlichkeiten verfahren werden und daß die Zeit kommen kann, wo die Bergarbeiter mit Entschiedenheit die Durchführung der Sozialisierung der gesamten Kohlenwirtschaft verlangen.

## Kohlensteuergesetz.

Die Geltungsdauer des Kohlensteuergesetzes mußte im Laufe des Tagungsabschnittes zweimal verlängert werden. Das erstmal stand sie am 19. März 1921 zur Beratung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte darauf hingewirkt, daß die Verlängerung nur für drei Monate bewilligt wurde und daß die Regierung verpflichtet wurde, dem Reichstag innerhalb dreier Monate Vorschläge über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels zu unterbreiten. Diese Anträge wurden abgelehnt. Der Reichstag hatte dagegen in einer Entschließung gefordert, daß die Frage der Veredelung der Kohlensteuer geprüft und die Steuer dem Heizwert der Kohle angepaßt wird. Zu dieser Frage hat der Reichstoblenrat Stellung genommen und in einem Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß die Kohlensteuer abhängig sei von den Verhandlungen über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft. Da aber diese Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht waren, schlug er vor, das Gesetz um höchstens sechs Monate zu verlängern. Die Regierung verlangte auch, daß das Gesetz um sechs Monate verlängert wird. Nach den Berechnungen der Reichsregierung wird der Ertrag der Kohlensteuer auf mehr als  $4\frac{1}{2}$  Milliarden Mark geschätzt.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte schon bei der Beratung im Juli 1920 zum Ausdruck gebracht, daß die Kohlensteuer zu einer unerträglichen Last für die Bevölkerung und die Industrie wird und daß sie selbst auf die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden ungünstig einwirkt.

Die Höhe der Kohlenpreise ist bedeutsam für die Konturnerzmöglichkeit der Industrie und für die Bewertung der Kohlenausfuhr. Daher waren auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen die Verlängerung des Gesetzes um sechs Monate, sie traten dem von uns gemachten Vorschlag bei, wonach das Kohlensteuergesetz nur um drei Monate verlängert wird.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte **Genosse Keil**, daß wir vor allem, weil noch keine weiteren Maßnahmen zur Sozialisierung getroffen sind, gegen die Verlängerung stimmen; Unabhängige und Kommunisten stimmten mit uns. Der Gesetzentwurf wurde sodann von den gesamten bürgerlichen Parteien am 19. März 1921 angenommen.

Ueber die weitere Verlängerung hatte der Reichstag in seiner Sitzung vom 24. Juni 1921 zu entscheiden. Die Regierung legte dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, wonach die Gültigkeit bis zum 31. März 1922 verlängert wurde.

Der Ertrag der Kohlensteuer beläuft sich jetzt auf 6 Milliarden Mark. In Rücksicht darauf, daß das Ultimatum angenommen ist und daß wir die Re-

parationsforderungen zu erfüllen haben, war nicht daran zu denken, die Kohlensteuer, obgleich sie die Volksmassen stark belastete, zu Fall zu bringen, denn ein Ersatz für die ausfallenden 6 Milliarden Steuern kann nicht sofort beschafft werden.

Die **Unabhängigen** lehnten die Verlängerung ab.

Unser **Genosse Löffler** forderte in seiner Rede die baldige Vorlegung eines Sozialisierungsentwurfes und verwies die Unabhängigen mit Recht darauf, daß sie für die Annahme der Pariser Beschlüsse eingetreten sind und daß sie daher die Pflicht haben, auch die Mittel zu deren Erfüllung zu bewilligen.

In der Ausschüßberatung ist es gelungen, die Kohlensteuer für Gebiete mit ungünstigen Produktionsverhältnissen zu ermäßigen, ohne daß, wie es die Regierungsvorlage vorsah, eine Erhöhung der Steuer für die Kohlen aus anderen Gebieten eintritt.

Gegen die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes stimmten die Unabhängigen und Kommunisten.

## Lohnsteuergesetz.

Mit dem Lohnsteuergesetz, das in der Sitzung vom 2. Juli verabschiedet wurde und das in der Hauptsache auf Drängen unserer Fraktion unter Führung des Genossen Keil eingebracht worden ist, tritt eine nicht unerhebliche Erleichterung in der Steuerzahlung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten ein.

Es ist dem Bemühen unserer Fraktionsmitglieder in den Ausschüßverhandlungen gelungen, in das Gesetz noch sehr erhebliche Verbesserungen hineinzuarbeiten. Während vorgesehen war, daß für solche Kinder von mehr als 14 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, Abzüge nicht mehr gemacht werden können, gelang es, die Altersgrenze auf 17 Jahre festzulegen. Es ist weiter gelungen, daß die Abzüge für Werbungskosten, sofern sie um mehr als 150 Mk. über 1800 Mk. hinausgehen, auf besonderen Antrag hin ebenfalls in Anrechnung gebracht werden. Weiter ist erreicht, daß, sofern das Arbeitseinkommen 24 000 Mark im Jahre nicht übersteigt, Nebenverdienste bis zu 600 Mk. nicht versteuert werden brauchen, während die Vorlage nur 300 Mk. vorsah, und schließlich sind noch Erleichterungen für die während eines Jahres Arbeitslosen getroffen.

## Reichsnotopfer.

In der Sitzung vom 18. Dezember 1920 wurde der Gesetzentwurf über eine beschleunigte Veranlagung des Reichsnotopfers im Reichstage verabschiedet. Für unsere Fraktion sprach **Genosse Braun-Franken** die Forderung aus, daß in Rücksicht auf die Ueberhandnahme des Notenumlaufs es sehr dringlich ist, das Reichsnotopfer schnellstens einzuziehen.

An Stelle des Antrags der Regierungsparteien, der einer Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz vorbeugen will, wurde von uns unter Unterstützung der beiden Linksparteien eine Schutzbestimmung für die Kleinrentner in das Gesetz eingebracht.

Die **Deutschnationalen** bemühten sich noch weitere Bergünstigungen für die besitzenden Schichten zu erreichen; ihre Anträge wurden aber abgelehnt.

In der Sitzung vom 24. Juni 1921 gelangte der Gesetzentwurf zur beschleunigten Abgabe des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs zur Erörterung und Erledigung.

Dabei führte **Genosse Keil** aus, daß Helfferich und Genossen in der zurückliegenden Zeit dieses Gesetz wesentlich zugunsten der Besitzenden abgeändert

haben. Sie haben erreicht, daß die Frist für die Inzahlungnahme von Kriegsanleihen zum Nominalwert bei der Abtragung des Notopfers erheblich verlängert worden ist, sie erreichten ferner, daß bei der Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke eine noch mildere Praxis durchgeführt wurde, als es sich ohnehin schon aus dem Reichsnotopfergesetz ergibt. Weiter erreichten sie, daß bei der Berechnung der Ertragswerte auf eine Reihe von Friedensjahren, bis zum Jahre 1912, zurückgegriffen werden kann. Er stellte dabei fest, daß gerade die Landwirtschaft eines derartigen Schutzes in den meisten Fällen nicht bedürfe und verlangte, daß bei der künftigen Steuergesetzgebung große und scharfe Eingriffe in den Realbesitz gemacht werden, weil ohne solche Eingriffe die großen Reparationslasten nicht getragen werden können.

## Miestersteuer.

**Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.**

Das Gesetz gibt den Ländern das Recht, für die Rechnungsjahre 1921 bis 1941 eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Die Steuer beträgt 5 vom Hundert des Nutzungswertes für den Staat und das Reich und 5 Prozent für die Gemeinde. Mit Zustimmung der obersten Landesbehörde kann der Gemeindezuschlag bis auf 10 Prozent erhöht werden, so daß eine Gesamtbelastung von 15 Prozent möglich ist. Die Beträge aus der Abgabe dürfen nur zur Herstellung von Kleinwohnungen benutzt werden. Bedingung ist, daß die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe unter behördlicher Kontrolle stehen, und die Bauten dauernd im Eigentum von Staat, Gemeinden, gemeinnützigen Genossenschaften usw. verbleiben. Ist dies in Ausnahmefällen nicht möglich, so muß auf jeden Fall Sicherheit getroffen werden, daß der Bauherr (Eigentümer) aus der Vermietung oder dem Verkauf des Hauses keinen übermäßigen Gewinn erzielt.

Die Sozialdemokratie hatte gegen das Gesetz schwere Bedenken. Aber weder sie noch irgendeine andere Partei konnte einen anderen Weg für die sofortige Finanzierung der dringend notwendigen Kleinwohnungsbauten zeigen. Handelte es sich doch darum, sofort Mittel zu schaffen. An eine weitere Inanspruchnahme der Rotenpresse, wie sie die Unabhängigen gedankenlos vorschlugen, konnte natürlich nicht gedacht werden. Das würde nur eine weitere Geldentwertung zur Folge haben. Aus den gleichen Gründen lehnte der Wohnungsausschuß einmütig die von dem Bodenreformer Damaskle gemachten Vorschläge ab, für viele Milliarden Mark Heimstätten-Darlehnskassenscheine auszugeben. Alle Fachleute des Ausschusses und der Regierung waren der Auffassung, daß diese Scheine in den überbewerteten neuen Häusern keine genügende Sicherheit hätten. Die Kommunisten haben sich an den Ausschußverhandlungen überhaupt nicht beteiligt und weder im Ausschuß, noch im Plenum einen Antrag gestellt.

Die Sozialdemokratie war in den Verhandlungen, die über ein Jahr dauerten, immer bemüht, Verschlechterungen des Gesetzes abzuwehren und Verbesserungen anzubringen. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei wollten durchaus die Steuer nur von Wohnräumen erhoben wissen, wollten also Fabriken, Werkstätten, Läden, Kontore, Scheunen, Ställe usw. befreien. Das würde natürlich eine weit größere Belastung der Mieter gebracht haben, die ja die Summe dann allein hätten aufbringen müssen. Es gelang, diesen Antrag abzuwehren. Ferner gelang es uns, einen von allen bürgerlichen Parteien gemachten Vorstoß zu vereiteln, der die kommunalisierten Betriebe der Gemeinden genau so besteuern wollte wie die Privatbetriebe. Als Gegengewicht für die Befreiung der Kirchen, deren „Nutzungswert“ natürlich überhaupt nicht zu veranlagen ist, setzten wir durch, daß auch Gewerkschafts-

häuser, Jugendheime, Landheime, Herbergen usw. nicht versteuert werden brauchen, wenn sie gemeinnützig betrieben werden.

Unsere Bemühungen, die steuerbaren Jahreseinkommen bis etwa 10 000 bis 12 000 Mk. von der Abgabe zu befreien, scheiterten an einer unüberwindlichen Schwierigkeit. Eine derartige Befreiung würde ein riesiges Unbehagen an die Landwirtschaft gewesen sein, die dann bei der leider noch immer viel zu niedrigen Veranlagung auf dem Lande so gut wie ganz von der Abgabe verschont geblieben wäre. Dagegen wären trotzdem sehr viele Arbeiter, Angestellte und Beamte unter die Steuer gefallen, deren Jahreseinkommen infolge der Geldentwertung über jene Summen hinaus gestiegen sind und bis zum letzten Pfennig veranlagt werden. Deshalb verzichteten wir nach langen Erwägungen und Kämpfen auf eine solche Art der Steuerbefreiung, setzten aber durch, daß die Steuer erlassen werden kann, wenn es sich um Kleinrentner, um längere Erwerbslosigkeit, um Krankheit usw. der Steuerpflichtigen handelt. Jedenfalls kann sich nur der Grundbesitz auch auf dem platten Lande nicht mehr von der Steuer drücken.

Unser Bemühen, durchzusetzen, daß die mit den Ueberteuerungsanschüssen erbauten Häuser in öffentlichem Besitz bleiben, war nicht durchzusetzen. Es ist nicht zu leugnen, daß, solange wir Privatbesitz an Grund und Boden haben, Fälle vorkommen können — man denke nur an entlegene Kleingehöfte und einzelne Bauten auf dem flachen Lande —, wo es schwer ist, solche Häuser im Gemeinbesitz zu verwalten. Es wurden aber Sicherungen gegen Spekulation auf unser Drängen in das Gesetz eingebracht. Der soziale Geist in dem Gesetz ist das Verdienst der Sozialdemokratie.

Das Gesetz wird in den zwanzig Jahren seiner Dauer nur 3,2 Milliarden Mark zur Verfügung stellen, die vermutlich schon im ersten Teile des Jahres 1922 verbaut sein werden. Es werden aus diesen Mitteln vielleicht 50 000 Wohnungen erstellt werden, während wir zehn- bis zwanzigmal soviel Wohnungen in den nächsten Jahren brauchen. Die Sozialdemokratie war sich der Unzulänglichkeit des Gesetzes vollkommen bewußt. Sie hat in einer Entschiedenheit versucht, den Wohnungsausschuß für ein großes Bauprogramm zu gewinnen, das einen erheblichen Teil der durch die Geldentwertung entstehenden gewaltigen Papierwertsteigerungen der alten Gebäude für die Beschaffung von Mitteln zu Neubauten nutzbar machen wollte. Die gesamten bürgerlichen Parteien wehrten sich gegen unseren Antrag. Es gelang uns nur durchzusetzen, daß sofort ein Unterausschuß gebildet wurde, bestehend aus Vertretern der zuständigen Ministerien, aus dem Wohnungsausschuß und Vertretern der Gewerkschaften, der unsere erwähnten Anregungen auf ihre Durchführbarkeit prüfen oder andere Vorschläge machen soll, die auf der gleichen Grundlage zu demselben Ziele führen. Der Ausschuß hat im Sommer 1921 seine Arbeiten begonnen.

Bei der Beurteilung unserer Taktik im Wohnungsausschuß darf nicht vergessen werden, daß wir in unseren Entschlüssen nicht frei waren. Sobald der Reichstag bis zum 1. Juli 1921 das Gesetz nicht verabschiedete, hatten die Länder nach einem früher verabschiedeten Notgesetz das Recht, eigene Miester- oder Grundsteuergesetze zur Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau zu schaffen. Darin lagen zwei große Gefahren. Erstens war bei der Zusammenfassung mancher Landtage — man denke nur an Bayern — zu befürchten, daß diese Gesetze im wesentlichen unsozial ausfallen würden, wenn ihnen nicht durch ein Reichsgesetz bestimmte Vorschriften gegeben waren. Zweitens begab sich das Reich dann jedes wirklichen Einflusses auf das Wohnungswesen. Das ist durch das Miestersteuergesetz verhindert worden.

## Postgebührenerhöhung.

Die Reichspostverwaltung hatte bis zum Ausbruch des Krieges nicht unerhebliche Ueberschüsse; im Jahre 1912 noch 93,6 Millionen Mark. In den Kriegsjahren ergaben sich Defizite, die sich nach Beendigung des Krieges, als eine rapide Steigerung aller Preise einstellte, gewaltig erhöhten. Für das Rechnungsjahr 1921 wurden, wenn die alten Tarife in Geltung blieben, Fehlbeträge in Höhe von rund 4 Milliarden Mark errechnet. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Deshalb mußten durch das vom Reichstag in seiner Sitzung vom 19. März 1921 verabschiedete Gesetz die Postgebühren beträchtlich erhöht werden. Durch die Tätigkeit unserer Mitglieder ist es in den Ausschußverhandlungen gelungen, die Postgebührensätze nach mancher Seite hin nicht unbeträchtlich herabzusetzen. Besonders die Gebühren für kleinere Pakete, Päckchen, Postkarten und Ansichtskarten sind ermäßigt worden.

Der Sprecher unserer Fraktion, Genosse Pinkau, vertrat besonders den Antrag auf Verbilligung des Portos für Ansichtskarten, und zwar in Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage des graphischen Gewerbes. Der Reichstag stimmte dem von uns gestellten Antrage zu, er beschloß ferner, bei dem Reichspostministerium einen Verkehrsbeirat einzusetzen, in den jede Fraktion einen Vertreter entsendet.

## Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Von der Sozialdemokratischen Partei und von allen bürgerlichen Parteien wurde die Reichsregierung ersucht, von dem Recht der Erhöhung der Renten und Bezüge Gebrauch zu machen. Es wurde beantragt:

1. Die Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 Proz. zu erhöhen;
2. im § 45 Abs. 2 den Betrag von 1500 Mk. auf 3000 Mk. zu erhöhen;
3. die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 63 Abs. 1 Ziffer 1) je um 2000 Mk. zu erhöhen.

Der dazu aufzuwendende Betrag beläuft sich auf jährlich 400 Millionen Mark.

Genosse Meier erklärte in der Sitzung vom 4. Februar 1921, daß damit natürlich den gestellten Anforderungen nicht Rechnung getragen ist, daß aber zu erwarten steht, daß die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen in Rücksicht auf die Lage der übrigen Rentenempfänger für das Entgegenkommen Verständnis zeigen.

Den Unabhängigen und Kommunisten, die viel weitergehende Anträge stellten, mußte sowohl von unserem als den bürgerlichen Rednern gesagt werden, daß sie in den Ausschußverhandlungen völlig versagten und keine Anträge gestellt haben.

## Kriegsdienstzeit der Beamten.

Die Beamten, die während der Kriegszeit zum Heeresdienst eingezogen waren, erhalten diese Zeit besonders (also doppelt) auf die Dienstzeit angerechnet.

Von bürgerlicher Seite und aus den Kreisen der Beamtenschaft kam dann der Antrag, den übrigen Beamten, wegen der großen Leistungen in den Kriegsjahren, die in der Kriegszeit geleisteten Dienstjahre mit der anderthalbfachen Zeit in Anrechnung zu bringen. Die Regierung legte der Nationalversammlung einen dahingehenden Gesetzesentwurf vor, der jedoch abgelehnt wurde. Das Kabinett Fehrenbach legte den Entwurf erneut im Juli 1920 vor. Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten lehnte ihn mit den Stimmen der Linken und des Zentrums ab. Im Ausschuß für den Reichshaushalt und im Reichstag stimmte dann aber das Zentrum mit den übrigen bürgerlichen Parteien dafür.

Unsere Fraktion hat grundsätzlich gegen eine höhere Anrechnung der Kriegsdienstjahre nichts einzuwenden, wie sie überhaupt die Neuregelung und Erhöhung der Pensionen vor allem für die mittleren und unteren Beamten und die Erhöhung der Renten für notwendig erachtet.

Sie stimmt gegen den Entwurf, weil dadurch ein schon geschaffenes Vorrecht erweitert wird und sie verlangt, daß zu gleicher Zeit eine Vorlage zur Verabschiedung gebracht werden muß, in der das gleiche Entgegenkommen den Angestellten und Arbeitern bewiesen wird.

Wir lehnen das Sonderrecht ab und erstreben eine allgemeine und gleiche Lösung für Beamte, Angestellte und Arbeiter.

## Teuerungszulagen.

Der Reichstag erhöhte am 9. Dezember 1920 nicht unwesentlich den Teuerungszuschlag für die Kinderbeihilfen, was den Reichsetat um rund 600 Millionen Mark belastete. Die Beamtenschaft stellte weitergehende Forderungen, sie forderte je nach den Gehaltsklassen eine Erhöhung des 50prozentigen Teuerungszuschlages von 90 herunter bis zu 60 Prozent. Schließlich stellte die Eisenbahnarbeiterschaft die Forderung, die Teuerungszuschläge um 1 Mk. für die Stunde zu erhöhen.

Arbeiter- und Beamtenschaft drohten für den Fall ungenügenden Entgegenkommens in den allgemeinen Ausstand zu treten. Die Abstimmung ergab auch eine gewaltige Mehrheit für den Streik, obwohl die Reichsregierung einen Antistreikerlaß gegen die Beamten erließ.

Nach längeren Verhandlungen, an denen die Spitzenverbände beteiligt waren, kam ein befriedigendes Ergebnis für Arbeiter und Beamte zustande.

Der Reichstag mußte nun das Besoldungsgesetz ändern. Die bürgerlichen und die beiden sozialistischen Parteien stellten sich auf den Boden des Kompromisses. Die sozialdemokratische Fraktion wünschte anlässlich der Beratung des Reichsbesoldungsgesetzes und der Erhöhung der Kinderzuschläge, die Teuerungszulagen in Uebereinstimmung mit den Arbeitern und Beamten nach sozialer Grundfragen zu staffeln. Nachdem sich die berufenen Vertreter der Organisationen der Arbeiter und Beamten mit der Regierung auf das Kompromiß geeinigt hatten, wollte sie nicht das Erreichte gefährden und so das deutsche Staats- und Wirtschaftsleben erneut unter einen ungeheuren Druck bringen.

Die Kommunisten stellten aus sehr durchsichtigen Gründen im letzten Augenblick im Reichstage einen schriftlichen Antrag, der sich an die von den Arbeitern und Beamten ursprünglich aufgestellten Forderungen anlehnte, und die Unabhängigen ließen durch den Abgeordneten Breunig, der zu dem Zustandekommen des Kompromisses wesentlich beigetragen hat, aus Gründen der Popularitätshascherei erklären, daß sie den ursprünglichen Forderungen zustimmen, obwohl sie wußten, daß bei ihrer Annahme das ganze Kompromiß zerschlagen und eine politische und wirtschaftliche Krise allerbedeutlichster Art heraufbeschworen worden wäre.

Die Deutschnationalen hatten in den Ausschußverhandlungen auch versucht, einige bequeme Grundlagen für ihre Oppositions- und Agitationsstellung zu schaffen. Sie wollten, daß die Reichen vor neuen Lasten, die sich aus dem Gesetz ergeben, verschont bleiben und daß die Lasten der Masse der Volks in Form neuer indirekter Steuern aufgebürdet werden. Weiter wollten sie den Arbeitern und Beamten die Teuerungszulagen bloß von Vierteljahr zu Vierteljahr bewilligen oder ablehnen.

Das Gesetz wurde sodann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der vom Reichsrat angenommene § 3 des Gesetzes, wonach gesetzlich festgelegt werden sollte, daß den Ländern und Gemeinden für die sich aus dem Gesetz ergebenden Mehrklassen höhere Anteile an den Steuererträgen eingeräumt werden, wurde einstimmig abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde noch eine Entschließung, wonach die Reichsregierung ersucht wird, sobald ein Gesetz über die Ortsklasseneinteilung dem Reichstage vorzulegen.

## Ortsklasseneinteilung.

Ueber die Ortsklasseneinteilung herrscht in weiten Teilen des Reichs bei den Beamten große Unzufriedenheit. Die Verhandlungen über die endgültige Ortsklasseneinteilung sind außerordentlich zeitraubend, schon weil die Beratungen für die einzelnen Provinzen und Länder gesondert geführt werden müssen. Trotz aller Beschleunigung wird das endgültige Gesetz erst am 1. Oktober 1921 mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten.

Damit aber mit der Auszahlung der höheren Ortsklassenzuschläge schon früher begonnen werden kann, stimmten unsere und die bürgerlichen Fraktionen einem Antrage zu, wonach die Reichsregierung einen vorläufigen Gesetzentwurf vorzulegen hat, nach dem die Auszahlung der höheren Beträge für die vorläufig höher gestuften Gemeinden schon dann zu erfolgen hat, wenn der Reichsrat dem vorläufigen Gesetzentwurf zugestimmt hat.

Obwohl der Reichsfinanzminister bestimmt erklärte, daß durch die vorläufige Regelung keine endgültige Bindung erfolgen soll, wandte sich Frau Zieg gegen den Vorschlag. Unsere Fraktion stimmte dem Ausschußantrag zu, für den sich auch der Reichsausschuß der Spitzenorganisationen erklärt hatte, obwohl auch uns eine sofortige und endgültige Regelung lieber gewesen wäre.

Der Entwurf betreffend die vorläufige Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses wurde in der Sitzung vom 4. Mai 1921 verabschiedet. Einer Vereinbarung gemäß sollten Entschließungen dazu nicht mehr eingebracht werden. Trotzdem brachte der deutschnationale Abgeordnete Mumm aus rein agitatorischer Absicht eine Entschließung ein, in der besondere Berücksichtigung der Teuerung in mittleren und kleineren Orten gefordert wird. Um eine einseitige Festlegung zu verhüten, wurde daher von unserer Fraktion eine Erweiterung der Entschließung beantragt, wonach besonders auch die Orte, die durch benachbarte Großstädte und durch eine industrielle Entwicklung besonders gesteigerte Teuerungsverhältnisse haben, berücksichtigt werden. Die Vorlage und die Entschließung, die von Genossen Seppel begründet wurde, wurde einstimmig angenommen.

## Sperrgesetz-Befoldung.

Nach der Reichsverfassung steht dem Reich das Recht zu, Richtlinien für eine einheitliche Befoldung der Beamten aufzustellen. Dazu war es infolge der umfangreichen und schwierigen Arbeiten der Befoldungsreform noch nicht gekommen. Nachdem das erste Befoldungsgesetz verabschiedet war, ergab sich die zwingende Notwendigkeit, der Reichsregierung ein Mittel in die Hand zu geben, mit dem sie Sonderbestrebungen von Ländern und Gemeinden Einhalt gebieten konnte. Das Verlangen danach ist auf einer süddeutschen Konferenz der Finanzminister gestellt worden. Es ist durchgeführt in dem vom Reichstag in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1920 in namentlicher Abstimmung beschlossenen Sperrgesetz.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärte durch Genossen Steintopf, daß sie

der Gesetzesvorlage zustimmt. Unser Redner bedauerte, daß eine Anzahl Verbesserungsanträge, die eine wirksamere Vertretung der Beamten vorsehen, von den bürgerlichen Mitgliedern abgelehnt wurden, er stellte fest, daß man die Gewerkschaften der Beamten als berufene Vertretung ausgeschaltet und daß man bei Vorberatung des Gesetzentwurfs die Beamten nicht einmal gehört hat. Die Verbesserungsanträge wurden in der zweiten Lesung wieder aufgenommen, von den bürgerlichen Fraktionen aber wiederum abgelehnt.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth betonte die Notwendigkeit des Gesetzes, um das Ueberbieten der Gehälter durch die öffentlichen Körperschaften zu unterbinden, wofür sich auch zahlreiche Bürgermeister erklärt haben.

Der Vertreter Bayerns erklärte sich gegen das Gesetz und die Redner der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten lehnten das Gesetz ebenfalls ab. In der namentlichen Abstimmung enthielten sich zahlreiche einflussreiche Abgeordnete der Deutschnationalen der Stimme. Für das Gesetz stimmten 207, dagegen 122, der Stimme enthielten sich 15 Abgeordnete.

## Ergänzungsprüfung.

Der Reichstag hatte einstimmig beschlossen, daß die von Gruppe 6 nach 7 übertretenden Beamten keine Prüfung mehr abzulegen haben.

Diesem Beschlusse hat die Regierung Fehrenbach, Dr. Heinze und Dr. Koch die Zustimmung versagt und das neue Kabinett Dr. Wirth-Bauer-Schiffer konnte sich nachträglich nicht bereit finden, den Beschluß der alten Regierung aufzuheben.

Deshalb interpellierten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, während Sozialdemokraten, Demokraten und Unabhängige beantragten, die Ergänzungsprüfung fallen zu lassen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei hatten die angebliche Mißachtung eines Reichstagsbeschlusses durch die Regierung weiblich agitatorisch gegen die jetzige Reichsregierung ausgenützt. Es war daher recht interessant, daß Reichsanzler Dr. Wirth darlegte, daß er und sein Kollege Giesberts schon im alten Kabinett gegen die Prüfung waren, daß aber die übrigen Minister sich für die Prüfung erklärten, weil sonst die eben geschaffene Befoldungsordnung von Grund auf neu gestaltet werden müßte. Er erklärte ferner, daß die Prüfung von den allermeisten Assistenten bereits abgelegt sei, daß sie einfach gestaltet ist und daß die geprüften Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 in den Genuß der höheren Gehaltsbezüge kommen sollen.

Unser Redner, Genosse Steintopf, betonte, daß die Prüfung unnötig ist, daß aber kein Anlaß vorliegt, die Frage zur Staatsaktion zu machen, nachdem das jetzige Kabinett dem Beschlusse des rein bürgerlichen beigetreten ist.

Die Anträge wurden dem Beamtenausschuß zur Erledigung übergeben.

Die Deutschnationalen wollten auch diese Angelegenheit benutzen, um die Regierung zu Falle zu bringen. Daher brachten sie einen Mißtrauensantrag ein, der aber mit 210 gegen 67 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Deutsche Volkspartei übte Stimmhaltung. Die Kommunisten stimmten mit den Deutschnationalen.

## Wehrmachtversorgungsgesetz.

Die Schaffung des Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz) war eine zwingende Notwendigkeit. Die allgemeine Dienstpflicht ist aufgehoben. Die Mannschaften der Reichswehr müssen sich auf eine Dienstzeit von zwölf Jahren und die Offiziere auf eine von 25 Jahren ver-

pflichten. Mannschaften und Offiziere unterliegen den Befolgungsvorschriften der übrigen Reichsbeamten. Auf die Versorgung der Heeresmachtangehörigen und ihrer Hinterbliebenen konnte das Mannschafsvorsorgungsgesetz von 1906 keine Anwendung finden. Die Pensionsgesetze der Beamten anzuwenden war auch nicht möglich.

Das Wehrmachtversorgungsgesetz sieht wiederum eine verschiedenartige Versorgung für Mannschaften und Offiziere vor. Unteroffiziere und Mannschaften, die nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstverpflichtung oder wenn sie nach dem Urteil ihrer Vorgesetzten die für ihre dienstliche Verwendung nötige Befähigung nicht mehr besitzen sowie, wenn sie wegen Dienstunfähigkeit ausscheiden müssen, haben Anspruch auf Uebergangsgebühren, Zuschläge zu den Uebergangsgebühren, einen Zivildienstschein, Kinder- und Feuerungszuschläge zu den Uebergangsgebühren, einmalige Uebergangsbeihilfe und eine einmalige Umzugsentschädigung. Nur ein Teil der zur Entlassung kommenden Soldaten dürften Aussicht auf Anstellung im Beamtenverhältnis haben. Der Zivildienstschein gibt kein Anrecht auf Anstellung. Schon während der Dienstzeit werden die Mannschaften für spätere Berufe vorgebildet werden. Die Uebergangsbeihilfen, die auf die Dauer von drei Jahren gewährt werden, sollen den Uebergang ins bürgerliche Leben erleichtern. Bei Dienstbeschädigung tritt eine Entschädigung nach den Vorschriften des Reichsvorsorgungsgesetzes hinzu.

Offizieren wird ein Anspruch auf lebenslängliches Ruhegehalt eingeräumt, wenn sie nach einer gesamten Dienstzeit von mindestens zehn Jahren wegen Dienstunfähigkeit oder wegen unzureichender Befähigung entlassen werden. Dadurch wird den Offizieren sehr weit entgegengekommen. Befehlt der Offizier nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für seine dienstliche Verwendung nötige Befähigung nicht mehr, dann muß ihm der Staat lebenslänglich ein Ruhegehalt zahlen. Auch für die Offiziere kommen Uebergangsbeihilfe und selbst eine einmalige Uebergangsbeihilfe zur Auszahlung.

Die bürgerlichen Parteien taten alles, um insbesondere die Versorgung der Offiziere möglichst günstig zu gestalten. Die Unabhängigen machten sich die Arbeit sehr leicht. Sie stellten im Ausschuß sowohl als auch im Plenum nur einen Antrag, in dem sie forderten, daß die zur Entlassung kommenden Offiziere und Mannschaften Anspruch auf die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge haben sollen. Als im Ausschuß ihr Antrag abgelehnt wurde, beteiligten sie sich nicht mehr an der Beratung des Gesetzes.

Unsere Fraktion hat an dem Zustandekommen des Gesetzes fleißig mitgewirkt. Sie wußte sehr wohl, daß wenn Mannschaften und Offiziere nicht ausreichend versorgt werden, die Reichswehr zum Tummelplatz abenteuereicher Elemente werden wird. Unsere Anträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit fast ausnahmslos abgelehnt, trotzdem hat die Fraktion für das Gesetz gestimmt. Sie hielt das Gesetz für erforderlich und konnte es wegen der Mängel, die es von unserem Standpunkt aus gesehen zweifellos aufweist, nicht ablehnen.

## Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer.

In der Sitzung vom 17. Dezember 1920 wurde der Gesetzentwurf zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen verabschiedet. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ihn angeregt.

In dieser Vorlage ist ein Abbau des Schutzes der Kriegsteilnehmer vorgesehen, indem die Schutzfrist gegen Zwangsvollstreckungen nach einem Zeitraum von 6 Monaten nach Beendigung der Kriegsgefangenschaft verfloßen ist. Außerdem soll die ganze Verordnung nur Gültigkeit bis zum 1. Juli 1921 haben.

Namens unserer Fraktion vertrat Genosse Meier den Antrag, den Termin des Ablaufs des Gesetzes auf den 1. Januar 1922 zu verlegen.

Das Gesetz hat Bedeutung nicht bloß für, sondern auch gegen die Kriegsteilnehmer. Unter den Kriegsteilnehmern sind nicht wenige, die Forderungen an Kriegsteilnehmer haben und diese nicht einziehen können. Das trifft aber auch auf weitere Kreise der minderbemittelten Bevölkerung zu. Deshalb scheint es auch notwendig, mit der Zeit der Aufhebung dieser Verordnung näherzutreten. Die Unabhängigen wollten den Schutz auch auf die Witwen der Kriegsteilnehmer ausgedehnt wissen. Das hätte aber eine völlige Rechtsunsicherheit zur Folge und bedeutet schließlich gar keinen Schutz der Witwen.

Die Mehrheit des Reichstages lehnte sowohl den Antrag der Unabhängigen als auch den von uns gestellten ab und setzte die Frist auf den 1. Juli 1921 fest.

## Schwerbeschädigte.

Die Bestimmung in dem Gesetz zum Schutze Schwerbeschädigter, wonach die Kündigung Schwerbeschädigter nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestellen erfolgen kann, lief in ihrer Gültigkeit mit dem 22. Oktober 1920 ab.

Der Reichstag nahm daher in seiner Sitzung vom 19. Oktober 1920 einstimmig einen Gesetzentwurf in allen drei Lesungen an, wonach die Frist bis zum 1. April 1921 verlängert wird und in dem der Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, mit Zustimmung des Reichsrats und einem aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusse des Reichstages die Frist im Bedarfsfalle bis zum 1. April 1922 zu verlängern.

## Militärische Bildungsanstalten.

Nach dem Friedensvertrag müssen die bestehenden Kadettenanstalten aufgelöst werden. Da in Rücksicht auf die Lehrkräfte und die Schulanlagen eine weitere Verwendung geboten erscheint, hat das Reichsministerium des Innern vorgeschlagen, sie in bürgerliche Erziehungsanstalten umzuwandeln.

Bei der Beratung in der Sitzung vom 30. Juni forderte Genossin Pfäff, daß diese Erziehungsanstalten, die als höhere Schulen in Betracht kommen, nach Artikel 146 der Verfassung den Charakter der Simultananstalten haben und daß deshalb den Eltern der Kinder nur insoweit ein Recht auf anderweitige Schulüberweisung eingeräumt werden kann, als die Wohnungsverhältnisse das zweckmäßig erscheinen lassen.

Der Antrag rief den Widerspruch des größten Teils der bürgerlichen Parteien hervor, er wurde mit 148 Stimmen der Demokraten und der drei Linksparteien gegen 151 der Rechtsparteien abgelehnt.

## Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals.

Der von dem Kabinett Fehrenbach dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung wurde mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der drei Linksparteien am 23. Juni 1921 angenommen.

Nach dem Gesetz steht den Beamten das Recht zu, gefährliche Personen zu schrecken. Die Regierung begründet das Recht damit, daß nach dem Kriege ein starker Warenschmuggel an der Grenze eingeseht hat, der häufig von militärisch ausgerüsteten und rücksichtslos vorgehenden Bänden ausgeführt wird.

Unsere Fraktion ging eine solche Bestimmung zu weit, sie beantragte daher: „Bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen darf von der Waffe nicht Gebrauch



gemacht werden.“ Sie stellte auch sonst noch weitere Milderungsanträge, um zu erreichen, daß Erschießungen auf der Flucht soweit als möglich vermieden werden.

Die **bürgerlichen Vertreter** stimmten unsere Anträge, wie auch den der Unabhängigen, der die Anwendung der Schutzwaffe auf Flüchtlinge überhaupt für unzulässig erklärt, geschlossen nieder. Unsere Fraktion stimmte bei der dritten Besung auch für den Antrag der Unabhängigen, wie diese auch für unsere Anträge stimmten.

Genosse Dr. Kaddbruch legte den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar.

Den Unabhängigen gingen die von uns gestellten Anträge nicht weit genug. Sie übersehen dabei aber, daß für ihren Antrag von vornherein auf keine Mehrheit zu rechnen war, während wir bezweckten, wenigstens das Schlimmste zu verhüten.

## Russische Internierten- und Gefangenenlager.

Am 15. und 17. Dezember 1920 wurde eine Interpellation der **Deutschnationalen** über die Vorgänge in den russischen Kriegsgefangenen- und Internierungslagern in Deutschland erörtert. Die Interpellation beruhte auf Heftartikel rechtsstehender Blätter. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß sich der **deutschnationale Abgeordnete Henning** erst, nachdem die Interpellation eingebracht war, um die Beibringung von Material bemüht hat. Er hat zu diesem Zwecke einige Lager besichtigt und dazu, ohne daß er das Recht hatte, einen reaktionären **Zarenoffizier** mitgenommen.

Für unsere Fraktion legte **Genosse Stücklen** dar, daß von den früheren Kriegsgefangenen, die unter militärischer Bewachung standen, 180 000 Mann ausgerissen sind. Die Behauptungen des **deutschnationalen Redners** seien zum Teil völlig unwahr beziehentlich sehr stark übertrieben. Es sei unmöglich, die Vertreter **Sowjet-Rußlands** zu entfernen und dafür Vertreter des zaristischen Rußlands in den Lagern Einfluß zu geben. Mit Recht wies er darauf hin, daß, als die früheren gefangenen **Zarenoffiziere** große Gelage abhielten und um hohe Beträge spielten und die deutsche Regierung dagegen vorging, die Rechte sich dagegen wehrte und erklärte, daß das ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechte der Gefangenen sei. Die **Deutschnationalen** haben erst verlangt, daß die Gefangenen aus Ostpreußen entfernt werden, weil sie eine Gefahr bilden. Als sie aber in großen Massen abtransportiert wurden und nicht genügend **landwirtschaftliche Arbeiter** zur Verfügung standen, wollten sie mit einem Male russische Gefangene haben. Stücklen verwies weiter darauf, daß, wenn die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland gestört würde, das auf das **deutschnationale Vorgehen** zurückzuführen sei. Der Vorstoß gegen den Staatssekretär **Orzelsinski** und gegen Herrn **Schlesinger** sei völlig unberechtigt. Die Berufung auf das Rote Kreuz, das angeblich die Erschießung von zurückgekehrten russischen Gefangenen befristigt habe, sei falsch, denn das **Rote Kreuz** erkläre bestimmt, derartige Behauptungen widersprechen den Tatsachen. Die Anerkennung der russischen Vertreter sei notwendig und eine Einmischung in die russischen staatlichen Verhältnisse verbiete sich absolut.

**Deutschnationale** und **Deutsche Volkspartei** standen mit ihren Angriffen auf die Regierung allein da.

Die **Kommunisten** stellten einen **Mißbilligungsantrag** gegen die Regierung, der aber abgelehnt wurde.

## Rußland, Wirtschaftliche Beziehungen.

Die Unabhängigen interpellierten die Reichsregierung, ob sie gewillt ist, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland herzustellen. Die Verhandlungen darüber fanden am 21. und 24. Januar 1921 statt. Reichsaußenminister **Dr. Simons** erklärte, daß es nicht unsere Schuld sei, wenn die diplomatischen Beziehungen zu Rußland noch nicht aufgenommen und die wirtschaftlichen Verbindungen noch sehr ungenügend sind.

Für unsere Fraktion sprach **Genosse Wels**. Er legte dar, daß es eine Lebensfrage für das deutsche Volk ist, daß die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland schnellstens wiederhergestellt werden. Es sei an der Zeit, die Ermordung des Grafen **Mirbach**, die lange Zeit zurückliegt, nicht mehr als Hinderungsgrund zu betrachten. Unser Parteitag in Cassel habe bereits klar zum Ausdruck gebracht, daß mit möglichster Beschleunigung die diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Rußland wieder aufgenommen werden würden. Weder den Russen könne das Recht eingeräumt werden, auf die staatlichen Verhältnisse Deutschlands einzuwirken, noch den Deutschen das gleiche für Rußland.

Er legte des weiteren dar, daß durch die **deutschnationale** und durch die **antidemokratische Agitation** die Regierung behindert wurde, mit Rußland zu näheren Vereinbarungen zu kommen, er trat ferner der Ansicht entgegen, als ob aus Rußland, weil sein Transportwesen und seine Produktion zerrüttet sind, an wirtschaftlichen Werten nichts herausgeholt werden könne. Es ergebe sich die Pflicht, auch an dem Wiederaufbau Rußlands mitzuarbeiten, denn nur dadurch sei eine allgemeine Gesundung zu erreichen.

Gegen die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sprachen sich die **Deutschnationalen** aus.

## Sinowjeff und Losowsky.

Die Reichsregierung hatte dem Petersburger Oberbürgermeister **Sinowjeff** und dem Mitglied des Aktionsrates **Losowsky**, die auf dem Parteitag der Unabhängigen in Halle entscheidend dafür gewirkt haben, daß der Anschluß an die **Moskauer Internationale** mit großer Mehrheit beschlossen wurde, die ihnen gewährte Frist zum Aufenthalt in Deutschland nicht verlängert.

Die **Unabhängigen** beantragten daher, beschließen zu wollen, daß gegen die auf Beschluß der Regierung erfolgte Ausweisung **Sinowjeffs** und **Losowskys** Protest zu erheben und die Reichsregierung zu ersuchen sei, für sofortige Aufhebung dieser Ausweisungsverfügungen und für die Beseitigung der Gesetzesbestimmungen Sorge zu tragen sei, auf Grund deren Ausländer als **fälschlich** ausgewiesen werden können.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach **Genosse Ed. Bernstein**. Er erklärte sich für Schaffung gesetzlichen Schutzes verfolgter und bedrückter Ausländer, er legte, wie das auch der Minister des Auswärtigen **Dr. Simons** getan hatte, dar, daß eine Ausweisung gar nicht erfolge, sondern die befristete Einreiseerlaubnis nur nicht verlängert worden war.

Mit den Sozialdemokraten stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien gegen den Antrag.

## Mont-Cenis.

Das furchtbare Grubenunglück auf der Zeche **Mont-Cenis** wurde im Reichstage auf Grund von zwei Interpellationen besprochen. Die **Genossen Hue** und **Jansched** schilderten die mißlichen Zustände im Kohlenbergbau, sie forderten,



daß in viel weitergehendem Maße als bisher Sicherungen für das Leben der Bergarbeiter getroffen werden. Sie sahen sich dabei auch genötigt, dem Abgeordneten **Winnefeld**, der Mitglied der Deutschen Volkspartei ist, entgegenzutreten, der die Bergverwaltungen stark in Schutz nahm.

Der Reichstag setzte einen Untersuchungsausschuß von 14 Mitgliedern ein, um Aufklärung über die Ursachen des furchtbaren Unglücks zu schaffen.

## Oberschlesien.

Mit allen Mitteln hat Polen versucht, die im Vertrag zu Versailles vorgesehene Abstimmung in Oberschlesien günstig für sich zu beeinflussen. Um das zu erreichen, hat es Oberschlesien auch die **politische Selbständigkeit** versprochen. Der starken Stimmung für die staatliche Selbständigkeit trug die **Regierung** Rechnung, indem sie dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegte, nach dem den Oberschlesiern das **Recht** eingeräumt ist, innerhalb zweier Monate, nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung des zurzeit besetzten Gebietes wieder übernommen haben, abzustimmen, ob ein Land Oberschlesien im Rahmen des Reichs gebildet werden soll. Der Entwurf wurde am 25. November 1921 verabschiedet.

Die **Deutschnationalen** lehnten die Vorlage ab.

Die **Welfen** stimmten der Vorlage unter der Voraussetzung zu, daß auch ihnen für Hannover das gleiche Recht eingeräumt wird. Gegen die Vorlage stimmten die **Kommunisten**.

Für unsere **Fraktion** sprach Genosse **Ostonski**, der das hatatistische Treiben verurteilte und feststellte, daß die **Unabhängigen** Oberschlesiens ursprünglich stark mit den Polen kofettiert haben, daß sie aber mit uns und den Kommunisten Oberschlesiens gemeinsam dafür eintreten, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt.

## Papierpreise.

Die Papierfabriken haben sich während der Kriegszeit in zwei Syndikaten vereinigt und können nun, nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, die Preise nach Gutdünken gestalten. Um das zu verhindern, wurde von unserer **Fraktion**, dem Zentrum, den Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei die Regierung um Maßnahmen zur Verbilligung des Druckpapiers ersucht.

Die **Sozialdemokratie** beantragte mit Rücksicht auf die riesigen Gewinne der Papierfabriken und auf die künstliche Verteuerung des Papiers, daß die Regierung Fabrikation und Handel mit Zeitungspapier zu sozialisieren streben solle. In den Ausschüßungen wurde erreicht, daß die Zeitungverleger einen Papierpreis von 3.— Mk. zu zahlen haben. Die restlichen 60 Pf. werden zu zwei Dritteln vom Reich getragen, während das letzte Drittel von den Papierfabrikanten nachgelassen wird.

Unser Antrag wurde vom Genossen **Sidow** begründet, aber am 11. Mai gegen die drei Linksparteien abgelehnt.

## Reederei-Abfindungsgesetz.

Die deutschen Gesellschaften für Uebersee- und Binnenschiffahrt mußten in der Kriegszeit ihre Schiffe, soweit sie angefordert wurden, dem Reiche zu Kriegszwecken zur Verfügung stellen. Da mit dem Verlust eines erheblichen Teils der Schiffe gerechnet werden mußte, wurden den Reedern durch Gesetz vom 7. November 1917 Beihilfen zum Ersatzschiffbau bewilligt. Das Gesetz war in der Annahme beschloffen, daß der Krieg für Deutschland einen günstigen Ausgang

habe und daß wesentliche Veränderungen in den Produktionskosten nicht mehr eintreten. Das Gesetz sah deshalb vor, den Friedenspreis als Gesehungskosten zu gewähren und dazu einen Ueberpreis bis zu 70 Proz.

Das Reich, das an dem Wiederaufbau der Handelsflotte und an der Weiterbeschäftigung der an dem Schiffbau beteiligten Arbeiter und Angestellten ein großes Interesse hat, traf im Februar 1919 und Mai 1920 ein neues Abkommen, wonach die Werften die gesamten Mehrgehungs-kosten zu Lasten des Reiches verbuchten. Der Vertrag sah allerdings vor, daß die Reedereien nach zehn Jahren mindestens 30 Proz. der Mehrkosten an das Reich zurückzahlen.

Dieses Abkommen hat sich schon nach kurzer Zeit als unerträglich für das Reich erwiesen, denn nach dem Vertrage konnte es den Reedern und Werftbesitzern fast gleichgültig sein, wie hoch die Gesehungskosten für die Tonne Schiffsraum zu stehen kamen. Deshalb wurde der alte gesetzliche Zustand durch Abschluß eines neuen Vertrages beseitigt. Nach dem neuen Reederei-Abfindungsvertrag, der vom Reichstage am 14. März 1921 verabschiedet wurde, werden den Reedern insgesamt 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon allerdings der Betrag von 7,3 Milliarden Mark bereits bewilligt und bis März 1921 rund 1,8 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt sind. Die Reeder übernehmen dafür die Verpflichtung, in der Zeit bis zum 10. Januar 1930 mindestens 2,5 Millionen Tragfähigkeitstonnen Schiffsraum zu erbauen, sie sind ferner verpflichtet, für den Fall, daß eine Verminderung der Produktionskosten eintritt und der bewilligte Betrag zum Wiederaufbau von mehr als der halben Verlusttonnage ausreichen sollte, von dem zuziel Erhaltenen bis zu 2 Milliarden Mark an das Reich zurückzuzahlen. Weiter sind die Reeder verpflichtet, 90 Proz. der ihnen zustehenden Summe für Neubauten und der Weiterbeschäftigung der deutschen Werften zu verwenden. Nur 10 Proz. dürfen für den Ankauf von Schiffen im Auslande verwendet werden.

Die Sozialdemokratie hat dem Vertrage, freilich nicht leichten Herzens, zugestimmt und sich bemüht, den Vertrag so zu ändern, daß in ihm sowohl die Interessen der Arbeitnehmer, der Werften und die der Steuerzahler besser als ursprünglich vorgesehen, geschützt werden.

Die Genossen **Schumann** und **Hoch** legten bei den Verhandlungen dar, daß der Industriestaat Deutschland, der jetzt noch mehr als früher große Absatzgebiete gebraucht und gewaltige Warenmengen ausführen muß, eine leistungsfähige Handelsflotte benötigt, bei der ja auch zehntausende deutscher Seeleute Arbeit und Lohn finden. Es sei aber auch ganz unmöglich, obwohl zurzeit Ueberfluß an Handels-tonnage in der Welt vorhanden sei, den deutschen Schiffbau einzustellen, die Werften ganz oder zum größten Teil zu schließen und zu der halben Million Erwerbsloser noch weitere hunderttausende hinzuzufügen.

Das sahen auch zunächst die **Unabhängigen** ein, denn nachdem ihr erster Redner, **Vogtherr**, nur Kritik an der Höhe der Summe geübt und sich darüber beschwert hatte, daß die Entschädigungssumme abgabenfrei gewährt würde, sah sich der Unabhängige **Dihmann**, der als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Verhältnisse im Schiffbau überblickt, veranlaßt, in der Sitzung des Reichstages vom 7. März 1921 zu erklären:

„Daß wir eine Handelsflotte notwendig haben zur Führung der deutschen Wirtschaft, für den Export, für den Handel und Weltverkehr, wird nicht bestritten. . . . Wenn wir die Vorlage im Hauptausschuß zu verhandeln haben, dann ist vor allen Dingen zu prüfen, ob das, was als Entschädigung in Frage kommt, nicht das Maß des absolut Notwendigen und mit Recht zu beanspruchenden übersteigt. . . . Wenn hier Milliarden gespendet werden sollen, dann verlangen wir, daß in diesem Vertrage als Grundbedingungen geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Anerkennung

tariflicher Bestimmungen und die Gewährung eines Existenzminimums mit aufgenommen werden.“

Von einer Absicht der Unabhängigen, den Vertrag zu verbessern, merkte man leider in den Ausschußverhandlungen nichts. Sie stellten keine Verbesserungsanträge und stimmten nur den von uns gestellten Anträgen zu.

Es war daher verwunderlich, daß die Unabhängigen bei der zweiten Beratung durch den Abgeordneten Henke erklären ließen, daß sie gar nicht die Absicht haben, den Vertrag zu verbessern, daß sie ihn grundsätzlich ablehnen.

Selbstverständlich lehnten ihn auch die Vereinten Kommunisten ab, da sie in den bewilligten Milliarden nichts weiter als ein Geschenk an die Wertbesitzer sahen.

Unsern Bemühungen ist es zu verdanken, daß die nähere Vereinbarung über den Abfindungsvertrag dem Haushaltsausschuß des Reichstages zur Kenntnisnahme übergeben werden mußte und daß diesem das Recht der Ablehnung eingeräumt wurde. Schließlich ist es unserm Bemühen noch gelungen, festzulegen, daß die Bestimmung des Gesetzes vom Jahre 1917, wonach durch Reichsgesetz vorbehalten bleibt, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind, auf diesen Vertrag ebenfalls Anwendung findet.

Durch unsere Tätigkeit ist es möglich geworden, daß in den maßgebenden Ausschüssen zur Durchführung des Vertrages zwei Sozialdemokraten, unser Genosse Schumann und der Unabhängige Dikmann, tätig sind.

Die Werftarbeiter klagen heute schon über Arbeitsmangel, sie verlangen die schnellere Vergabe der bewilligten Summen. Wie würden sie erst zu klagen haben, wenn durch uns das Gesetz abgelehnt worden wäre?

## Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

Von allen Frauen, die als Abgeordnete dem Reichstage angehören, wurde die Reichsregierung am 27. Januar 1921 interpelliert, ob bald die Einbringung einer Vorlage des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes zu erwarten ist.

Für unsere Fraktion erklärt sich Genossin Schroeder von der Erklärung der Reichsregierung, daß die Vorlage baldigst eingebracht werden soll, befriedigt. Nicht befriedigt sei sie aber, daß für diese Zwecke zunächst nur 50 Millionen Mark in den Etat eingestellt werden. Mit dieser Summe seien die großen Ziele nicht zu erreichen, die angestrebt werden müssen. Die Summe erscheine auch insofern besonders klein, da schon allein für die Technische Nothilfe jährlich 40 Millionen Mark ausgegeben werden. Gegenüber der deutschnationalen Abgeordneten Mueller, die behauptet hatte, daß die sittliche Not der Jugend mit auf zu große Verdienste zurückzuführen sei, stellte sie fest, daß die Verwilderung der Jugend ein Ergebnis des Krieges sei.

## Religionsunterricht.

Die bürgerlichen Parteien beantragten bei der Etatberatung, daß die Reichsregierung baldigst einen Gesetzentwurf vorlegen soll, wonach die ausdrückliche Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen zu erfolgen hat, in denen eine Nichtteilnahme von den Erziehungsberechtigten gewünscht wird. Der Antrag richtete sich gegen die Länder, in denen die Schulfragen freihändig behandelt werden.

Genosse Hellmann wies den Antragstellern nach, daß bei vernünftiger Auslegung der Verfassung (Art. 149) nur die positive Anmeldung zum Religions-

unterricht in Betracht kommen kann, denn nach der Verfassung steht es den Erziehungsberechtigten frei, ob sie die Kinder am Religionsunterricht und an kirchlichen Handlungen teilnehmen lassen. Bloß mit diesem Zugeständnis ist der Satz der Verfassung: „Der Religionsunterricht ist ein ordentliches Lehrfach“ von uns angenommen worden. Mit Recht wies deshalb unser Redner darauf hin, daß im Rechtsstreit das Revisionsrecht positiv ausgeübt werden muß und daß nach dem Willen des Gesetzgebers auch die Anmeldung zum Religionsunterricht ausdrücklich zu erfolgen hat.

Die Einwendungen fruchteten nichts; denn die bürgerlichen Parteien stimmten dem Antrage namentlich mit 205 Stimmen zu, während gegen ihn nur 150 aufgebracht wurden. Der Demokrat Dr. Petersen enthielt sich als einziger seiner Partei der Stimme.

## Reichsrat.

Nach der Weimarer Verfassung entfallen auf je eine Million Einwohner jedes Landes eine Stimme im Reichsrat, wobei ein Ueberschuß an Einwohnern, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Landes gleichkommt, einer vollen Million gleich gerechnet wird. Kein Land hat indes mehr als zwei Fünftel der Stimmen im Reichsrat. Der Reichsrat zählte zuletzt 55 Stimmen, von denen 22 auf Preußen entfielen. Da Preußen die Hälfte seiner Stimmen an die Provinzen abzugeben hat, würden auf die zwölf Provinzen und den Stadtkreis Berlin nur 11 Stimmen entfallen. Daraus mußten sich natürlich Schwierigkeiten ergeben; deshalb gab der Reichstag einstimmig in der 89. Sitzung dem Artikel 61 Absatz 1 die folgende Fassung:

„Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme. Ein Ueberschuß von mindestens 350 000 Einwohnern wird 700 000 gleichgerechnet. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein.“

Damit entfallen auf Preußen 13 und auf seine zwölf Provinzen und den Stadtkreis Berlin je eine Stimme.

## Stimmzettelfkosten.

Nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes hat das Reich den Parteien die Kosten für die Herstellung und Verteilung der Stimmzettel für die Reichstagswahlen zurückzuerstatten. Die Regierung unterbreitete daher dem Reichstag eine Vorlage, die nach vorherigen Verhandlungen mit den Parteien ausgearbeitet war, wonach für jede abgegebene Stimme 15 Pfennig zurückvergütet werden.

Die Unabhängigen erklärten, daß die Kosten der Beschaffung und Verteilung größer sind und beantragten daher, für jede abgegebene Stimme 20 Pfennig zu gewähren.

Der Reichstag lehnte aber in der Sitzung vom 3. Februar 1921 den Antrag ab.

## Wendelin Thomas.

Nach Ausbruch der mitteldeutschen Unruhen hat der kommunistische Abgeordnete Wendelin Thomas am 24. März in einer Versammlung in München gesprochen; er soll dabei, nach Auffassung des Münchener Volksgerichts, zum gewalttätigen Sturze der bestehenden Verfassung aufgefordert haben, weshalb er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die kommunistische Fraktion beantragte, Thomas aus der Strafkast zu entlassen.

Der Geschäftsordnungsausschuß hat sich in Mehrheit gegen die Aufhebung der Strafhast erklärt, der Reichstag beschloß am 16. Juni mit 187 gegen 108 Stimmen der Linksparteien, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

Der Berichterstatter brachte zum Ausdruck, daß die Ansicht des Ausschusses sei, daß den Abgeordneten die Immunität für Propagandareden, nicht aber für Ausführungen zugestanden wird, in denen aufgefordert wird, die gegenwärtig bestehende Ordnung mit Gewalt zu stürzen.

## Rheinländer beschimpft.

Einer aus dem Geschlecht derer von Falkenhayn wurde Leiter der Reichsgetreidestelle, er bekam den Auftrag, den widerspenstigen rheinischen Müllern und Bäckern beizubringen, daß die für Deutschland erlassenen Gesetze und Verordnungen über die Getreidezwangswirtschaft auch für das Rheinland Geltung haben. Diesen Auftrag führte er in so echt altpreussischer Art aus, daß sich die rheinische Bevölkerung beleidigt fühlte und Rechenhaft forderte.

Das Zentrum interpellierte die Regierung deshalb, und der Begründer der Interpellation führte aus, daß von Falkenhayn die rheinische Bevölkerung hochverräterischen Bestrebungen beschuldigt und den Regierungspräsidenten Fuchs von Trier beleidigt habe.

Der Reichsernährungsminister und alle Redner ließen den schneidigen Abtügen fallen. Für unsere Fraktion sprach Genosse Sollmann. Er wandte sich sowohl gegen das Vorgehen von Falkenhayns, als auch gegen die Kreise der Rheinländer, die aus der ungünstigen Lage Deutschlands für sich materielle Vorteile zu erringen suchen.

## Die Technische Nothilfe.

Die Technische Nothilfe ist ein Kind der Zeit, in der radikale Heißsporne in voller Verkennung der demokratischen Freiheiten zügellos und vernunftwidrig die Grundlagen der deutschen Wirtschaft zu zerschlagen suchten, um auf dem Trümmerhaufen eine neue Produktionsordnung nach russischem Beispiel aufzubauen. Die Vaterschaft für diese Organisation fällt den Unabhängigen und Kommunisten zu, denn sie haben gemeinsam versucht, die Gewerkschaften von den erprobten und bewährten Kampfmethoden abzubringen. Die Sozialdemokratie mußte daher in der Zeit, da die Existenz des ganzen Volkes und des Reiches auf dem Spiele stand, gemeinsam mit den übrigen Regierungsparteien die Technische Nothilfe schaffen. Diese Auffassung hatte solange Gültigkeit, als der Krankheitszustand in den Kreisen der Arbeiterschaft anhielt. Sie mußte aufgegeben werden in der Zeit, da die Gewerkschaften wieder in den alten Bahnen des Wirtschaftskampfes wirkten.

Dieser Zeitpunkt schien, nachdem der von den Kommunisten provozierte Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter erledigt war, gekommen, daher bewilligte die sozialdemokratische Fraktion, die vorher der Technischen Nothilfe zugestimmt hatte, die in den Etats für 1920—1922 angeforderten Mittel in Höhe von 55 Millionen Mark nicht mehr.

Genosse Brey legte in seiner Rede vom 16. März 1921 dar, daß den Gewerkschaften das Vertrauen entgegengebracht werden kann, dafür besorgt zu sein, daß bei wirtschaftlichen Kämpfen die berechtigten Interessen der Allgemeinheit in weitestgehendem Maße Schonung erfahren. Der erfreuliche Gesundungsprozess in den Gewerkschaften würde aber aufgehalten, wenn die Technische Nothilfe als dauernde Organisation geschaffen und, wie das in zahlreichen Fällen

bereits geschehen sei, zur Wahrung der Interessen der Unternehmer eingeleitet würde. Die Streiks mit politischem Hintergrund seien im Verschwinden begriffen, übriggeblieben seien nur reine Lohnkämpfe, die berechtigt seien und die auch allermeist vermieden werden könnten, wenn die Unternehmer etwas mehr Verständnis und mehr Entgegenkommen für die Lage der Arbeitnehmer zeigten. Die Technische Nothilfe, in der eine große Anzahl gedienter Offiziere Anstellung gefunden habe, diene nicht dem Arbeitsfrieden, sondern verschärfe die wirtschaftlichen Kämpfe und rege letzten Endes zu Sabotageakten an. Schließlich sah Brey sich noch genötigt, den Kommunisten ins Stammbuch zu schreiben, daß für sie kein Grund zur Aufregung vorliege, denn sie seien der Stoßtrupp, der auch auf diesem Gebiete den Reaktionären in die Hände gearbeitet habe.

Die bürgerlichen Parteien bewilligten die angeforderten 80 Millionen für die Technische Nothilfe in der Sitzung vom 17. März 1921.

## Der Reichshaushalt.

Der Reichstag kam mit der Beratung des Haushaltsplanes leidlich in Ordnung. Das war dadurch möglich, daß gleich die Etats für zwei Jahre beraten wurden, so daß der Etat für das laufende Jahr, ohne daß viel Reben gehalten wurden, mit verabschiedet wurde. Zugleich sind aber auch die Nachtrags- etats nur im Haushaltsausschuß eingehend beraten worden.

Für unsere Fraktion sprachen die Fraktionsmitglieder:

Scheidemann, zum Regierungsprogramm;

Hoch, zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums;

Otto Braun, Riedmüller, Robert Schmidt, zum Etat des Ernährungsministeriums;

Schäpflin, Siebel, zum Etat des Wehrministeriums;

Rähler, Hoch, zum Etat des Arbeitsministeriums;

Meier, zum Etat des Allgemeinen Pensionsfonds;

Reil, Siebel, zum Etat des Reichsfinanzministeriums;

Rahmann, Hartleib, Hoch, zum Etat des Schatzministeriums;

Braun-Franken, Stüdtgen, Siebel, Jäger, Brey, zum Etat des Reichsministeriums des Innern;

Müller, zum Etat des Auswärtigen Amtes;

Brunner, Dr. Duesffel, zum Etat des Reichsverkehrsministeriums;

Taubadel, Schroeder, zum Etat des Reichspostministeriums;

Dr. Rabbrück, zum Etat des Reichsjustizministeriums.

## Sündwarensteuergesetz.

Das Sündwarensteuergesetz vom 10. September 1920 sah die Einführung eines staatlichen Herstellermonopols vor, das spätestens am 1. März 1921 in Wirksamkeit treten sollte.

Die Regierung hat diesen Gedanken mit der Begründung fallen lassen, daß bei Errichtung des Monopols Abfindungen von mehr als 3000 Millionen Mark zu zahlen sind und daß weitere unvorhergesehene Mehrkosten eintreten, so daß auf viele Jahre hinaus mit einer Unterbilanz des Monopols zu rechnen sei.

Von sozialdemokratischer Seite wurde diese Ansicht bekämpft und verlangt, daß die Monopolisierung, die im alten Gesetz vorgesehen war, auch durchgeführt wird. Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien stimmten aber die von uns vertretene Ansicht nieder. So wurde das Gesetz gegen die Stimmen der drei Linksparteien in der 90. Sitzung vom 19. März 1921 angenommen.

## Kleine Gesetze.

- Gesetz über wirtschaftliche, finanzielle und staatsrechtliche Abkommen zwischen der Deutschen, Ungarischen, Tschechoslowakischen und der Oesterreichischen Regierung.
- Gesetz über das Rechtspflegeabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Freien Stadt Danzig.
- Gesetz über ein Abkommen mit der Schweiz betreffend die schweizerischen Goldhypothenken in Deutschland.
- Gesetz zur Ausführung des internationalen Opiumabkommens vom 23. Januar 1912.
- Gesetz zur Ergänzung des Reichsausgleichsgesetzes vom 24. April 1920.
- Gesetz betreffend die Anmeldepflicht des zur Durchführung des Artikels 202 des Friedensvertrages beschlagnahmten Luftfahrzeuggerätes.
- Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung, betreffend die Verwertung von Militärgut vom 23. Mai 1919.
- Gesetz über die Abänderung des Börsengesetzes (Terminhandel).
- Gesetz zur Abänderung des Weingefetzes.
- Gesetz über die von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbeihilfen.
- Gesetz betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät.
- Gesetz betreffend die Verlängerung der in § 105 des Betriebsrätegesetzes vorgesehenen Frist.
- Gesetz betreffend die Verlängerung der Verjährungsfrist des Seever sicherungsrechts.
- Gesetz betreffend die Ueberleitung der Rechtspflege in Eupen und Malmedy.
- Gesetz für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.
- Gesetz betreffend die Abänderung des Besoldungsgesetzes.
- Gesetz über den Staatsgerichtshof.
- Gesetz betreffend den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Danzig über die Regelung von Optionsfragen.
- Gesetz betreffend Abgabe von Versicherungen an Eidesstatt zur Geltendmachung von Rechten und Interessen im Auslande.
- Gesetz betreffend die Abweichungen vom Biersteuergesetz.
- Gesetz betreffend die zeitweise Aussetzung der Erhebung der Verkehrssteuer auf den natürlichen Wasserläufen des Reichs.
- Gesetz über die Geltendmachung von Hypothenken, Grundschulden und Rentenschulden.
- Gesetz betreffend die Kontrolle der Kriegsrechnungen.
- Gesetz über Abänderung des § 11 der Reichsabgabenordnung.
- Gesetz über vorläufige Zahlung auf die Körperschaftsteuer.
- Gesetz betreffend die Verfügung über Gold.
- Gesetz zur weiteren Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen.
- Gesetz betreffend die Aenderung des Eisenbahnpostgesetzes.
- Gesetz betreffend die Verteilung des Gewinns der Reichsbank.
- Gesetz betreffend die Aenderung des Bankgesetzes.
- Gesetz über das deutsch-tschechoslowakische Abkommen betreffend Ueberleitung der Rechtspflege im Hultschiner Lande.
- Gesetz betreffend das deutsch-britische Abkommen über die Durchführung des Abschnittes IV von Teil X des Friedensvertrages.
- Gesetz zur Aenderung des Wehrgesetzes.
- Gesetz über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen.

- Gesetz betreffend ein Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland.
- Gesetz betreffend den Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Amnestievertrag.
- Gesetz über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit China.
- Gesetz betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät.
- Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues.
- Gesetz betreffend die Gebühren für die Auslandsbehörden.
- Gesetz betreffend die Ueberleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit.
- Gesetz über die Zuziehung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof.
- Gesetz über die Ausgabe von Schuldverschreibungen für die Sicherstellung der Reparationsverpflichtungen.
- Gesetz betreffend die Verlängerung des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.
- Gesetz zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen.
- Gesetz betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen.
- Gesetz über die Anmeldung des zur Durchführung des Artikels 202 des Friedensvertrages beschlagnahmten Luftfahrzeuggerätes.
- Gesetz betreffend die patentamtlichen Gebühren.
- Gesetz zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Auslande.
- Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften.
- Gesetz über den Staatsvertrag, betreffend den Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich.
- Gesetz über die Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes.
- Gesetz zur Durchführung der Artikel 169, 192, 202, 238 des Friedensvertrages.
- Gesetz über den Volksentscheid.
- Gesetz über die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.
- Gesetz über das Verbot des Goldverkaufs.
- Gesetz über das Abkommen mit Rußland über die Heimführung der Gefangenen.
- Verdrängungsschädengesetz.
- Kolonialschädengesetz.
- Auslandschädengesetz.
- Entschädigungsordnung.
- Diätengesetz.
- Wehrgesetz.

## Kleine Anfragen.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

1. Hoch, wegen übergroßer Verdienste der Eisen- und Stahlindustriellen bei Lieferung von Kriegsmaterial.
2. Schuch, wegen Gewährung von Beihilfen an unbemittelte Studenten.
3. Schuch, wegen Gewährung von Beihilfen für Kinder unbemittelter Eltern zum Besuch höherer Schulen.
4. Steinkopf: Wann wird der Gesekentwurf über Beamtenräte eingebracht?

5. Pfülf: Wann wird die Reichsregierung den Entwurf eines Reichsschulgesetzes vorlegen?
6. Siebel, wegen Massenkündigungen von Angestellten.
7. Simon (Schwaben) wegen Entlassung von Angehörigen der Reichswehr, die sich während des Kapp-Putsches verfassungstreu verhalten haben.
8. Hartleib, wegen harter Einfuhr von Automobilreifen.
9. Gruber, wegen politischer Treibereien Münchener Zeitfreiwilliger.
10. Jörgiebel: Ob der Moselwein, der mit schärferhaltigem Auslandszucker gesüßt wurde, in den Handel gebracht werden darf.
11. Steintoppf, wegen unzulänglicher Raumverhältnisse bei dem Bahnpostamt 25 in Königsberg.
12. Käppler: Ob die Marineverwaltung Gasöl billig zum Betrieb der Küstenfischerei herzugeben bereit ist.
13. Siebel, wegen der Beschäftigung von Bureaugehilfen bei den Steuerbehörden.
14. Sollmann: Ob die Regierung einen Gesetzentwurf zur Regelung von Personenschäden im besetzten Gebiet vorzulegen beabsichtigt.
15. Siebel, wegen unzureichender Organisation bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.
16. Hoch: Wann die Regierung den Gesetzentwurf zur Entschädigung Inlandsdeutscher vorlegen will?
17. Hellmann, wegen unzulässiger dienstlicher Vernehmungen von Postbeamten.
18. Schroeder: Ob die Regierung eine Verfügung zum Schutze von Beamtinnen, die uneheliche Mütter sind, erlassen will.
19. Wolff, wegen Außerkräftsetzung der Höchstmietenordnung durch das Amtsgericht in Tilsit.
20. Simon (Schwaben), wegen Hergabe von Ackerland und Mietwohnungen an die Militärverwaltung.
21. Hellmann: Ob die Regierung einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Lehrerbildung vorzulegen gedenkt.
22. Dr. Radbruch, wegen der Entlastung des vom Wuchergericht verurteilten und flüchtigen Geschäftsführers Birndörfer vom Edenhotel in Berlin.
23. Taubadel, wegen geheimer Waffenlager in der Stadt und im Landkreise Görlitz.
24. Meier, wegen ungenügender Verpflegung der Patienten der Heilstätte Beelitz.
25. Siebel, wegen Erlass einer Verordnung über die Bildung von Gesamtbetriebsräten für das Reichsfinanzministerium.
26. Tschacz: Ob die Reichsregierung bald einen Gesetzentwurf eines Reichswohlfahrtgesetzes vorlegen will.
27. Böffler, wegen der Ermordung des Zeitungsverlegers Kupka durch verummte polnische Banditen.
28. Simon: Ob die Reichsregierung den Notenwechsel mit der bayerischen Regierung über die Einwohnerwehrfrage vorlegen will.
29. Beims, wegen der hohen Frachtsätze für Milch.
30. Braun (Franken), wegen erheblicher Erhöhung der Preise für Wochen- und Monatskarten auf der Eisenbahn.
31. Feldmann, wegen Zerstörung einer Druckerei in Rattowitz.
32. Bender, wegen Nichtbeachtung des Betriebsrätegesetzes durch das Reichspostministerium.

33. Janschek, wegen Einstellung der Abteilungsarbeiten auf der Zeche „Magimilian“ bei Hamm.
34. Schreiber, wegen Vergebung des Schlafwagenbetriebes an die Mitropa.
35. Wels, wegen Nichterteilung von Druckaufträgen der Reichsministerien an die Reichsdruckerei.
36. Riedmiller, wegen Verlegung der Auszahlungsstelle für Kriegsbeschädigte von der Schweiz nach Deutschland.
37. Hoch, daß von Kriegsgefangenen, die aus Rußland heimgekehrt sind, Fingerabdrücke genommen wurden.
38. Meier, wegen anderweitiger Verteilung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer an die Gemeinden.
39. Reil, wegen Verminderung der Fahrpreise für Wochen- und Monatskarten.
40. Sollmann, wegen Herbeiführung eines französisch-rheinischen Spiritusmonopols.
41. Seppel, wegen angeblicher Beseitigung der Preßfreiheit durch die Staatsanwaltschaft bei der „Schleisschen Arbeiterzeitung“.
42. Meier: Ist die Reichsregierung bereit, die Wertgrenzen im Lohnpändungsrecht wesentlich zu erhöhen?
43. Schroeder: Was hat die Regierung zum Schutze der unehelichen Kinder getan, und was ist geschehen zur Neuordnung des Ehescheidungsrechts?
44. Pfülf, wegen chauvinistischer Hege durch Lehrstühle.

## Antworten.

1. Die Angelegenheit ruht beim parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Das Ergebnis ist unbekannt.
2. Die Reichsregierung ist mit den Regierungen der Länder bereit, die Notlage zu lindern.
3. In dem künftigen Etat werden zu diesem Zwecke Mittel eingestellt, jedoch bleibt den Ländern vorbehalten, die nötigen Mittel zu gewähren.
4. Der Gesetzentwurf kann im August 1920 vorgelegt werden. (Wurde im Juni 1921 eingebracht.)
5. Der Gesetzentwurf dürfte im Herbst 1920 vorgelegt werden.
6. Die Reichsregierung wird, soweit es angängig ist, Massenkündigungen vermeiden.
7. Der Reichswehrminister sagte eine Untersuchung der vorgenommenen Entlassungen zu.
8. Die Einfuhr von Gummireifen kann für die Dauer nur verboten werden, wenn die deutschen Gummifabrikanten eine wesentliche Herabsetzung der Preise vornehmen.
9. Die Freiwilligenverbände sind aufgelöst und die in die Reichswehr eingetretenen Schüler wurden entlassen.
10. Die Genehmigung wird in Aussicht gestellt.
11. Der Mangel soll schnellstens behoben werden.
12. Es wird in Aussicht gestellt, billiges Gasöl für Fischereizwecke verfügbar zu machen.
13. Die Reichsfinanzverwaltung ist bereit, tüchtige Bureaugehilfen auch fernerhin zu beschäftigen.
14. Der gewünschte Gesetzentwurf soll baldigst vorgelegt werden.
15. Die Regierung hofft die bestehenden Mängel bald beheben zu können.
16. Der Gesetzentwurf liegt dem Reichsrat vor und dürfte bald dem Reichstag vorgelegt werden können.

17. Die Untersuchungen sind eingestellt.
18. Eine allgemeine Anordnung, daß uneheliche Mutterschaft kein Entlassungsgrund und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen sei, kann nicht in Aussicht gestellt werden.
19. Die Rechtsgültigkeit der Preussischen Höchstmietenordnung unterliegt keinem begründeten Zweifel.
20. Die Inanspruchnahme von Ackerland ließ sich nicht umgehen und die Wohnungen der gekündigten Mieter werden für verheiratete Unteroffiziere benötigt.
21. Wenn die Frage der Kostendeckung in befriedigender Weise geklärt ist, wird der Gesetzentwurf vorgelegt.
22. Die Auslieferung Birndörfers ist gefordert. Auf die Enthastung hat die Regierung keinen Einfluß.
23. Geheime Waffenlager waren vorhanden. Der verantwortliche Offizier hat seinen Abschied erhalten.
24. Die Verpflegung ist im allgemeinen ausreichend. Weitere Erhebungen werden angestellt.
25. Die gewünschte Verordnung ist hergestellt und tritt demnächst in Kraft.
26. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.
27. Der deutsche Bevollmächtigte in Opatowitz ist nachdrücklich bei der interalliierten Kommission vorstellig geworden. Aussichten auf ein ordentliches Gerichtsverfahren bestehen nicht.
28. Das Schreiben der bayerischen Regierung ist bereits im Austausch mitgeteilt worden.
29. Die Nachprüfung der Tariffäge für Milch erfolgt beschleunigt.
30. Eine Ermäßigung wird nicht in Aussicht gestellt.
31. Die Entschädigungsfrage wird gelöst, wenn das Schicksal Oberschlesiens entschieden ist.
32. Ueber die Frage verhandeln die beteiligten Ministerien.
33. Der Abbruch der Arbeiten ließ sich nicht vermeiden, die Beschäftigten sind zum Teil anderweitig untergebracht.
34. Der Schlafwagenbetrieb wird nach einem lange abgeschlossenen Vertrage unter für das Reich günstigen Verhältnissen von der Mitropa geführt.
35. Eine genügende Versorgung der Reichsdruckerei mit amtlichen Druckaufträgen wird nachdrücklich angestrebt.
36. Die Verlegung der Auszahlungsstelle wird erfolgen, wenn die neuen Räume hergestellt sind.
37. Die Abnahme der Fingerabdrücke ist von der Polizeidirektion veranlaßt; dagegen sind Schritte unternommen.
38. Eine Aenderung kann nicht in Aussicht gestellt werden.
39. Eine Herabsetzung der Tarife tritt am 1. September in Kraft.
40. Gegen diese Bestrebungen ist in London, Paris und Brüssel Einspruch erhoben.
41. Die Maßnahmen sind rechtlich begründet. Es ist nur eine Warnung erfolgt. Eine Entschädigungspflicht kann sich daraus für die Reichsregierung nicht ergeben.
42. Die Reichsjustizverwaltung ist bereit, das Lohnpfändungsrecht in sozialer Weise fortzubilden und die Wertgrenzen abermals zu erhöhen.
43. Ein Gesetzentwurf über die rechtliche Besserstellung der unehelichen Kinder dürfte bald vorgelegt werden. Die Frage der Neuordnung des Ehescheidungsrechts wird gegenwärtig erörtert.
44. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, in der Angelegenheit etwas weiteres zu veranlassen.

## Reichshaushalt für 1921.

Der Haushaltsplan mit dem erst vor kurzer Zeit verabschiedeten Nachtrag für das Rechnungsjahr 1921 schließt mit einer Ausgabe von 108 160 285 986 Mark ab.

Die Größe der Summe ist erst richtig zu erkennen, wenn berücksichtigt wird, daß die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden in der Zeit vor dem Kriege zusammen jährlich 5500 Millionen Mark betragen haben. Die Ausgaben haben sich also verzehnfacht, und dabei ist zu bedenken, daß die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden schnell weiter anwachsen.

Eine neue Teuerungswelle geht über das Land. Die unmittelbare Folge wird sein, daß die Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die im Dienste des Reichs, der Länder und Gemeinden stehen, nicht unbeträchtlich erhöht werden müssen, und daß auch eine Erhöhung der Pensionen und Renten vorgenommen werden muß. Die direkte und indirekte Mehrbelastung des Reichs, die sich daraus ergibt, dürfte weit mehr als 10 Milliarden betragen.

Das Gleichgewicht im Haushaltsplan konnte nur hergestellt werden durch Begebung neuer Schulden in Höhe von 57 449 445 601 M.

In den riesigen Ausgaben sind aber für die Zwecke der Erfüllung des Pariser Ultimatums erst 26,5 Milliarden Mark enthalten. Die jährlichen Mindestausgaben dafür betragen nach den Angaben des Reichsfinanzministers Dr. Birtz aber 50 Milliarden Mark. Das ist eine überaus mäßige Schätzung und es dürfte sehr wahrscheinlich werden, daß, wenn die Besatzungskosten nicht bald beträchtlich herabgesetzt werden — die bisherigen Ausgaben dafür sollen rund 80 Milliarden Mark betragen —, und wenn nicht ebenso bald eine Besserung des Wertes der deutschen Papiermark eintritt, mit einer weit höheren Milliardenzahl für die Zwecke der Reparation gerechnet werden muß.

Von der Zahlung der in dem Pariser Ultimatum festgesetzten Summe von jährlich 2 Goldmilliarden Mark, zu denen noch die 26 Proz. des Ausfuhrwertes und die Kosten der Besatzungsarmee kommen, steht keine Befreiung bevor. Die Reichsregierung und die Regierungsparteien haben daher, wenn sie die Selbständigkeit des Reichs erhalten und die Besetzung und den Verlust wichtiger Teile Deutschlands vermeiden wollen, die dringende Pflicht, darauf hinzuwirken, daß der Haushalt des Reichs ins Gleichgewicht kommt.

Das kann nur erreicht werden, wenn neue und ergiebige Steuerquellen erschlossen werden und zugleich eine ernsthafte Sparsamkeit betrieben wird.

Die kommende Tagung des Reichstags muß und wird daher im Zeichen der Steuerkämpfe stehen. Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Steuerpolitik einstellen auf die Bedürfnisse des Reichs und nach der Leistungsfähigkeit derer, die Einkommen und Vermögen haben, und sie wird bei dem Bestreben, zu sparen, ebenfalls die sozialen Gesichtspunkte im Auge behalten.

### Ordentlicher Haushalt für das Jahr 1921 einschließlich des Nachtrags.

	Einnahmen:	Mill.
1. Reichspräsident		10 000
2. Reichstag		27 410
3. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichsstaatskanzlei		9 820
4. Auswärtiges Amt		140 500 000
5. Reichsministerium des Innern		13 615 846
6. Reichswirtschaftsministerium		147 730 421

	Mr.	300
6a. Vorläufiger Reichswirtschaftsrat		
7. Reichsarbeitsministerium	32 368 060	
8. Reichswehrministerium	399 378 936	
9. Reichsjustizministerium	27 467 260	
10. Reichsschatzministerium	119 594 863	
11. Reichsverkehrsministerium	127 520 660	
11a. Reichsernährungsministerium	30 808 217	
12. Allgemeiner Pensionsfonds	10 776	
13. Rechnungshof	12 255	
14. Reichsschuld	2 479 325 324	
15. Reichsfinanzministerium	42 094 242	
16. Reichsministerium für Wiederaufbau	60 838 831	
17. Allgemeine Finanzverwaltung		
Besitz- und Verkehrssteuern:		
a) Fortdauernde	25 708 000 000	
b) Einmalige	2 000 000 000	
Zölle und Verbrauchssteuern	10 589 000 000	
Sonstige Abgaben	4 970 795 525	
Ausgleichsbeiträge	540 000	
Vom Reichsmonopolamt für Branntwein	62 000 000	
Bantweien	1 530 018 500	
Sonstiges	3 435 799	
Summa:	48 480 103 045	

## Ausgaben:

	Fortdauernde	Einmalige
	Mr.	Mr.
1. Reichspräsident	1 548 875	56 500
2. Reichstag	28 878 083	270 000
3. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	2 634 950	—
4. Auswärtiges Amt	399 082 961	34 730 750
5. Reichsministerium des Innern	1 718 698 394	1 083 839 495
6. Reichswirtschaftsministerium	63 193 834	54 591 800
6a. Vorläufiger Reichswirtschaftsrat	9 297 160	—
7. Reichsarbeitsministerium	1 776 140 023	53 102 000
8. Reichswehrministerium	3 376 101 233	282 794 400
9. Reichsjustizministerium	51 339 110	308 000
10. Reichsschatzministerium	343 886 251	7 933 749
11. Reichsverkehrsministerium	441 440 082	189 983 140
11a. Reichsernährungsministerium	19 219 469	72 218 500
12. Allgemeiner Pensionsfonds	8 147 289 676	—
13. Rechnungshof	6 387 409	—
14. Reichsschuld	16 100 412 887	21 059 427
15. Reichsfinanzministerium	1 829 461 690	262 131 000
16. Reichsministerium für Wiederaufbau	142 070 697	1 450 000
17. Allgemeine Finanzverwaltung	11 942 901 500	15 700 000
Summa:	46 399 934 284	2 080 168 761

Ordentlicher Haushalt.

Gesamtausgaben: 48 480 103 045 Mrk.

## Außerordentlicher Haushalt für das Jahr 1921 einschließlich des Nachtrags.

	Mr.	71 037 724
6. Reichswirtschaftsministerium		
7. Reichsarbeitsministerium	1 810 082 913	
10. Reichsschatzministerium	335 758 678	
11. Reichsverkehrsministerium	8 000 000	
11a. Reichsernährungsministerium	5 858 025	
14. Reichsschuld:		
a) Tilgung	469 001 603	
b) Aus dem Reichsnotopfer	7 800 000 000	
c) Anleihe	49 180 443 998	57 449 445 601
Summa:	59 680 182 941	
Ausgaben:		
1. Reichspräsident	—	—
2. Reichstag	—	—
3. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	—	—
4. Auswärtiges Amt	—	67 362 000
5. Reichsministerium des Innern	—	133 092 639
6. Reichswirtschaftsministerium	—	3 200 411 765
7. Reichsarbeitsministerium	—	16 755 803
8. Reichswehrministerium	—	24 500 000
9. Reichsjustizministerium	—	415 000 000
10. Reichsschatzministerium	—	659 150 000
11. Reichsverkehrsministerium	—	8 648 225 367
11a. Reichsernährungsministerium	—	—
12. Allgemeiner Pensionsfonds	—	—
13. Rechnungshof	—	469 001 603
14. Reichsschuld	—	1 250 000
15. Reichsfinanzministerium	—	156 391 100
17. Allgemeine Finanzverwaltung:		
a) Bau von Fisch- und Handelsdampfern	216 000 000	
b) Für verfenkte Schiffe ans Ausland	175 000 000	
c) Für russische Internierte	25 000 000	
d) Deckung der Fehlbeträge bei der Reichspost und Reichseisenbahn	18 883 087 745	19 299 087 745
17a. Ausführung des Friedensvertrags	—	26 589 954 919
Summa:	59 680 182 941	
Gesamtausgaben:		
Ordentlicher Haushalt	48 480 103 045 Mrk.	
Außerordentlicher Haushalt	59 680 182 941	
Summa:	108 160 285 986 Mrk.	

	Mr.
Die Gesamtausgaben der Reichspost betragen	11 346 203 345
Die Gesamteinnahmen der Reichspost betragen	6 831 360 500
Der Reichszuschuß beträgt	4 514 902 845
Die Gesamtausgaben der Reichseisenbahnen betragen	41 976 184 900
Die Gesamteinnahmen der Reichseisenbahnen betragen	27 608 000 000
Der Reichszuschuß beträgt	14 368 184 900



# Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

Abgehalten in Görlitz vom 18.—24. September 1921



## Eröffnungssitzung.

Sonntag, den 18. September 1921, abends 6 Uhr.

Hugo Keller - Görlitz: Parteigenossinnen und -genossen! Seitens der örtlichen Parteileitung wie auch der Parteigenossen von Görlitz und Umgegend ist mir als ältestem unter den Parteigenossen in Görlitz, worin allerdings noch kein besonderes Verdienst zu liegen braucht, die ehrenvolle Aufgabe zuteil geworden, Sie zum diesjährigen Parteitage zu begrüßen. Wenn Sie in der „Görlitzer Volkszeitung“ die Darstellungen über die Entwicklung der Partei am hiesigen Orte und in der Umgegend aufmerksam studieren, werden Sie daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß uns diese Ergebnisse nicht im Handumdrehen zugefallen sind. Sie sind der Erfolg einer jahrzehntelangen mühseligen und opferreichen Arbeit.

Die erste politische Organisation in Görlitz ist im Juli 1868 ins Leben gerufen worden. Es war mir vergönnt, an dieser Errichtung teilzunehmen. Aus Anlaß einer Versammlung, welche die Fortschrittspartei zur Errichtung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine am Orte arrangiert hatte, wurde im „Kronprinzen“ am Nikolaigraben eine Versammlung veranstaltet, und dort fanden sich eine Anzahl Leute, die bereits die damalige sozialistische Literatur, namentlich die Lassalle'schen Schriften studiert hatten, ohne einander gekannt zu haben. An diesem Tage wurde die erste politische Organisation in Görlitz ins Leben gerufen. 28 Mitglieder traten ihr bei und 5 erklärten nachträglich ihren Beitritt.

Dieses kleine Häuflein hatte zunächst keine leichte Aufgabe. Wir hatten starke Gegner in den bürgerlichen Kreisen. Görlitz war von jeher eine Hochburg des Liberalismus. Ihm gegenüber war der Kampf kein leichter, ganz besonders deshalb, weil er in der Stadt populäre Persönlichkeiten, bekannte Großindustrielle als seine Propagandisten und später als Reichstagsabgeordnete präsentieren konnte. Ein weiterer großer Widerstand zeigte sich in dem Wahlkreise Görlitz-Lauban und in dem erweiterten Bezirke in der zahlreichen Landbevölkerung, die auch in anderen Kreisen außerordentlich schwer zu gewinnen ist. Die Agitation unter den Landbewohnern ist eine ganz besonders schwere. Diese Hindernisse konnten nur allmählich überwunden werden, und es war eine harte Arbeit. Das kleine Häuflein der Genossen scheute aber nicht davor zurück, diese Arbeit zu übernehmen. Leider kam einige Jahre später der Krieg von 1870. Die Organisation umfaßte damals fast lauter junge Leute, die ins Heer einberufen wurden, und es blieb nur noch ein Rest von 6 Personen übrig. Diese 6 Personen hatten nun die Hoffnung, weil während des Krieges eine Propaganda so gut wie ausgeschlossen war, nach Rückkehr ihrer Genossen die Arbeit gemeinsam wieder aufnehmen zu können. Da hatten wir uns aber gewaltig getäuscht. Ein Teil kam krank aus dem Kriege zurück. Ein anderer kam mit Dekorationen und brachte ganz andere Anschauungen unter uns, so daß wir diese Leute nicht mehr für uns gebrauchen konnten.

Das übrig gebliebene kleine Häuflein mußte nun sehen, wie es das Zerstückte wieder aufbauen konnte. Das geschah mit Eifer und Opfermut. Im Laufe einiger Jahre wurde die Organisation immer stärker, bis endlich 1878 das

Sozialistengesetz erschien und damit alle Organisationen, selbst die wirtschaftlichen, soweit sie sich damals hier entwickelt hatten, zerstört wurden.

Eine gleiche Entwicklung hatte auch die gewerkschaftliche Organisation. Gegen Ende des Jahres 1868 wurden hier Organisationen der Maurer und der Fabrik- und Handarbeiter gegründet. Die Agitation war auch hier schwierig, aber der Erfolg war noch größer als bei der politischen Organisation. Auch hier räumte das Sozialistengesetz vollständig auf. Diejenigen, die die Periode des Sozialistengesetzes mitgemacht haben, wissen, wie schwierig die Agitation war. Aber ich kann Ihnen heute verraten, daß während des ganzen Sozialistengesetzes hier eine politische Gruppe bestanden hat, die allerdings nur in einer losen Form die Möglichkeit hatte, Propaganda zu treiben. Sie sorgte dafür, daß der Gedanke des Sozialismus in die Bevölkerung hinein getragen wurde. In der Wahlbewegung von 1884 hatten wir nur 40 Warte zur Verfügung. (Heiterkeit)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch eine kleine Episode erwähnen. Eine Anzahl Jünger der schwarzen Kunst sagten sich: Ohne Flugblatt können wir keine wirksame Agitation entfalten, wir wollen also den Görlitzer Genossen behilflich sein und ihnen ein Flugblatt herstellen. Sie erbot sich, in einer Nacht in eine benachbarte Stadt zu gehen, um dort das Flugblatt herzustellen. Sie marschierten 20 Kilometer weit, und als sie dort ankamen, fanden sie das Lokal ihres Kollegen verschlossen. Er hatte es mittlerweile mit der Angst zu tun bekommen und geglaubt, es würde ihm die Kundschaft entziehen, wenn bekannt würde, daß in seiner Druckerei heimlich ein sozialistisches Wahlflugblatt hergestellt worden wäre. Wir erreichten aber doch den Zweck. Ein Genosse erbot sich, in Oesterreich ein solches Flugblatt herstellen zu lassen und schmuggelte es selbst über die Grenze.

Solche und ähnliche Schwierigkeiten stellten sich uns bei der Agitation entgegen. Wir wurden auch überwacht. Man schickte uns Spitzel auf den Hals. Wir sind auch nicht von einer Spaltung der kleinen Gruppe verschont geblieben. Im Jahre 1887 trat diese Spaltung aus taktischen Gründen ein. Eine Anzahl Parteigenossen glaubte, daß es notwendig wäre, eine festere Form für die Zusammenfassung der Parteigenossen zu haben, und sie wählten dazu die Errichtung eines Vergnügungsvereins. Sie mußten aber dabei die Erfahrung machen, daß sich Leute mit eindrängten, die für eine politische Propaganda nicht zu gebrauchen waren. Erst gegen Ende der achtziger Jahre, als ein Verein zur Herbeiführung vollstündlicher Wahlen gegründet wurde, gelang es, auch hier einen solchen ins Leben zu rufen, und damit war die Grundlage geschaffen, daß beide streitenden Teile wieder auf gemeinsamem Boden zusammenarbeiten konnten. Nach Fall des Sozialistengesetzes änderte sich auch das. Der Name wurde umgeändert und ein sozialdemokratischer Verein hier am Orte ins Leben gerufen.

Im Laufe der Zeit haben wir also manches Ueble erfahren. Wer unter dem Sozialistengesetz gearbeitet hat, wird wissen, daß die bürgerliche Presse und einzelne Personen in Verunglimpfung der Partei und ihres Ideals das denkbar Möglichste leisteten. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde daran gedacht, im Wahlkreis ein eigenes Blatt zu gründen. Die Voraussetzung für die Existenz eines solchen Blattes war aber nicht gegeben, und es ging wieder ein. Ein zweiter Versuch wurde von einer Einzelperson bei der Wahl im Jahre 1887 gemacht. Nur wenige Nummern dieser Zeitung erschienen damals, und es mußte auch wieder eingehen. Ebenso ging es uns nach Aufhebung des Sozialistengesetzes. Wir mußten erkennen, daß die Partei noch nicht so erstarkt war, daß sie ein eigenes Organ ins Leben rufen konnte.

Bei der Wahl im Jahre 1898 erlebten wir eine so miserable Kampfweise unserer Gegner, daß dadurch die Parteigenossen äußerst erregt und mehrere fest entschlossen waren, nunmehr ein eigenes Organ ins Leben zu rufen, damit wir zu geeigneter Zeit die Verunglimpfungen und Verdrehungen unserer Ideale zurückweisen konnten. Der Ruf gelang, und unser Genosse Müller, der, nachdem der erste Lokalredakteur nach einigen Monaten sein Amt niedergelegt hatte, nunmehr die Redaktion übernahm, wird wohl heute mit etwas gemischten Gefühlen noch an jene Zeit zurückdenken, wo er in einem winzigen Lokal, in dem er sich kaum umdrehen konnte, als Redakteur, Geschäftsführer, Expedient und dergleichen in einer Person seine erfolgreiche Tätigkeit hier entfaltete. (Heiterkeit.)

Im weiteren Verlaufe der Entwicklung ging es langsam vorwärts. Während wir im Jahre 1877 eine Stimmzahl von 1672 auf unseren Kandidaten Otto Kapell vereinigen konnten, hatten wir bei den Wahlen 1878 einen Rückgang zu verzeichnen. Wir konnten uns nur langsam entwickeln, verstanden es aber, uns fest zu behaupten, und dadurch ist das geworden, was Sie heute fertig vor Augen sehen. Im Jahre 1912 gelang es uns zum ersten Male, eigene Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften zu entsenden. Jetzt haben wir im Bezirk 40 000 organisierte Mitglieder, von denen 3000 auf die Stadt Görlitz entfallen. Die wirtschaftliche Organisation umfaßt im ganzen 115 000 Mitglieder, wovon 15 000 auf die Stadt entfallen. Diese Zahlen sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Arbeit. Sie zeigen, daß wir das erreicht, was wir gewollt haben. Wenn wir auch noch nicht am Ziele angelangt sind, bürgen doch die Massen dafür, daß die nötigen Soldaten vorhanden sind, um auch die Schlachten zur Erreichung des Zieles noch zu schlagen.

Parteigenossen, eine große politische Rede von mir zu hören, werden Sie wohl nicht erwarten, da dazu in der nächsten Woche ausreichende Gelegenheit geboten wird. Ich möchte hier nur den Delegierten, die in den nächsten acht Tagen eine sehr ernste Aufgabe zu erfüllen haben, den Wunsch mit auf den Weg geben: Möge es ihnen gelingen, eine Grundlage zu finden, auf der die streitenden Elemente wieder zur Einigkeit gelangen, damit die Werbe- und Stoßkraft der Partei gegenüber unseren Gegnern verstärkt wird. (Lebhafte Beifall.)

Hermann Müller: Genossinnen und Genossen! Wir haben eben wieder die Freude gehabt, einen unserer Asten zu hören, einen von denen, die der Kampf für die Partei wunderbar frisch erhalten hat und denen es dieser Kampf viel leicht überhaupt nur ermöglicht hat, im harten Kampf ums Dasein bis ins 79. Jahr durchzuhalten. In ihm grüßte uns wieder die Tradition. Was er auseinanderlegte, zeigte uns, daß auch in diesem Bezirk die Arbeitermassen auf unserer Seite sind.

Man hat uns in den letzten Jahren so oft gehöhnt, als ob wir die Partei der Beamten, der Angestellten, der Kleinbürger wären und die Massen nicht hätten. Ich glaube, die letzten Tage, insbesondere die Generalversammlung des großen Metallarbeiterverbandes in Jena hat gezeigt, daß die Massen auf unserer Seite sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und so wird es auch bleiben. In diesem stolzen Bewußtsein können wir getrost auch in diesem Jahre an das schwere Werk gehen.

Wir haben auf diesem Parteitag eine reichhaltige Tagesordnung. Wir wollen u. a. die wichtige Programmfrage erledigen. Unsere Parteitage sollen keine Schaustellungen sein, sondern sollen zeigen, wie wir mit den Dingen ringen. (Sehr richtig!) Es ist nicht meine Absicht, mich im einzelnen mit der Programmdebatte zu befassen. Ich will mich nur auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken.

In dieser Woche sind es 20 Jahre her, daß August Bebel auf dem Parteitag in Lübeck vorschlug, eine Programmkommission für das nächste Jahr einzusetzen, weil er meinte, die fortgesetzte Kritik am Programm zwinge zu einer Verständigung über die Aenderungen, die vorgenommen werden müßten. Erst 20 Jahre später kommen wir dazu, einen ersten Versuch zur Programmänderung zu machen. Wir wollen nicht vergessen, daß in den vergangenen dreißig Jahren unser Erfurter Programm ein starker Förderer unserer Bewegung gewesen ist. Wenn durch die tatsächliche Einwirkung einzelne Teile des Programms veraltet sind, so hat das unserer Bewegung nichts geschadet. Der Motor unserer Bewegung war immer der entschlossene Wille zum Ziel, d. h. auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus zu kommen. (Bravo!)

Ueber diesen Willen ist auch heute bei aller Kritik an den Arbeiten der Programmkommission nicht der geringste Zweifel. Wir haben heute ganz andere Schwierigkeiten bei der Programmbildung, als wir sie vor zwanzig Jahren voraussehen konnten. Wir sind unter dem alten Programm schon zur größten politischen Partei Deutschlands geworden, nicht zuletzt deshalb, weil wir eine scharf umrissene Weltanschauung hatten, die den ökonomischen und politischen Tendenzen der Entwicklung nachspürte und sie gemeinverständlich den Massen aufzeigte. Unser Programm muß unsere sozialistische Weltanschauung rein erhalten (sehr gut!); und wenn wir die Mehrheit und die Macht haben, dann wollen wir unsere sozialistische Weltanschauung rein durchsetzen. (Sehr richtig!)

Für heute sind wir aber noch nicht so weit, nicht zuletzt wegen der verfluchten Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung (sehr richtig!), unter der wir so sehr leiden. Bis wir zu unserem Ziele kommen, haben wir noch schwere Tagesarbeit zu leisten, um die republikanisch-demokratischen Fundamente zu festigen, auf denen allein der sozialistische Bau der Zukunft errichtet werden kann.

Wie die deutschen Verhältnisse nun einmal liegen, werden wir in den nächsten Jahren nur auf den Wegen der Koalitionspolitik arbeiten können. Und in der Koalitionspolitik drückt sich nun einmal die Weltanschauungspolitik nur in Prozenten aus. Das gilt für jede Partei, die an einer Koalition teilnimmt. Das sollten sich die Kritiker unserer Tagespolitik merken.

Was wir zur Festigung unseres republikanisch-demokratischen Staatswesens noch zu leisten haben, haben uns die letzten Wochen mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt. (Sehr wahr!) Erzberger, der Führer einer bürgerlichen Partei, der sich selbstlos nach dem militärischen Zusammenbruch auf den Boden der Republik gestellt hatte, ist von feigen Kanakillen der Mörderbrigade Ehrhardt heimtückisch erledigt worden. (Pfui!) Die Art der Ausführung war von unsäglichster Rohheit. Die Mörder sind von jener Sorte, die im Kriege die Gefangenen mißhandelt und die Deutschland in den Ruf eines Landes der Barbaren gebracht haben. (Sehr richtig!) Soche Bestien wurden viereinhalb Jahre lang auf die Menschheit losgelassen, und sie haben Millionen unserer braven Soldaten draußen in der Welt um den guten Namen gebracht.

Die Atmosphäre für den Mord ist vorbereitet worden durch die infernalische Heße der Deutschnationalen während der letzten Jahre. (Sehr richtig!) Und warum diese Heße? Erstens weil Erzberger sich nach dem Zusammenbruch auf den Boden der Republik gestellt hatte, zweitens, weil er nach dem Zusammenbruch gegen alle militärischen Abenteurer im Balkikum und anderwärts sich aufs entschiedenste gewehrt hatte, und endlich, weil Erzberger Reichsfinanzreformvorschläge gemacht hatte, die die Reichen nach ihrem Besitz und Einkommen treffen sollten. Das letztere hat ihm die meisten Gegner geschaffen. Es ist den deutschvölkischen Deutschnationalen — denn es gibt in Deutschland keine Rechts von den Deutschnationalen — vorbehalten geblieben, den Mord

politischen Kampfmittel zu erheben. (Sehr richtig!) Freilich der Herr Staatsminister a. D. Hergt hatte neulich in München auf dem Deutschnationalen Parteitag nach dem Bericht der „Kreuzzeitung“ die Frechheit, mützlich folgendes zu erklären: „Wir werden der Sozialdemokratie die Maste vom Gesicht herunterreißen, ihr, die stets den politischen Mord gepredigt hat.“ Jede Seite unserer Parteigeschichte beweist das Gegenteil. (Sehr richtig!) Doch was braucht Herr Hergt die Geschichte der politischen Parteien zu kennen? Er war unter dem desertierten letzten Preußenkönig Fachminister und hegt heute gegen die Republik, indem er die republikanischen Parteien in geradezu pathologischer Weise verleumdet. Deshalb ist er eigentlich reif dafür, daß ihn die medizinische Fakultät der Universität Königsberg zum Ehrendoktor macht. (Große Heiterkeit.) Sie hat das mit dem pathologischen Lügner Ludendorff auch getan, der im Lande herumreißt und „nachweist“, daß er eigentlich niemals annexionistische Politik getrieben habe. (Heiterkeit.) Es ist jedenfalls kein Zufall, daß in den nationalpolitischen Kreisen der Ehrhardt-Brigade die Mörder Erzbergers festgestellt sind und ganz sicher auch die Mörder von Gareis sind. (Zustimmung.) Denn in den Reihen dieser Abenteurer sitzen viele, die nur aus Lust am Töten sich diesen Banden angeschlossen haben. (Sehr richtig!) Es ist Pflicht der Selbsterhaltung der Republik, mit allen staatlichen Mitteln diese Banden unschädlich zu machen. (Sehr gut!) Es handelt sich dabei nicht nur um den südbayerischen Seuchenherd, sondern auch in Schlesien liegen die Dinge ebenso schlimm. Auch dort stehen und mordeten diese Landstroläche zum Schrecken der friedliebenden Bevölkerung, wie die Berichte in den letzten Tagen gezeigt haben. Herr Hergt kann dort beobachten, wo Mord gepredigt und getätigt wird. Wenn die Sozialdemokratische Partei, wie Herr Hergt behauptet, den Mord gepredigt hätte, dann hätte sie nach dem 9. November Gelegenheit dazu gehabt, diese Theorie in die Praxis umzusetzen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Dann wären vermutlich von den Hohenzollern nicht mehr übrig geblieben als von den Romanows übrig sind; dann würde wahrscheinlich der Prinz Eitel Schieberich seinen feissen Hinterfrontbauch (stürmische Heiterkeit) nicht mehr im Stadion und anderwärts präsentieren können, z. B. bei Regimentsfeiern in Berlin und Stettin. Dann wäre auch Gelegenheit gewesen, bei manchem Reaktionär zu untersuchen, ob er in der Lage gewesen wäre, viel Geist aufzugeben. (Heiterkeit.)

Die Novemberrevolution war aber die unblutigste Revolution, die die Weltgeschichte je gesehen hat. (Sehr richtig!) Auch nachher sahen wir die Gewaltpolitik der Ehrhardt-Deute und ihres Reichstanzlers, des Deutschnationalen Kapp, auf der einen Seite, des Mag Hülz und seiner Genossen auf der anderen Seite. Aber die ganze Art, wie die Deutschnationalen den Parteifamw führen, hat in Deutschland zu einer Verwilderung der politischen Sitten geführt, die schleunigst Abwehnmittel erheischt, und zwar nicht durch Ausnahmeverordnungen, die immer nur ein Nothbehelf sein können, sondern durch Gesetz muß der Schutz der Republik festgelegt werden. (Sehr wahr!) Alle anständigen Deutschen müssen sich zusammenum, damit diesen deutschnationalen Morbbuben und Gassenjungen das Handwerk gelegt wird. (Bravo!) Wir sind es unserm Ruf im Ausland schuldig, mit allen Mitteln durchzusetzen, daß in der Republik und in ihren Ländern eine demokratische Verfassung eingeführt wird, daß dort ein Justiz waltet, die im republikanischen Staatswesen nicht wie ein Fremdkörper wirkt. (Sehr richtig!) Dabei muß vor allen Dingen auf den Nachwuchs in Verwaltung und Justiz geachtet werden. Die deutschnationalen Jünglinge, die jetzt auf höheren und Hochschulen geächtet werden, eignen sich nicht für den Staatsdienst der Republik. (Sehr wahr!) Sie mögen in die Schmirindustrie gehen, dort werden die Arbeiter sie schon Mores lehren. (Heitere Zustimmung.)

So wird der kommende Winter im Reiche und in den Ländern uns schwere, verantwortungsvolle Arbeit bringen. Wir müssen vor allen Dingen in die preußische Regierung. (Sehr gut!) Der Weg dazu muß gefunden werden. Wenn das nicht gelingen sollte, dann würden wir nicht nur in den Ländern, sondern auch im Reiche in die schärfste Opposition gehen und dabei Gelegenheit geben, den Unterschied zwischen der Haltung, die wir bisher sozialistischeren Regierungen gegenüber eingenommen haben, und dem, was wir unter schärfster Opposition verstehen, kennen zu lernen. (Beifall.)

Die gesamte Exekutive liegt heute nach unserer Reichsverfassung noch in den Einzelstaaten, und was das heißt, haben die letzten Wochen mit genügender Deutlichkeit gelehrt. Aber wir müssen auch das Kommende sehen. Es ist kein Zweifel darüber, daß in Bayern Kräfte am Werke sind, die es nach einem neuen Militärputsch gelüftet. Es gilt, mit allen Mitteln im Interesse der Republik diese Kräfte zu isolieren. Wir müssen darauf achten, daß dieser preußisch-bayerischen Militärclique, die in München haust, und die in dieser Zeit der Teuerung Gelegenheit zu monarchistischen Experimenten gekommen zu sehen glaubt, das Handwerk gelegt wird. Der kommende Winter muß uns in ständiger Alarmbereitschaft finden. (Sehr wahr!)

Die Reaktionen versichern uns freilich, daß sie gegenüber unseren Kampfmitteln nicht mehr die großen Befürchtungen früherer Zeit haben, daß sie aus dem verachteten Abenteuer Kapps gelernt hätten. Sie haben ein ganz besonderes Mittel in petto. Der Landbund der Provinz Brandenburg hat dieses Mittel sogar zur Abwehr der Steuerpläne der Reichsregierung empfohlen: es ist das Mittel des Lieferungsstreiks gegen die Städte. Damit glaubt in gespannter politischer Situation die Reaktion schließlich zum Siege zu kommen. Es ist erklärt worden, daß die Städte ausgehungert würden, und daß der Militärstreik vom ersten Tage ab reiflos durchgeführt würde. Unter den Arbeiterkindern der Städte soll also der Säuglingstod noch mehr wüten als bisher. (Pfui!) Das sagen die Heuchler, die sich jahrelang über die Wirkungen der englischen Blockade entrüstet haben. (Sehr gut!) Diese Bestien in Menschengestalt sind doch eigentlich keinen Deut besser als die Mörder Erzbergers. (Sehr richtig!) Es sind dieselben Kreise, die stets ihre Steuerscheu mit der schwarzweißroten Fahne zu bemänteln suchten. Aber diese Kreise sollen sich gesagt sein lassen: sie haben die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Widen sie sich denn wirklich ein, daß die 800 000 organisierten Landarbeiter sich mit ihren Verbänden zu ihren Ausbeutern halten und gegen die städtische Arbeiterschaft Stellung nehmen werden? Im übrigen glauben Sie, daß die Arbeiter in den Städten sich so ruhig hinsetzen und langsam verhungern würden? (Heiterkeit.) Ich glaube, davon kann gar nicht die Rede sein. Die Herren vom Landbund sollen sich klar darüber sein, daß die Anwendung ihres Lieferungsstreiks nichts weniger als den Bürgerkrieg bedeuten würde. (Sehr wahr!) Freilich, als diese Herren wegen ihres teuflischen Planes zur Rede gestellt wurden, haben sie gemeint, daß das zunächst ja nur eine theoretische Erörterung gewesen wäre. (Heiterkeit.) Wir sind immer Freunde der Theorie gewesen und wir wollen einmal die Theorie hier über den Punkt hinaus weiterentwickeln, bis zu dem der Landbund sie entwickelt hat. Die Herren des Landbundes vergessen, daß schließlich auch in den Städten Deutschnationale wohnen. Die werden sie doch nicht verhungern lassen wollen. Sie werden ihnen vorher wahrscheinlich etwas Hamsterware liefern, getreu ihrem Patron Wilhelm II., der ja als der größte Hamster in der Weltgeschichte fortleben wird, bei dem man nicht weniger als 20 600 Kilogramm Weizenmehl u. a. gefunden hat, als er nach Holland verschwand war, in einer Zeit, wo Millionen Deutscher schlechtes Kriegsbrot in ungenügenden Mengen, bestrichen mit schlechter Marmelade, essen mußten, und wo Zehn-

tausende infolge dieses Futters an Grippe, an Tuberkulose zugrunde gegangen sind. Ich vermute, daß, wenn der Landbund seinen Plan ausführen würde, die Arbeiter wahrscheinlich in den Wohnungen der Deutschnationalen in den Städten nachsehen würden, was dort an Hamsterware zu finden wäre. (Sehr gut!) Ich glaube, daß nach Ablauf dieser Periode die Deutschnationale Partei, die Partei des Meuchelmordes, jedenfalls sehr wenige Anhänger in den Städten haben würde, weil es ihnen etwas ungemütlich geworden wäre. Diese Entwicklung mögen sich die Propagandisten des Lieferungsstreiks gegen die Städte vor Augen führen; das mögen sich jene Provokateure merken, die theoretisch die Arbeiterschaft fortwährend bis aufs Blut reizen, wie sie sich überhaupt merken sollen, daß die Zeit dieser Provokationen vorbei sein muß. (Zustimmung.) Gegen die Demonstrationen der Feinde der Republik gibt es für uns nur eine Parole: Auf einen Schelm andert halbe (lebhafter Beifall), und wenn die Rechte darüber noch so sehr heulmeiern sollte. Das Auftreten der militärischen Cliquen — ich habe es vorhin schon gekennzeichnet — auf Regimentsfeiern und Frontkämpfertagen nützt im Grunde genommen eigentlich niemandem als den Nationalisten drüben in Frankreich, den Koch und den (Sehr richtig!), die nur darauf warten, daß ihnen solche Bälle für ihre Zwecke zugeworfen werden. Deutschlands Zukunft aber beruht auf der Arbeitskraft seiner Arbeiter und seiner Angestellten, und die Angestellten haben es satt, ihre Wiederaufbauarbeit fortwährend dadurch gefährdet zu lassen, daß die deutschen Chauvinisten die Straße zu reaktionären Manövern mißbrauchen. Der Aufmarsch der deutschen Arbeiter am 31. August hat gezeigt, daß die deutschen Arbeiter eine Macht sind und daß sie niemand ungestraft reizen darf. Die deutschen Arbeiter dürfen sich aber nicht damit begnügen, von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß sie Herren der Straße sind, sondern sie müssen der Welt zeigen, daß sie Herr im Hause sind. (Lebhafteste Zustimmung.) Es gilt diesmal nicht nur die Reaktion niederzuwerfen, sondern sie dauernd niederzuhalten. (Sehr richtig!) Das ist die große politische Aufgabe, die im kommenden Winter gelöst werden muß.

Diese Aufgabe wird uns wahrlich nicht erleichtert durch das Vorgehen unserer ehemaligen Kriegsgegner. Noch immer ist die Entscheidung über Oberschlesien nicht gefallen, noch immer haben wir im Osten des Reiches keine feste Grenze. Fair play ist uns versprochen. Es ist die höchste Zeit, daß dem demokratischen Deutschland auch in bezug auf Oberschlesien sein gutes Recht wird. (Sehr gut!) Aber auch die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen im Westen sind immer noch nicht aufgehoben. Es ist schwer, in einem Satz über die Sanktionen von Recht zu reden, denn sie sind nicht nur wider alles Völkerrecht, sondern selbst gegen den harten Vertrag von Versailles. (Lebhafteste Zustimmung.)

Nach Annahme des Ultimatums hätten diese Maßnahmen der Gewalt sofort aufgehoben werden müssen. (Sehr wahr!) Ihre Nichtaufhebung dient nur den Feinden des europäischen Friedens, den deutschen Chauvinisten und den französischen Imperialisten. (Sehr richtig!) Wann werden das in Europa die Leute einsehen, die sich Staatsmänner heißen lassen? Von der Aufhebung der Sanktionen hängt im übrigen auch die endgültige Ordnung unseres Haushalts im Reiche ab. Vor uns liegt ein Steuerprogramm von einem Umfang, wie es noch niemals einem Volke vorgelegen hat. In steigendem Maße rächt sich am Volke die militärische Niederlage, die unsere größenwahnsinnigen ausländischen Militaristen und Annexionsisten auf dem Gewissen haben. Hier gilt es, die Konsequenzen zu ziehen und endlich die großen Opfertage für den deutschen Besitz anzusetzen. (Sehr wahr!) Bei dieser Gelegenheit müssen vor allen Dingen auch diejenigen scharf gefaßt werden, die jetzt vaterlandslos im Tanz

um das goldene Kalb dem Reich die Devisen weggekauft haben, um sie zu ihren egoistischen Privatzielen besser auszunützen zu können, um durch Spekulationen Riesengewinne zum Schaden des Staates einzubeheimen; nicht zuletzt aber auch die Kreise, die den ganzen Apparat der Reaktion, vor allem seine weitverbreitete Presse und nicht zuletzt die Mörderzentralen aushalten. In diesen Kämpfen werden wir als die stärkste politische Partei, als die Partei, die vor dem November 1918 grundsätzlich republikanisch orientiert war, die Vorhut der Republikaner zu bilden haben.

Wir nennen uns mit Stolz auch die „alte“ Partei. Wir bewahren uns dabei die Aktivität, die wir bis in die letzte Zeit und nicht zuletzt in dieser gezeigt haben. Dieser Weg aktiven Kampfes für die Festigung der Republik, für den Ausbau der Demokratie erhöht die Schlagkraft der Partei und wird schließlich auch zu dem ersehnten Ziel der Einigung aller Arbeiter führen, die auf demokratischem Boden den Sozialismus erkämpfen wollen. (Sehr richtig!)

Möge die Arbeit des Parteitagcs, den ich im Namen des Parteivorstandes hiermit für eröffnet erkläre, uns diesen Weg erhellen helfen zum weiteren Aufstieg der Partei und zum Nutzen aller schaffenden Kreise unseres schwergeprüften Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Wir kommen jetzt zur Konstituierung des Parteitagcs, und zur Wahl der Vorsitzenden. Ich bitte dazu um Vorschläge.

**Vogel-Nürnberg:** Ich möchte beantragen, zur Leitung unserer Verhandlungen zwei Vorsitzende zu bestimmen, und zwar mit gleichen Rechten. Als Vorsitzende schlage ich Ihnen vor die Genossen Otto Wels und Taubadel-Görlitz.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Otto Wels und Taubadel-Görlitz.

**Vorsitzender Wels:** Parteigenossinnen und -genossen! Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Genossen Taubadel für die Ehre und für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden des Parteitagcs ausgesprochen haben. Wir bitten die Delegierten, uns während der Tagung durch Aufmerksamkeit und strengste Beachtung der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen zu unterstützen.

Als Schriftführer werden darauf auf Vorschlag des Genossen Leuterich-Hamburg gewählt: Frau Minna Bollmann-Halberstadt, Vogel-Hamburg, Lutz-Worms, Mache-Breslau, Emil Fischer-Nürnberg, Zimmermann-Altenburg, C. Broßwig-Frankfurt a. M., Bethge-Berlin, Pinfert-Dresden.

In die Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommision werden auf Vorschlag des Genossen Meyer-Zwidau gewählt: Emma Berthold-Köln-Kalk, Kirchner-Altona, Hartwig-Steitin, Hirdes-Hagen, Schaffner-Hannover, Trinks-Karlsruhe, Boigt-Brandenburg, Hünlich-Rüftringen, Wimmer-München.

**Vorsitzender Wels:** Dann hätten wir uns für unsere Verhandlungen eine Geschäftsordnung zu geben. Sie haben in der Ihnen überreichten Vorlage einen Geschäftsordnungsentwurf erhalten. Er dürfte den meisten nicht unbekannt sein, weil schon auf den früheren Parteitagen nach dieser Geschäftsordnung verfahren wurde. — Werden Vorschläge gemacht, die eine Aenderung dieser Geschäftsordnung bezwecken? — Das ist nicht der Fall; dann hat der Parteitag diese Geschäftsordnung akzeptiert.

Ehe wir nunmehr in die Verhandlungen selbst eintreten, habe ich die angenehme Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, daß wir auch in diesem Jahre eine größere Anzahl von Vertretern der ausländischen Bruderparteien begrüßen können. (Lebhafte Bravo!) Die Jahre des Krieges, die uns von unseren Genossen im Auslande trennten, waren Jahre harter Prüfung für uns und für sie; am schwersten aber war neben der räumlichen Trennung die geistige, die zwischen

den Völkern und den Parteien in den einzelnen Ländern bestand. Aber die Mauern, die zwischen den einzelnen Ländern aufgerichtet waren, sind heute gefallen und ihre letzten Reste sind im Zusammenfallen. Heute reichen sich über die Felber, auf denen die Angehörigen der verschiedenen Nationen sich kämpfend gegenüberstanden, die Proletarier wiederum die Hand zum Wiederaufbau dessen, was der Krieg zerstört hat, zum Wiederaufbau im Sinne des Sozialismus, im Sinne der Völkerverständigung und der Völkerverjüngung. Was trennend noch im Wege liegt zum einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse in allen Ländern, wird mit der Zeit verschwinden. Die Notwendigkeiten des Kampfes zwingen die Arbeiter der ganzen Welt zur Einigkeit gegen den in diesem Kriege mächtiger denn je gewordenen Imperialismus der Welt. (Zustimmung.)

Wir begrüßen als Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie den Genossen Gustaf Möller, der uns die Grüße der schwedischen Sozialdemokraten übermitteln will. Wir denken dabei an die Lage von Stockholm, an das Licht, das in der Finsternis des Krieges sich mit dem Namen Stockholm im Jahre 1917 verband, als die den Krieg verfluchenden und den Frieden ersehenden Menschen die Augen nach dem Norden richteten und von dort den Frieden erwarteten, den die sozialistische Aktion bringen sollte, weil die kapitalistischen Mächte nicht fähig waren, den Weg zum Frieden zu finden.

Wir begrüßen unsern Freund und Genossen Stauning. Mit ihm ist der Genosse Andersen, der Sekretär unserer dänischen Partei, nach Deutschland gekommen. Die dänischen und die deutschen Sozialdemokraten waren von jeher die engsten Freunde. Auf der Jubiläumfeier, die die dänischen Sozialdemokraten zur Feier des 50. Gründungstages ihrer Partei vor wenigen Wochen abhielten, konnte ich wohl mit vollem Recht sagen: von allen denen, die als Eroberer nach Deutschland gekommen sind, hat keiner sich fester gesetzt als die Dänen, mit denen wir an der Nordgrenze Regulierungen vornehmen mußten. Diese Männer und Frauen, die aus Dänemark in Deutschland eindringen, gingen in die Glendbüthen des Erzgebirges und der großen Städte; sie nahmen die unterernährten Kinder des deutschen Proletariats an die Hand und führten sie über das Meer, um Tausenden und aber Tausenden Heilung von den Wunden des Krieges zu bringen. (Bravo!) Sie haben die Herzen der deutschen Frauen, der deutschen Arbeiter, der deutschen Kinder erobert. (Lebhafte Beifall.)

Wir werden auf dem Parteitag begrüßen können den Genossen Looputt als Vertreter der holländischen Sozialdemokratie. Zum erstenmal hat auch die belgische Sozialdemokratie nach dem Kriege beschlossen, sich auf dem deutschen Parteitag vertreten zu lassen. (Lebhafte Bravo!) Genosse L. de Brockere hat uns seine Ankunft angekündigt. Wir haben im letzten Jahre mit Brockere im Internationalen Bureau und vor allen Dingen bei den Beratungen in Amsterdam, als wir zur Frage des Ultimatus Stellung nahmen, feststellen können, daß die Befinnung des Hoffes, die nirgends mehr Berechtigung gehabt hat als in der belgischen Arbeiterschaft, durch die sieghafte Kraft des Sozialismus zerstört wird, daß der Gedanke der wirtschaftlichen und geistigen Solidarität des belgischen und deutschen arbeitenden Volkes auch dort marschiert. (Bravo!)

Wir begrüßen ferner die Genossen Anton Nemec, Rudolf Bechne und Jaroslav Affer aus Prag als Vertreter der tschechoslowakischen Arbeiterpartei. (Bravo!) Leider ist in Tschechoslowakien die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie noch gespalten. Die deutsche Sozialdemokratie Tschechoslowakiens teilt uns mit, daß sie unserer Einladung leider nicht folgen kann, daß sie aber den Beratungen und Beschlüssen des Parteitagcs den besten Erfolg wünscht. Sie wünschen uns, daß unsere Arbeit der Vereinigung des gesamten internationalen Proletariats dienen möge. (Bravo!)

Außerdem weist am heutigen Tage unter uns ein Genosse, der uns auch auf früheren Parteitag die Grüße der ungarischen Sozialdemokratie übermitteln konnte. Damals trug das Dampfrohr ihn von Budapest an die Tagungsstätte unserer Parteitage. Heute ist der Genosse Buchinger, der die Grüße der ungarischen Sozialdemokraten überbringt, ein Exilierter. Der weiße Schrecken, der in Ungarn wüthet, hat die Vertreter des sozialistischen Gedankens ins Ausland verbannt, und die österreichische Sozialdemokratie hat in diesen Tagen einen Aufruf zur Bewaffnung der Arbeiter erlassen müssen, um Deutschösterreich vor den Scharen Horthy-Ungarns zu sichern. Wir hoffen, daß der Schrecken von der ungarischen Arbeiterchaft bald genommen wird. Wir hoffen es von der starken Solidarität, von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Solidarität der Völker und auch von der Erkenntnis der Entente, daß dieses Ungarn in der Hand der Reaktionen eine große Gefahr für die friedliche Entwicklung Europas darstellt.

Außerdem ist ein anderer Exilierter mit einer Zahl von Freunden unter uns erschienen, nämlich der Genosse Tschaidse aus Georgien, der uns als einer der Kämpfer im zaristischen Rußland bekannt ist. Wie früher die Bolschewisten vor dem Zarismus ins Ausland fliehen mußten, so ist Tschaidse mit anderen auf der Flucht vor dem Bolschewismus. (Lebhafte Rufe: Pfui!) Wir deutsche Sozialdemokraten fordern auch für das Volk Georgiens das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gleichviel, ob seine jeweiligen Herren Monarchisten oder Bolschewisten sind. (Sehr gut!) Das internationale Bureau hat die Forderung an die Sowjetregierung nach Moskau gerichtet, unter Kontrolle der Internationale in Georgien eine Abstimmung über die Regierungsform vorzunehmen. Bis heute haben die Herren von Moskau eine Antwort darauf nicht gefunden. (Lebhafte Rufe: hört, hört!)

Mir ist außerdem eine Reihe von Begrüßungen zugegangen. So grüßt uns unser früherer Vorsitzender, der heute mit der schweren Bürde des Reichspräsidenten belastet ist, indem er telegraphiert: „Viel Glück zur Böttcher Tagung. Möge der Parteitag seine wichtigste Aufgabe in der Ausbittung aller Kräfte zur Verteidigung und Sicherung der deutschen Republik erblicken. Herzlichen Gruß Euer Fritz Ebert.“ (Stürmischer Beifall.) Das, was den Reichspräsidenten, unseren Genossen Ebert veranlaßte, diese Forderung an uns zu richten, ist die Sorge, die auch aus der entschlossenen Kampfanfrage des Genossen Hermann Müller herausklang. Wir antworten ihm: Die deutsche Arbeiterchaft steht geschlossen zum Frieden bereit und zum Kampfe gerüstet. (Lebhaftes Bravo!)

Genosse Adolf Müller, der das Deutsche Reich in Bern als Gesandter vertritt, jagt: „Dem in schwerer Zeit zu wichtiger und verantwortungsvoller Arbeit versammelten Parteitage die besten Wünsche und herzlichsten Grüße.“ (Bravo!) Die Arbeiterjugend des linken Niederrheins gedenkt unser und sendet dem Parteitag zu ernster Arbeit die herzlichsten Jugendgrüße. (Bravo!) Die machtvollen Tagungen der Arbeiterjugend von Weimar und Bielefeld haben gezeigt, daß der Sozialismus ein neues Geschlecht heranreifen läßt, ein Geschlecht, das eisernhart wird im Kampfe ums Dasein, das mit sich selbst ringt und das mitgeht im allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse bis zur endlichen Eroberung des Sieges über den menschheitsvernichtenden Kapitalismus.

Die Genossin Helfers, die als Delegierte zum Parteitag gewählt war, aber durch Krankheit an der Teilnahme verhindert ist, teilt mit, daß sie es bedauert, an unseren Beratungen nicht teilnehmen zu können. Sie wünscht dem Parteitag guten Erfolg.

Dann weist aber auch ein Mann unter uns, der als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Danzigs eigentlich zum deutschen Parteitag gehörte. Es

hat uns alle mit Schmerz erfüllt, daß von hervorragender englischer Stelle die Lösung, die der Völkerverbund in der Danziger Frage gefunden hat, als gut bezeichnet worden ist. Danzig ist deutsch und bleibt deutsch. Möge die Staatsform uns trennen, die Verbindungen, die uns mit den Danziger Arbeitern seit Jahrzehnten verflochten haben, werden nicht gelodert durch noch so weisse, in angeblichen „Staatsnotwendigkeiten“ begründete Sprüche und Regulierungen. Wir begrüßen die Danziger Arbeiterchaft und ihren Vertreter. Wenn irgendetwas dadurch Unrecht geschehen ist, daß Deutsche vom Mutterlande unter Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker getrennt worden sind, dann bei der Danziger Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung.) Aber es gibt auch diesen Dingen gegenüber eine Berufungsinstanz, und in der Weltgeschichte heißt diese Instanz: die Entwicklung. Wir werden diese Entwicklung fördern, soweit es in unseren Kräften steht. (Lebhaftes Bravo!)

Wir tämen nunmehr zur Feststellung der Tagesordnung des Parteitages. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Zur Verringerung der Tagesordnung sind verschiedene Anträge gestellt worden. Nach der Geschäftsordnung bedürfen solche Anträge der Unterstützung durch 30 Mitglieder. Ehe ich die Unterstützungsfrage stelle, möchte ich im Auftrage des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes dazu einige Ausführungen machen. Köln und Koblenz fordern im Antrage 1 und München im Antrage 5, daß die Steuerfrage als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt wird. München fordert des weiteren, daß die Ernährungsfrage als besonderer Punkt behandelt wird, und im Antrag 3 fordert Hamburg, daß der Parteitag zur allgemeinen Teuerung besonders Stellung nehmen soll. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Anträgen dadurch Rechnung zu tragen, daß beim Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion die Steuerfragen und die Ernährungs- bzw. Teuerungsfragen gesondert diskutiert werden, und daß im Anschluß an das Referat des Genossen Hoch als Spezialredner für die Steuerfragen der Genosse Wilhelm Keil und als Spezialredner für die Ernährungsfragen der Genosse Georg Schmidt bestimmt werden. Ich glaube, daß die Parteigenossen aus Hamburg, Köln und München sich damit einverstanden erklären können.

Weiter ist der Antrag gestellt worden, ein Referat über den neuen Strafgesetzentwurf auf die Tagesordnung zu setzen. Der Parteiaussschuß und der Parteivorstand schlagen Ihnen vor, bei Gelegenheit der Beratung der in großer Zahl vorliegenden Anträge, die die Justizfrage betreffen, dem Genossen R a d b r u c h Gelegenheit zu geben, über diese Justizfragen mit verlängerter Redezeit zu sprechen.

Der Antrag 4 aus Dresden besagt, daß ein Vortrag über die Demokratisierung der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzt und Genosse Edmund Fischer als Referent bestimmt wird. Wir sind in dieser Frage alle einer Meinung; wir bitten Sie aber trotzdem dringend, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und ihn zum Gegenstand der Beratung auf den Bezirkstagen oder auf dem nächsten Parteitag zu machen. Die Materie selbst wird ja auch in der Diskussion durch zahlreiche Anträge angechnitten.

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 werden nicht genügend unterstützt und sind damit erledigt.

Vorsitzender Wels: Die Tagesordnung steht damit in der von mir vorgeschlagenen Form fest bis auf Punkt 5, der das Parteiprogramm betrifft. Hierzu liegen die Anträge 8, 9, 13 und 14 vor, in denen verlangt wird, die Programmdebatte von der Tagesordnung des Parteitages abzusetzen. Der Parteitag zu Kassel hat eine Programmkommission gewählt, und er hat den Böttcher Parteitag beauftragt, das Programm zu beraten und zu diskutieren. Ich glaube, die Achtung vor dem Kasseler Parteitag zwingt den Böttcher Parteitag, die vor-



liegenden Anträge nicht zu unterstützen, sondern die Programmfrage zu behandeln.

Die Anträge 8, 9, 13, 14 und 18 werden nicht genügend unterstützt und gelten daher als abgelehnt.

**Vorsitzender Wels:** Dann habe ich Ihnen den Vorschlag zu unterbreiten, die Tagesordnung in folgender Weise zu erledigen, daß am morgigen Tage vor dem Bericht des Parteivorstandes der Berichterstatter der Programmkommission, Genosse Hermann Molkenbuhr, ganz kurz die Arbeiten der Programmkommission ohne Begründung des Programmentwurfs schildert, daß dann eine Kommission von 28 Mitgliedern eingesetzt wird, die noch Sachverständige zuziehen kann und die den Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge als auch die Frage, ob der Görtlicher Parteitag das Programm erledigen kann oder nicht, zu prüfen hat. Auch auf dem Parteitag zu Erfurt ist diese Art der Behandlung gewählt worden, und sie hat sich durchaus bewährt. Wer dafür ist, daß in dieser Weise morgen verfahren wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschwieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Es ist gegen wenige Stimmen beschlossen, daß so verfahren wird. Dann sind also dieser Kommission zu überweisen die Anträge 6, 7, 10, 11, 12, 15, 16, 17, 19, 231, 232 bis 270, 297 und 298.

Wir kommen nunmehr dazu, die Begrüßungsansprachen unserer lieben Gäste entgegenzunehmen. Das Wort erteile ich zunächst unserem Freunde Stauning.

**Stauning** (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossen und Genossinnen! Für Ihre Einladung und den lebenswürdigen Empfang danke ich Ihnen sowohl persönlich als auch im Namen meines anwesenden Landsmannes. Ich habe die angenehme Pflicht, den herzlichsten Gruß der dänischen Bruderpartei zu übermitteln, indem ich gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck gebe, daß der Parteitag gut verlaufen möge und daß gute Erfolge für den Sozialismus seiner Arbeit entspringen mögen. Mit dem größten Interesse betrachten wir in Dänemark die internationalen Strömungen und Ereignisse, ganz besonders die Entwicklung in Deutschland. Mit Bekümmernis haben wir die Zersplitterung gesehen, die nach dem Kriege und der Revolution das Gefährlichste für die Arbeiterschaft war. Wir haben zu wiederholten Malen festgestellt, daß die Anhänger der sog. kommunistischen Bewegung Handlungen begehen, die nur die Pläne der Reaktion fördern. (Sehr richtig!) Wir sind erstaunt, daß diese Bewegung überhaupt bei den hochentwickeltesten deutschen Arbeitern eine Unterstützung finden kann. (Lebhafte Rufe: -Sehr gut!) Aus verschiedenen Ereignissen der letzten Zeit erkennen wir aber mit der größten Zufriedenheit, daß die Zersplitterungsarbeit keine Fortschritte mehr zu verzeichnen hat. Die gesunde Vernunft siegt, und die Sozialdemokratische Partei wird wieder die Sammelleiste aller klassenbewußten Arbeiter und aller derjenigen werden, die der Verwirklichung der edlen Lehre des Sozialismus dienen.

In dem kleinen Dänemark haben wir trotz aller von verschiedenen Seiten entfachten ungesunden Spekulationen das Glück gehabt, den Zusammenhalt der Arbeiter zu bewahren. (Lebhaftes Bravo!) Wir glauben, daß dies ein Resultat unserer vieljährigen praktischen Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben ist. (Sehr wahr!) In dieser Beziehung legen wir ganz besonders großen Wert auf die enge Verbindung, die zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bisher bestanden hat und hoffentlich auch fernerhin bestehen wird; denn wir haben ihre außerordentlich große Bedeutung sowohl für die Partei wie für die Gewerkschaften kennengelernt.

Aber dazu kommt auch die praktische Tätigkeit in wirtschaftlichen Unternehmungen, die wir in stets größerem Umfange in Angriff genommen haben.

Durch das Eingreifen in die Produktion, im Warenumsatz, im Bankwesen kann ein bedeutender Einfluß zugunsten der Arbeiterschaft ausgeübt werden. Durch solche Tätigkeit werden allmählich die Kräfte entwickelt, die zur Einführung sozialistischer Produktionsverhältnisse notwendig sind.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter mit großem Erfolg eine internationale wirtschaftliche Tätigkeit schaffen und auf diesem Wege in hohem Grade für die Förderung des Sozialismus wirken können.

Wir sehen die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege der deutschen Arbeiter und unserer Bruderpartei aufkürmen. Wir sehen aber auch die unseren deutschen Kameraden obliegende historische Aufgabe, deren glückliche Durchführung von entscheidender Bedeutung für die Weltentwicklung ist. Die deutsche Republik muß unerschütterlich gesichert werden. Jeder Arbeiter muß auf der Hut sein gegen die reaktionären Tendenzen. Jeder Scheinradikalismus muß zurückgewiesen werden, weil er nur den heißen Wünschen der Reaktion dient. Ueberall auf der Welt versucht der Kapitalismus die Demokratie und den Sozialismus zu verschlingen. Aber die Arbeiter sind stark genug, die Schlagkraft dieser Wellen zu zerbrechen, wenn sie ihr nur mit unerschütterlichem Zusammenhalt und absolutem Vertrauen zur Sozialdemokratie entgegenreten. (Sehr gut!)

Die Sozialdemokratie darf sich nicht in eine isolierte, machtlose Stellung zurückdrängen lassen. Sie muß unter allen Umständen ihren Einfluß geltend machen, um die Organe der Gesellschaft zu demokratisieren und den Boden für den endgültigen Sieg des Sozialismus zu schaffen.

Ich bin überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie den Willen und die Fähigkeit zur Erfüllung dieser großen historischen Mission besitzt. Im Namen der kleinen dänischen Bruderpartei begrüße ich Euch und wünsche Euch Glück zu der bedeutungsvollen Arbeit sowohl auf dem Parteitag wie in der Bevölkerung, in den Parlamenten und in der Regierung, überall, wo Steine zu dem großen Gebäude der Zukunft zusammengetragen werden, das den stolzen Namen des Sozialismus tragen soll. (Bravo!)

Ich begrüße Euch als Sozialist, aber auch als Däne, als der kleine Nachbar des großen Deutschen Reichs. Ich weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie während der schweren Zeiten der Freund meines Landes war. Ich weiß, daß der Einfluß der Sozialdemokratie in Deutschland auch in Zukunft der beste Schutz des kleinen Nachbarn ist. Wir dänischen Sozialdemokraten haben nie an der deutschfeindlichen Agitation der Kriegsjahre teilgenommen. (Bravo!) Denn wir wußten, daß die große Mehrzahl des deutschen Volkes, die deutschen Arbeiter, ohne Schuld an der Weltkriegskatastrophe waren. (Bravo!) Wir hülften uns immer mit dem deutschen arbeitenden Volk verwandt und befreundet, und im Interesse des Friedens und der Völkerverbrüderung wünschen wir, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelingen möge, Deutschland glücklich durch die schweren Zeiten zu führen. (Lebhafte Beifall.)

**Gustaf Möller-Stockholm** (mit Beifall empfangen): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich danke Ihnen sehr für die Einladung zu diesem Kongreß, und ich bringe Ihnen von der schwedischen Arbeiterschaft und von der schwedischen Sozialdemokratie unsere besten Grüße. (Bravo!)

Ich komme gerade aus dem Wahlkampf in Schweden. Ich kenne die Resultate noch nicht. Aber es ist zu hoffen, daß wir wirklich einen Sieg davongetragen haben. Ich kenne erst die Resultate aus vier Kreisen, und dort haben wir vier Mandate von den bürgerlichen Parteien gewonnen. (Bravo!) Ich glaube, daß wir im ganzen ungefähr 90 Mandate, also einen Zuwachs von 15 Mandaten bekommen werden. Damit werden wir in der Zweiten Kammer mindestens 40 Proz. der Mandate erhalten. (Bravo!)

Wir sind nicht so glücklich wie die Dänen; wir haben eigentlich keine Kommunisten. Aber die Spaltung wurde bei uns schon 1917 durchgeführt, und wir erwarten, daß einige von den Abtrünnigen wieder zu uns kommen werden. Die Kommunisten werden voraussichtlich zwei, vielleicht nur ein Mandat bekommen. Die Linkssozialisten werden wohl vier, höchstens fünf Mandate bekommen. Sie sehen daraus, daß die Arbeiterschaft Schwedens geschlossen hinter der schwedischen Sozialdemokratie steht. (Bravo!)

Wir fürchten uns nicht, in eine Regierung einzutreten. (Bravo!) Wir haben schon 1917 eine Koalition gehabt. Diese Koalition konnten wir 1920 nicht fortsetzen. Die Sozialdemokratie hat, nur auf eine Minderheit gestützt, ein halbes Jahr die Regierung geführt. Es ist möglich, daß der Ausgang dieser Wahlen uns wieder vor die Frage stellen wird, ob wir in die Regierung eintreten werden. Ich kann Ihnen nur versichern, daß wir uns davor nicht fürchten. Die ganze Welt lebt in einer Ubergangszeit. Die Sozialdemokratie hat noch nicht die Mehrheit der Volksmassen hinter sich, aber die kräftigsten Gegner der Sozialdemokratie haben auch nicht die Majorität.

Ihr Kongreß hat sehr schwere Aufgaben zu lösen. Wenn Sie Meister dieser überaus schweren Aufgaben werden, dann wird auch die ganze westeuropäische Entwicklung im Zeichen der Sozialdemokratie stehen. (Bravo!) Werden Sie — ich bin überzeugt, daß es nicht so schlecht geht — werden Sie versagen, dann werden für die Arbeiterparteien in den anderen Ländern immer größere Schwierigkeiten entstehen. (Sehr richtig!) Es ist also von größtem internationalen Interesse, daß die deutsche Sozialdemokratie hier eine entscheidende Stellung einnehmen kann. Wenn es der deutschen Sozialdemokratie möglich ist, eine wirklich entscheidende Stellung in der deutschen Politik zu haben, und wenn ihr von der englischen Seite eine wachsende englische Arbeiterpartei begegnet, dann fürchte ich nichts für die kommenden Zeiten; ich bin überzeugt, daß der Sieg des Sozialismus kommen wird, daß er im Zeichen der internationalen Sozialdemokratie ausgefochten und gewonnen wird. (Lebhafter Beifall.)

**Anton Nemeec-Prag** (von Beifall begrüßt): Parteigenossinnen und Genossen! Namens der Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüße ich Ihren Kongreß und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. Die deutsche Sozialdemokratie war immer mustergültig und maßgebend für die Sozialdemokratie aller Länder. Wir stehen heute vor schwierigen Aufgaben. Wir haben jetzt praktische konstruktive Arbeit zu leisten. Die Arbeiterschaft soll sozial gehoben und kampffähig gemacht werden, damit sie aus den demokratischen Republiken eine sozialistische Republik macht. (Bravo!)

Sie haben die Kinderkrankheiten des Kommunismus bereits überwunden. Bei uns liegen die Verhältnisse etwas anders. Bei uns waren Hunderttausende von Soldaten 4, 5 und 6 Jahre in Rußland, und sie sind mit ganz fremden Anschauungen zu uns zurückgekommen. Sie sprachen nur von der Diktatur des Proletariats, sie sprachen nur von der Niederwerfung des Kapitalismus. Aber seit sie unsere Partei gespalten haben, sehen wir, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in der tschechoslowakischen Republik viel geringer geworden ist. Die Stohkraft des Proletariats ist geschwächt worden, und die Frechheit unserer reaktionären Kreise und Kapitalisten wächst von Tag zu Tag. (Hört, hört!) Das ist das Resultat einer Taktik, die sich nur in Schlagworten erschöpft hat. Es ist schwer zu sagen, ob bei uns die Reaktion von rechts oder die von links den Arbeitern im letzten Jahre mehr geschadet hat. (Hört, hört!)

Deswegen müssen wir in die Koalitionsregierung hinein. Wir sind zu stark, um Oppositionspartei zu werden. Damit würden wir die Republik zertrümmern. Wir müssen den Mut aufbringen, in einer Koalitionsregierung die sozialistischen Forderungen der Arbeiter durchzusetzen.

Ist das Revolution, was man bei uns gemacht hat? Man hat uns das Parteivermögen durch einen geschickten Putsch weggenommen, und als wir es wieder zurückerobert hatten, hat man uns erklärt, wir seien Verräter an der Arbeiterschaft, wir seien Lumpen und Mörder. (Heiterkeit.) Jetzt ist deutlich nachgewiesen, daß die Leute, die mit den Kommunisten aus Rußland Verbindungen unterhalten haben, Geld und Brillanten aus dem russischen Goldschatz bekommen haben; sie haben immer erklärt, sie wären keine Kommunisten, sondern linksstehende Marxisten, die mit dem Kommunismus nichts gemein haben wollen. Dadurch haben sie große Verwirrung in die Arbeiterschaft gebracht.

In Moskau gibt es keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat, die von einzelnen, wenigen Leuten ausgeübt wird. Man hat dort schlimmer gehaust als unter dem Zarismus. Man hat gestohlen, geprügelt, gebrandschatzt, gemordet. Jetzt sieht man, wie die Verhältnisse dort sind. Für hungernde Kinder russischer Arbeiter haben die Herren Sowjetkommissare kein Geld; aber für die ausländische Propaganda, um die Arbeiterbewegung zu zertrümmern, haben sie Geld genug. (Sehr richtig!)

Wenn Sie heute an eine Programmänderung herantreten, so sind wir sicher, daß dies im Sinne des Sozialismus, im Interesse des deutschen Proletariats gemacht wird, und daß es auch uns sehr förderlich sein wird, wenn die deutsche Sozialdemokratie mit einem festen Programm und mit einer entschlossenen Taktik konstruktive Arbeit leisten wird. (Bravo!) Ich schließe: hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie! (Bravo!)

**Coopuit** (Holland) (von Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen der deutschen Sozialdemokratischen Partei! Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Hollands überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße aller niederländischen sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. Der Vorsitzende dieses Kongresses hat soeben sehr eindrucksvoll gesagt, daß es Ihnen eine Freude ist, nach dem schrecklichen Kriege wieder internationale Persönlichkeiten in Ihrer Mitte zu haben. Uns ist es eine größere Freude, daß wir nach dem schrecklichen Kriege wieder beieinander sein können als internationale Sozialisten. Denn über alle Grenzen weht doch das rote Banner der internationalen Sozialdemokratie.

Aus dem kleinen Nachbarland Holland kann ich Ihnen nicht viel Politisches mitteilen. Wir haben in Holland noch einen Rest von dem deutschen Feudalismus. Man hat ihn in Stachelndraht eingeklemmt. (Heiterkeit.) Es ist zu hoffen, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelingen möge, auch die deutsche Reaktion politisch und sozial in Stachelndraht einzuklemmen.

Es ist für uns ein Vorrecht, auf einem deutschen Kongreß anwesend zu sein, wo die brennendsten Fragen, wo der internationale Friede und die internationale Politik geregelt werden sollen. Was unser Genosse Müller so eindrucksvoll geschildert hat, daß die deutsche Sozialdemokratie als nächste Aufgabe hat, die deutsche Republik, die Errungenschaft von 1918 zu beschirmen und zu erhalten, ist immer eine kulturhistorische Aufgabe des Sozialismus gewesen. Wenn Sie das tun, gehen Sie auf den Spuren unseres leider nicht mehr bei uns weilenden großen französischen Führers Jaurès, der für die Erhaltung der französischen Republik immer seine beste Kraft gegeben hat, der das französische Proletariat immer zum Kampf für die französische Republik geführt hat.

Im Namen meiner Partei ein herzliches Glückauf bei Ihren Beratungen! Mögen sie so sein, daß sie dem Wohle des deutschen Proletariats dienen. Mögen sie auch so sein, daß sie den internationalen Sozialismus wieder zu einem Zentrum werden lassen, das früher die deutsche Sozialdemokratie war. Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! Hoch die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

**Buchinger** (Ungarn) (von Beifall empfangen): Parteigenossinnen und -genossen! Ich begrüße Sie im Namen der ungarischen Sozialdemokraten der Emigration. So schmerzlich die Lage des ungarischen Proletariats ist, ich muß es einsehen, daß wir in einer Zeit leben, wo jedes Land und jede Partei ihre eigenen Sorgen haben. Deshalb will ich Ihnen nur die betrübliche Mitteilung machen, daß die ungarische Konterrevolution fast ungeschwächt blutig weiter wütet. (Psui!) Ungestrast können immer noch in Ungarn Leute gemordet werden. Aber nicht nur in dem Maßstabe wie bei Ihnen, was allerdings auch traurig ist, sondern in einem Maßstabe, der eine Schande nicht nur für Ungarn bedeutet, sondern für die Menschheit überhaupt. (Sehr richtig!)

Die ungarische Konterrevolution könnte aber diesen Kampf gegen Freiheit und Recht nie führen, wenn sie nicht die Unterstützung von Kreisen finden würde, die vorgeben, dem demokratischen Gedanken zum Siege verholfen zu haben. Während in Ungarn gemordet wurde, konnte sich ein Vertreter der großen englischen Nation finden — **Walter Hoaler**, der Gesandte in Budapest —, der an seine Regierung berichtete, daß es in Ungarn keinen weißen Terror gäbe, daß Herr **Horthy** Lob verdiene, weil er sich zu mäßigen verstanden hat. (Hört, hört!) Während in Ungarn auch Bourgeois, wenn sie reich waren, von den uniformierten Banditen straflos gemordet werden konnten, fand sich ein englischer Admiral — **Trubridge** heißt der Mann —, der an seine Regierung berichtete, daß in Budapest die Sicherheit der Londoner Sicherheit um nichts nachstehe. (Hört, hört!) Auch die französischen Vertreter machen es nicht viel anders. Dafür ist ein Beweis der **Putz** Karls des Letzten zu Ostern.

Als sich diese Herren die Blamage holten, haben die Herren **Karl**isten sich damit entschuldigen wollen, daß sie von den diplomatischen Kreisen Frankreichs aufgemuntert wurden. Nun darf man, glaube ich, behaupten: Wenn sich die hohen Herren **Lloyd George** und **Briand** solche Berichte ihrer Beamten gefallen lassen, dann wollen sie eben solche Berichte haben. Dann aber werden auch die Anhänger des prinzipiellen Terrors und der prinzipiellen Diktatur in der Lage sein, den Arbeitern überall zu sagen: Seht ihr, so wird die Demokratie von den Herrschenden verstanden. Wenn wir diese Dinge früher irgendwo gesagt oder mitgeteilt haben, dann hat es immer geheißen: Das sind Ausstreuerungen der Emigranten, das sind nicht objektive Berichte. Aber die Zustände in Westungarn sprechen heute Bände. Heute kann man überall erkennen, wie es eigentlich mit Ungarn bestellt ist; heute kann nicht mehr geleugnet werden, daß das heutige Regime in Ungarn eine Gefahr für den europäischen Frieden, für die Menschheit ist. (Sehr richtig!) Wird man sich nicht endlich bequemen, in Ungarn statt des heutigen Banditenregimes ein ehrliches demokratisches Regime aufzurichten, dann werden die hohen Herrschaften, von denen die heutigen ungarischen Macht-haber protegirt werden, erfahren, daß die **Horthy-Anarchisten** ihr ruchloses Werk zum Schaden ganz Europas und der Menschheit fortsetzen.

Parteigenossen, ich will nur noch auf die Tatsache hinweisen, daß das heutige Ungarn auch als Aufmarschgebiet für **Rahr-Bayern** betrachtet wird. (Sehr richtig!) Die **Kappisten** und die **Orge**sch-Leute haben ihre Beziehungen mit Budapest. Man kann sogar sagen, daß zu den besonderen Waffenhandlungen des Bürgerkrieges in Ungarn die **Horthy-Leute**, soweit sie es nötig hatten, von diesen Herrschaften instruiert und ermuntert wurden, und daß ihnen von **Rahr-Bayern** Hilfe geleistet wurde. (Hört! hört!) Deshalb haben wir den Wunsch, daß das Wort, das Sie gegen die Reaktion in Deutschland begonnen haben, vollendet wird. Werfen Sie die Reaktion nieder, dann haben Sie uns damit geholfen, denn dann springt die Kette, mit der man die junge Freiheit und die jungen Republiken Europas erwürgen will.

Die ungarische Arbeiterschaft ist im Moment in einer fürchterlichen Lage, aber sie ist moralisch nicht gebrochen. Wenn wieder eine freie Luft kommt, dann wird die ungarische Arbeiterschaft ihren Mann im Kampfe für die Freiheit stehen. Bewahren Sie dieser Arbeiterschaft Ihre Sympathien. Das wird dazu beitragen, daß sich diese Arbeiterschaft moralisch stärkt, daß sie ausgerichtet wird und mit Ihnen in Reih und Glied für die Befreiung des Proletariats kämpft.

**Tschebe** aus Georgien. (Der Redner spricht georgisch. Seine Rede wird von **Kursky** übersetzt.)

Parteigenossen! Die Sozialdemokratische Partei Georgiens hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, Ihren Parteitag zu begrüßen, und es ist mir eine ganz besondere Freude, diesen Auftrag hier zu erfüllen. Ich darf wohl annehmen, Parteigenossen, daß vielen von Euch die Sozialdemokratie Georgiens unbekannt ist. Ich muß aber sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie uns georgischen Sozialdemokraten ausgezeichnet bekannt ist. Wenn es mir heute zum erstenmal vergönnt ist, auf einem deutschen sozialdemokratischen Parteitag anwesend zu sein, möchte ich sagen, daß ich hier zum erstenmal sozusagen physisch da bin; geistig haben ich und meine Parteifreunde immer regsten Anteil an Ihren Parteitagen genommen, und wir folgten den Debatten Ihrer Parteitage stets mit klopfendem Herzen. Eine unzertrennbare Gemeinschaft war immer zwischen Euch und den organisierten Arbeitern des Auslandes, auch in den weitesten Ländern, und Euer Wirken war für uns überaus lehrreich. Vom ersten Moment des Bestehens ihrer Partei — das sind jetzt mehr als dreißig Jahre — stellte sich die georgische Sozialdemokratie auf den Boden der deutschen Sozialdemokratie, und in der Führung der sozialistischen Bewegung unter den Arbeitern und Bauern Georgiens war für meine Partei in drei Jahrzehnten rastloser Arbeit unter den schwersten Bedingungen des zaristischen Systems das Programm und die Arbeitsmethode der deutschen Sozialdemokratie Leitstern und Wegweiser. Die geschichtlichen Erfahrungen, die die deutsche Sozialdemokratie gewonnen hatte, waren uns kostbares Gut und dienten uns als Ermunterung, als Anfeuerung zu rastlosen, unermüdlischen Kämpfen. Die großen Erfolge, die die georgische Sozialdemokratie in der ersten Revolution des Jahres 1905 erzielte, in den Wahlen zu allen vier Reichsdumas, in den Dumas selbst und in der großen Revolution des Jahres 1917, verdankt sie nach meiner Ueberzeugung dem Umstande, daß sie die großen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie und deren erprobte Methoden sich zu eigen gemacht hat.

Parteigenossen, es ist Euch bekannt, daß nach dem Revolutionsumsturz in Rußland Georgien sich von Rußland loslöste und sich als unabhängige demokratische Republik etablierte. Der unerhörliche Wille der georgischen Arbeiter und Bauern war es, der die Errungenschaften der russischen Revolution rettete, und diese Aufgabe wurde auf die Schultern der georgischen Sozialdemokratie gelegt. Mehr als drei Jahre bestand unsere unabhängige Republik. Während dieser so kurzen, aber überaus bedeutamen Spanne Zeit stand die georgische Arbeiterklasse ungeteilt und frei von innerem Zwist treu zu ihrer erprobten Partei, und dank dieses glücklichen Umstandes gelang es uns, auf sozialpolitischem Gebiet alle Reformen durchzuführen, die unser Minimumprogramm enthalten hatte.

Während wir unseren demokratischen Staat aufbauten, umraute uns an der Grenze unseres Landes die wahnsinnige bolschewistische Anarchie des Bürgerkrieges, bedrohte uns der Ueberfall der zaristischen Interventionengeneräle. Immer näher rückte die Gefahr des bolschewistischen Ueberfalles heran. Immer und immer wieder erschien uns unser Land als eine ruhige kleine Insel inmitten eines endlosen tobenden Meeres. Aber wir verzweifelten nicht und taten unsere Arbeit.

Nun, Genossen, was wir gefät und gepflanzt — heute ist alles verwüftet. Genau sieben Monate sind es, als die roten bolschewistischen Truppen unter Führung alter zaristischer Generale in unser Land eindringen, ohne Kriegserklärung, ohne Warnung, ohne jedweden Anlaß von unserer Seite. Unsere Städte wurden ausgeplündert, unsere Arbeiterschaft ist einem wahren Zuchthausregime unterworfen. (Hört, hört!) Tausende unserer Parteigenossen schmachten heute in den Gefängnissen. (Hört, hört!) Gut haben es heute in Georgien nur Spekulanten, Schieber und Gauner. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Mit diesem Gefindel vertragen sich in Georgien die bolschewistischen Kommissare ausgezeichnet. (Wiederholte Rufe: Hört, hört!) Die Brotwucherer, die Salutatpekulanten sind heute bei uns begeisterte Anhänger der Moskauer Agenten. (Lachen und Rufe: Hört, hört!) Sie machen heute in Georgien ein glänzendes Geschäft. Niedergedrückt, brutal verflaut, gemartert, zu Tode ausgehungert wird in Georgien von den Moskauer Agenten heute einzig und allein die Arbeiterklasse, vor allem die klassenbewußte Vorhut der Arbeiterschaft. Die Blüte unserer Arbeiterschaft, die besten Männer und Frauen unserer proletarischen Bewegung füllen heute die verpesteten Gefängnisse der Moskauer Terroristen. (Lebhafte Pfuirufe.) Der bolschewistische Muechelermord unserer freien Republik hat uns nicht überascht; wir haben ihn immer befürchtet. Dieses schreckliche Verbrechen harmonisiert voll und ganz mit dem Wesen und den ständigen Praktiken des russischen Bolschewismus. Ueberrascht hat uns dabei nur das eine, daß es in Europa noch immer Sozialisten gibt, die meinen, Sozialisierung sei nicht das, was uns Marx und Engels, Bebel, Kautsky, Jaures gelehrt haben, sondern das, was heute von Sinowjew in Moskau verzapft wird. (Sehr richtig!) Der russische Bolschewismus ist heute tatsächlich, wie ehemals der Zarismus, die stärkste Stütze der Weltreaktion geworden, und keine reaktionäre Gewalt der Welt wäre jemals in der Lage gewesen, die sozialistische Bewegung so zu schädigen, wie dies der russische Bolschewismus getan hat. Sein schleichendes Gift zermürbt und zerstückelt heute die Arbeiter aller Länder. Die sozialistische Bewegung des Weltproletariats muß wieder entgiftet werden, und das einzige Heilmittel dazu ist die Einigung des Proletariats. Ich hoffe, Freunde, daß dieser Parteitag viel dazu beitragen wird, die Einigung der beiden deutschen sozialdemokratischen Bruderparteien zu verwirklichen. (Bravo!) Diese Einigung wäre ein festes Fundament zum Wiederaufbau einer tatkräftigen und zielklaren sozialistischen Internationale.

Im Namen des gequälten und gemarterten, aber der Fahne des Sozialismus treugebliebenen georgischen Proletariats rufe ich Euch zu: Hoch die junge deutsche Republik, hoch die deutsche Arbeiterklasse, hoch der Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

**Bohn-Danzig** (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Es ist dies der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, an der ein Vertreter des deutschen Danzig als Ausländer teilnehmen muß. (Zurufe: Leibel!) Genossen, wir werden bei jeder solchen Gelegenheit immer wieder an das Schmachwerk des Versailler Friedensvertrags erinnert, das uns gegen unseren Willen von unserem deutschen Mutterland losgerissen hat. Die geistigen Beziehungen aber, die in jahrzehntelangem gemeinsamen Kampfe uns miteinander verbunden haben, kann keine Macht der Welt erschüttern. (Bravo!) Sie wird bestehen bleiben, bis einst durch die Entwicklung auch diese durch die Gewalt gezogenen Schranken wieder fallen werden. (Lebhaftes Bravo!)

Genossen! Wir hätten auch die äußerlichen Beziehungen nicht gelöst, wenn nicht unser keines Staatswesen sich in einer äußerst schwierigen Lage befände. Bei jeder Gelegenheit sucht unser freundlicher Nachbar, der ein sehnsüchtiges Auge auf Danzig wirft, die endgültige Polonisierung zu verwirklichen, und

leider findet er dabei die Stütze des sogenannten Völkerbundes, der auf seine Fahne das Selbstbestimmungsrecht der Völker geschrieben hat. Wenn wir nun zu diesen äußeren Gefahren noch hinzurechnen, daß wir auch im Innern des Landes mit einer Regierung zu kämpfen haben, die drauf und dran ist, alles das, was mit dem Sozialismus verbunden ist, auszurotten, dann befindet sich tatsächlich die Sozialdemokratie Danzigs in einer so schwierigen Lage, in der sie Entschlußfreiheit und schnelle Entschlußkraft braucht. Das ist aber nur möglich, wenn sie auf eigenen Füßen steht. Genossen, die Stellung der Danziger Regierung wird am besten durch das Wort gekennzeichnet, das der Führer der Deutschnationalen auf dem Parteitag in München, der Führer der Danziger Nationalen geprägt hat. Er hob dort rühmend hervor, daß es neben Bayern auch noch eine andere Ordnungszelle gebe, nämlich Danzig. (Hört, hört!) Das heißt mit andern Worten nach deutschnationalen Begriffen, daß, wie die Regierung Rahr, auch der Senat in Danzig nichts wissen will von einer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung des Proletariats. Bisher sind auch alle gesetzgeberischen Maßnahmen von dieser Auffassung diktiert. Leider haben Zentrum und Demokraten bei uns eine abweichende Stellung von ihren Gesinnungsgenossen im Reich eingenommen, so daß die in Danzig geschaffene Verfassung einen Vergleich mit der alten preussischen Verfassung sehr gut ausfällt. Die Demokraten waren ohne weiteres bereit, dem Zentrum die konfessionelle Schule zu konzessieren und dafür als Geschenk vom Zentrum die Beseitigung der Betriebsräte in der Verfassung anzunehmen. (Hört, hört!) Einem christlichnationalen Arbeiterführer als Senator des Innern blieb es vorbehalten, alle öffentlichen Posten, die vor der Ratifikation, in der die Stadt Danzig zur Freien Stadt erklärt wurde, mit Sozialdemokraten besetzt waren, sofort nach der Konstituierung der Freien Stadt von den Sozialdemokraten zu reinigen, so daß wir feststellen können, daß das gesamte Bürgertum auf Gedeih und Verderben zusammengeschoffen ist, um den Sozialismus vollkommen zu beseitigen, jedes Recht, das heute dank der sozialistischen Arbeit in Deutschland verbürgtes Recht ist, aus dem Freien Staat Danzig auszumergen.

Genossen! So führen wir an dem Brennpunkt jener Stelle einen schweren Kampf. Aber der Genosse Wels hat schon hervorgehoben, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit schweren Kämpfen entgegengeht. Wir wissen ja, daß die Wölken am politischen Firmament sich beängstigend zusammenziehen, daß vielleicht die Zeit nicht mehr fern ist, in der es zur Entladung kommt.

Genossen, hier soll nun das neue Fundament geschaffen werden, hier sollen die Waffen geschärft werden, mit denen der neue Kampf geführt werden soll. Ich habe die Aufgabe, den Wunsch der Danziger Genossen zu vermitteln, daß diese Arbeit den Weg zeigen möge, der aus der Finsternis zum Licht führt und der dann schließlich auch den endgültigen Sieg verbürgt. Wir hoffen und sind überzeugt davon, daß der Kampf der größten deutschen Arbeiterpartei, der größten Arbeiterpartei der Welt überhaupt, der Kampf der deutschen Sozialdemokratie, wenn er schnell zum Siege führt, den Sieg aller proletarischen Parteien in sich schließt. Möge deshalb ein gutes Omen über diesem Parteitage schweben, damit er dieser seiner schweren Aufgabe gerecht wird. Möge er aber auch weiter dahin wirken, daß sich allmählich ein einigendes Band schlingt um die sich heute noch gegenüberstehenden sozialistischen Parteien, damit wir sobald wie möglich wieder den Kampf aufnehmen können unter dem alten Schlachtruf:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
Nicht trennen uns in Not noch in Gefahr!“

(Stürmischer Beifall.)

**Vorsitzender Wels:** Ich glaube, im Sinne des Parteitages zu handeln, wenn ich unseren ausländischen Freunden für die Worte der Begrüßung den

Dank der deutschen Sozialdemokratie, den Dank der deutschen Arbeiterklasse aussprechen. (Bravo!) Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich als Glied der Internationale. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie, so stark auch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sein mögen, ohnmächtig sind im Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus, wenn sie nicht marschieren können in dem geschlossenen Heerhaufen der internationalen Arbeiterorganisationen. Noch ist das deutsche Volk Gegenstand der Behandlung, noch ist man daran, über das Geschick und die Grenzen des deutschen Volkes im Völkerbunde zu beraten. Noch wissen wir nicht, wie die Grenzen des deutschen Landes gezogen werden und welche Wirtschaftsmöglichkeiten aus den Beratungen des Völkerbundes über Oberschlesien für Deutschland ersehen werden. Wir wissen nur das eine, daß mit den Maßnahmen, die vom Völkerbund getroffen werden, das wirtschaftliche Leben Deutschlands gefährdet und erbrockelt werden könnte, und daß damit auch die gesamte europäische Wirtschaft zugrunde gerichtet werden kann. (Sehr richtig!) Deshalb ist der Kampf der deutschen Arbeiter aufs engste verbunden mit dem Kampf um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter aller Länder, nicht nur Europas, sondern der gesamten Welt. Der Gedanke der Internationalität wird uns als eine eiserne Notwendigkeit eingehämmert. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft für die Internationalität der Idee reif gemacht und vorbereitet zu haben. Wir geloben es euch: wir ruhen und wir rasten nicht, bis wir die geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft wieder unter dem siegenden Banner der internationalen Sozialdemokratie hergestellt haben. (Stürmischer Beifall.)

Damit sind die Verhandlungen des Parteitages für heute erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 15 Minuten.

## Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten und ernennt zu Schriftführern Mache-Breslau, Fischer-Nürnberg und Zimmermann-Altenburg. Er erteilt darauf Mollenbuhr das Wort zu einem Referat über das Parteiprogramm.

Mollenbuhr-Berlin (mit Händeklatschen begrüßt): Ich will einen kurzen Blick auf die Entstehungsgeschichte unserer Programme werfen und Ihnen dann überlassen, zu beurteilen, ob das Programm geändert werden muß und wie das neue Programm aussehen soll. Ich habe wiederholt von einem alten Programm Abschied nehmen müssen. Wir als alte Lassalleaner haben in Gotha von dem alten Lassalle'schen Programm Abschied genommen, ebenso ging es den Eisenachern, und als 1891 das Erfurter Programm geschaffen wurde, glaubten verschiedene Genossen, das alte Programm sei ein gutes Rüstzeug für die Agitation gewesen. Nun fragt es sich, ob wir ein neues Programm gebrauchen. Marx hat in einem Briefe an Brade gesagt: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme.“ Ein Programm ist nötig, um eine Einheitslichkeit in der Bewegung zu erhalten, wenn man einem bestimmten Ziele zusteuern will. An Bewegung fehlt es uns nicht, aber wir brauchen ein Programm, weil wir ein Rüstzeug in der Agitation brauchen und uns an solche Leute wenden müssen, welche der Bewegung fernstehen. Durch die Agitation für das Parteiprogramm ist die Partei stark geworden.

Nun ist gesagt worden, daß wir ja das Erfurter Programm haben. Die Programme müssen aber aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herauswachsen. Einen beliebigen Wunschzettel könnte man konstruieren, aber der wissenschaftliche Sozialismus hat es sich immer zur Aufgabe gestellt, die organische Entwicklung vorwärtszutreiben. Wir sind immer dieselben geblieben, aber weil die Verhältnisse andere wurden, mußten die Programme geändert werden. Für die Lassalleaner galt das Statut des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bis 1875, für die süb- und mitteldeutschen Arbeitervereine das Nürnberger Programm von 1868 bis 1869. Dann galt das Eisenacher Programm bis 1875, das Gothaer bis 1891 und das Erfurter bis jetzt.

Als der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, war Deutschland ein Agrarstaat, nur 11½ Millionen Arbeiter waren damals in den Fabriken beschäftigt. Das Eisenacher Programm entstand in der Zeit des Norddeutschen Bundes, das Gothaer, als wir am Ende der sogenannten Gründerperiode waren. Das Erfurter Programm entstand, als die modernen Kartelle gegründet wurden. War das Gothaer Programm so schlecht, daß es, wie Marx annahm, wirklich die Partei korrumpierte, wie auch sonst vielfach behauptet wurde? Das trifft nicht zu. Wir haben mit diesem Programm das Sozialistengesetz überlebt, wir haben dem Gesetz den echten Rebellen trotz entgegengekehrt und an den alten Grundsätzen festgehalten. Es gab zu jener Zeit allerhand Lockungen, aber man ließ sich nicht in anarchistische Politik hineintreiben und ebensowenig in die Arme von Stöcker und Genossen, sondern die Partei marschierte ihrem alten Ziele zu.

Mit dem Gothaer Programm sind wir unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes von einer Partei mit reichlich 300 000 Stimmen zur stärksten Partei Deutschlands geworden. Man muß aber zugeben, daß eine Reihe von Sätzen aus dem Programm sich wissenschaftlich nicht halten ließ. Die Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat schritt weiter vor. Mit wachsender Eile ist seitdem das Tempo fortgeschritten. Jetzt stehen wir exzeptionellen Verhältnissen gegenüber. Infolge der Entwicklung durch den Krieg stehen wir vor einem Trümmerhaufen und müssen eine neue Welt aufbauen. Ich glaube nicht, daß es dem Kapitalismus gelingt, die alte Welt von neuem aufzubauen, weil es ein Unding ist, eine Vergangenheit neu beleben zu wollen. Wäre das möglich, dann hätten die Junker zu Anfang des 19. Jahrhunderts jene Zustände wiederhergestellt, wie sie in Preußen vor 1810 gewesen waren. Sie haben die alte Welt nicht neu beleben können, und die Kapitalisten werden auch die gegenwärtige nicht aufbauen. Die Not ist jetzt allgemein. Auch in den Siegerstaaten sieht es nicht besser aus als in Deutschland, England hat die dreifache Zahl an Arbeitslosen wie wir. Auch in den neutralen Staaten zeigt sich dieselbe Erscheinung. Bei dem Aufbau einer neuen Welt muß die Arbeiterklasse mitwirken und alles tun, was in ihren Kräften steht. Was sie zu tun gedenkt, muß im Programm zum Ausdruck kommen.

Man kann nicht leicht sagen, welchen Gang die Entwicklung nehmen wird. Eine ganze Reihe von Meinungsverschiedenheiten werden austauschen, aber wir haben uns bei dem Ihnen vorgelegten Programmwurf zunächst an diejenigen Dinge gehalten, welche aktuell sind. Wir haben einige Forderungen aufgestellt, die zum Teil schon Aufgabe der Gesetzgebung sind. Wir müssen ein anderes Programm schaffen, als wir in früheren Zeiten gehabt haben. Der Hauptgrund war früher, ein Agitationsprogramm zu haben, weil wir an Durchsetzung unserer Forderungen in der nächsten Zeit überhaupt nicht denken konnten. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen konnten wir in Gruppen zusammenfassen. Auf politischem Gebiete Demokratie, auf wirt-